

Christine M. Klapeer
Johanna Leinius
Franziska Martinsen
Heike Mauer
Inga Nüthen (Hrsg.)

Politik und Geschlecht

**Perspektiven der
politikwissenschaftlichen
Geschlechterforschung**

Reihe Politik und Geschlecht | 34



Politik und Geschlecht

Politik und Geschlecht

herausgegeben von der Sektion

Politik und Geschlecht

der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft

Band 34

Christine M. Klapeer
Johanna Leinius
Franziska Martinsen
Heike Mauer
Inga Nüthen (Hrsg.)

Politik und Geschlecht

Perspektiven der politikwissenschaftlichen
Geschlechterforschung

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2024

Die Herausgebenden:

Prof. Dr. Christine M. Klapeer, Professor*in für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Gender Studies, Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Johanna Leinius, wissenschaftliche Geschäftsführerin des Cornelia Goethe Centrums für Geschlechterforschung, Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Franziska Martinsen, Professorin für Politische Theorie an der Universität Duisburg-Essen

Dr. Heike Mauer, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Koordinations- und Forschungsstelle des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung Nordrhein-Westfalen, Universität Duisburg-Essen

Dr. Inga Nüthen, wissenschaftliche Referent*in des Zentrums für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Diese Publikation wurde im Rahmen des Fördervorhabens 16TOA037 mit Mitteln des Bundesministerium für Bildung und Forschung im Open Access bereitgestellt.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier, CO₂-kompensierte Produktion

© 2024 Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0):

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der UrheberInnen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.

www.budrich.de



Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84742704>).

Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-2704-9 (Paperback)

eISBN 978-3-8474-1873-3 (PDF)

DOI 10.3224/84742704

Umschlaggestaltung: Eva Mutter, Barcelona

Druck: paper & tinta, Warschau

Printed in Europe

Inhalt

Politiken der Geschlechterverhältnisse – Geschlechterverhältnisse politisieren!	9
<i>Christine M. Klapeer, Johanna Leinius, Franziska Martinsen, Heike Mauer, Inga Nüthen</i>	

I. (De)Gendering Politikwissenschaft

Feministische Forschungspolitiken. Wie können Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der (akademischen) Wissensproduktion adressiert, unterbrochen und transformiert werden?	29
<i>Miriam Friz Trzeciak</i>	
Voting queer? Wahlverhalten und Parteipräferenz von LGBTQ* Bürger*innen in Deutschland	39
<i>Michael Hunklinger</i>	
Gendering Politikdidaktik und politische Bildung. Stand und Perspektiven einer geschlechterreflexiven politischen Bildung	49
<i>Elia Scaramuzza</i>	
Politische Theorie und Geschlechterverhältnisse	63
<i>Franziska Martinsen</i>	
Kolonialität, Sex und Demokratietheorie	73
<i>Matti Traußneck</i>	
Politische Männlichkeiten	85
<i>Marion Löffler</i>	
Staat und Geschlecht	97
<i>Gundula Ludwig</i>	

II. Konzeptionelle Perspektiven

Materialistischer Feminismus	109
<i>Friederike Beier, Lisa Yashodhara Haller</i>	

Feministische Politik in more-than-human worlds. Bestandsaufnahme einer Suchbewegung	121
<i>Veronika von Wachter</i>	
Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung zu Natur und Umwelt. Feministische Politische Ökologie, Ressourcenpolitik und Queer Ecologies	133
<i>Christine Bauhardt</i>	
Sexualitäten, Queerness und globale Politik	145
<i>Esther Franke</i>	
Widerstand. Kritische Perspektiven auf die Politische Theorie und Ideengeschichte	157
<i>Mareike Gebhardt</i>	

III. Themen- und Politikfelder

Gleichstellungspolitik als politikwissenschaftliche Praxis	171
<i>Clarissa Rudolph</i>	
Antifeminismus und Antigenderismus	181
<i>Simon Fetz</i>	
Umwelt, Ökologie und Klima im Kontext politikwissenschaftlicher Geschlechterforschungen. Diskussionen um Essentialismen, intersektional-postkoloniale Machtverhältnisse und ‚grünes Wachstum‘	193
<i>Christine Löw</i>	
Affektive Sorgebeziehungen außerhalb der heteronormativen Kernfamilie. Ambivalenzen und queere Widerstände	205
<i>Verena Kettner</i>	
Feministische Gewerkschaftsarbeit und transnationale Solidarität. Kampagnen und Netzwerke	219
<i>Ricardo Kaufner</i>	
Der Geschlechtervertrag im Gesellschaftsvertrag	231
<i>Daniela Möller</i>	
Olympe de Gouges und die Neudefinition des vertragstheoretischen Kanons	243
<i>Elisa Orrù</i>	

Das Konzept der Femizide	255
<i>Güneş Koç</i>	
Gendering Common Sense? Feministische Interventionen	265
<i>Henrike Bloemen</i>	

Politiken der Geschlechterverhältnisse – Geschlechterverhältnisse politisieren!

Christine M. Klapeer, Johanna Leinius, Franziska Martinsen, Heike Mauer, Inga Nüthen

Zusammenfassung

Obwohl Themen, Fragestellungen und Zugänge der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung eine unveränderte Brisanz und Aktualität besitzen, sind feministische und geschlechtertheoretische Perspektiven innerhalb der Politikwissenschaft bislang eher schwach vertreten. Trotz seiner Relevanz für macht- und herrschaftskritische sowie demokratiethoretische Analysen, aber auch für empirische Fragestellungen und methodische Zugänge, ist das Forschungsfeld *Politik und Geschlecht* mit Rezeptionssperren und Vorbehalten konfrontiert. Die Einleitung würdigt Gründungs- und Grundlagentexte der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung und der feministischen Politikwissenschaft. Sie führt in die geschlechtertheoretischen und -politischen Grundlagen sowie die aktuellen Debatten um erweiterte (queer-feministische, intersektionale und postkoloniale) Perspektiven ein und stellt Konzeption und Zielrichtung des vorliegenden Bandes vor. Verwiesen wird dabei auch auf bestehende (Forschungs-)Lücken und Desiderate. Der Band ist eine erste Auskopplung aus einem längerfristig angelegten *Living Handbook*-Projekt, für das fortlaufend weitere Texte eingeworben werden.

Schlüsselbegriffe

Living Handbook, Einführung, feministische Politikwissenschaft, Gender Studies, politikwissenschaftliche Geschlechterforschung

Dieser Beitrag wurde am 08.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (): Politiken der Geschlechterverhältnisse – Geschlechterverhältnisse politisieren! In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 9-26. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.pgckjlfmhm.1-g>

1 Ein Blick zurück und in die Zukunft – Zum Stand feministischer Politikwissenschaft

In den letzten 30 Jahren sind im deutschsprachigen Raum verschiedene Grundlagenwerke und Einführungen in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung bzw. feministische Politikwissenschaft erschienen. Ihre Anzahl ist jedoch angesichts der unveränderten Brisanz der von ihr behandelten Fragestellungen sowie der ungebrochenen Aktualität geschlechterpolitischer Debatten im politischen Alltag erstaunlich übersichtlich. Geschlecht, Geschlechterordnungen und Geschlechternormen sind – insbesondere in ihren intersektionalen Verstrickungen mit Rassismus, Heteronormativität, Klassenungleichheit, Antisemitismus oder Behinderung – höchst umkämpfte Phänomene, die im Nexus staatlicher und suprastaatlicher Regierungs- und Regulierungsweisen, unterschiedlicher bewegungspolitischer Mobilisierungen (z.B. Frauen*bewegungen, LGBTIQ*-Bewegungen, antifeministischer Bewegungen¹) sowie alltäglicher sozialer Praktiken verhandelt werden. So vergeht derzeit kaum ein Tag ohne eine erhitzte Debatte über geschlechterinklusive bzw. geschlechtergerechte Sprache. Aktuell hat u.a. die bayerische Landesregierung ein Verbot geschlechtersensibler Sprache mit Sonderzeichen in Behörden festgeschrieben und auch in Hessen ist ein ebensolches – wenn auch verfassungswidriges (Lembke 2023) – Verbot gendergerechter Sprache mit Sonderzeichen in der Landesverwaltung und in Abiturprüfungen jüngst in Kraft getreten (Völkner 2024). Die geplante Ablösung des sogenannten Transsexuellengesetzes durch ein (geschlechtliches) Selbstbestimmungsgesetz sowie die damit einhergehenden politischen und medialen Debatten zeugen nicht nur von der Umkämpftheit von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen, sondern auch von der Mobilisierungskraft von Transfeindlichkeit und eines vermeintlichen Verlustes geschlechtlicher Eindeutigkeiten sowie etablierter Geschlechterordnungen (Deutscher Bundestag 2023; Ludwig/Steinsberger 2023 sowie die weiteren Beiträge der Schwerpunktausgabe 2/2023 „Trans*Ungleichzeitigkeiten und Trans*Feminismen“ der Zeitschrift *Femina Politica*). Ebenso wird im Kontext autoritärer, neurechter und rechtspopulistischer Bewegungen und Politikkonzepte mittlerweile auch offensiv eine „maskulinistische Identitätspolitik“ als Antwort auf eine (vermeintliche) „Krise der Männlichkeit“ formuliert (Sauer 2017; Kaiser 2020). Und: Nicht nur Wladimir Putin verhandelt über die Ablehnung von LGBTIQ*-Rechten, nationale Identität und die (imaginären) Grenzen von Ost und West, sondern auch Europäische Staaten konstituieren sich auf der Basis ihrer eigenen Homotoleranz als ‚entwickelt‘, ‚modern‘ und ‚liberal‘ im Gegensatz zum ‚rückständigen‘ Süden/Osten (Klapeer 2020). Globale, lokale und privatisierte Gewaltverhältnisse sind weiterhin auf struktureller, institutioneller, symbolischer

1 Charakteristisch für antifeministische Bewegungen ist ihre politische Gegnerschaft zu gesellschaftspolitischen Emanzipations- und Demokratisierungsbestrebungen (vgl. Henninger/Birsl 2020). In einem weiteren Kontext sind sie auch mit den polemischen und pauschalisierenden Debatten um „Cancel Culture“ an den Hochschulen oder mit der Ablehnung postkolonialer Theorien verbunden. Zugleich sind Antifeminismen selbst sowohl mit rassistischen als auch antisemitischen Diskursen verwoben (vgl. Bergold-Caldwell et al. 2021; Schlecht 2021).

und epistemischer Ebene vergeschlechtlicht und werden von queer_feministischen Bewegungen als solche thematisiert (Roth u.a. 2022).

Daher verwundert es bisweilen, wie konsequent und umfassend Rezeptionssperren sowie Vorbehalte gegenüber geschlechtertheoretischen, feministischen und queeren politikwissenschaftlichen Ansätzen in Teilen der Disziplin Politikwissenschaft fortbestehen. Dies zeigt sich u.a. in einer fehlenden systematischen Etablierung von Geschlechterperspektiven in den Lehrinhalten der verschiedenen Teilbereiche des Fachs, in der geringen Anzahl von politikwissenschaftlichen Professuren mit Geschlechterforschungs(teil)denomination sowie der Auslassung entsprechender Zugänge in der grundlegenden politikwissenschaftlichen Einführungsliteratur. Weiterhin gilt, dass im „Mainstream von Forschung und Lehre [...] feministische und geschlechtertheoretische Zugänge [...] eher verhindert als gefördert“ werden (Mauer/Leinius 2021b: 19).

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden Marginalisierung feministischer Perspektiven in der Politikwissenschaft verstehen wir diesen Band daher sowohl in (wissenschafts-)politischer Allianz mit als auch in Ergänzung zu bereits erschienenen oder ‚älteren‘ Werken in diesem Feld. Uns geht es dabei nicht um die Produktion einer linearen, fortschrittsoptimistischen Genealogie feministischer Politikwissenschaft, sondern um eine Re-Aktivierung und Fortführung entsprechender (Forschungs-)Debatten – gerade vor dem Hintergrund wichtiger, auch die feministische Politikwissenschaft selbst adressierender Kritiken und Perspektiven aus den Feldern der Queer, Postcolonial und Intersectionality Studies.

Bereits bestehende Einführungswerke in das Themenfeld Politik und Geschlecht sind teilweise als Reader konzipiert, die beispielsweise zentrale englischsprachige (Gründungs-)Texte der feministischen Politikwissenschaft in deutscher Sprache zugänglich machen und einordnen (Appelt/Neyer 1994; Braun u.a. 2000; Kurz-Scherf u.a. 2006; Sauer/Kreisky 1995). Andere bieten einen Überblick über feministische und geschlechtertheoretische Ansätze in der Politikwissenschaft sowie über die verschiedenen Teildisziplinen (Krause 2003; Rudolph 2015). Wiederum andere greifen zentrale Konzepte, aktuelle Fragestellungen und Methoden der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung in Form von systematischen Sammelbänden auf (Bauhardt/Wahl 1999; Harders u. a. 2005; Kreisky/Sauer 1997a; Rosenberger/Sauer 2004). Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie sowohl die analytische Relevanz von Geschlecht für eine fundierte politikwissenschaftliche Analyse aufzeigen als auch die Implikationen und Effekte einer (anhaltenden) Marginalisierung von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen in der Politikwissenschaft problematisieren (vgl. schon Appelt/Neyer 1994). Birgit Sauer und Eva Kreisky sprechen in diesem Zusammenhang von einem „geheimen“ androzentrischen „Glossar“ der Politikwissenschaft, das jedoch mit einem ‚Schleier der Neutralität‘ versehen wird (Kreisky/Sauer 1997a). Demnach wären zentrale Konzepte und Erklärungsmuster aus der Politikwissenschaft an „männlichen Erfahrungen“ orientiert. Hingegen belegt die Abwesenheit oder Unterordnung von Frauen z.B. im Rahmen von „klassischen“ politischen Theorien der Politikwissenschaft der Nachkriegszeit eine Geschlechtsignoranz und Dethematisierung von Geschlechterverhältnissen in der

Politik (Sauer 2001: 14). Auf diese Weise erscheint die Politikwissenschaft – trotz vielfältig persistenter Androzentrismen – als geschlechtsloses Sujet.

Wie Birgit Sauer festhält, kommt der feministischen Politikwissenschaft daher eine doppelte Aufgabe zu: Erstens die Kritik der Politikwissenschaft und zweitens die Kritik der Politik (Sauer 2012a). In diesem Sinne hat politikwissenschaftliche Geschlechterforschung zwei Dimensionen: erstens die Theorien, Methoden und Konzepte politikwissenschaftlicher Arbeitsweisen auf ihre geschlechterignoranten Auslassungen und androzentrischen Vorannahmen hin zu befragen und zu transformieren; zweitens eigene Theorien, Methoden und Konzepte zur Analyse von Politik und gesellschaftlichen Geschlechter- und Machtverhältnissen zu entwickeln. Wie diese zwei Aufgaben am besten bewältigt werden sollen und können, wird jedoch auch innerhalb der feministischen Politikwissenschaft, respektive der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung unterschiedlich beantwortet. Spätestens in den 1990er Jahren haben sich daher auch die Perspektiven in diesem Feld ausdifferenziert und pluralisiert (Sauer/Kreisky 1995: 14f.). Die immer noch aktuelle Kritik an der maskulinistischen Prägung der Politikwissenschaft und ihrer Analysen (vgl. exemplarisch: Kreisky/Sauer 1997a; Ludwig 2015; Bargetz/Ludwig 2015; Bargetz u.a. 2017) ist beispielsweise zunehmend um intersektional und postkolonial informierte Kritik an Auslassungen und an der Marginalisierung von Rassismus und Kolonialismus in politikwissenschaftlichen (Geschlechter-)Analysen vertieft worden (vgl. bspw. Dhawan 2014; Kerner 2021; Mauer/Leinius 2021a). Darüber hinaus wurden auf der Basis von queeren und de-/konstruktivistischen Theorien binäre Geschlechterkonzepte problematisiert sowie die analytische Bedeutung von Sexualität und Begehren stärker hervorgehoben (Ludwig/Steinsberger 2023, Ludwig 2015; Klapeer 2014). Zusätzlich ist politikwissenschaftliche Geschlechterforschung und besonders feministische Politikwissenschaft von gesellschaftlichen Transformationen begleitet und herausgefordert (Kreisky/Sauer 1997b; Sauer 2012b; Nüthen 2024): z.B. von der neoliberalen Vereinnahmung feministischer Kritik, dem Wandel ökonomischer Verhältnisse, den Bedrohungen durch die Klimakrise, den antifeministischen Anfeindungen in der medialen Öffentlichkeit und der Zunahme an rechtspopulistischen und extrem rechten Haltungen und Praxen in Politik und Gesellschaft – gesellschaftspolitische Entwicklungen, die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung und feministische Politikwissenschaft selbst wiederum beforschen (Çağlar u.a. 2012; Henninger/Birsl 2020; Wilde/Meyer 2018; Ludwig/Woltersdorff 2018). Wie Kathrin Braun u.a. hervorheben, handelt es sich daher bei feministischer Politikwissenschaft nicht um ein separates Forschungsfeld, sondern um eine kritische Perspektive, die das Fach und die damit verbundenen Forschungs- und Frageperspektiven als Gesamtes im Blick hat (Braun u.a. 2000: 4). Sie ist dabei einerseits Teil des inter- und transdisziplinären Forschungsfeldes der Gender Studies und andererseits explizit disziplinär in der Politikwissenschaft bzw. ihren Teildisziplinen verortet. Insofern wird und wurde wahlweise von feministischer Politikwissenschaft oder auch der politikwissenschaftlichen (Frauen- und) Geschlechterforschung oder Gender Studies gesprochen.

2 Geschlecht als politikwissenschaftliche und politische Kategorie

Grundlegend (nicht nur) für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung sind die Kategorien „Geschlecht“ und „Geschlechterverhältnisse“ bzw. auch „Geschlechterordnungen“, „-normen“ oder „-regime“. Dabei geht das analytische und forschersche Anliegen feministischer Politikwissenschaft deutlich über die alltagsweltlich mit dem Themenbereich verknüpfte Frage nach Repräsentation und Partizipation von Frauen bzw. verschiedener Geschlechter (in Parteien und Parlament) hinaus (vgl. hierzu etwa Abels et al. 2018; Cress 2018). Vielmehr wird nach den Wirkungsweisen von Geschlechter*verhältnissen* auf und in politische(n) Prozesse(n), nach der regulierenden oder gar gewaltvollen Produktivität von Geschlechternormen oder -regimen, nach den politikwissenschaftlichen Konzeptionen und Grundbegriffen sowie nach der Hervorbringung von Geschlecht selbst samt seiner Wechselbeziehungen mit gesellschaftlichen Strukturen und Wissensordnungen sowie der komplexen Machtasymmetrien gefragt (vgl. exemplarisch Sauer 2001: 44ff.). In dieser Perspektive gilt Geschlecht selbst nicht als gegeben, sondern wird mit Blick auf gesellschaftliche Prozesse seiner Hervorbringung und deren Auswirkungen hin befragt. So kann beispielsweise die Bedeutung einer Konzeption von (heterosexueller) Zweigeschlechtlichkeit für koloniale Ausbeutungsverhältnisse analysiert werden oder politische Theorien auf ihre Leerstellen bezüglich „unsichtbarer“ Grundannahmen über geschlechtliche Arbeitsteilung und Sphärentrennungen (öffentlich/privat) hin analysiert werden. Geschlecht als *politische* Kategorie zu begreifen, bedeutet zum einen, dass Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlichte Ungleichheiten und Tätigkeiten (wie z.B. Care-Arbeit) nicht als Ausdruck einer natürlichen Ordnung verstanden werden, sondern als gesellschaftlich-historisch hervorgebrachte Relation. Geschlecht wird demnach nicht als binäre, präpolitische oder vorkulturelle Eigenschaft gefasst, auf die politische Strukturen jeweils einwirken; denn politische Verhältnisse, Normen, Strukturen, Institutionen sind in ihrer Gesamtheit selbst Geschlechterverhältnisse und vergeschlechtlicht bzw. vergeschlechtlichend. Zum anderen rückt derart auch die Umkämpftheit der Kategorie als Gegenstand von Politik selbst in den Blick: Die Frage, was jeweils unter Geschlecht verstanden wird, wie sich bestimmte Geschlechternormen in Politiken einschreiben oder von ihnen hervorgebracht werden, ist daher ebenso zentraler Gegenstand politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung und ihrer Analysen (Kerner 2011).

Seit über einem Jahrzehnt wird auch in der deutschsprachigen Politikwissenschaft verstärkt darum gerungen, ob und wie Geschlecht in seinen Verwobenheiten und Verstrickungen zu anderen, Macht, Herrschaft und Ungleichheit generierenden Kategorien verstanden werden kann. Vor allem mittels des Begriffs der Intersektionalität (und seltener unter dem Label Diversitätspolitik) wird kontrovers diskutiert und theoretisiert, wie Geschlechterverhältnisse im Bereich des Politischen pluralisiert gedacht werden können und dabei auch Rassismus und/oder Klassenverhältnisse als bedeutsame, das Politische durchdringende Strukturen zu begreifen wären (vgl. etwa Mauer/Leinius 2021a; Sauer 2012c; Kerner 2009; zu

Diversität vgl. Çağlar/Chan de Avila 2021; Smykalla/Vinz 2011). Hieran schließt sich – insbesondere in Auseinandersetzung mit angloamerikanischen Debatten – auch die kritische Frage an, inwiefern sich selbst als kritisch verstehende, intersektionale Forschungsperspektiven zu einer tatsächlichen Transformation der Produktionsbedingungen von Wissen im deutschsprachigen Raum beitragen, oder ob sie vor allem die Form einer rhetorischen Modernisierung annehmen (vgl. bspw. Chebout 2011; Gutiérrez Rodríguez 2011).

3 Was bedeutet es, feministisch zu forschen?

Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung ist (meist) mit einem spezifischen feministischen Verständnis von Wissenschaft verbunden, das die soziale Situiertheit und verkörperte Existenz der Forschenden sowie die Verstrickung, oft auch Kompliz*innenschaft, von Wissenschaft mit Macht- und Herrschaftsbeziehungen zum Ausgangspunkt und Gegenstand macht. Wissenschaft, das ist der zentrale Einspruch (nicht nur) in den politikwissenschaftlichen Malestream/Mainstream, ist eben nicht im umfassenden Sinne neutral oder objektiv. Neutralität zu behaupten, dient vielmehr der Verschleierung herrschaftsstabilisierender Interessen, der sozialen und historischen Situiertheit der jeweiligen Forschungsperspektiven und –methodologien sowie dem Negieren von Ausschlüssen bestimmter Körper, Themen oder Erkenntnisformen aus der Wissensproduktion (vgl. u.a. Haraway 1988; Harding 1990). Für die Politikwissenschaft bedeutet dies etwa, dass durch systematische Auslassungen oder Vorannahmen Teilaspekte ihres Gegenstandsbereichs – wie z.B. die vergeschlechtlichte Prägung ihrer Untersuchungsfelder – regelrecht „verheimlicht“ werden (Kreisky/Sauer 1997a). Dies ist besonders anhand der politikwissenschaftlichen Zentralkategorie „Politik“ veranschaulicht worden, indem die Vergeschlechtlichung der für zahlreiche einschlägige ideengeschichtliche und gegenwärtige Politikmodelle konstitutiven Trennung öffentlich/privat aufgezeigt wurde (Kurz-Scherf u.a. 2006; Ludwig 2017; Nüthen 2024). Wird nämlich der (ebenfalls *politisch* eingesetzte) Bereich der sogenannten Privatheit als ‚das Andere‘ der Politik/wissenschaft betrachtet, erscheinen folglich auch die damit verbundenen (Ungleichheits-)Verhältnisse oder sozialen Tätigkeiten (z.B. *private* Familien-, Sorge- und Pflegearbeit) als nicht forschungsrelevant; der Fokus liegt dann ausschließlich auf dem institutionalisierten Politikbereich und somit wird eine geschlechtshierarchische Arbeitsteilung analytisch fortgeschrieben. Mit einer geschlechtertheoretisch informierten Perspektive wird hingegen der Begriff der wissenschaftlichen Objektivität brüchig, der in der Politikwissenschaft faktisch als androzentrisch verengt, aber auch als nicht genügend umfassend kritisiert wird. Wissenschaftliche Gütekriterien werden im Rahmen feministischer (Politik-)Wissenschaft nicht zurückgewiesen, sondern ausdifferenziert und im Sinne einer „strong objectivity“ erweitert (Harding 1990). Eine Reflexion der jeweiligen Entstehungsbedingungen und (Herrschafts-)Kontexte wissenschaftlicher Erkenntnis sowie der Einbeziehung unterschiedlicher, insbesondere vormals marginalisierter Perspektiven, könnte demnach als wesentliches Ziel feministischer Wissenschaft bezeichnet werden, wenngleich auch

hier wiederum umkämpft ist, was dies jeweils im Konkreten bedeutet bzw. *welche* (marginalisierten) Perspektiven auch im Rahmen einer *weiß* oder heteronormativ geprägten feministischen Wissenschaft gehört werden (können). Zugleich führen die Ansinnen einer kritischen, feministischen oder ‚anderen‘ Wissensproduktion vor dem Hintergrund des Strebens nach Teilhabe, Anerkennung und Ressourcen innerhalb der Institution Wissenschaft immer wieder zu einem Spannungsfeld zwischen dem Wunsch nach Institutionalisierung und deren Bedingungen, die fortwährend politisch erkämpft und verteidigt werden müssen. Eine kritische, feministische Politikwissenschaft ist entsprechend herausgefordert, die Regeln der Akademie mit ihren etablierten (disziplinären) Traditionen anzuerkennen, aber nicht bedingungslos zu akzeptieren (Sauer 2017). Wie insbesondere Auseinandersetzungen um die fach- bzw. hochschulpolitische Bedeutung von Intersektionalität und Postkolonialität gezeigt haben, sind auch sich selbst als kritisch verstehende Lehr- und Forschungszusammenhänge daher in ungleiche Machtverhältnisse verstrickt (Leinius/Mauer 2021: 292; Gutiérrez Rodríguez 2018).

4 Zur (Nicht-)Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung

Die Rezeption geschlechterforscherischer Perspektiven wird für die deutschsprachige Politikwissenschaft als verspätet beschrieben und der politikwissenschaftliche Androzentrismus als weitgehend ungebrochen angesehen (vgl. Kurz-Scherf u.a. 2006). Gefragt wird – im kritischen Bezug auf den Kanon des Faches und seine Leerstellen (Martinsen 2022) – danach, welche Konsequenz die Annahme der sozialen Konstruktion von Geschlecht für Demokratie- und Gesellschaftsanalyse hat (Bauhardt/Wahl 1999: 7). Bis heute lassen sich aus dieser Perspektive Wandlungs- und Beharrungstendenzen in den Geschlechterverhältnissen identifizieren (Rudolph 2015). Die These der sozialen Konstruktion von Geschlecht wird dabei sicherlich in unterschiedlicher Reichweite vorausgesetzt und entsprechend kontrovers verhandelt. Die Diagnose lautet weiterhin: Geschlechterforscherische Ansätze bleiben in der Disziplin randständig (Rudolph 2015: 33). Die Beiträge in diesem Band sollen dabei helfen, sie sichtbarer zu machen und ihre Bedeutung für das Fach Politikwissenschaft zu würdigen.

Birgit Sauer beschrieb die Institutionalisierung von feministischer Politikwissenschaft vor knapp zehn Jahren als „erfolgreich gescheitert“ (Sauer 2015: 127). Sie artikuliert damit, dass politikwissenschaftliche Geschlechterforschung im deutschsprachigen Raum seit ihren Anfängen in den 1970/80er Jahren² zwar einerseits eine Vielzahl an Publikationen, Forschungszusammenhängen und -netzwerken hervorgebracht hat – hierzu gehört auch die

² Auch wenn die Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung erst zu Beginn der 1990er Jahre einsetzt, sind in der Lehre, vor allem im Mittelbau und unter den Studierenden, Fragen politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung schon ab den 1970er Jahren relevant (vgl. exemplarisch: Calle und Krämer 2022).

erfolgreiche Einrichtung von Professuren für politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. Andererseits ist es jedoch institutionell nicht gelungen, *Politik und Geschlechterverhältnisse* als eigenständiges Teilgebiet des Fachs zu etablieren. Zudem ist die Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung häufig sehr stark von Einzelpersonen und ihren Forschungsinteressen abhängig und bleibt entsprechend mindestens prekär.

Somit ist das Forschungsfeld *Politik und Geschlecht(erverhältnisse)* auch Mitte der 2020er Jahre noch weit davon entfernt, zum Kern des Faches zu zählen. Die systematische und strukturell abgesicherte Institutionalisierung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung muss somit weiterhin erkämpft werden (Calle/Krämer 2022; Nüthen 2019).³ Hierfür kann auf den bestehenden Strukturen aufgebaut werden, die im Folgenden dargestellt und gewürdigt werden sollen: Mit der *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* gibt es seit 1997 eine deutschsprachige Zeitschrift für politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. In den zwei thematischen Buchreihen, *Politik und Geschlecht* beim Verlag Barbara Budrich (herausgegeben von der Sektion Politik und Geschlecht in der DVPW) sowie *Politik der Geschlechterverhältnisse* beim campus Verlag erscheinen regelmäßig Bände zu Themen und Fragestellungen des Feldes. Zugleich organisieren sich politikwissenschaftliche Geschlechterforschende seit 1991 innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), zunächst als Arbeitskreis und seit 2020 als Sektion. Die Umwandlung des Arbeitskreises in die *Sektion Politik und Geschlecht* zeigt, dass die DVWP zumindest den grundlegenden Stellenwert politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung für das Fach anerkennt, wenngleich die Fachvereinigung in ihrer Gesamtheit derzeit nicht für eine Etablierung eines eigenständigen Teilgebiets *Politik und Geschlecht* eintritt. So existieren im Herbst 2023 laut der Datenbank des Margherita-von-Brentano-Zentrums Berlin im gesamten deutschsprachigen Raum lediglich acht (teilweise nicht verstetigte) politikwissenschaftliche Professuren mit Gender(teil)denomination, eine im Vergleich zu anderen Sozialwissenschaften weiterhin geringe Anzahl.⁴ Bisherige Erfahrungen zeigen, dass die vorhandenen Professuren mit dem Ausscheiden der aktuellen Stelleninhaber*innen immer wieder Kürzungen und Umwidmungen zum Opfer fallen. Infolgedessen werden Professuren mit (Teil-)Denomination für politikwissenschaftliche Geschlechterforschung nicht wieder neu ausgeschrieben und die Fortführung einer entsprechenden (Teil-)Denomination ist

3 Lesenden, die sich eingehender mit der Institutionalisierung feministischer Politikwissenschaft beschäftigen wollen, sei die Broschüre „Tabula Rasa. Institutionalisierungsprozesse der feministischen Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg“ (Calle & Krämer 2022) empfohlen, die die Geschichte der Etablierung des Arbeitsbereichs Politik der Geschlechterverhältnisse am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg nachzeichnet.

4 Quelle: <https://mvbz.org/genderprofessuren> [abgerufen am 19.10.2023]. Hier werden insgesamt 109 sozialwissenschaftliche Professuren aufgelistet. In Deutschland gibt es 45 Institute für Politikwissenschaft mit knapp 625 Professuren (Stand 2023). Gemessen daran zeigt sich, wie wenig repräsentiert die Geschlechterforschung im Fach Politikwissenschaft in institutioneller Hinsicht nach wie vor ist. Quellen: <https://studieren.de/politikwissenschaft.hochschulliste.t-0.c-174.html> [abgerufen am 23.10.2023] und https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Service/2023-12_Politikwissenschaftliche_Professuren_in_Deutschland.pdf [abgerufen am 24.01.2024].

häufig umkämpft (Bock/Nüthen 2014). Daher ist es um die Institutionalisierung und somit eine strukturelle Absicherung politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung in Lehre und Forschung derzeit weiterhin schlecht bestellt, und viele der genannten Projekte basieren vor allem auf dem ehrenamtlichen Engagement der Beteiligten. Das heißt auch, dass die Position derjenigen, die innerhalb der Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Geschlechterforschung arbeiten, tendenziell prekär bleibt.

Demgegenüber hat der Wissenschaftsrat jüngst in einer Evaluation der Geschlechterforschung in Deutschland die Bedeutung fachspezifischer *Gender-Professuren* herausgestellt. Ihr Fehlen wird nicht nur mit Blick auf die Entwicklung der Geschlechterforschung kritisiert. Vielmehr hält der Wissenschaftsrat fest, dass Geschlechterperspektiven – insbesondere in den Sozialwissenschaften – zum State of the Art von Wissenschaft gehören und sie daher zu einem integralen Teil von fachspezifischer (also auch politikwissenschaftlicher) Forschung und Lehre gemacht werden sollten (Wissenschaftsrat 2023). Dass eine solche strukturelle Verankerung politikwissenschaftlicher Geschlechterperspektiven noch weitestgehend fehlt, zeigt sich auch im Bereich der Lehre sowie der Entwicklung der Curricula (Abels 2016), obwohl hierzu auch im deutschsprachigen Raum bereits seit längerer Zeit entsprechende Aufbereitungen vorliegen (Harders 2012; Bomert/Wilde 2019).⁵ Lediglich an der Philipps-Universität Marburg ist ein verpflichtendes Grundlagenmodul im BA-Politikwissenschaft „Politik und Geschlechterverhältnisse“ verankert. Das Angebot in dieser expliziten Form ist anderenorts nach unseren Recherchen maximal freiwillig zu wählen. Im Bereich des Masters bietet die FU Berlin seit dem Wintersemester 2019/2020 den konsekutiven, viersemestrigen Studiengang „Gender, Intersektionalität und Politik“ an.⁶

Insgesamt bleibt also fraglich, inwiefern die Integration von Geschlechterforschung innerhalb der Politikwissenschaft über eine rein „rhetorische Modernisierung“ (Wetterer 2013), also einen lediglich oberflächlichen, aber eben nicht substanziellen Einschluss in den Kern des Fachs, hinausgeht. Zugleich stellt diese prekäre Institutionalisierung – wie oben bereits angedeutet – nicht zuletzt für die Zusammenstellung eines Handbuches eine Herausforderung dar: Wissenschaftler*innen, die über wenig Absicherung verfügen und zu wenig anerkannten Themen arbeiten, bleibt oft wenig Zeit zum Verfassen von Handbucheinträgen. Ganz besonders gilt dies für diejenigen, die inhaltlich und/oder persönlich auch innerhalb des Kanons politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung zusätzlich marginalisiert sind. Hier spielt der Einfluss von Rassismus, Antisemitismus, Behindertenfeindlichkeit, Trans- und Queerfeindlichkeit sowie Klassenverhältnissen eine nicht zu leugnende

5 Auch das 2003 im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin initiierte Portal www.gender-politik-online.de verfolgt das Ziel, politik- und sozialwissenschaftliche Inhalte für die Lehre zur Verfügung zu stellen. Zwischenzeitlich war das Portal geschlossen, seit 2020 hat ein Umzug der Website sowie eine Neubelebung stattgefunden. <https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/index.html> [abgerufen am 19.10.2023]

6 <https://www.fu-berlin.de/studium/studienangebot/master/gender-intersektionalitaet-politik/index.html> [abgerufen am 30.11.2023]

de Rolle: Diese Stimmen sind im Fach besonders von strukturellen Ausschlüssen betroffen und entsprechend auch in diesem Handbuch – trotz anderer Zielsetzungen unsererseits – unterrepräsentiert.⁷ Darüber hinaus sind marginalisierte Lehrende und Forschende in spezifischer Weise von den prekären Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen betroffen, die das gesamte Wissenschaftssystem dominieren und nicht auf politikwissenschaftliche Stellen beschränkt sind. Dieser Umstand wird bereits länger diskutiert (vgl. bspw. die Beiträge in Laufenberg u.a. 2018), auch wenn er in den aktuellen Protesten unter dem Hashtag #IchBinHanna eher ignoriert wird. #IchBinReyhan zielte demgegenüber darauf, genau diese auf Mehrfachmarginalisierung beruhenden Ausschlüsse zu thematisieren, die, wie eine Untersuchung zu den Arbeitsverhältnissen im akademischen Mittelbau zeigt, auch die Vulnerabilitäten für Erfahrungen von Diskriminierung und unangemessenem Verhalten am Arbeitsplatz zum Teil deutlich verstärken (Kortendiek u.a. 2022: S. 346ff.; S. 355ff.).

Eine grundlegende, rezente Herausforderung für die feministische Politikwissenschaft, aber auch für Geschlechterforschung insgesamt, sind diverse, gegen sie gerichtete Angriffe und Diskreditierungsversuche, die zugleich in einem weiteren – globalen – Kontext von Angriffen auf Kämpfe für Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung, die Anerkennung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, aber auch für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung stehen (Holzleitner 2022; Roth/Sauer 2022; Kuhar/Paternotte 2017; Beck u.a. 2024). Entsprechende Angriffe gegen „die“ Geschlechterforschung werden von antifeministisch orientierten politischen Akteur*innen insbesondere aus dem extrem rechten, autoritären Spektrum, aber auch aus religiösen, konservativen, liberalen oder gar linken Perspektiven artikuliert und in die mediale Öffentlichkeit getragen. Mit der AfD existiert in Deutschland seit zehn Jahren eine in Teilen sogar vom Verfassungsschutz als extrem rechts eingestufte Partei mit faschistischen Kadern, die Angriffe gegen die Geschlechterforschung auch in den Parlamenten lanciert (Mauer 2021). Zugleich werden auch aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen heraus immer wieder Versuche unternommen, die Geschlechterforschung zu diskreditieren (Näser-Lather 2019). Den Angriffen gemeinsam ist, dass sie der Geschlechterforschung die Wissenschaftlichkeit absprechen, sie auf ein unmittelbares Instrument von Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming reduzieren und ihr eine ideologisch motivierte Politisierung von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen vorwerfen (vgl. u.a. Frey u.a. 2014). Ablehnung erfährt insbesondere „ein nichtessentialistisches Verständnis von Geschlecht“ (Mauer 2021: 285), durch das die Geschlechterforschung „die Kontingenz von Geschlechterverhältnissen“ aufzeigt und den „Raum für Konflikte um die Kategorie Geschlecht und um die politische Gestaltung von Geschlechterverhältnissen“ öffnet (ebd.: 286).

Mit ihrer Kritik an der vermeintlichen politikwissenschaftlichen Neutralität zielt feministische Politikwissenschaft damit auch auf eine freie Wissenschaft in einer demokratischen

⁷ Spiegelbildlich zur Marginalisierung geht eine verschärfte Arbeitsbelastung der im Fach tätigen marginalisierten Wissenschaftler*innen einher, die auch in einem Zusammenhang mit rhetorischen Modernisierungen des Fachs steht und entsprechend zu diskutieren wäre.

Gesellschaft, wobei Demokratie hier selbst weder als gegeben noch als klar umrissenes Ziel erscheint. Feministische Politikwissenschaft will dazu beitragen, sowohl formale als auch subtilere (demokratische) Ausschlüsse sichtbar zu machen sowie die Demokratisierung von Geschlechterverhältnissen selbst als Kernmoment von Demokratie aufzuzeigen. Denn letztendlich zielen auch aktuelle antifeministische und neu-rechte Angriffe auf Demokratie, Gleichstellungspolitiken und Geschlechtervielfalt gerade auf eine (Re-)Naturalisierung von Geschlecht ab, was nicht zuletzt auch einer Ent-Demokratisierung entsprechender Verhältnisse gleichkommt (Henninger/Birsl 2020). Feministische (Politik-)Wissenschaft kann daher als demokratisierende Haltung verstanden werden, die auf dem immanent politischen Charakter von Wissenschaft verweist und Kontingenz und Offenheit als deren Prinzipien verteidigt (Ludwig 2023). Eine demokratische Wissenschaft ist aus dieser Perspektive erst frei, wenn sie einerseits die eigenen Ausschlüsse – wie etwa von Frauen bis ins 20. Jahrhundert – reflektiert und überwindet und andererseits den historischen wie aktuellen Beitrag der Wissensproduktion zu Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnissen – etwa in Bezug auf die Rechtfertigung von Rassismus und Antisemitismus – reflektiert und ihm entgegentritt. Das Ziel ist eine Wissensproduktion, die die Wirkung struktureller Ausschlüsse befragt und sich gegen – auch scheinbar wissenschaftlich begründete – Ideologien der Ungleichheit wendet. Hierfür ist nicht zuletzt der Anspruch einer engen Verbindung von Theorie und Praxis prägend (Kerner 2013), die eine Übersetzung von Theorie in Praxis ebenso ermöglicht, wie sie die Instabilität dieser Grenzziehung befragt.

5 Dieser Band als Auftakt und Einblick in ein größer angelegtes Open Access Projekt

Der vorliegende Sammelband steht nicht für sich allein, sondern ist als Auftakt in ein größer angelegtes Open Access-Projekt zu verstehen – das des (digitalen) peer reviewed *Living Handbook Politik und Geschlecht*. Dabei ist es der spezifische Charakter eines *Living Handbooks*, fortlaufend neuere Entwicklungen aufzunehmen und somit den Stand der Forschung immer wieder neu systematisch darzustellen. Inhaltlich zielt das *Living Handbook* darauf, auf der Grundlage aktueller Forschungsperspektiven, neuerer Entwicklungen in den Gender Studies/Geschlechterforschung seit Beginn der 2000er Jahre sowie den wichtigen Interventionen seitens intersektionaler, postkolonialer und queerer Forscher*innen und Aktivist*innen, in zentrale Ansätze, Perspektiven und Konzepte der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung einzuführen. Während die ersten deutschsprachigen Einführungen zur politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung durchaus bisweilen von binären, „geschlechtshalbierte[n]“ (Kreisky 1994) Perspektiven auf die Politikwissenschaft geprägt waren und häufig *weiße* Thematisierungen von Geschlecht dominierten, soll im *Living Handbook* explizit queeren, de- und postkolonialen, antirassistischen und intersektionalen Ansätzen im Sinne eines inklusiveren und pluralistischeren Verständnisses von politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung und feministischer Politikwissenschaft Raum gege-

ben werden. Gleichzeitig gilt es, diesbezüglich selbst- und wissenschaftskritisch im Blick zu behalten, dass die deutschsprachige Politikwissenschaft nach wie vor von rassistischen, klassistischen und heteronormativen Exklusionsmechanismen geprägt ist. Lehrende und Forschende of Color sind etwa weiterhin sehr stark marginalisiert, auch Ausschlüsse entlang von Klassenunterschieden bleiben bestehen und das Abweichen von heteronormativen Geschlechterpositionen stellt ebenfalls eine Zugangshürde dar. Entsprechend korrespondieren Lücken in diesem Buch auch mit Lücken und Zugangshürden im Feld, die über das *Living Handbook*-Projekt hinausweisen. 30 Jahre nach Erscheinen der ersten deutschsprachigen Einführung in die feministische Politikwissenschaft (Appelt/Neyer 1994) ist es uns daher auch ein Anliegen, vor dem Hintergrund der immer noch peripheren und prekären Situation geschlechterforschender Politikwissenschaft innerhalb der Hochschullandschaft insgesamt die spezifischen Dynamiken, Diskontinuitäten und Asymmetrien innerhalb des feministischen Spektrums zu thematisieren. Dies geschieht konkret durch eine digitale Plattform (<https://budrich.publisso.de>), auf der kontinuierlich thematische Beiträge erscheinen und bereits bestehende Kapitel regelmäßig aktualisiert werden können. Die in dem gedruckten Band versammelten Beiträge sind somit ein *vorläufiges* Zwischenresultat des dynamischen und langfristig geplanten Prozesses der Entstehung des digitalen *Living Handbooks* – sie geben erste Einblicke in das heterogene Feld der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung, decken bei Weitem jedoch noch nicht vollumfänglich die vielstimmigen Kontroversen und Dynamiken politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung ab. Das künftig stetig zu erweiternde Handbuch ist ausdrücklich für die Lehre konzipiert. Es ermöglicht ebenso einen ersten Einblick in das Forschungsfeld auch für diejenigen Lehrenden und Studierenden, deren Schwerpunkte bislang nicht in der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung lagen.

Wir ermutigen daher die Leser*innen dieses Bandes, uns Vorschläge für weitere Beiträge und (fehlende) Themen zu senden, um die vorhandenen Leerstellen zu füllen, neue Bereiche zu erschließen und andere Perspektiven sichtbar zu machen. Nach dieser ersten Printausgabe – deren Publikationsprozesse nicht nur unter den Zwängen einer drittmittelgestützten Projektlogik standen, sondern auch während der gesamten Planungs-, Durchführungsverordnung- und Finalisierungsphase von den erschwerenden strukturellen Auswirkungen der Pandemie geprägt waren – führen wir die Konversation digital weiter. Das *Living Handbook*-Projekt findet sich auf folgender Website: <https://budrich.publisso.de>.

6 Zu den Beiträgen und zum Aufbau dieses Bandes

Die vorliegenden Kapitel der Printausgabe vermitteln Einblicke in den aktuellen Stand der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung in unterschiedlichen Themenfeldern und bezüglich zentraler Fragestellungen. Unser Anliegen ist hier auch eine Intervention in die Politikwissenschaft, die Leerstellen innerhalb des Fachs und der Fächerkultur aufzeigt und den politikwissenschaftlichen Kanon geschlechterforscherisch erweitert und transfor-

miert. Der vorliegende Band verweist auf die Einschlägigkeit ebenso wie die Komplexität und Differenziertheit politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung mit dem Ziel, in der Fachdisziplin und darüber hinaus ihre Bedeutung sichtbar zu machen. Es gilt, die Ergebnisse geschlechtertheoretischer Zugänge in der breiteren politikwissenschaftlichen Forschung stärker zu berücksichtigen. Geschlechtertheoretische Perspektiven sollten systematisch Eingang in die Fachdiskussion finden und dort so etabliert sein, dass sie selbstverständlich auch von Forschenden reflektiert werden, die andere Schwerpunkte setzen oder hauptsächlich andere Forschungsinteressen verfolgen.

Die einführenden Artikel erläutern „Geschlecht(er)verhältnisse“ und de- und rekonstruieren politikwissenschaftliche Konzepte unter Berücksichtigung intersektionaler Macht- und Herrschaftsverhältnisse anhand wichtiger Forschungsdebatten wie z.B. Post-/Decolonial Studies, kritische Antisemitismus- und Rassismuskforschung, Queer und Trans* Studies, Affect Studies oder der politischen Ökologie.

Die Printausgabe gliedert sich in drei Unterabschnitte: I. (De-)Gendering Politikwissenschaft, II. Konzeptionelle Perspektiven und III. Themen- und Politikfelder. Diese Unterteilung ist eine heuristische, die Unterpunkte überschneiden sich teilweise und sollen im Prozess der Weiterentwicklung des Handbuchs gegebenenfalls erweitert werden. Die Beiträge aus der Rubrik I. „(De-)Gendering Politikwissenschaft“ beschäftigen sich mit einer geschlechterreflektierten Erweiterung bzw. Veränderung der politikwissenschaftlichen (Teil-)Disziplin(en). Unter der Überschrift „Konzeptionelle Perspektiven“ werden im zweiten Abschnitt theoretische Blickwinkel und Konzepte vorgestellt, die Teil feministischer Politikwissenschaft sind bzw. diese spezifisch erweitern. Im dritten Abschnitt werden von den Beitragenden konkrete „Themen- und Politikfelder“ aus geschlechterforscherischer/feministischer Perspektive verhandelt.

Sowohl in inhaltlicher als auch in methodologischer Hinsicht lassen sich einige zentrale Konzepte und Theoreme ausweisen, die in den Beiträgen teils eigens expliziert, teils als Analysekatoren vorausgesetzt sowie teils auch mit dem Verweis auf das emanzipatorische Potential politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung für die politische Praxis angewandt werden. Für die kritische Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Politik und Geschlecht ist es nicht nur mit Blick auf die Ideengeschichte relevant, grundlegende Annahmen wie das Theorem des Gesellschaftsvertrags oder das Konzept der Souveränität auf ihre geschlechtlichen Konnotationen hin zu untersuchen. Gesellschaftliche Normen und Rollenstereotype können beispielsweise anhand des seit der Antike bis heute wirksamen dichotomen Trennungsdispositivs von privat/öffentlich, Natur/Kultur, aktiv/passiv kritisch befragt werden, um den kontingenten und sozial konstruierten Charakter der Aufteilung zwischen politisch bedeutsamen Sphären (als „männlich“ zugeschriebene öffentliche Ämter und Positionen) und politisch unbedeutenden Sphären (als „weiblich“ zugeschriebene Reproduktions- und Care-Tätigkeiten) zu entlarven. Doch erst im Zusammenspiel mit intersektionalen, de-/postkolonialen, queeren, rassismus- und ableismkritischen Perspektiven können die sozialen Ungleichheiten und Machtasymmetrien, die mit diesen

Aufteilungen innerhalb von Gesellschaften einhergehen und spezifische vergeschlechtlichte sowie rassifizierte oder klassenbezogene Betroffenheiten hervorbringen, angemessen in den Blick genommen werden. Und genau diese Überschneidungen, Verflechtungen, aber auch Brüche und Widersprüche gesellschaftlicher und politischer Phänomene sollen in unserem multiperspektivischen und dynamischen *Living Handbook* beleuchtet werden. Erste Beiträge dazu sind in diesem Band versammelt.

Literaturverzeichnis

Abels, Gabriele (2016): the gender gap in political science education in germany. In: *European political science* 15, S. 322–331. <https://doi.org/10.1057/eps.2015.80>.

Abels, Gabriele/Ahrens, Petra/Blome, Agnes (2018): 100 Jahre Frauenwahlrecht – der unvollendete Weg zu geschlechtergerechter Repräsentation. Eine Einleitung. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27, S. 9–25. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i2.02>.

Appelt, Erna (Hrsg.) (1994): *Feministische Politikwissenschaft*. Wien: Verl. für Gesellschaftskritik.

Bargetz, Brigitte/Lepperhoff, Julia/Ludwig, Gundula/Scheele, Alexandra/Wilde, Gabriele (2017): Geschlechterverhältnisse als Machtverhältnisse. Einleitung. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 26, S. 11–24. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i1.01>.

Bargetz, Brigitte/Ludwig, Gundula (2015): Perspektiven queerfeministischer politischer Theorie. Bausteine einer queerfeministischen politischen Theorie. Eine Einleitung. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 24, S. 9–24. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v24i1.19248>.

Bauhardt, Christine/Wahl, Angelika (Hrsg.) (1999): *Gender and Politics: „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft. Politik und Geschlecht (1)*. Opladen: Leske + Budrich.

Beck, Dorothee/Habed, Adriano José/Henninger, Annette (Hrsg.) (2024): *Blurring boundaries: „anti-gender“ ideology meets feminist and LGBTIQ+ discourses*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742684>.

Bergold-Caldwell, Denise/Grubner, Barbara/Rams, Patricia (2021): Effekte der diskursiven Verknüpfung von Antifeminismus und Rassismus. Eine Fallstudie zu Orientierungskursen für neu Zugewanderte. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): *Antifeminismen. „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?* Bielefeld: transcript Verlag, S. 149–192. <https://doi.org/10.14361/9783839448441-005>.

Bock, Ulla/Nüthen, Inga (2014): Genderprofessuren eine Erfolgsgeschichte? Ein Blick hinter die Kulissen. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 23, S. 154–158. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v23i2.17625>.

Bomert, Christiane/Wilde, Gabriele (2019): *Gender Curriculum Politikwissenschaft*. Online unter <http://gender-curricula.com/curriculum/politikwissenschaft> [Zugriff: 19.10.2023].

Braun, Kathrin/Fuchs, Gesine/Lemke, Christiane/Toens, Katrin (Hrsg.) (2000): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft. Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft*. München/Wien: R. Oldenbourg Verlag.

Çağlar, Gülay/Castro Varela, María do Mar/Schwenken, Helen (Hrsg.) (2012): *Geschlecht – Macht – Klima. feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*. Politik und Geschlecht (23). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Çağlar, Gülay/Chan de Avila, Jennifer (2021): Das Inklusionsversprechen oder „the dark side of diversity“? Diversitätspolitik an Universitäten. In: Warstat, Matthias/Dilger, Hansjörg (Hrsg.): *Umkämpfte Vielfalt. Affektive Dynamiken institutioneller Diversifizierung*. Frankfurt am Main: Campus Verlag, S. 318–334.

Calle, Johana/Krämer, Tabea (2022): *Tabula Rasa. Institutionalisierungsprozesse der feministischen Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg*. Philipps-Universität Marburg: Institut

für Politikwissenschaft. Online unter <https://www.uni-marburg.de/de/genderzukunft/publikationen/online-publikationen/broschuere-tabula-rasa-01-03-23.pdf>.

Cress, Anne (2018): Feministische Repräsentationskritik. (Dis-)Kontinuitäten von den ersten deutschen Frauenbewegungen bis in die Gegenwart. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27, S. 25–39. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i2.03>.

Deutscher Bundestag (2023): Selbstbestimmungsgesetz stößt auf Zustimmung und Skepsis. In: <https://www.bundestag.de/>. Online unter <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-980208> [Zugriff: 30.11.2023].

Dhawan, Nikita (Hrsg.) (2014): *Decolonizing enlightenment: transnational justice, human rights and democracy in a postcolonial world*. Politik und Geschlecht (24). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Frey, Regina/Gärtner, Marc/Köhnen, Manfred/Scheele, Sebastian (2014): *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*. 2., aktualisierte Auflage. Schriften des Gunda-Werner-Instituts (9). Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2018): Institutioneller Rassismus und Migrationskontrolle in der neoliberalen Universität am Beispiel der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Laufenberg, Mike/Erlemann, Martina/Norkus, Maria/Petschick, Grit (Hrsg.): *Prekäre Gleichstellung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 101–128. https://doi.org/10.1007/978-3-658-11631-6_5.

Haraway, Donna (1988): Situated knowledges: the science question in feminism and the privilege of partial perspective. In: *Feminist studies* 14, S. 575–599. <https://doi.org/10.2307/3178066>.

Harders, Cilja (2012): *Politikwissenschaft, Politologie*. In: *Geschlechtergerechte Akkreditierung und Qualitätssicherung. Eine Handreichung; Analysen, Handlungsempfehlungen & Gender Curricula*. 3., aktualis., überarb. u. veränd. Aufl Netzwerk Frauen- u. Geschlechterforschung NRW (14). Essen: Netzwerk Frauen- u. Geschlechterforschung NRW, S. 152–154.

Harders, Cilja/Kahlert, Heike/Schindler, Delia (Hrsg.) (2005): *Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: Springer VS.

Harding, Sandra G. (1990): *Feminism, science, and the anti-enlightenment critique*. In: Nicholson, Linda J (Hrsg.): *Feminism/postmodernism*. New York: Routledge, S. 83–106.

Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.) (2020): *Antifeminismen. 'Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Gender studies*. Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839448441>.

Holzleithner, Elisabeth (2022): *Global contestations of gender equality and queer rights: perspectives from legal philosophy*. In: Scheele, Alexandra/Roth, Julia/Winkel, Heidemarie (Hrsg.): *Global contestations of gender rights*. Bielefeld: Bielefeld University Press / transcript Verlag, S. 63–82. <https://doi.org/10.14361/9783839460696-004>.

Kaiser, Susanne (2020): *Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobil machen*. Berlin: Suhrkamp.

Kerner, Ina (2009): Alles intersektional? Zum Verhältnis von Rassismus und Sexismus. In: *Feministische Studien* 27, S. 36–50. <https://doi.org/10.1515/fs-2009-0105>.

Kerner, Ina (2011): *Geschlecht*. In: Göhler, Gerhard/Matthias, Iser/Dies (Hrsg.): *Politische Theorie*. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung. Wiesbaden: Springer VS, S. 126–141.

Kerner, Ina (2013): Haupt- und Nebenwirkungen feministischer Analysen. In: *Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung* 31, S. 102–104.

Kerner, Ina (2021): Zur Kolonialität der liberalen Demokratie. In: *ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie* 12, S. 182–199. <https://doi.org/10.3224/zpth.v12i2.03>.

Klapeer, Christine M. (2014): *Perverse Bürgerinnen. Staatsbürgerschaft und lesbische Existenz*. Bielefeld: transcript Verlag.

Klapeer, Christine M. (2022): *Rassismus, Heteronormativität, queere Interdependenzen. Trans/nationale Kämpfe um LGBTIQ*-Rechte und staat(sbürger)liche Politiken der Anerkennung als Gegenstand intersektionaler Analysen*.

In: Biele Mefebue, Astrid/Bührmann, Andrea D./Grenz, Sabine (Hrsg.): *Handbuch Intersektionalitätsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 479–493. https://doi.org/10.1007/978-3-658-26292-1_24.

Kortendiek, Beate/Mense, Lisa/Beaufaÿs, Sandra/Bünnig, Jenny/Hendrix, Ulla/Herrmann, Jeremia/Mauer, Heike/Niegel, Jennifer (2022): *Gender-Report 2022. Geschlechter(un)gerechtigkeit an nordrhein-westfälischen Hochschulen. Hochschulentwicklungen, Gleichstellungspraktiken, Ungleichheiten im Mittelbau. Studien Netzwerk Frauen- u. Geschlechterforschung NRW (39)*. Essen: Netzwerk Frauen- u. Geschlechterforschung NRW.

Krause, Ellen (2003): *Einführung in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht (11)*. Opladen: Leske + Budrich.

Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.) (1997a): *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Reihe Politik der Geschlechterverhältnisse (8)*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.) (1997b): *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation. Politischer Vierteljahresschrift Sonderheft (28)*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.) (1995): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft: eine Einführung. Politik der Geschlechterverhältnisse (4)*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hrsg.) (2017): *Anti-gender campaigns in Europe: mobilizing against equality*. Lanham/New York: Rowman & Littlefield International.

Kurz-Scherf, Ingrid/Dzewas, Imke/Lieb, Anja/Reusch, Marie (Hrsg.) (2006): *Reader Feministische Politik & Wissenschaft. Positionen, Perspektiven, Anregungen aus Geschichte und Gegenwart. Reihe Geschlecht zwischen Vergangenheit und Zukunft des Zentrums für Gender Studies und Feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg (1)*. Königstein/Taunus: Helmer.

Laufenberg, Mike/Erlemann, Martina/Norkus, Maria/Petschick, Grit (Hrsg.) (2018): *Prekäre Gleichstellung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-11631-6>.

Leinius, Johanna/Mauer, Heike (2021): *(K)einen Schlusspunkt setzen. Die Herausforderungen von Intersektionalität und Postkolonialität im deutschsprachigen Kontext*. In: Mauer, Heike/Leinius, Johanna (Hrsg.): *Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht. Politik und Geschlecht (33)*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 279–298.

Lembke, Ulrike (2023): *Verfassungswidrige Sprachverbote*. In: *Verfassungsblog: On Matters Constitutional*. <https://doi.org/10.17176/20231124-213811-0>.

Ludwig, Gundula (2015): *Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staatstheoretische Interventionen*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742496>.

Ludwig, Gundula (2017): *Überlegungen zur heteronormativen Grammatik des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Privatheit*. In: *Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien, Humboldt-Universität Berlin (Hrsg.): Grenzziehung von „öffentlich“ und „privat“ im neuen Blick auf Geschlechterverhältnisse. Bulletin Texte (43)*. , S. 72–93.

Ludwig, Gundula (2023): *Feministische Politikwissenschaft als demokratisierende Haltung*. In: Bloemen, Henrike/Bomert, Christiane/Dziuba-Kaiser, Stephanie/Gebhardt, Mareike (Hrsg.): *Machtverhältnisse. Kritische Perspektiven auf Geschlecht und Gesellschaft. Politik der Geschlechterverhältnisse (63)*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag, S. 33–47.

Ludwig, Gundula/Woltersdorff, Volker (2018): *Sexuelle Regulation im autoritären Neoliberalismus zwischen den Versprechen von Freiheit und Sicherheit*. In: Pühl, Katharina/Sauer, Birgit (Hrsg.): *Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse. Queer-feministische Positionen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 47–72.

Martinsen, Franziska (2022): *Kanon oder nicht? Feministische Perspektiven in der Politischen Theorie*. In: Flügel-Martinsen, Oliver/Jörke, Dirk (Hrsg.): *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte*. Baden-Baden: Nomos, S. 275–296. <https://doi.org/10.5771/9783748928454-275>.

Mauer, Heike (2021): *Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen*. In: Kim, Seongcheol/Selk, Veith (Hrsg.): *Wie weiter mit der Populismusforschung? Baden-Baden: Nomos, S. 271–292*. <https://doi.org/10.5771/9783748922773-271>.

- Mauer, Heike/Leinius, Johanna (Hrsg.) (2021a): Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht. Politik und Geschlecht (33). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Mauer, Heike/Leinius, Johanna (2021b): Einleitung: Intersektionalität und Postkolonialität – Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht. In: Mauer, Heike/Leinius, Johanna (Hrsg.): Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht. Politik und Geschlecht (33). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 7–30. <https://doi.org/10.3224/84742455>.
- Nüthen, Inga (2019): Was gehört zum Kern des Fachs? Kämpfe um die Institutionalisierung feministischer Politikwissenschaft am OSI (und was wir daraus lernen können). In: Mattern, Philipp/Pongrac, Timo/Vogt, Tilman/Wutzke, Dennis (Hrsg.): Abschied vom Unzeitgemäßen? Politische Ideengeschichte im Widerstreit. Festschrift für Klaus Roth. Reihe Hochschule (11). Marburg: BdWi-Verlag, S. 47–64.
- Nüthen, Inga (2023): Geschlecht, Sexualität und Politik. Aspekte queer feministischer Politikverständnisse. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742733>.
- Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (Hrsg.) (2004): Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte - Verknüpfungen - Perspektiven. Wien: WUV / UTB.
- Roth, Julia/Sauer, Birgit (2022): Worldwide anti-gender mobilization: right-wing contestations of women's and gender rights. In: Scheele, Alexandra/Roth, Julia/Winkel, Heidemarie (Hrsg.): Global contestations of gender rights. Bielefeld: Bielefeld University Press, S. 99–114. <https://doi.org/10.1515/9783839460696-006>.
- Roth, Julia/Winkel, Heidemarie/Scheele, Alexandra (2022): Geschlecht – Gewalt – Global. Gewalt im Zentrum weltweiter Angriffe auf Frauen- und Geschlechterrechte. Einleitung. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 31, S. 9–29. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v31i2.02>.
- Rudolph, Clarissa (2015): Geschlechterverhältnisse in der Politik. Eine genderorientierte Einführung in Grundfragen der Politikwissenschaft. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Reihe Politik der Geschlechterverhältnisse. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Sauer, Birgit (2012a): Und sie bewegt sich noch. Feministische Theorie in der Politikwissenschaft. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hrsg.): Theoriearbeit in der Politikwissenschaft. Wien: Facultas, S. 105–116.
- Sauer, Birgit (2012b): Was macht feministische Politikwissenschaft zu einer kritischen Wissenschaft? Rückblicke und aktuelle Herausforderungen. Rauschholzhausen: Tagung „Feministische Kritik und Widerstand“ des DVPW-AK „Politik und Geschlecht“.
- Sauer, Birgit (2012c): Intersektionalität und Staat. Ein staats- und hegemonietheoretischer Zugang zu Intersektionalität. In: Portal Intersektionalität. Forschungsplattform und Praxisforum für Intersektionalität und Interdependenzen. Online unter <http://portal-intersektionalitaet.de/uploads/media/Sauer> [Zugriff: 24.01.2024].
- Sauer, Birgit (2015): Politikwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterprofessorinnen im deutschsprachigen Raum. Zwischen Besonderheit und Besonderung oder auf dem Weg zur Normalität? In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 24, S. 126–134. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v24i1.19261>.
- Sauer, Birgit (2017): Engel der Geschichte. Ein Rückblick auf die Zukunft feministischer Politikwissenschaft. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 26, S. 117–127. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i2.09>.
- Schlecht, Loui (2021): Antigenderistische Verhältnisse. Völkische Vergeschlechtlichung, Verschwörungsglaube und Antisemitismus. In: Mobilisierungen gegen Feminismus und ‚Gender‘. Erscheinungsformen, Erklärungsansätze und Gegenstrategien GENDER Sonderheft, S. 76–91. <https://doi.org/10.3224/84742528.05>.
- Smykalla, Sandra/Vinz, Dagmar (Hrsg.) (2011): Intersektionalität zwischen Gender und Diversity. Theorien, Methoden und Politiken der Chancengleichheit. Forum Frauenforschung (30). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Steinsberger, Zoe*/Ludwig, Gundula (2023): Trans* Ungleichzeitigkeiten und Trans*feminismen. Trans* Ungleichzeitigkeiten – Potenziale trans*feministischer Gesellschaftstheorie. Eine Einleitung. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 32, S. 9–23. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v32i2.02>.

Völkner, Paula (2024): Rhein folgt Söder. Hessen verbietet der Verwaltung das Gendern. In: Frankfurter Rundschau. Online unter <https://www.fr.de/politik/rhein-soeder-hessen-bayern-gender-verbot-schule-verwaltung-gruene-kritik-92919326.html> [Zugriff: 28.03.2024].

Wetterer, Angelika (2013): Das erfolgreiche Scheitern feministischer Kritik. Rhetorische Modernisierung, symbolische Gewalt und die Reproduktion männlicher Herrschaft. In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hrsg.): Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Forum Frauen- und Geschlechterforschung (37). Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 246–66.

Wilde, Gabriele/Meyer, Birgit (2018): Angriff auf die Demokratie. Die Macht des Autoritären und die Gefährdung demokratischer Geschlechterverhältnisse. Eine Einleitung. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27, S. 9–21. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.02>.

Wissenschaftsrat (2023): Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Geschlechterforschung in Deutschland. Köln. German Science and Humanities Council. Online unter <https://doi.org/10.57674/9Z3K-1Y81> [Zugriff: 07.02.2024].

Prof. Dr. Christine M. Klapeer, Professor*in für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Gender Studies, Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Johanna Leinius, wissenschaftliche Geschäftsführerin des Cornelia Goethe Centrums für Geschlechterforschung, Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Franziska Martinsen, Professorin für Politische Theorie, Universität Duisburg-Essen

Dr. Heike Mauer, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Koordinations- und Forschungsstelle des Netzwerks Frauen- und Geschlechterforschung Nordrhein-Westfalen, Essen

Dr. Inga Nüthen, wissenschaftliche Referent*in, Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg

I. (De)Gendering Politikwissenschaft

Feministische Forschungspolitiken

Wie können Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der (akademischen) Wissensproduktion adressiert, unterbrochen und transformiert werden?

Miriam Friz Trzeciak

Zusammenfassung

Feministische Forschungspolitiken adressieren Herrschafts- und Machtverhältnisse, um diese nicht nur besser zu verstehen, sondern auch durch feministische Prozesse der Wissensproduktion zu unterbrechen und zu transformieren. Sie kennzeichnet eine reflexive Forschungshaltung. Dabei gilt es, verschiedene Perspektiven in Bezug auf Gender in Verwobenheit mit anderen Ungleichheitsdimensionen anzuerkennen und sichtbar zu machen.

Schlüsselbegriffe

Feministische Forschungspolitiken, feministische Epistemologiekritik, Intersektionalität, feministische Methodologien, Reflexivität

1 Einleitung

Feministische Wissensproduktionen zielen auf die Analyse von Ungleichheit generierenden Prozessen und Verhältnissen. Sie verfolgen einen emanzipatorischen Anspruch, der soziale Macht- und Herrschaftsverhältnisse kritisch adressiert, um zu Formen epistemischer und sozialer Gerechtigkeit beizutragen. Ansätze feministischer Forschungspolitiken kreisen entsprechend um die Frage, wie multiple soziale Erfahrungen der Ausgrenzung und Unterdrückung von FLINTA+ (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen) im Kontext intersektionaler Dynamiken besser verstanden und überwunden werden können. Gleichzeitig sind feministische Forschungspolitiken vielfältig und umkämpft;

Dieser Beitrag wurde am 08.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Trzeciak, Miriam Friz (2024): Feministische Forschungspolitiken. Wie können Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der (akademischen) Wissensproduktion adressiert, unterbrochen und transformiert werden? In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 29-38. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.ffmt.1-g>

um gesellschaftliche Verhältnisse und Diskurse verändern zu können, gilt es, verschiedene Perspektiven in Bezug auf *Gender* in Verwobenheit mit anderen Ungleichheitsdimensionen anzuerkennen und sichtbar zu machen.

Ein gemeinsamer Nenner feministischer Forschungspolitiken besteht in der Kritik an Vorstellungen werturteilsfreier oder neutraler Wissenschaft. So rekurren feministische Epistemologien auf die Produktion von Wissen, soziale Beziehungen, Positionierungen (wie Professor*in oder Aktivist*in) sowie spezifische historisch-kulturelle Kontexte. Sie zielen darauf ab, machtvollen Dualismen (wie Mann/Frau oder Natur/Kultur) zu destabilisieren, die bestimmte Wissensformen von Vorstellungen der „Rationalität“ oder „Objektivität“ ausschließen. Entsprechend beleuchten sie verschiedene Prozesse der sozialen Hierarchisierung und interessieren sich für widerständige und nicht-dominante Wissensbestände. Um epistemischen und sozialen Wandel auf der Ebene der akademischen Wissensproduktion anzustoßen, existieren eine Vielzahl machtsensibler und reflexiver feministischer Methoden. Diese setzen u.a. an den Erfahrungen mit miteinander verwobenen Machtverhältnissen an, richten den Blick auf asymmetrische Beziehungen und plädieren für verantwortliche Forschungspraktiken.

Im Folgenden diskutiere ich einige zentrale theoretische und methodologische Impulse für feministische Forschungspolitiken. Zunächst gebe ich einen Überblick über feministische Forschungspolitiken und beleuchte den Ansatz der Performativität von Wissen. Danach stelle ich Ansätze feministischer Epistemologien und Forschungsmethoden vor. Abschließend diskutiere ich aktuelle Herausforderungen im Kontext der Verantwortlichkeit von *doing research*.

2 Feministische Forschungspolitiken und die Performativität von Wissen

Feministische Forschungspolitiken sind heterogen. Zwar stellen Wissenschaft und Aktivismus zwei unterschiedliche Felder der Wissensproduktion dar (Villa/Speck 2020); gleichzeitig haben sie sich immer wieder gegenseitig befruchtet. Entsprechend der Fülle feministischer Forderungen und Bewegungen können verschiedene Stränge feministischer Wissensproduktion identifiziert werden, von denen ich einige der zentralen Impulsgebenden nennen möchte.

Beziehen sich die Forderungen liberaler Frauenbewegungen insbesondere auf Politiken der Gleichheit (z.B. Gleichstellung und Antidiskriminierung in Beruf, Politik und Familie) (Lenz 2018), so haben postkoloniale Feminist*innen kritisiert, dass diese insbesondere die Interessen *weißer*, heterosexuell lebender „Frauen“ aus der Mittelschicht vertreten, jedoch die Situationen marginalisierter „Frauen“ ausgeblendet haben (Gutiérrez Rodríguez 2004: 269). Ihre Kämpfe zielen auf die Schaffung feministischer Gerechtigkeit im Kontext globaler

Machtverhältnisse. Sie schließen an marxistische und sozialistische Feminismen an, die die Aufhebung asymmetrischer Geschlechterverhältnisse vor dem Hintergrund einer globalen kapitalistischen Arbeitsteilung sowie von Re/Produktion und *care* adressieren (Haug 2008).

Intersektionale Denker*innen (insbesondere Schwarze Feminist*innen und Feminist*innen *of Color*) haben die Verwobenheit verschiedener Formen der Unterdrückung (wie *race*, soziale Herkunft oder sexuelle Orientierung) beleuchtet. Sie zeigen, dass ein additives Verständnis dieser Dimensionen der Komplexität unterschiedlich gelebter Erfahrungen nicht gerecht werden kann (Crenshaw 1989; Collins [1990] 2000).

Queer-feministische Bewegungen nehmen heteronormative und zweigeschlechtliche Ordnungen kritisch zum Ausgangspunkt und hinterfragen die Normalisierung und Homogenisierung spezifischer sexueller und geschlechtlicher Praktiken, Beziehungen und Subjektivitäten (Browne/Nash 2010). Ansätze der Queer Theory verweisen entsprechend auf die Fluidität und Vielfältigkeit sexueller Subjekte und heben die soziale Konstruktion sowie die interaktionalen und diskursiven Herstellungsprozesse von Geschlecht hervor.

Die *Crip* oder *dis/ability studies* lenken den Blick auf die gesellschaftlichen Normierungsprozesse von Körpern/Körperlichkeit und fragen danach, wie Be/Hinderung oder *disability* (Unfähigkeit) in Wechselwirkung zu *ability* (Fähigkeit) in Verwobenheit mit weiteren Ungleichheitsdimensionen hergestellt wird (Waldschmidt 2022). Die Critical Disability Studies/Queer Crip Theory gehen einen Schritt weiter. Indem sie andere Formen von Zukunft für *disability* und Körper imaginieren, wenden sie sich gegen Ideen der Normalisierung und formulieren die Notwendigkeit einer gerechteren Welt (Kafer 2013).

Indigene Feminist*innen machen auf die komplexen Prozesse aufmerksam, in denen koloniale Prozesse der Hierarchisierung Indigene Geschlechterordnungen geprägt haben. Sie verweisen zudem auf die Bedeutung der Kämpfe um Indigene Selbstregierung, den (kollektiven) Zugang zu Land/Territorium sowie nicht-ausbeuterische Beziehungen und Ontologien von Menschen und Natur (Tuhiwai-Smith 2013; Knoblock/Kuokkanen 2015).

Diese politischen wie epistemischen Kämpfe haben Implikationen für die feministische Wissensproduktion. Einen wichtigen Impuls bildet die an poststrukturalistische und dekonstruktivistische Ansätze anschließende Erkenntnis der „Performativität von Wissen“. Demnach ist die Produktion von Wissen nicht neutral oder „unschuldig“ in dem Sinne, dass gesellschaftliche Realität lediglich abgebildet werden kann. Vielmehr können sprachliche Äußerungen soziale Wirklichkeit (wie zweigeschlechtliche Körper) performativ hervorbringen (Butler 1990). Diejenigen, die z.B. durch Vergeschlechtlichung und Rassifizierung nicht als sozial sinnhaft gelten, werden nicht nur symbolisch zu verworfenen „Anderen“, sondern erfahren auch reale Konsequenzen. Auf der sprachpraktischen Ebene sind Prozesse des Fremdmachens mit vereinfachenden und essentialistischen Konzeptionen von kultureller „Differenz“ verbunden; häufig handelt es sich um diskursive Wechselbeziehungen, deren Bedeutung über ungleiche binäre Gegensatzpaare (wie weiblich/männlich, weiß/schwarz) hergestellt wird (Hall 2004: 117-118).

In den Überlegungen zur Performativität von Wissen liegt aber auch ein potentiell emanzipatorisches Moment. Indem sie die Naturhaftigkeit gewaltvoller Ordnungen re- und dekonstruieren, zeigen sie, dass auch andere Formen der Relationalität denkbar und möglich sind. So kann epistemische Gerechtigkeit, etwa im Hinblick auf sprachpraktisch vermittelte Ausschlussprozesse, durch relationale Ansätze in der feministischen Forschung angestoßen werden. Das erfolgt etwa durch den Einbezug von Standpunkten, Subjektivität/en, Emotionen/Affekten oder Körpern/Körperlichkeiten, die entlang eines klassischen Wissenschaftsverständnis ausgeschlossen werden.¹

3 Ansätze der feministischen Epistemologiekritik

Insgesamt geht es Ansätzen der feministischen Epistemologiekritik um die kritische Reflexion der Bedingungen von „Objektivität“ im Kontext gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Entgegen positivistischer Modelle, die die vorläufige Gültigkeit von Aussagen etwa über Verfahren der Falsifizierbarkeit überprüfen wollen, richten sie den Blick auf die Verhältnisse, Prozesse und Positionen, die im Zusammenhang mit der Produktion von Erkenntnis stehen. Kritischer Ausgangspunkt sind Formen „androzentrischer“ und „eurozentrischer“ Erkenntnis, die oftmals ausgehend von (cis-)männlichen, bürgerlichen, heterosexuellen und *weißen* Positionen die akademische Landschaft maßgeblich geprägt haben (Hartsock 1983; Harding 1986; Collins 2000). Feministische Epistemologiekritiken adressieren die damit eng verbundenen Postulate einer vermeintlichen Neutralität oder Universalität von Wissenschaft. Verschiedene Spielarten bilden u.a. (1) feministische Standpunkttheorien, (2) der feministische Empirismus, (3) poststrukturalistische Perspektiven sowie (4) Ansätze des Neuen Materialismus und (5) post- und dekoloniale Studien.

Feministische Standpunkttheorien schließen an marxistische Überlegungen zur Überwindung ausbeuterischer gesellschaftlicher Verhältnisse und Formen der Arbeitsteilung durch einen „feministischen historischen Materialismus“ an (Hartsock 1983). Ein zentrales Argument lautet, dass der Fokus auf die Erfahrungen von unterdrückten sozialen Gruppen (zunächst „Frauen“) nicht nur wissenschaftliche Standards erhöhen, sondern auch, verstanden als *strong objectivity*, die wissensverzerrenden Interessen einer vermeintlich wertneutralen Forschung (*weak objectivity*) korrigieren könne (Harding 1995). Letztendlich sei eine unvoreingenommene Forschungshaltung unmöglich, daher gelte es die Forschungsprozesse hinsichtlich der Positionalität der Forschenden zu reflektieren. Gleichzeitig kann jedoch – so eine Kritik an Standpunkttheorien – nicht von vermeintlich unschuldigen Positionen ausgegangen werden (Haraway 1995: 84). Innerhalb marginalisierter sozialer Gruppen existieren verschiedene Erfahrungen mit Unterdrückung und Widerstand; gleichzeitig ist jede Form von Wissen von spezifischen Machtformationen strukturiert (ebd.: 75).

¹ Ich danke der anonymen gutachtenden Person für diesen sowie weitere wichtige und solidarische Hinweise.

Theorien des *feministischen Empirismus* beziehen sich auf positivistische Wissenschaftskonzeptionen. Diese Ansätze folgern, dass sexistische und androzentrische Begründungen durch die Befolgung einer evidenzbasierten Erkenntnis- und Wissensproduktion korrigiert werden können (Mertlitsch 2019). Sie bemängeln jedoch positivistische Annahmen dahingehend, dass theoretische Befunde durch empirische Daten weder widerspruchsfrei hergeleitet, noch unvoreingenommen oder theoriefrei beobachtet werden können (Singer 2008: 289; Longino 1990). Entsprechend betrachten Vertreter*innen des feministischen Empirismus wissenschaftliche Befunde als Resultat kollektiver Aushandlungsprozesse (Mertlitsch 2019). Eine Kritik an Ansätzen des feministischen Empirismus bezieht sich auf die Annahme, dass eine „korrekt“ ausgeführte wissenschaftliche Vorgehensweise theoretische Verzerrungen beheben könne, dabei jedoch nicht auf feministische Konzepte oder Methoden zurückgreife.

Auch Vertreter*innen *poststrukturalistischer Epistemologien* positionieren sich gegenüber Vorstellungen von wissenschaftlicher Universalität und Neutralität, wenden sich jedoch stärker gegen „Metaerzählungen“ und Postulate einer vermeintlichen Wahrheit (Singer 2008: 289). In Abgrenzung zu standpunkttheoretischen Denker*innen betonen sie die diskursive Verfasstheit von Macht-Wissen-Komplexen und hinterfragen die Idee von vermeintlich natürlichen Kategorien wie „Frauen“. So argumentiert etwa Judith Butler, dass solch universale Setzungen nicht die Grundlage für feministische Bewegungen und Solidarität bieten können, sondern notwendigerweise – aufgrund der damit einhergehenden Ausschlüsse und Differenzen – mit Spaltungen einhergehen. Entsprechend müsse die Bedeutung „Frau“ im Sinne einer ständigen Umdeutbarkeit offengehalten werden (Butler 1990). Eine Kritik an diesen Ansätzen lautet, dass diese zwar wichtige Erkenntnisse für die Wirkmächtigkeit diskursiver Ordnungen liefern, jedoch die (komplexen) gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnisse aus dem Blick verlieren (Villa 2008: 208).

Die Vertreter*innen des *Neuen Materialismus* schließen an die Dekonstruktion dualistischer Vorstellungen (wie Körper/Geist oder Natur/Kultur) an, bemängeln jedoch einige der poststrukturalistischen Annahmen dahingehend, dass Körper nicht nur diskursiv geformt seien (Barad 2012; Braidotti 2013). Sie richten den Blick auf die Handlungsfähigkeit von Körpern und Dingen, und nehmen die Vorstellung einer materiellen Realität zum Ausgangspunkt, die offen für Differenz ist, und in der menschliche und nicht-menschliche Prozesse in Wechselwirkung stehen. Donna Haraway (1995: 89) plädiert etwa für „Politiken und Epistemologien der Lokalisierung, Positionierung und Situierung“. Ihr Entwurf eines „situiereten Wissens“ zielt auf einen dekonstruktiven Umgang mit hierarchisierenden Dualismen und hebt die Materialität von Körpern hervor (ebd.: 80). Sie (2016) setzt sich zudem für Formen der sorgenden Beziehung zwischen Menschen, Tieren und anderen Lebewesen ein, die die Logiken der Abstammung und Genealogie erweitern. Auch an den neo-materialistischen Ansätzen lautet eine Kritik, dass sie politisch-ökonomische Verhältnisse sowie institutionelle Strukturen kaum in Betracht ziehen.

Postkoloniale und dekoloniale feministische Epistemologiekritiken greifen die Kritik an essentialisierenden Konzepten auf und verorten diese im Kontext globaler Machtverhältnisse (Mohanty 1984; Spivak 1988). Sie betrachten koloniale Kontinuitäten im Hinblick auf *Gender* und Sexualität, um einerseits „die historische Gewordenheit von genderspezifischen Positionierungen transparent zu machen, aber auch tragbare transnationale Widerstandsstrategien zu formulieren, die Dekolonisierungsprozesse vorantreiben.“ (Castro Varela und Dhanwan 2009). Sie nehmen Vorstellungen von „Feminismus“ oder „queer“ kritisch unter die Lupe und hinterfragen deren Komplizenschaft mit kolonialen Kontinuitäten im Kontext der westlichen Moderne (Espinosa Miñoso 2022). Eine dekoloniale feministische Strategie zur Schaffung epistemischer Gerechtigkeit kann darin liegen, marginalisierte Wissensarchive sichtbar zu machen. So dekonstruiert Patricia Hill Collins (2000) in Anlehnung an Standpunkttheorien hegemoniale Vorstellungen von Intellektualität. Sie beleuchtet die Heterogenität marginalisierter Wissensbestände von Schwarzen „Frauen“ entlang verschiedener Erfahrungen mit *intersecting oppressions* (ebd.: 24). Das Konzept *black feminist thought* wendet sich gegen Formen des Wissens, die Prozesse der Objektivierung, Kommodifizierung (zur Ware machen) sowie Ausbeutung aufrechterhalten (ebd.: 289).

4 Werkzeuge: feministische Methoden und Methodologien

Feministische Forschungspolitiken, die Prozesse der Wissensproduktion kritisch reflektieren sowie sozialen und epistemischen Wandel anstoßen wollen, sind untrennbar mit Fragen nach Methodologie (das Nachdenken über Werkzeuge der Forschung) und Methoden (die Anwendung ebendieser) verbunden. Feministische Methodologien bieten Werkzeuge an, um Machtverhältnisse während des Forschungsprozesses, etwa im Hinblick auf Datenerhebung und -auswertung oder die Gestaltung der Forschungsbeziehungen, kritisch zu durchleuchten (Naples 2007). Insgesamt existiert eine Vielzahl feministischer Methoden, von denen ich einige kurz vorstellen möchte:

Reflexive Methoden der Datenerhebung umfassen semi-strukturierte oder „offene“ Verfahren der Interviewführung. Dazu gehören *problemzentrierte* oder *narrative Interviews*. Diese interpretativ-rekonstruktiven Ansätze nehmen die subjektiven Erfahrungen oder konstruierte Sinnzusammenhänge der Forschungsteilnehmenden zum Ausgangspunkt, um beispielsweise in Verfahren der *feministischen Biographieforschung* Befunde zu marginalisierten Lebensverläufen im Kontext sozialer Verhältnisse zu gewinnen (Sander 2005).

Die *feminist ethnography* kombiniert Verfahren teilnehmender Beobachtung und Interviewführung, um die lokale Spezifik von Lebens- und Erfahrungswelten im Kontext globaler Machtverhältnisse zu untersuchen (Ghosh 2016). Feministische Ethnografien sind an der Schaffung reflexiver und ethischer Beziehungen zwischen Forschenden und Forschungsteilnehmenden interessiert (ebd.: 5). Der Fokus auf lokale Praktiken im Kontext globaler

Machtverhältnisse kann die Bedeutungen feministischer Handlungsmacht vor dem Hintergrund spezifischer Formen des Regierens beleuchten.

Feministische Ansätze der *partizipativen Aktionsforschung* beschäftigen sich mit den Möglichkeiten dialogischer Wissensproduktion, nicht zuletzt um marginalisierte Perspektiven sichtbar zu machen (von Unger 2014). Neben der partnerschaftlichen Einbeziehung der Forschungsteilnehmenden sollen soziale Macht- und Herrschaftsverhältnisse in ihrem Wirken verstanden sowie durch die Gestaltung anderer Formen der Relationalität und des Wissenstransfers verändert werden.

Im Rahmen der Datenauswertung setzen sich Ansätze der *feministischen Diskursforschung* mit der sprachlich-symbolischen oder auch interaktiven Hervorbringung von Geschlecht in Verwobenheit mit weiteren Formen der hierarchisierenden Konzeptualisierung von Differenz auseinander (Wedl 2014). Darüber hinaus können diskursanalytische Verfahren alternative Perspektiven auf Zugehörigkeit und Anerkennung eröffnen.

Feministische Ansätze der *Grounded Theory* (Clarke 2012) beleuchten den kreativen Umgang von Akteur*innen mit sozialen Strukturmomenten. Die *Situationsanalyse* kombiniert diskurstheoretische, pragmatistische sowie neo-materialistische Perspektiven (ebd.). Neben der Produktion von Subjektivitäten im Kontext spezifischer „Möglichkeitsbedingungen“ liegt das Augenmerk auf der Berücksichtigung nicht-menschlicher Elemente (ebd.: 101). Strategien des Mapping von sozialen Welten/Arenen, Positionen oder Situationen streben die Darstellung von „Komplexität“ an, etwa um politikfeldspezifische Machtanalysen (Cress 2021) durchzuführen.

Insgesamt plädieren feministische Methodologien für den Einsatz reflexiver Perspektiven während des gesamten Forschungsprozesses. Gleichwohl sind die Auswahl und Anwendung von Methoden bedingt durch epistemologische wie theoretische Fragestellungen. Sie prägen das Nachdenken über Theoriebildung sowie die analytischen Befunde.

5 Fazit: Feministische Forschungspolitiken und die Verantwortlichkeit von *doing research*

Feministisches Wissen zu produzieren, das Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der (akademischen) Wissensproduktion kritisch untersucht und darauf abzielt, soziale und epistemische Gerechtigkeit zu schaffen, geht einher mit Fragen der Verantwortlichkeit [*accountability*] von *doing research*. Dabei geht es nicht nur um die reflexive Auseinandersetzung mit asymmetrischen Positionalitäten, etwa mit dem Anspruch ethische Fragen rund um *personal accountability* und *care* während des Forschungsprozesses umzusetzen (vgl. Collins 2000: 265ff.). Eine Herausforderung liegt in der Frage, wie feministische Forschungspolitiken angesichts institutioneller und struktureller Ausschlusslogiken gelingen können. Dies betrifft beispielsweise ausbeuterische und extraktivistische Logiken (etwa im Kontext

partizipativer Forschungsprojekte). Und auch wenn der Ausgang feministischer Wissensproduktion unabhängig von politischen Forderungen bleiben sollte (Villa/Speck 2020), gilt es, Forschungsprozesse wie -befunde dahingehend zu überprüfen, welchen Schaden sie im Kontext asymmetrischer Beziehungen und Verhältnisse anrichten können. Dies kann etwa den Umgang mit sensiblen Daten, prekären Wissensformen oder die Reproduktion naturalisierender Kategorisierungen tangieren.

Schließlich stellt sich im Kontext asymmetrischer Beziehungen und Verhältnisse, die den Ausgangspunkt für feministische Forschungspolitiken bilden, die Frage nach der Möglichkeit von Bündnissen. Die dekoloniale Denkerin María Lugones (2003 [1987]) betrachtet die Beachtung von Pluralität und Differenz als wesentlich für Formen der „deep coalition“ zwischen FLINTA+. Nira Yuval-Davis (1999) wiederum schlägt *transversal politics* vor, die die Berücksichtigung von Differenz und unterschiedlichen Machtpositionen mit gleicher Anerkennung verbinden, um essentialistische Formen der Repräsentationspolitik zu vermeiden.

Im Kontext des Dialoges zwischen Aktivismus und Wissenschaft wird das Verhältnis zwischen verschiedenen Wissensformen sowie -logiken weiter zu reflektieren sein. Beispielsweise benötigen die Schaffung und Aufrechterhaltung reflexiver Aushandlungsräume zwischen verschiedenen feministischen Positionen viele personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen. Gleichzeitig erscheinen feministische Forschungspolitiken und -bündnisse angesichts der aktuellen Kämpfe und Angriffe rund um die „Freiheit“ von Wissenschaft virulenter denn je. Dies kann das Nachdenken über reflexive und „rebellische“ (van Dyk 2019) Formen des Universalismus, etwa im Kontext der Gültigkeit von Gerechtigkeitsansprüchen (Nussbaum 2010) oder neuen Klassenpolitiken (van Dyk 2019), dringlicher erscheinen lassen. Darüber hinaus wird es notwendig sein, die Grenzen feministischer Wissensproduktion weiter auszuloten sowie Strategien zu ihrer Verteidigung zu erörtern.

Literaturverzeichnis

- Barad, Karen (2012): *Agentieller Realismus. Über die Bedeutung materiell-diskursiver Praktiken*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Braidotti, Rosi (2013): *The posthuman*. Cambridge: Polity Press.
- Butler, Judith (2021): *Das Unbehagen der Geschlechter*. 22. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2009): Dekolonisierung und die Herausforderungen Feministisch-Postkolonialer Theorie. In: *Bildpunkt*. Online unter <https://www.linksnet.de/artikel/25071>.
- Clarke, Adele E. (2012): *Situationsanalyse: Grounded Theory nach dem Postmodern Turn*. Interdisziplinäre Diskursforschung. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93320-7>.
- Crenshaw, Kimberlé (1989): Demarginalizing the intersection of race and sex: a black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics. In: *The University of Chicago Legal Forum* 139, S. 139–167.
- Cress, Anne (2021): Die Situationsanalyse und ihr Potenzial für feministisch-kritische Politikfeldanalysen. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 30, S. 17–29. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v30i1.03>.

- Espinosa Miñoso, Yuderkis (2022): *De por qué es necesario un feminismo descolonial*. Barcelona: Icaria Editorial.
- Ghosh, Sanjukta T. (2016): *Feminist ethnography*. In: Wong, Angela/Wickramasinghe, Maithree/Hoogland, Renee/Naples, Nancy A. (Hrsg.): *The Wiley Blackwell Encyclopedia of gender and sexuality studies*. Singapore: John Wiley & Sons, Ltd, S. 1–9. <https://doi.org/10.1002/9781118663219.wbegs765>.
- Hall, Stuart (2004): *Das Spektakel der Anderen*. In: Koivisto, Juha/Merkens, Andreas (Hrsg.): *Ideologie, Identität, Repräsentation. Ausgewählte Schriften 4*. Hamburg: Argument Verlag, S. 108–166.
- Haraway, Donna (1995): *Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive*. In: *Die Neuerfindung der Natur Primaten, Cyborgs und Frauen*. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 73–97.
- Harding, Sandra (1986): *The science question in feminism*. Ithaca: Cornell University Press.
- Harding, Sandra (1995): „Strong Objectivity“: a response to the new objectivity question. In: *Synthese* 104, S. 331–349.
- Hartsock, Nancy C. M. (1983): *The feminist standpoint: developing the ground for a specifically feminist historical materialism*. In: Harding, Sandra/Hintikka, Merrill B. (Hrsg.): *Discovering reality: feminist perspectives on epistemology, metaphysics, methodology, and philosophy of science*. Synthese Library. Dordrecht/Boston/London: Reidel, S. 283–310. https://doi.org/10.1007/0-306-48017-4_15.
- Haug, Frigga (2008): *Sozialistischer Feminismus. Eine Verbindung im Streit*. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 52–58. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91972-0_6.
- Hill Collins, Patricia (1990): *Black feminist thought: knowledge, consciousness and the politics of empowerment*. 2. Auflage. London, New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203900055>.
- Kafer, Alison (2013): *Feminist, Queer, Crip*. Bloomington: Indiana University Press.
- Knoblock, Ina/Kuokkanen, Rauna (2015): *Decolonizing feminism in the north: a conversation with Rauna Kuokkanen*. In: *NORA – Nordic Journal of Feminist and Gender Research* 23, S. 275–281. <https://doi.org/10.1080/08038740.2015.1090480>.
- Lenz, Ilse (2018): *Feminismus. Denkweisen, Differenzen, Debatten*. In: Kortendiek, Beate/Riegraf, Birgit/Sabisch, Katja (Hrsg.): *Handbuch Interdisziplinäre Geschlechterforschung. Geschlecht und Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS, S. 231–241. https://doi.org/10.1007/978-3-658-12496-0_18.
- Longino, Helen E. (1990): *Science as social knowledge: values and objectivity in scientific inquiry*. Princeton: Princeton University Press.
- Lugones, Maria (2003): *Pilgrimages/Peregrinajes: theorizing coalition against multiple oppressions*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Mertlitsch, Kirstin (2019): *Feministische Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie*. In: Dorer, Johanna/Geiger, Brigitte/Hipfl, Brigitte/Ratkovi'c, Viktorija (Hrsg.): *Handbuch Medien und Geschlecht*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1–10.
- Mohanty, Chandra Talpade (1984): *Under western eyes: feminist scholarship and colonial discourses*. In: *boundary 2* 12, S. 333–358. <https://doi.org/10.2307/302821>.
- Naples, Nancy A. (2007): *Feminist methodology and its discontents*. In: Ritzer, George (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Social Science Methodology*. Thousand Oaks: SAGE, S. 547–564. <https://doi.org/10.1002/9781405165518.wbeosf042>.
- Nash, Catherine J./Browne, Kath (2010): *Queer methods and methodologies: intersecting queer theories and social science research*. Milton Park: Routledge.
- Nussbaum, Martha C. (2010): *Die Grenzen der Gerechtigkeit: Behinderung, Nationalität und Spezieszugehörigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rodríguez, Encarnación Gutiérrez (2008): *Postkolonialismus. Subjektivität, Rassismus und Geschlecht*. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 267–275. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91972-0_31.

- Sander, Susanne (2005): Biographieforschung und feministische Politikwissenschaft. In: Harders, Cilja/Kahlert, Heike/Schindler, Delia (Hrsg.): *Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: Springer VS, S. 85–98. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80977-3_5.
- Singer, Mona (2008): Feministische Wissenschaftskritik und Epistemologie: Voraussetzungen, Positionen, Perspektiven. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 285–294. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91972-0_33.
- Smith, Linda Tuhiwai (2013): *Decolonizing methodologies: research and indigenous peoples*. London: Zed Books.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): Can the subaltern speak? In: Ashcroft, Bill/Griffiths, Gareth/Tiffin, Helen (Hrsg.): *The post-colonial studies reader*. New York: Routledge, S. 24–28.
- van Dyk, Silke (2019): Identitätspolitik gegen ihre Kritik gelesen. Für einen rebellischen Universalismus. In: Bundeszentrale für Politische Bildung. Online unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/286508/identitaetspolitik-gegen-ihre-kritik-gelesen/> [Zugriff: 18.03.2023].
- Villa, Paula-Irene (2008): Post-Ismen. Geschlecht in Postmoderne und (De)Konstruktion. In: Wilz, Sylvia Marlene (Hrsg.): *Geschlechterdifferenzen – Geschlechterdifferenzierungen*. Wiesbaden: Springer VS, S. 199–229. https://doi.org/10.1007/978-3-658-32211-3_7.
- Villa, Paula-Irene/Speck, Sarah (2020): Das Unbehagen der Gender Studies. Ein Gespräch zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik. In: *Open Gender Journal*. <https://doi.org/10.17169/OGJ.2020.141>.
- Von Unger, Hella (2014): *Partizipative Forschung. Einführung in die Forschungspraxis*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01290-8>.
- Waldschmidt, Anne (2022): Disability Studies. In: Gugutzer, Robert/Klein, Gabriele/Meuser, Michael (Hrsg.): *Handbuch Körpersoziologie 2*. Wiesbaden: Springer VS, S. 91–104. https://doi.org/10.1007/978-3-658-33298-3_7.
- Wedl, Juliette (2014): Diskursforschung in den Gender Studies. In: Angermüller, Johannes/Nonhoff, Martin/Herschinger, Eva/Macgilchrist, Felicitas/Reisigl, Martin/Wedl, Juliette/Wrana, Daniel/Ziem, Alexander (Hrsg.): *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Bielefeld: transcript, S. 276–299. <https://doi.org/10.1515/transcript.9783839427224.276>.
- Yuval-Davis, Nira (1999): What is „transversal politics“? In: *Soundings Special Issue: Transversal Politics 12*, S. 94–98.

Lese-Empfehlungen

- Haraway, Donna (2018): *Unruhig bleiben. Die Verwandtschaft der Arten im Chthuluzän*. Frankfurt/Main: Campus.
- Hill Collins, Patricia (2019): *Intersectionality as Critical Social Theory*, Durham: Duke University Press.
- Govrin, Jule (2022): *Politische Körper. Von Sorge und Solidarität*. Berlin: Matthes & Seitz.

Dr. Miriam Friz Trzeciak, wissenschaftliche Mitarbeiterin (Postdoc), Fachgebiet Interkulturalität/UNESCO Chair in Heritage Studies, Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg

Voting queer?

Wahlverhalten und Parteipräferenz von LGBTQ* Bürger*innen in Deutschland

Michael Hunklinger

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag gibt eine Übersicht über Entwicklung und aktuellen Stand der Wahlforschung zu LGBTQ*-Bürger*innen und fokussiert dann auf das Fallbeispiel Deutschland. Die Ergebnisse der ersten LGBTQ* Wahlstudie Deutschland zeigen, dass die LGBTQ* Community in Deutschland kein Monolith ist, sondern eine Gruppe von Menschen mit vielen Gemeinsamkeiten, aber auch Widersprüchen. Forschung zu LGBTQ*-Bürger*innen kann traditionelle Ansätze in Politik- und Sozialwissenschaften aufbrechen und drängenden Problemen unserer Gesellschaften eine neue Perspektive hinzufügen.

Schlüsselbegriffe

LGBTQ*, politische Partizipation, politische Einstellungen, Wahlen, Staatsbürgerschaft

1 Einleitung

In Bezug auf LGBTQ*-Bürger*innen, bzw. ihre rechtliche und reale Lebenssituation, lassen sich in den letzten Jahren zwei parallele Entwicklungen beobachten: eine Erweiterung von Antidiskriminierungsmaßnahmen und Bürgerrechten einerseits sowie andererseits eine wachsende Ablehnung gegenüber sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Dieses Spannungsfeld resultiert in einer zunehmenden Polarisierung innerhalb der Gesellschaft. LGBTQ* Personen bzw. die Rechte von LGBTQ*-Personen (ebenso wie auch Akzeptanz und Sichtbarkeit) werden mehr und mehr eine der entscheidenden Konfliktlinien, anhand der sich westliche Gesellschaften spalten (Hunklinger/Ajanovic 2021). Die Themen politi-

Dieser Beitrag wurde am 08.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Hunklinger, Michael (2024): Voting queer? Wahlverhalten und Parteipräferenz von LGBTQ* Bürger*innen in Deutschland. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 39-47. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.vqmh.1-g>

sche Teilhabe, Sichtbarkeit und Repräsentation von LGBTQ*-Bürger*innen sind ein Feld, an dem sich aktuell in unseren Gesellschaften ausgetragene Konflikte bzgl. Liberalismus und Regression besonders deutlich zeigen, wie unter einem Brennglas. Rechtlich, politisch und gesellschaftlich sind wir von einer echten Gleichstellung noch weit entfernt und die Errungenschaften für einige LGBTQ* Bürger*innen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese eben nicht für alle LGBTQ* Personen gelten. So spielen Diskriminierung und Ausgrenzung nach wie vor eine Rolle in den Leben vieler Menschen, auch wenn sie rechtlich gleichgestellt sind. Vor dem Hintergrund dieses Antagonismus stellt sich dieser Beitrag die Frage, welche politischen Einstellungen und Parteipräferenzen von LGBTQ*-Bürger-innen im Kontext von Wahlen in Deutschland artikuliert werden.

Bisher werden in Deutschland keine offiziellen Zensus-Daten zu sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität erhoben und ebenso spielen diese Kategorien in der Parteien- und Wahlforschung meist keine Rolle.¹ Wir wissen oft nicht, ob und wie sich LGBTQ*-Personen beteiligen, welche politischen Einstellungen sie haben und welche Parteien sie unterstützen. Zudem gibt es in Bezug auf die politik- und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit LGBTQ*-Bürger*innen einen (theoretischen) Graben zwischen der klassischen Politikwissenschaft – insbesondere der Wahl- und Partizipationsforschung – einerseits und den Queer Studies andererseits. In der Partizipations- und vor allem auch in der Wahlforschung spielen Kategorien wie Alter, Einkommen, Geschlecht, etc. eine zentrale Rolle, wohingegen die Queer Studies sich zum Ziel gesetzt haben, diese Kategorien aufzubrechen und zu überwinden.

Der vorliegende Beitrag gibt eine kurze Übersicht über Entwicklung und aktuellen Stand der Wahlforschung zu LGBTQ*-Bürger*innen und fokussiert dann auf das Fallbeispiel Deutschland.

2 Politische Partizipation von LGBTQ*-Bürger*innen

Politische Partizipation ist zweifellos ein, wenn nicht das zentrale Element jeder Demokratie (Ekman/Amna 2012). Dabei spielt die Konstruktion von Bürger*innen als diejenigen, die in der Lage sind, öffentlich an Entscheidungen teilzunehmen und Ansprüche geltend zu machen, eine wesentliche Rolle (Hines/Santos 2018: 37). Rechtliche Gleichheit ist dabei die zentrale Voraussetzung jeder Art von politischer Beteiligung. Dies gilt insbesondere für marginalisierte Gruppen (Hunklinger/Ferch 2020). Wenn wir über Teilhabe von marginalisierten Gruppen nachdenken, wird jedoch sehr schnell klar, dass es neben der rechtlichen Dimension auch eine soziale Dimension von Staatsbürgerschaft zu bedenken gibt. Nur weil jemand formal alle Rechte hat, heißt das noch lange nicht, dass es der Person auch möglich ist diese zu nutzen. Hier spielen vor allem auch anhaltende Diskriminierung und Ausgren-

¹ Mit einem Zensus wird ermittelt, wie viele Menschen in Deutschland leben, wie sie wohnen und arbeiten.

zung eine Rolle. Ein breites Spektrum an Instrumenten der politischen Partizipation ist für LGBTQ*-Personen möglicherweise nicht so leicht zugänglich wie für andere. So ist etwa für jemanden der Diskriminierung im Alltag erlebt hat, die Hürde, sich in einer politischen Partei zu engagieren sehr viel höher als für jemanden, der diese Diskriminierungserfahrungen nicht gemacht hat. Vor diesem Hintergrund spielen Wahlen nach wie vor eine wichtige Rolle, da sie bis heute die allgemeinste, einfachste und egalitärste Form politischer Partizipation darstellen (Ekman u.a. 2016; Hunklinger 2021). In Bezug auf LGBTQ*-Bürger*innen ist dabei auch eine inklusive und breite Konzeption von Staatsbürgerschaft zentral. Diese Konzeptionen sind häufig mit einer Politik der Sichtbarkeit und Anerkennung verknüpft, die versucht, soziale Gerechtigkeit auf Grundlage der Herstellung der zuvor verweigerten Anerkennung neu zu gestalten (Hines/Santos 2018: 38).

Die politikwissenschaftliche Literatur, die sich mit Fragen von politischer Partizipation und Repräsentation von LGBTQ*-Bürger*innen beschäftigt, ist in den letzten Jahren gewachsen (Ayoub/Paternotte 2014; Ayoub 2016; Reynolds 2013; 2019; Hines/Santos 2018; Kumar/Monro/Takács 2018; Halberstam 2018; Magni/Reynolds 2018; Monro/Van Der Ros 2018; Paternotte 2018; Ayoub/Chetaille 2020; Hunklinger/Ferch 2020; Proctor 2021; Hunklinger 2021; Turnbull-Dugarte 2020; 2021; Ayoub 2022). In seinem Übersichtsartikel zeigte Paternotte (2018), dass sich die politikwissenschaftliche Forschung dabei in den letzten Jahren auch stark diversifiziert hat. Studien, die sich explizit mit dem Wahlverhalten von LGBTQ*-Bürger*innen befassen, sind immer noch selten und konzentrieren sich hauptsächlich auf den Kontext der Vereinigten Staaten und Kanada (Hunklinger 2021). Dabei zeigte Herzog (1996) bereits in den 1990er Jahren, dass schwule, lesbische und bisexuelle Männer und Frauen nicht nur überdurchschnittliches Interesse an Politik haben, sondern auch einen hochaktiven Wähler*innenblock bilden. Bei diesen ersten Studien wurde bereits deutlich, dass sexuelle Orientierung ein Faktor ist, der das Wahlverhalten von Bürger*innen prägt (Baily 2000). Studien im US-Kontext zeigen ebenfalls, dass LGBTQ*-Wähler*innen vor allem linke und progressive Parteien wie die Demokraten in den Vereinigten Staaten unterstützen (Schaffner/Senic 2006: 130; Swank 2018: 34). Auch im Kontext von Westeuropa zeigte Turnbull-Dugarte (2020; 2021), dass LGBTQ*-Wähler*innen, ähnlich wie im Kontext der Vereinigten Staaten, eher sozialdemokratische, progressive und linke Parteien wählen.

Empirische Forschung zu Wahlverhalten und politischen Präferenzen, welche Aussagen über die Gesamtbevölkerung machen will, beruht in der Regel auf repräsentativen Umfragen. Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer repräsentativen Befragung ist jedoch die Kenntnis der Grundgesamtheit (Döring/Bortz 2016). Vor dem Hintergrund der Diskriminierung und (strafrechtlichen) Verfolgung von LGBTQ*-Personen in Deutschland in Vergangenheit (Gammerl 2010) und Gegenwart (Heitmeyer 2012; Decker/Kiess/Brähler 2016) gibt es allerdings keine Informationen über die Anzahl von nicht-heterosexuellen und nicht-cis/endgeschlechtlichen Bürger*innen. Zudem beinhalten Exit Polls oder andere Studien rund um Wahlen in Deutschland bisher keine Fragen zur sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität. Das methodische Problem eines Mangels an Daten

über LGBTQ⁺-Personen innerhalb der allgemeinen Bevölkerung ist auch ein Thema, das in den Sozialwissenschaften derzeit immer mehr diskutiert wird (Guyen 2022).

Der folgende Teil gibt einen kurzen Einblick in Ergebnisse der ersten Studien, die sich explizit mit dem Wahlverhalten und den politischen Einstellungen von LGBTQ^{*}-Bürger*innen in Deutschland befassen.

3 LGBTQ^{*}-Wähler*innen in Deutschland – eine Spurensuche

Die *LGBTQ^{*} Wahlstudie Deutschland 2019* war die bisher größte Studie, die sich politischen Einstellungen und Wahlverhalten von LGBTQ^{*}-Bürger*innen beschäftigte, und umfasst Personen im Alter von 18 bis 97 Jahren mit unterschiedlichem sozioökonomischem und Bildungshintergrund aus ganz Deutschland. Die Umfrage ist nicht repräsentativ, gibt aber einen guten Einblick in politischen Einstellungen und Wahlverhalten von Bürger*innen, die sich selbst als LGBTQ^{*} identifizieren.

Die Ergebnisse der ersten *LGBTQ^{*} Wahlstudie Deutschland* zeigen, dass die LGBTQ^{*} Community in Deutschland kein Monolith ist, sondern eine Gruppe von Menschen mit vielen Gemeinsamkeiten, aber auch Widersprüchen. Es gibt schwule, lesbische und trans* Personen, die sich als Teil einer Gemeinschaft, *der* oder *einer* „LGBTQ^{*}-Community“ verstehen. Homo- und Transphobie sind für sie wichtige Themen. Einige schwule und lesbische Bürger*innen identifizieren sich jedoch nicht als Teil *der* oder *einer* LGBTQ^{*}-Community. Ein Teil dieser Bürger*innen ist dabei bereit, die eigene rechtliche Situation beiseitezulegen, weil andere Themen wie beispielsweise die selbstwahrgenommene Bedrohung durch Migrant*innen für wichtiger gehalten werden. Dieses Phänomen beschreiben Hunklinger und Ajanovic (2021) als *Electoral Homonationalism*. Unter *Electoral Homonationalism* verstehen sie das Phänomen, dass politische Parteien, Akteure oder auch Bürger*innen LGBTQ^{*}-Rechte instrumentalisieren um gegen andere Minderheiten z.B. Muslime zu hetzen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen des Weiteren, dass LGBTQ^{*}-Bürger*innen in Deutschland, wie auch in den USA oder anderen westeuropäischen Ländern, überwiegend progressive oder linke Parteien wählen. Während lesbische Frauen *Bündnis 90/Die Grünen* und *Die Linke* bevorzugen, unterstützen schwule Männer eher *SPD* und *FDP*. Ein geringerer Teil wählt die konservative Union aus *CDU/CSU* und die rechtspopulistische *AfD*. Es gab keine Unterstützung für rechte Parteien innerhalb der trans* Wähler*innenschaft in der Umfrage und im Vergleich zu schwulen und lesbischen Wähler*innen sind trans* Wähler*innen sowohl hinsichtlich ihrer Parteipräferenzen als auch ihrer politischen Einstellungen eher linksgerichtet. Eine Erklärung dafür könnten die inklusiveren Parteiprogramme der Grünen und der Linken sein und die Tatsache, dass eine große Mehrheit der Teilnehmer*innen angab, dass ihnen das Programm einer Partei sehr wichtig sei. Darüber hinaus war Umweltpolitik

für die befragten Frauen wichtiger als für die Männer. Gerade für *Bündnis 90/Die Grünen* und *Die Linke* zeigen die Ergebnisse, dass sie in den Gegenden, in denen sie traditionell eher schwach ausgeprägte Unterstützung haben, in der LGBTQ⁺-Community eine solide Basis an Wähler*innen haben.

Diese Parteipräferenzen entsprechen auch den politischen Einstellungen der Teilnehmer*innen der Studie, in der sich eine mehrheitliche Unterstützung für linke und progressive Themen zeigen. Dies gilt sowohl für politische Einstellungen zu mehr Gleichberechtigung für LGBTQ⁺-Bürger*innen als auch für andere Themen, die von sozialer Gleichstellung bis hin zu Umwelt und Migration reichen.

Die Diversität innerhalb der Gruppe der LGBTQ⁺-Bürger*innen basiert auf unterschiedlichen Identitätsaspekten. Nicht für all Personen sind sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität zentral in ihrer Selbstwahrnehmung. Die unterschiedliche Salienz kann sich in verschiedenen politischen Präferenzen niederschlagen. Einige Personen werden möglicherweise in Bezug auf einen Aspekt ihrer Identität (z.B. sexuelle Orientierung) an den Rand der Gesellschaft gedrängt, finden sich jedoch in Bezug auf andere Aspekte in einer privilegierteren Gruppe wieder (z.B. weiße Männer). Daher können diejenigen, die mehrere marginalisierte Identitäten einnehmen, zwischen den manchmal widersprüchlichen Agenden mehrerer gesellschaftlicher Gruppen, denen sie angehören, gefangen sein oder von diesen Bewegungen völlig übersehen werden. Diese Diversität wird allerdings häufig gegeneinander ausgespielt und dafür benutzt, um sich gegenüber anderen Gruppen abzugrenzen. Dabei sollte diese Diversität viel mehr als das gesehen werden, was sie ist: eine Stärke und ein Katalysator für einen gemeinsamen politischen Kampf für mehr Gleichberechtigung, Emanzipation und Solidarität. In diesem Kontext ist weitere Forschung notwendig, die vor allem auch eine intersektionale Analyse miteinschließt, um Überschneidungen und des Zusammenwirkens von verschiedenen Diskriminierungsformen zu erfassen.

Die Ergebnisse der Studien verdeutlichen zudem die Problematik des Minderheitenbegriffs selbst, der durch umfrage-/kategorienbasierte sozialwissenschaftliche Forschung, in der gewisse Identifikationskategorien von außen konstruiert werden, noch verstärkt wird. Der Minderheitenstatus wird eher zugeschrieben, als dass sich Personen diesen selbst aussuchen. Dabei sollten die Ergebnisse nicht nur in einem breiteren Rahmen von Intersektionalität betrachtet werden, sondern auch im Spannungsfeld von politischen und gesellschaftlichen Kräften, die Ungleichheiten von Bürger*innen manifestieren und instrumentalisieren, diskutiert werden.

4 Fazit – Vielfalt als Auftrag

Die Forschung zu politischen Einstellungen und Wahlverhalten von LGBTQ⁺-Bürger*innen in Deutschland offenbart mehrere interessante gesellschaftliche und theoretische Implikationen. Forschung zu LGBTQ⁺-Bürger*innen kann traditionelle Ansätze in Politik- und Sozi-

alwissenshaften aufbrechen und drängenden Problemen unserer Gesellschaften eine neue Perspektive hinzufügen. Aus politikwissenschaftlicher Sicht zeigen die Ergebnisse, dass die empirische Umfrageforschung eine Erweiterung der soziodemografischen Kategorisierung im Bereich sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität erfordert. Das Nachdenken darüber fordert uns heraus, traditionelle Kategorien wie z.B. Geschlecht der Wahl- und Partizipationsforschung und allgemein der Politik- und Sozialwissenschaften zu hinterfragen. Dies stellt zudem nicht nur gängige Vorstellungen von Staatsbürgerschaft in Frage, sondern ermöglicht uns auch, Staatsbürgerschaft auf breitere und umfassendere Weise zu denken, was besonders im Zusammenhang mit der politischen Partizipation marginalisierter Personen wesentlich ist. (Geschlechts-)Identität und Sexualität sind zentrale Merkmale des kollektiven Lebens und sollten auch in diesem Kontext verstärkt berücksichtigt werden. Politische Partizipation im Zusammenhang mit sexueller und sind entscheidend für das Verständnis unserer heutigen Demokratie. Es ist wichtig zu bedenken, dass sowohl Diskriminierung als auch Ausgrenzung innerhalb der Gesellschaft, sowie innerhalb der LGBTQ⁺-Community bestimmte Auswirkungen auf LGBTQ⁺-Bürger*innen, ihre politischen Einstellungen und ihr Wahlverhalten haben. Ungleichheiten bei der politischen Partizipation untergraben die Qualität von Partizipation, Repräsentation und Legitimität im demokratischen Prozess. Die Vielfalt unter den LGBTQ⁺-Bürger*innen hat dabei auch Auswirkungen auf politische Parteien und politische Entscheidungsträger*innen, die sich darüber im Klaren sein müssen, dass für viele Menschen dieser Gruppe rechtliche und soziale Aspekte der Staatsbürgerschaft miteinander verflochten sind und sich gegenseitig konstituieren. Die Errungenschaften für einige LGBTQ⁺-Bürger*innen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese nicht für alle LGBTQ⁺-Personen gelten. Rechtlich sind LGBTQ⁺-Bürger*innen zwar meist gleichgestellt, politisch und gesellschaftlich liegt vor Deutschland noch ein langer Weg hin zu echter Akzeptanz und Teilhabe.

Literaturverzeichnis

Ayoub, Phillip M. (2016): *When states come out*. Cambridge: Cambridge University Press.

Ayoub, Phillip M (2019): Intersectional and transnational coalitions during times of crisis: the European LGBTI movement. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 26, S. 1–29. <https://doi.org/10.1093/sp/jxy007>.

Ayoub, Phillip M. (2022): Not that niche: making room for the study of LGBTIQ people in political science. In: *European Journal of Politics and Gender* XX, S. 1–19.

Ayoub, Phillip M./Chetaille, Agnès (2020): Movement/countermovement interaction and instrumental framing in a multi-level world: rooting Polish lesbian and gay activism. In: *Social Movement Studies* 19, S. 21–37. <https://doi.org/10.1080/14742837.2017.1338941>.

Ayoub, Phillip M./Paternotte, David (2014): Introduction. In: Ayoub, Phillip M./Paternotte, David (Hrsg.): *LGBT activism and the making of Europe: a rainbow Europe?* Gender and politics series. Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 1–25.

Bailey, Robert C. (2000): *Out and voting II: the gay, lesbian, and bisexual vote in congressional elections, 1990–1998*. New York: The Policy Institute of the National Gay and Lesbian Task Force.

- Bevelander, Pieter/Pendakur, Ravi (2009): Social capital and voting participation of immigrants and minorities in Canada. In: *Ethnic and Racial Studies* 32, S. 1406–1430. <https://doi.org/10.1080/01419870802298447>.
- Bosia, Michael J./Weiss, Meredith L. (Hrsg.) (2013): *Global homophobia: states, movements, and the politics of oppression*. Urbana: University of Illinois Press.
- Cameiro, Nuno S./Menezes, Isabel (2007): From an oppressed citizenship to affirmative identities: lesbian and gay political participation in Portugal. In: *Journal of Homosexuality* 53, S. 65–82. https://doi.org/10.1300/J082v53n03_05.
- Claypool, Heather M./Bernstein, Michael J. (2014): Social exclusion and stereotyping: why and when exclusion fosters individuation of others. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 106, S. 571–589. <https://doi.org/10.1037/a0035621>.
- Cole, Elizabeth R. (2008): Coalitions as a model for intersectionality: from practice to theory. In: *Sex Roles* 59, S. 443–453. <https://doi.org/10.1007/s11199-008-9419-1>.
- De Nève, Dorothée/Ferch, Niklas (2018): LGBTIQ-Wähler*innen in Berlin und Wien. Politische Präferenzen, Parteienwettbewerb und elektorale Resonanz. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 10, S. 118–135. <https://doi.org/10.3224/gender.v10i3.09>.
- De Nève, Dorothée/Ferch, Niklas/Hunklinger, Michael/Olteanu, Tina (2018): LGBTIQ*-Wahlstudie 2017 zur Bundestagswahl in Deutschland und zur Nationalratswahl in Österreich. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27, S. 149–157. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.18>.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, E. (Hrsg.) (2016): *Die enthemmte Mitte: autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: die Leipziger „Mitte“-Studie 2016*. 2. Auflage. Forschung psychosozial. Giessen: Psychosozial-Verlag.
- DeStatis: Gender Pay Gap 2020: Frauen verdienen 18 % weniger als Männer. In: Statistisches Bundesamt. Online unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/03/PD21_106_621.html.
- Döring, Nicola/Bortz, Jürgen (2016): *Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften*. 5. vollständige überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Auflage. Springer-Lehrbuch. Berlin, Heidelberg: Springer. <https://doi.org/10.1007/978-3-642-41089-5>.
- Egan, Andy (2012): Relativist dispositional theories of value. In: *The Southern Journal of Philosophy* 50, S. 557–582. <https://doi.org/10.1111/j.2041-6962.2012.00136.x>.
- Egan, Patrick J./Edelman, Murray S./Sherrill, Ken (2008): *Findings from the Hunter College poll of lesbians, gays and bisexuals: new discoveries about identity, political attitudes, and civic engagement*. New York: The City University of New York.
- Ekman, Joakim/Amnå, Erik (2012): Political participation and civic engagement: towards a new typology. In: *Human Affairs* 22, S. 283–300. <https://doi.org/10.2478/s13374-012-0024-1>.
- Ekman, Joakim/Gherghina, Sergiu/Podolian, Olena (2016): Challenges and realities of political participation and civic engagement in central and eastern Europe. In: *East European Politics* 32, S. 1–11. <https://doi.org/10.1080/21599165.2016.1141091>.
- Fletcher, Don (1998): Iris Marion Young: the politics of difference, justice and democracy. In: Carter, April/Stokes, Geoff (Hrsg.): *Liberal democracy and its critics: perspectives in contemporary political thought*. Cambridge, UK; Malden, MA: Polity Press, S. 196–215.
- Flores, Andrew R./Sherrill, Ken (2016): From freedom to equality: marriage and the shifted priorities of lesbians, gay men, bisexuals, and transgender people. In: Kreider, Kyle L./Baldino, Thomas J. (Hrsg.): *Minority voting in the United States*. Santa Barbara, California: Praeger, an Imprint of ABC-CLIO, LLC.
- Gabriel, Oscar W./Keil, Silke I. (2014): Empirische Wahlforschung in Deutschland: Kritik und Entwicklungsperspektiven. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 827–868. https://doi.org/10.1007/978-3-658-05164-8_19.
- Gammerl, Benno (2010): Eine Regenbogengeschichte. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, S. 15–16.

- Häder, Sabine (2014): Stichproben in der Praxis. In: SDM Survey Guidelines. https://doi.org/10.15465/SDM-SG_014.
- Halberstam, Judith (2018): *Trans*: a quick and quirky account of gender variability*. Oakland, C.A.: University of California Press.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012): *Deutsche Zustände - Folge 10*. Suhrkamp. Berlin.
- Hertzog, Mark (1996): *The lavender vote: lesbians, gay men, and bisexuals in American electoral politics*. New York: New York University Press.
- Hines, Sally/Santos, Ana C. (2018): *Trans* policy, politics and research: the UK and Portugal*. In: *Critical Social Policy* 38, S. 35–56. <https://doi.org/10.1177/0261018317732880>.
- Hunklinger, Michael (2021): *Voting for Diversity? Politische Einstellungen und formale politische Partizipation von schwulen und lesbischen Bürger_innen in Deutschland*. In: *Momentum Quarterly - Zeitschrift für sozialen Fortschritt* 10, S. 20–34. <https://doi.org/10.15203/MOMENTUMQUARTERLY.VOL10.NO1.P20-34>.
- Hunklinger, Michael/Ajanović, Edma (2021): *Voting right? Analyzing electoral homonationalism of LGBTIQ* voters in Austria and Germany*. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society Summer 2021*, S. 1–26. <https://doi.org/10.1093/sp/jxab014>.
- Hunklinger, Michael/Ferch, Niklas (2020): *Trans* voting: demand and supply side of trans* politics in Germany*. In: *European Journal of Politics and Gender* XX, S. 1–20. <https://doi.org/10.1332/251510820X15780296516691>.
- Just, Aida (2017): *Race, ethnicity, and political behavior*. Oxford Research Encyclopedia of Politics. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.238>.
- Kuhar, Roman/Monro, Surya/Takács, Judit (2018): *Trans* citizenship in post-socialist societies*. In: *Critical Social Policy* 38, S. 99–120. <https://doi.org/10.1177/0261018317732463>.
- LGBTIQ Election Survey 2015–2016 (2016): *LGBTIQ Wahlstudien 2015–2016*. Online unter <https://www.lgbtiq-wahlstudie.at/> [Zugriff: 08.06.2022].
- LGBTIQ Election Survey 2017 (2017): *Bundestagswahl in Deutschland und Nationalratswahl in Österreich*. Online unter <https://www.lgbtiq-wahlstudie.at/>.
- Magni, Gabriele/Reynolds, Andrew (2018): *Candidate sexual orientation didn't matter (in the way you might think) in the 2015 UK general election*. In: *American Political Science Review* 112, S. 713–720.
- Marshall, T.H. (1950): *Citizenship and social class and other essays*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Monro, Surya/Ros, Janneke (2018): *Trans* and gender variant citizenship and the state in Norway*. In: *Critical Social Policy* 38, S. 57–78.
- Paternotte, David (2018): *Coming out of the political science closet: the study of LGBT politics in Europe*. In: *European Journal of Politics and Gender* 1, S. 55–74.
- Perrella, Andrea. M. L./Brown, Steven D./Kay, Berry J. (2012): *Voting behaviour among the gay, lesbian, bisexual and transgendered electorate*. In: *Canadian Journal of Political Science/Revue canadienne de science politique* 45, S. 89–117.
- Proctor, Kimberly (2016): *Becoming gay: formation and meaning of LGBT political identity*. Online unter https://digitalrepository.unm.edu/pols_etds/17.
- Proctor, Andrew (2021): *Marginalization as a structural constraint: how group position shapes out-group hostility*. In: *Political Research Quarterly*.
- Rahman, Momin (2000): *Sexuality and democracy: identities and strategies in lesbian and gay politics*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Reynolds, Andrew (2013): *Representation and rights: the impact of LGBT legislators in comparative perspective*. In: *American Political Science Review* 107, S. 259–274.
- Reynolds, Andrew (2019): *The children of harvey milk: how LGBTIQ politicians changed the world*. New York: Oxford University Press.

- Rocha, Rene/Tolbert, Caroline/Bowen, Daniel/Clark, Christopher (2010): Race and turnout: does descriptive representation in state legislatures increase minority voting? In: *Political Research Quarterly* 63, S. 890–907.
- Sandovici, Maria E./Listhaug, Ola (2010): Ethnic and linguistic minorities and political participation in Europe. In: *International Journal of Comparative Sociology* 51, S. 111–136.
- Schaffner, Brian/Senic, Nead (2006): Rights or benefits? explaining the sexual identity gap in american political behaviour. In: *Political Research Quarterly* 59, S. 123–132.
- Schultze, Rainer-Olaf (1998): Partizipation. In: Nohlen, D./Schultze, R.-O./Schüttemeyer, S. (Hrsg.): *Politische Begriffe (Lexikon der Politik. (Bd. 7). München: Verlag C. H. Beck, S. 470–472.*
- Smith, Charles A. (2007): The electoral capture of gay and lesbian americans: evidence and implications from the 2004 election. In: *Studies in Law, Politics, and Society* 40, S. 103–121.
- Strolovitch, Dara (2007): *Affirmative advocacy. race, class, and gender in interest group.* Chicago: Chicago University Press.
- Swank, Eric (2018): Who voted for Hillary Clinton? sexual identities, gender, and family influences. In: *Journal of GLBT Family Studies* 14, S. 21–42.
- Swank, Eric/Fahs, Breanne (2011): Pathways to political activism among americans who have same-sex sexual contact. In: *Sexuality Research & Social Policy: A Journal of the NSRC* 8, S. 126–138.
- Turnbull-Dugarte, Stuart J. (2020a): The european lavender vote: sexuality, ideology and vote choice in western Europe. In: *European Journal of Political Research* 59, S. 517–37.
- Turnbull-Dugarte, Stuart J. (2020b): Multidimensional issue preferences of the european lavender vote. In: *Journal of European Public Policy*, S. 1–22.

Leser-Empfehlungen

- Ayoub, Phillip (2022): Not that Niche: Making Room for the Study of LGBTIQ People in Political Science. In: *European Journal of Politics & Gender* XX, S. 1–19.
- Hunklinger, Michael/Ajanovic, Edma (2021): Voting Right? Analyzing Electoral Homonationalism of LGBTIQ* Voters in Austria and Germany. In: *Social Politics. Summer 2021*, S. 1–26.
- Turnbull-Dugarte, Stuart J. (2020a): The European Lavender Vote: Sexuality, Ideology and Vote Choice in Western Europe. *European Journal of Political Research* 59 (3), S. 517–37.

Dr. Michael Hunklinger, Postdoctoral Fellow in Politics of Diversity and Inequality, Institut für Politikwissenschaft, Universität Amsterdam, Niederlande

Gendering Politikdidaktik und politische Bildung

Stand und Perspektiven einer geschlechterreflexiven politischen Bildung

Elia Scaramuzza

Zusammenfassung

Auch 30 Jahre nach ihren Anfängen stellt die Auseinandersetzung mit Geschlecht in der politischen Bildung nach wie vor ein Forschungsdesiderat dar. Der Beitrag fasst den gegenwärtigen Forschungsstand der fachdidaktischen Theoriebildung, der empirischen Forschung, zur außerschulischen politischen Bildung sowie zu Bildungskonzepten und -materialien zusammen. Darauf aufbauend werden fachwissenschaftliche und fachdidaktische Anschlussmöglichkeiten für eine geschlechterreflexive politische Bildung heute skizziert.

Schlüsselbegriffe

Politische Bildung, sozialwissenschaftliche Bildung, Gender, Reflexivität, Kritische Theorie

1 Einleitung

Auch 30 Jahre nach ihren Anfängen stellt die Auseinandersetzung mit Geschlecht in der politischen Bildung nach wie vor ein Forschungsdesiderat dar. Angesichts der komplexen gesellschaftspolitischen Diskussionen und gesellschaftlichen Entwicklungen im 21. Jahrhundert verwundert es, dass die Bedeutung von Geschlecht in und für die politische Bildung zwar wiederkehrend betont wurde, theoretische, empirische sowie bildungspraktische Untersuchungen und Vorschläge für eine geschlechterreflexive politische Bildung jedoch nach wie vor kaum Gegenstand der Forschung sind. Vor diesem Hintergrund fasst der Beitrag zunächst den gegenwärtigen Forschungsstand der fachdidaktischen Theoriebildung,

Dieser Beitrag wurde am 08.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Scaramuzza, Elia (2024): Gendering Politikdidaktik und politische Bildung. Stand und Perspektiven einer geschlechterreflexiven politischen Bildung. In: Klapeer, Christine M./ Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 49-61. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.gpupes.1-g>

der empirischen Forschung, zur außerschulischen politischen Bildung sowie zu Bildungskonzepten und -materialien zusammen. Darauf aufbauend werden fachwissenschaftliche und fachdidaktische Anschlussmöglichkeiten für eine geschlechterreflexive politische Bildung heute skizziert.

2 Forschungsstand in der Politikdidaktik und außerschulischen politischen Bildung

Die Diskussion über geschlechtsspezifische Aspekte in der Politikdidaktik beginnt in den 1990er Jahren im Anschluss an die erziehungswissenschaftliche und bildungspolitische Koedukationsdebatte der 1980er Jahre. Im Vergleich zu ihren erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Bezugsdisziplinen findet die Auseinandersetzung mit Geschlecht damit deutlich verzögert statt. Als Erklärungsansätze hierfür werden wiederkehrend (1) die geringe Repräsentation von Frauen und feministischen Positionen in Politik, Politikwissenschaft und politischer Bildung (Richter 1993; Oechsle 2000; Becker 2022), (2) ein zu enger Politikbegriff (Doneit u.a. 2016) sowie (3) der Anspruch politischer Bildung auf geschlechtliche Neutralität genannt, der zur De-Thematisierung von Geschlecht führe (Oechsle 2000).

2.1 Fachdidaktische Theoriebildung

Die geschlechterbezogene fachdidaktische Theoriebildung lässt sich in zwei Phasen unterteilen, die von unterschiedlichen Begründungsmustern und theoretischen Annahmen geprägt sind. Im Zentrum einer ersten konzeptionellen Phase steht die Frage nach geschlechtsspezifischen Bedürfnissen, Interaktions- und Kommunikationsmustern und Lerntypen, die die politische Bildung zu berücksichtigen habe. Gleichheit und insbesondere Differenz bilden hier die leitenden Begründungsmuster der fachdidaktischen Diskussion (Boeser 2002: 90-108; kritisch: Lösch/Mohseni 2016). Hauptakteurinnen dieser Phase sind Dagmar Richter, Sibylle Reinhardt, Karin Kroll und Heidrun Hoppe.

Richter publiziert ihre ersten Überlegungen in den frühen 1990er Jahren und entwickelt diese bis in die 2010er Jahre weiter (u.a. Richter 1993, 2000, 2014). Ihr Erkenntnisinteresse gilt dem Ausbau einer geschlechtergerechten politikdidaktischen Konzeption sowie von Geschlechterorientierung als eigenem politikdidaktischen Prinzip. Bereits sehr früh führt sie den Begriff der (De-)Konstruktion in die fachdidaktische Diskussion ein und plädiert für eine Vermittlung geschlechtertheoretischer Perspektiven in der politischen Bildung. Damit schafft Richter das konzeptionelle Fundament für eine geschlechterreflexive politische Bildung heute (Lösch/Mohseni 2016). Neben Richter legt Hoppe weitere Hinweise zu fachdidaktischen Prinzipien vor. In ihrer Habilitation (1996) diskutiert sie eine geschlechtergerechte Ausgestaltung der primär androzentrischen politischen Bildung durch Subjektorientierung. Reinhardt (1996) begründet die Annahme geschlechtsspezifischer

scher Lerntypen mit der Präferenz von Fachkulturen und verknüpft dies mit Überlegungen zu sozialem und moralischem Lernen. Ähnlich geht Kroll (1999) aus differenztheoretischer Sicht von „geschlechtsspezifischen Kommunikationsbarrieren“ und Interaktionsverhältnissen aus. Erst zur Jahrtausendwende erscheint der erste Sammelband zu politischer Bildung und Geschlechterverhältnissen (Oechsle/Wetterau 2000), der ebenfalls unter primär gleichheits- und differenztheoretischen Vorzeichen steht.

In den 2010er Jahren werden die theoretischen Bezüge in einer zweiten Phase der fachdidaktischen Theoriebildung um konstruktivistische, dekonstruktivistische und intersektionale Ansätze erweitert. Riefeling u.a. (2010) schließen früh an die poststrukturalistische Theorie Butlers an. Offen (u.a. 2013) rückt intersektionale Gesichtspunkte wie die Überkreuzung von Geschlecht und Sexualität in den Blick und eröffnet queertheoretische Anschlussmöglichkeiten. Doneit u.a. (2016) geben den insgesamt zweiten Sammelband zu Geschlecht in der politischen Bildung heraus; dieser bündelt dekonstruktivistische, poststrukturalistische und queerfeministische Ansätze als Ergänzung zu bereits rezipierten fachwissenschaftlichen Perspektiven. Intersektional ausgerichtete Beiträge zu Geschlecht liegen in dieser Phase der fachdidaktischen Theoriebildung jedoch nur sehr vereinzelt vor.

Eng mit den geschlechtertheoretischen Perspektiven verknüpft ist auch die Frage nach dem Anspruch und den Zielen einer geschlechterbezogenen politischen Bildung. Sichtbar wird dies an den unterschiedlichen Bezeichnungen, die von einer geschlechtergerechten und/oder -differenzierenden (Richter 2014) über eine geschlechtersensible (Offen 2013; Achour 2022) bis hin zu einer geschlechterreflektierenden (Doneit u.a. 2016) oder -reflexiven (Scaramuzza 2021a, 2021b) politischen Bildung reichen. Bislang wird jedoch kaum auf damit verbundene Schwerpunktsetzungen und Intentionen reflektiert (Dannemann/Girnus 2021; anders: Scaramuzza 2021a, 2021b).

So fordern geschlechtersensible Ansätze grundsätzlich die Aufklärung und Berücksichtigung von Geschlecht als Kategorie in der politischen Bildung, beispielsweise in der präventiven politischen Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus (Lang 2018; Schmitt 2022). Dabei rückt die Frage nach der eingenommenen theoretischen Perspektive jedoch zumeist in den Hintergrund (anders: Offen 2013). Eine geschlechtergerechte bzw. -differenzierende politische Bildung bewegt sich dagegen explizit im gleichheits- und differenztheoretischen Paradigma, das Richter (2014) für die Perspektive der Dekonstruktion öffnet; ‚Gerechtigkeit‘ und ‚Differenzierung‘ meinen hier die Gleichstellung der Geschlechter ebenso wie die Anerkennung ihrer Differenz¹.

Reflektierende und reflexive Zugänge richten den Blick auf die Analyse und Verarbeitung vergeschlechtlichter gesellschaftlicher Erfahrungen, zumeist jedoch ohne dass dabei in Anspruch genommene Konzept von Reflektion und Reflexion zu explizieren. Dies gilt auch für Doneit u.a. (2016), die sich sowohl auf eine geschlechterreflexive als auch -reflektierende

1 Zu diskutieren bleibt dabei, wie diese Differenz konzeptualisiert wird: Soziostrukturell, symbolisch-kulturell und/oder leiblich?

politische Bildung beziehen.² Präziser ließe sich der Anspruch des Sammelbandes von Doneit u.a. (2016) angesichts seines theoretischen Horizonts als ‚geschlechter-dekonstruktivistische politische Bildung‘ bezeichnen. Ähnlich verstehen Dannemann/Girnius (2021) unter ‚geschlechterreflektiertem Lernen‘ die Erweiterung bestehender geschlechtertheoretischer Perspektiven um die der Dekonstruktion.

Scaramuzza (2021a, 2021b) dagegen knüpft explizit an Überlegungen zu sozialwissenschaftlicher Reflexivität und der fachdidaktischen Konzeption einer reflexiven politischen Bildung (Müller 2021; Müller/Scaramuzza 2023) an. Im Anschluss an die Kritische Theorie und den Vorschlag Richters (1993) zielt sein Entwurf einer geschlechterreflexiven politischen Bildung darauf ab, die Reflexion der individuellen wie gesellschaftlichen Momente von Geschlecht stärker an die Reflexion von erkenntnis- und gesellschaftstheoretischen Perspektiven, ihren Annahmen, Folgen und Effekten zurückzubinden. In den Mittelpunkt rückt hier die Befragung der theoretischen Bezüge auf ihre jeweiligen Grundannahmen und Voraussetzungen, ihre Problembeschreibungen und Lösungsperspektiven sowie ihre Größen und Grenzen, die allesamt sowohl autonomieförderliche als auch -hinderliche Folgen und Effekte für die Lernenden aufweisen und Unterschiedliches zum Verständnis von Gesellschaft und Politik beitragen können.

Als zentrale Paradigmen und zugleich Herausforderungen einer geschlechterbezogenen politischen Bildung heute zeichnen sich Diversität, Intersektionalität und Reflexivität ab (Doneit u.a. 2016; Achour 2020, 2022; Scaramuzza 2021a, 2021b). Neue Schwerpunkte bilden dabei vor allem die Beschäftigung mit (1) der empirischen Geschlechterdiversität, insbesondere trans-, inter- und nicht-binär-geschlechtlichen Perspektiven (Scaramuzza 2023), sowie mit Intersektionalität (Achour 2020; Möller/Lange 2022; Prehm 2023), (2) der reflexiven Bezugnahme auf geschlechtliche/sexuelle Identität, Sprache und Politik (Scaramuzza 2020, 2023) sowie (3) der Kritik von Ideologien der Ungleichwertigkeit, insbesondere des Antifeminismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus (Aigner 2016; Lange 2018; Winckler 2019; Achour 2022; Schmitt 2022; Scaramuzza 2022).

2.2 Empirische Forschung

Gegen Ende der 1990er Jahre lassen sich erste empirische Arbeiten verzeichnen, auf die dann weitere, umfangreichere Studien folgen (Boeser 2002: 90-119). Kroll (2001) analysiert videographierte Interaktionsverhältnisse von jungen Frauen und Mädchen im Fachunterricht. Boeser (2002) untersucht die Relevanz geschlechtsspezifischer Aspekte im Fachunterricht, indem er eine Interview- mit einer Fragebogenstudie verbindet. Dabei nimmt er eine egalitär

2 Der Sammelband von Doneit u.a. (2016) lässt sich nicht eindeutig einer geschlechterreflektierenden oder -reflexiven politischen Bildung zuordnen, da die Titelangaben vom Buchcover abweichen: während erstere von einer geschlechterreflexiven politischen Bildung ausgehen, verweist letzteres auf eine geschlechterreflektierende. Auch wird das in Anspruch genommene Konzept von Reflexion bzw. Reflexion nicht offengelegt.

differenztheoretische Perspektive ein. Seine Forschungsergebnisse bringt er bis Anfang der 2010er Jahre wiederkehrend in die Diskussion ein. Etwa zeitgleich nehmen auch die politikdidaktischen quantitativen Studien zum Thema zu (u.a. Oberle 2013; für einen Überblick: Hoffmann 2021). Die bislang umfassendste quantitative Studie stellt die International Civic and Citizenship Education Study dar (Abs/Hahn-Laudenberg 2017). Qualitative Studien zu Geschlecht in der schulischen politischen Bildung entstehen dagegen nur vereinzelt (Krämer 2006; Offen 2013).

Im Verhältnis zu anderen Kompetenzen ist das politische Wissen von Schülerinnen und Schülern recht gut erforscht.³ Nach internationalen Vergleichsstudien lässt sich ein signifikanter Wissensvorsprung von Mädchen verzeichnen (Abs/Hahn-Laudenberg 2017: 98f.). Andere Studien zum politischen Wissen weisen dagegen auf keine signifikanten Geschlechterunterschiede hin (Hoffmann 2021). In mehreren Studien wird auf das tendenziell etwas geringere politische Interesse von jungen Frauen verwiesen; diese informierten sich auch seltener über Politik als junge Männer. Studien zur Urteilskompetenz gibt es bislang wenige. Ähnlich wie Reinhardt (1996) weisen diese auf geschlechtsspezifische Präferenzen in den herangezogenen Urteilkategorien hin. Einige politikdidaktische Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass Jungen eine höhere (innere) politische Selbstwirksamkeit aufweisen als Mädchen. Auch neigten Schüler stärker zu negativen Einstellungen gegenüber Gleichstellung und Gleichberechtigung ebenso wie zu nationalpopulistischen, rechtsextremistischen und islamistischen Einstellungen als Schülerinnen. Im Hinblick auf die politische Partizipation von Frauen zeigt sich ein Gendergap auf Ebene der institutionellen politischen Beteiligung, jedoch kaum in der allgemeinen Partizipationsbereitschaft. Außerhalb von Institutionen sind Frauen in hohem Maße bereit, sich zu engagieren (für einen Überblick über aktuelle Studien: Hoffmann 2021).

Nach wie vor stützt sich die politische Bildung maßgeblich auf Ergebnisse der politischen Jugend- und Sozialisationsforschung. Trotz einer leichten Zunahme an qualitativen und quantitativen Forschungsarbeiten stehen empirische Studien zur Adressat*innen- und Wirkungsforschung noch weitestgehend aus. Die empirische Diversität von Geschlecht wird in diesen bislang noch nicht, die intersektionale Verschränkung von Geschlecht mit anderen gesellschaftlichen und sozialen Kategorien nur eingeschränkt reflektiert (Dannemann/Girnius 2021).

2.3 Außerschulische politische Bildung

In der außerschulischen politischen Bildung wird die Auseinandersetzung mit Geschlecht in Bildungsprozessen seit längerer Zeit betont. Vorliegende Praxisberichte und -reflektio-

³ Die hier herangezogenen Studien und Meta-Studien haben Geschlecht lediglich zweigeschlechtlich (männlich/weiblich) abgefragt und reflektiert, ohne weitere Differenzierungen vorzunehmen, weshalb aus Gründen der Präzision hier explizit Schülerinnen und Schüler – und nicht Schüler*innen – benannt sind.

nen sowie kleinere Literaturstudien (siehe hierzu die Beiträge in Mende/Müller 2009; Lösch/Mohseni 2016; Scaramuzza 2021a) wurden bislang jedoch noch nicht hinreichend rekonstruiert, um die außerschulische politische Bildungspraxis und ihre Diskurse systematisch erfassen zu können.

Historisch betrachtet weist eine feministisch orientierte politische Bildung enge Verbindungen zur Frauenbewegung der 1970er Jahre auf. In den 1980er und 1990er Jahren haben sich hieraus zunächst institutionelle Angebote der feministischen und antisexistischen Mädchen- und Jungenarbeit entwickelt, die mit dem Einzug dekonstruktivistischer und queertheoretischer Perspektiven ab den 2000er und 2010er Jahren um einen heteronormativitätskritischen Blickwinkel erweitert wurden (siehe hierzu u.a. die Beiträge in Oechsle/Wetterau 2000; Mende/Müller 2009; Doneit u.a. 2016). In geschlechtertheoretischer Hinsicht kann hier eine Breite von Ansätzen verzeichnet werden, die sowohl nebeneinander als auch integriert-vermittelt auftreten können. Sozialwissenschaftliche Diskurse um die soziale (De-)Konstruktion von Geschlecht, gesellschaftliche Diversität und Intersektionalität wurden so in der außerschulischen politischen Bildung bereits erheblich früher rezipiert als in der schulischen Fachdidaktik.

2.4 Didaktische Vorschläge und Bildungsmaterialien

Eine geschlechterreflexive politische Bildung kann auf ein umfangreiches Repertoire an didaktischen Konzepten, Methoden und Materialien der außerschulischen politischen Bildung zurückgreifen. Diese stehen z.T. online abrufbar und zumeist als graue Literatur bei den Bildungsträgern zur Verfügung, wurden aber noch nicht systematisch erfasst und ausgewertet (Scaramuzza 2021a; Boeser u.a. 2022). Bislang existieren nur wenige Analysen, die Materialien auf fachdidaktische und fachwissenschaftliche Qualitätskriterien hin untersuchen (u.a. Müller/Scaramuzza 2023).

Für den schulischen Unterricht stellt das Schulbuch nach wie vor ein klassisches Lehrmedium dar. In der sozialwissenschaftlichen Schulbuchforschung wird eine Geschlechterperspektive jedoch nur in einigen Beiträgen diskutiert (u.a. Schwartze 2016; Vogt 2022). Daneben gibt es eine Reihe historischer Unterrichtseinheiten für den Zeitraum 1960 bis 1990, für die inzwischen erste Systematisierungsversuche vorliegen (Prehm 2021). Aktuell lassen sich dagegen nur vereinzelt geschlechterbezogene Bildungskonzepte und -materialien für die schulische politische Bildung verzeichnen (Scaramuzza 2021a). Hier bestehen die Herausforderungen im Bereich von Bildungsmaterialien, die zur mündigkeitsorientierten Auseinandersetzung mit der empirischen Diversität von Geschlecht, Intersektionalität und divergierenden theoretischen Perspektiven anregen (Scaramuzza 2023).

Im Zuge des digitalen Wandels sowie der durch die Corona-Pandemie veränderten Bedingungen zur Organisation institutioneller Bildungserfahrungen zeichnet sich in jüngster Zeit eine Zunahme digitaler Bildungsmaterialien ab (Nüthen u.a. 2019), die perspektivisch noch weiter ansteigen dürfte.

3 Fachwissenschaftliche Anschlussmöglichkeiten

Eine fachdidaktische Perspektive auf Geschlecht in der politischen Bildung ist stets auf eine angemessene Übersetzung der fachwissenschaftlichen Perspektiven, nicht auf ihre schlichte Übertragung angewiesen (Müller/Mende 2020). Dabei lassen sich drei Ebenen der Rezeption von Anschlussmöglichkeiten an die sozialwissenschaftliche Geschlechterforschung unterscheiden:

1. *Die Ebene der Begründungsmuster:* Die Bestimmung dessen, was (nicht) unter Aspekten von ‚Geschlecht‘ thematisiert werden kann, ist stets auch von den Annahmen und erkenntnistheoretischen Positionen abhängig, hier: Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion und Intersektionalität, die zu jeweils unterschiedlichen Problemzuschreibungen und Lösungen führen können (Knapp 2011; Richter 2014). Eine geschlechterreflexive politische Bildung verweist auch darauf, dass die Bezugnahmen auf Geschlecht heterogen ausfallen können – und dürfen.
2. *Die Ebene der fachwissenschaftlichen Bezugsdisziplinen:* Die Politikdidaktik schließt insbesondere an fachwissenschaftliche Diskurse der politischen Partizipationsforschung und der feministischen Politikwissenschaft an. Fragen nach dem Politikbegriff, der Konzeptualisierung der politischen Sphäre (öffentlich/privat) sowie den (un)gleichen Bedürfnissen, Stilen und Hindernissen unterschiedlicher Geschlechter stehen im Vordergrund. Außerschulische politische Bildungskonzepte sind stärker sozialwissenschaftlich ausgerichtet und rücken die Betroffenheit der Beteiligten ebenso wie Interaktions- und soziale Ungleichheitsverhältnisse in den Mittelpunkt. Sie regen insbesondere zur Reflexion von Biografien und Sozialisation, Rollenbildern, Stereotypen und unterschiedlichen geschlechtlich bedingten Erfahrungen von Diskriminierung und Gewalt an (Scaramuzza 2021a; Boeser u.a. 2022).
3. *Die Ebene der fachwissenschaftlichen Konzepte:* In der sozialwissenschaftlichen Geschlechterforschung hat sich erstens die Unterscheidung von sex als anatomischem und gender als sozialem Geschlecht etabliert, während diese zugleich den Gegenstand anhaltender Diskussionen bildet. Zweitens lässt sich Geschlecht als Strukturkategorie, als soziale Herstellungsleistung wie auch als Identität konzeptualisieren. Die theoretischen Annahmen, politischen Auseinandersetzungen und rechtlichen Folgen divergierender sex-gender-Perspektiven werden dadurch thematisierbar. Geschlecht rückt dann vor allem als soziale Praxis in den Mittelpunkt fachdidaktischer Diskussionen, obgleich wiederkehrend eine gesellschaftstheoretische Unterfütterung eingefordert wird. Die Berücksichtigung von sozialpsychologischen Aspekten von Geschlecht kann hier eine wichtige Ergänzung bieten (Scaramuzza 2021a, 2021b; Boeser u.a. 2022). Drittens lässt sich Geschlecht – im Einklang mit dem entsprechenden Paradigma – intersektional in Verschränkung mit anderen gesellschaftlichen und sozialen Kategorien und damit intra- und interkategorial differenzierter betrachten (Knapp 2011).

Die genannten geschlechtertheoretischen Zugänge und Konzepte können sowohl proklamiert (gesetzt) als auch reflexiv befragbar gehalten werden. Dichotome Setzungen (Gleichheit versus Differenz, Natur versus Kultur/Soziales, Gesellschaft versus Individuum u.v.m.) versprechen Sicherheit, neigen aber zu Eindimensionalität und Verkürzungen. Demgegenüber können nicht-dichotome, reflexive Perspektiven weiterführende Differenzierungen anbieten und zu mündigkeitsorientierten Problembeschreibungen und Lösungsmöglichkeiten beitragen (Scaramuzza 2021a, 2021b; Müller 2021; Mende 2021).

4 Fachdidaktische Anschlussmöglichkeiten: Geschlechterreflexive politische Bildung als Forschungsprogramm

Das hier dargestellte Modell (Abb. 1) bündelt die fachdidaktischen Anschlussmöglichkeiten einer geschlechterreflexiven politischen Bildung (ausführlich hierzu: Scaramuzza 2021a, 2021b). Indem es diese zur vor- und nachbereitenden Planung und Evaluation von Bildungsangeboten zugänglich macht, kann es dabei unterstützen, geschlechterreflexive Bildungserfahrungen zu organisieren und auszugestalten.

Zusammengenommen zielt eine geschlechterreflexive politische Bildung auf die Diskussion und Reflexion des geschlechterbezogenen Wissens, der vergeschlechtlichten Erfahrungen, der Begründungsmuster sowie der theoretischen Annahmen von Lehrenden und Lernenden ab. Hierzu bietet sie multiperspektivische, kontroverse und subjektorientierte Befragungs- und Distanzierungsmöglichkeiten sowie Perspektivwechsel an. Inhalte, Materialien und Methoden können dann vor dem Hintergrund einer Erweiterung von Denk-, Handlungs- und Urteilsmöglichkeiten der Lernenden unter den Voraussetzungen einer institutionell organisierten politischen Bildung weiterführend diskutiert werden. Als Grundsätze für eine gelungene mündigkeitsorientierte politische Bildung unterstützen die fachdidaktischen Prinzipien hierbei die Planung und die qualitative Bewertung von Bildungsangeboten. Neben der Geschlechter- (Richter 2000) und Subjektorientierung (Hoppe 1996, 2000) rücken neuere Beiträge zunehmend auch die Bedeutung des Beutelsbacher Konsens und des Kontroversitätsprinzips in den Mittelpunkt (Boeser 2012; Schwartz 2016; Scaramuzza 2021a, 2021b; Boeser u.a. 2022; Müller 2022).



Abb. 1 Perspektiven einer geschlechterreflexiven politischen Bildung (eigene Abbildung)

5 Fazit

Auch 30 Jahre nach Einsetzen der politikdidaktischen Diskussion zur Geschlechterforschung stellt letztere in der politischen Bildung noch immer ein Desiderat dar. Gegenwärtig ist jedoch zu beobachten, dass sich der fachdidaktische Geschlechterdiskurs entlang unterschiedlicher theoretischer Annahmen und Perspektiven, Forschungsansätze und Erkenntnisinteressen zunehmend ausdifferenziert (Richter 2014: 362). Eine 2021 gegründete Arbeitsgemeinschaft in der Fachgesellschaft der GPJE trägt zusätzlich zur Institutionalisierung dieses Diskurses bei. Dabei zeichnet sich ab, dass der Versuch, eine geschlechterreflexive politische Bildung theoretisch, empirisch wie praktisch weiterzuentwickeln, ein umfangreiches Forschungsprogramm für die Politikdidaktik und die politische Bildung darstellt. Dieses weiter auszubauen ist notwendig, weil Geschlecht nach wie vor eine hervorgehobene soziale Kategorie im Denken und Erfahren von individuellen und gesellschaftlichen Freiheitsmöglichkeiten – und damit für Teilhabe und Ausschluss – darstellt.

Literaturverzeichnis

Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hrsg.) (2017): Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster: Waxmann.

Achour, Sabine (2020): Intersektionalität. In: Achour, Sabine/Busch, Matthias/Massing, Peter/Meyer-Heidemann, Christian (Hrsg.): Wörterbuch Politikunterricht. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 126–128.

Achour, Sabine (2022): Gesellschaftliche Diversität. Herausforderungen und Ansätze. In: Sander, Wolfgang/Pohl, Kerstin (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. 5., vollständig überarbeitete Auflage. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 365–373. <https://doi.org/10.46499/1694>.

Aigner, Isolde (2016): Politische Bildung gegen Antifeminismus, Sexismus und Geschlechterkonservatismus. Perspektiven für eine gleichberechtigtere Geschlechterkultur. In: Doneit, Madeline/Lösch, Bettina/Rodrian-Pfennig, Margit (Hrsg.): Geschlecht ist politisch. Geschlechterreflexive Perspektiven in der politischen Bildung. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 121–133.

Becker, Helle (2022): Auf den Prüfstand. Die Mangelnde Repräsentanz von Frauen in der Forschung zu Politischer Bildung. In: Polis 26, S. 7–10. <https://doi.org/10.46499/2050.2387>.

Boeser, Christian (2002): „Bei Sozialkunde denke ich nur an dieses Trockene ...“. Relevanz geschlechterspezifischer Aspekte in der politischen Bildung. Augsburger Reihe zur Geschlechterforschung (2). Opladen: Leske + Budrich.

Boeser, Christian (2012): Geschlechterforschung und Politikdidaktik. In: Kampshoff, Marita/Wiepcke, Claudia (Hrsg.): Handbuch Geschlechterforschung und Fachdidaktik. Wiesbaden: Springer VS, S. 229–243. https://doi.org/10.1007/978-3-531-18984-0_17.

Boeser, Christian/Offen, Susanne/Scaramuzza, Elia (2022): „Wir haben ein spannendes Angebot, weil wir keine einfachen Antworten präsentieren, sondern Ambiguitätstoleranz fordern und fördern“. Ein Gespräch über Stand und Perspektiven einer geschlechterbezogenen politischen Bildung. In: Polis 26, S. 15–18. <https://doi.org/10.46499/2050.2389>.

Dannemann, Udo/Girnus, Luisa (2021): Räume unterschiedlicher Diversität am Beispiel genderreflektierter sozialwissenschaftlicher Bildung. In: Politik unterrichten 36, S. 33–43.

Hoffmann, Astrid (2021): Bedarf es einer Mädchenförderung in der politischen Bildung? Politikbezogene Geschlechterunterschiede und mögliche Konsequenzen für die Schule. In: Bonfig, Anja/Scaramuzza, Elia (Hrsg.): Heterogenität in der politischen Bildung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 59–73.

Hoppe, Heidrun (1996): *Subjektorientierte politische Bildung. Begründung einer biographiezentrierten Didaktik der Gesellschaftswissenschaften*. Wiesbaden: Leske + Budrich.

Hoppe, Heidrun (2000): *Subjektorientierung. Chance für mädchen- und jungengerechten Politik- bzw. Sozialkundeunterricht*. In: Oechsle, Mechthild/Wetterau, Karin (Hrsg.): *Politische Bildung und Geschlechterverhältnis*. Wiesbaden: Springer VS, S. 247–264. https://doi.org/10.1007/978-3-663-11076-7_11.

Kleinert, Ann-Christin/Palenberg, Amanda Louise/Froböse, Claudia/Ebert, Jenny/Gerlach, Miriam Daniela/Ullmann, Henriette/Veenker, Jaqueline/Dill, Katja (Hrsg.) (2021): *Interdisziplinäre Beiträge zur Geschlechterforschung: Repräsentationen, Positionen, Perspektiven*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.2307/j.ctv1qhstnz>.

Knapp, Gudrun-Axeli (2011): *Gleichheit, Differenz, Dekonstruktion und Intersektionalität. Vom Nutzen theoretischer Ansätze der Frauen- und Geschlechterforschung für die gleichstellungspolitische Praxis*. In: Krell, Gertraude/Ortlieb, Renate/Sieben, Barbara (Hrsg.): *Chancengleichheit durch Personalpolitik. Gleichstellung von Frauen und Männern in Unternehmen und Verwaltungen. Rechtliche Regelungen – Problemanalysen – Lösungen*. Wiesbaden: Gabler, S. 71–82. https://doi.org/10.1007/978-3-8349-6838-8_6.

Krämer, Judith (2006): „Gender ... heißt so viel wie Geschlecht oder so was ähnliches?“. *Relevanz von Genderstudies für die Schule in der Wahrnehmung von GemeinschaftskundelehrerInnen*. Oldenburg: Didaktisches Zentrum.

Kroll, Karin (1999): *Geschlechtsspezifische Kommunikationsbarrieren*. In: Richter, Dagmar/Weißeno, Georg (Hrsg.): *Lexikon der politischen Bildung. Didaktik und Schule. Band 1*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 90–91.

Kroll, Karin (2001): *Die unsichtbare Schülerin. Kommunikation zwischen den Geschlechtern im Politikunterricht*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Lang, Juliane (2018): *Geschlechtersensible politische Bildungsarbeit und die Prävention von Rechtsextremismus*. In: Blank, Beate/Göggercin, Süleyman/Sauer, Karin E./Schramkowski, Barbara (Hrsg.): *Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Grundlagen – Konzepte – Handlungsfelder*. Wiesbaden: Springer VS, S. 503–512. https://doi.org/10.1007/978-3-658-19540-3_42.

Lösch, Bettina/Mohseni, Maryam (2016): *Zur Entwicklung geschlechtertheoretischer Bezüge in der politischen Bildung*. In: Doneit, Madeline/Lösch, Bettina/Rodrian-Pfennig, Margit (Hrsg.): *Geschlecht ist politisch. Geschlechterreflexive Perspektiven in der politischen Bildung*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 37–51.

Mende, Janne (2021): *Der Universalismus der Menschenrechte*. München: UVK Verlag.

Mende, Janne/Müller, Stefan (Hrsg.) (2009): *Emanzipation in der politischen Bildung. Theorien – Konzepte – Möglichkeiten*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Mende, Janne/Müller, Stefan (2020): *Einfach komplex? Die Übersetzung politikwissenschaftlicher Komplexität in die Gesellschaft*. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30, S. 379–399. <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00229-0>.

Möller, Lara/Lange, Dirk (Hrsg.) (2022): *Intersektionalität in der Politischen Bildung. Entangled Citizens. Reihe Citizenship. Studien zur Politischen Bildung*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-36310-9>.

Müller, Stefan (2021): *Reflexivität in der politischen Bildung. Untersuchungen zur sozialwissenschaftlichen Fachdidaktik. Reihe Politik und Bildung (88)*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Müller, Stefan (2022): *Kontroversität*. In: Sander, Wolfgang/Pohl, Kerstin (Hrsg.): *Handbuch politische Bildung*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 231–239.

Nüthen, Inga/Collien, Isabel/Reinerth, Maïke Sarah (2019): *Was bleibt, wenn eine* den Glitzer abkratzt? Über Potentiale und Grenzen von Open Educational Resources (OER) am Beispiel von zwei Kursen im Bereich der Geschlechter- und Intersektionalitätsforschung*. Online unter <https://zfmedienwissenschaft.de/online/potentiale-und-grenzen-von-open-educational-resources-oer-diskutiert-am-beispiel-von-zwei-0/> [Zugriff: 01.06.2022].

Oberle, Monika (2013): *Geschlechtsspezifische Differenzen in politischen Kompetenzen*. In: Frech, Siegfried/Richter, Dagmar (Hrsg.): *Politische Kompetenzen fördern*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 164–184.

- Oechsle, Mechtild (2000): Geschlecht und Geschlechterverhältnis – keine Kategorien der politischen Bildung? In: Oechsle, Mechtild/Wetterau, Karin (Hrsg.): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Wiesbaden: Springer VS, S. 49–71. https://doi.org/10.1007/978-3-322-93346-1_3.
- Oechsle, Mechtild/Wetterau, Karin (Hrsg.) (2000): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Wiesbaden: Springer VS.
- Offen, Susanne (2013): Achsen adoleszenter Zugehörigkeitsarbeit. Geschlecht und sexuelle Orientierung im Blick politischer Bildung. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01394-3>.
- Prehm, Felix (2021): Geschlechterverhältnisse im Politikunterricht. Eine Analyse historischer Unterrichtseinheiten von 1960 bis 1990. In: Politik unterrichten 36, S. 55–65.
- Prehm, Felix (2023): Intersektionale Perspektiven auf (geschlechtersensible) Politische Bildung. In: Bechtel, Theresa/Firsova, Elizaveta/Schrader, Arne/Vajen, Bastian/Wolf, Christoph (Hrsg.): Perspektiven diskriminierungskritischer Politischer Bildung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 84–100.
- Reinhardt, Sibylle (1996): Männlicher oder weiblicher Politikunterricht? Fachdidaktische Konsequenzen einer sozialen Differenz. In: Politische Bildung 1, S. 59–75.
- Richter, Dagmar (1993): Stand und Perspektiven Feministischer Politischer Bildung für Jungen und Mädchen. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Konzepte der Politikdidaktik. Aktueller Stand, neue Ansätze und Perspektiven. Hannover: Metzler, S. 153–167.
- Richter, Dagmar (2000): Aufklärung, Differenzierung und Kompetenzentwicklung. Geschlechterorientierung als didaktisches Prinzip der politischen Bildung. In: Oechsle, Mechtild/Wetterau, Karin (Hrsg.): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Wiesbaden: Springer VS, S. 197–222. https://doi.org/10.1007/978-3-663-11076-7_9.
- Richter, Dagmar (2014): Geschlechtsspezifische Aspekte politischen Lernens. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Bonn: bpb, S. 359–365.
- Riefling, Markus/Moll, Frederick/Kirschner, Christian (2010): Gender als Frage der Identität. Butlers „identifizierende Politik“ des Performativen und ihre Impulse für Politische Bildungspraxis. In: kursiv – Journal für Politische Bildung 3, S. 66–73.
- Scaramuzza, Elia (2020): Gendersternenchen – ja oder nein? Argumente für eine geschlechterreflexive Sprachbildung in Schule und Unterricht. In: Wochenschau 71, S. 32–39. <https://doi.org/10.46499/1430.1287>.
- Scaramuzza, Elia (2021a): Überlegungen zum Konzept einer geschlechterreflexiven politischen Bildung. In: Kleinert, Ann-Christin/Palenberg, Amanda Louise/Froböse, Claudia/Ebert, Jenny/Gerlach, Miriam Daniela/Ullmann, Henriette/Veenker, Jaqueline/Dill, Katja (Hrsg.): Interdisziplinäre Beiträge zur Geschlechterforschung: Repräsentationen, Positionen, Perspektiven. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 159–171. <https://doi.org/10.2307/j.ctv1qhstnz>.
- Scaramuzza, Elia (2021b): Geschlechterreflexive politische Bildung. Stand und Perspektiven. In: Bonfig, Anja/Scaramuzza, Elia (Hrsg.): Heterogenität in der politischen Bildung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 43–58.
- Scaramuzza, Elia (2022): Rechtspopulistischer Antifeminismus als Herausforderung. Möglichkeiten und Grenzen einer geschlechterreflexiven politischen Bildung. In: Pohl, Kerstin/Höffer-Mehlmer, Markus (Hrsg.): Brennpunkt Populismus. 15 Antworten aus Fachdidaktik und Bildungswissenschaft. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 91–104.
- Scaramuzza, Elia (2023): Superdiverse Gesellschaft, superdiverse Geschlechter?! Zum reflexiven Umgang mit Geschlechterdiversität in der politischen Bildung. In: Oberle, Monika/Stamer, Märthe-Maria (Hrsg.): Politische Bildung in der superdiversen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, S. 44–52.
- Schmitt, Sophie (2022): Geschlechtersensible und -reflektierende politische Bildung in der politischen Bildung gegen rechts und darüber hinaus. In: Zeitschrift Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 1, S. 38–50.
- Schwartz, Susanne (2016): „Drama, Baby, Drama!“. Zur Notwendigkeit genderreflexiver politischer Bildung in Schule und Politikunterricht. In: Doneit, Madeline/Lösch, Bettina/Rodrian-Pfennig, Margit (Hrsg.): Geschlecht ist politisch. Geschlechterreflexive Perspektiven in der politischen Bildung. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 231–248.

Vogt, Jonathan (2022): Schulbuchforschung zu Geschlecht – Hintergründe, Ideen und Perspektiven. In: Polis 26, S. 22–24.

Winckler, Marie (2019): Zwischen Kontroversität und Komplexität. Politische Bildung in Zeiten rechtspopulistischer Vereinfachungen. In: Deichmann, Carl/May, Michael (Hrsg.): Orientierungen politischer Bildung im „postfaktischen Zeitalter“. Wiesbaden: Springer VS, S. 101–114.

Lese-Empfehlungen

Doneit, Madeline/Lösch, Bettina/Rodrian-Pfennig, Margit (Hrsg.) (2016): Geschlecht ist politisch. Geschlechterreflexive Perspektiven in der politischen Bildung. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Oechsle, Mechtild/Wetterau, Karin (Hrsg.) (2000): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Wiesbaden: Springer.

Scaramuzza, Elia (2021): Geschlechterreflexive politische Bildung. Stand und Perspektiven. In: Bonfig, Anja/Scaramuzza, Elia (Hrsg.): Heterogenität in der politischen Bildung. Frankfurt am Main.: Wochenschau Verlag, S. 43-58.

Elia Scaramuzza, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Politikwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Politische Theorie und Geschlechterverhältnisse

Franziska Martinsen

Zusammenfassung

Die politiktheoretische Bedeutung von Geschlechterverhältnissen und die Vergeschlechtlichung politischer Theorien werden immer noch zu wenig berücksichtigt. Die Politische Theorie ist ein politikwissenschaftliches Forschungsfeld, in dem weibliche* und non-binäre Autor*innen sowie queer_feministische und intersektionale Theoreme in einschlägigen Lexika und Überblicksdarstellungen nach wie vor marginalisiert werden, obwohl gerade sie wichtige Erkenntnisse über die Zusammenhänge und Machtasymmetrien in Geschlechter-, Gesellschafts- und Wissensordnungen liefern und das (Selbst-)Missverständnis einer vermeintlich genderneutralen Politikwissenschaft aufdecken.

Schlüsselbegriffe

Das Politische, queer_feministische Begriffsarbeit, vergeschlechtlichte Macht- und Herrschaftsanalyse, Be- und Entgründung

1 Einleitung

Die politikwissenschaftliche Teildisziplin „Politische Theorie und Ideengeschichte“ befasst sich mit der Pluralität politischer Theorien in Vergangenheit und Gegenwart. Sie definiert, reflektiert und kritisiert abstrakte Konzeptionen und Begriffe, mit denen Phänomenbereiche der empirischen Wirklichkeit als ‚politische‘ Ereignisse, Handlungen, Institutionen und Akteur*innen analysiert, kategorisiert, kritisch beleuchtet und nicht zuletzt normativ eva-

Dieser Beitrag wurde am 08.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Martinsen, Franziska (2024): Politische Theorie und Geschlechterverhältnisse. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 63-72. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.ptugfm.1-g>

luiert werden.¹ Bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde jedoch die Vergeschlechtlichung der als ‚politisch‘ zu rubrizierenden Verhältnisse in Gesellschaft und Politik vielfach invisibilisiert und negiert. Entsprechende Analysekategorien wie Geschlecht/Gender und/oder Sexualität sowie feministische, queere und intersektionale Perspektiven fanden nur zögerlich in der Begriffsarbeit Berücksichtigung. Auch im 21. Jahrhundert stellt die Politische Theorie einen politikwissenschaftlichen Forschungszweig dar, in dem weibliche* und non-binäre Autor*innen sowie queer_feministische und intersektionale Theoreme in einschlägigen Lexika und Überblicksdarstellungen nach wie vor marginalisiert und aus dem ideengeschichtlichen Kanon exkludiert werden (vgl. Ludwig 2011: 14; Martinsen 2022). Der folgende Beitrag erläutert die Ambivalenz, dass der *malestream* insbesondere der deutsch-, aber auch der englischsprachigen Politischen Theorie den Beitrag der feministischen, queeren und intersektionalen Ansätze nicht genügend würdigt, obwohl gerade sie wichtige Erkenntnisse über die Zusammenhänge und Machtasymmetrien in Geschlechter-, Gesellschafts- und Wissensordnungen liefern und das vorherrschende (Selbst-)Missverständnis einer vermeintlich genderneutralen Politikwissenschaft aufdecken. Diesen Forschungen auf dem Gebiet der Politischen Theorie ist es zu verdanken, dass „die seltsam paradoxe Beziehung zwischen Politik und Geschlecht“ (Squires 1999: 1, Übers. FM) mit ihren androzentrischen, maskulinistischen und misogynen Verzerrungen genauer in den Blick genommen wird: Sie entlarven beispielsweise, dass in den angeblich geschlechtsneutralen klassischen Theoremen – etwa in der Theorie des Gesellschaftsvertrags oder im Konzept der Volkssouveränität – bei genauerem Hinsehen das abstrakte, vertragschließende Individuum als männlich bzw. Macht als männlich kodierte Handlungsoption identifiziert wird. Damit erscheinen weibliche Menschen als irrelevant für den Bereich des Politischen. Auch die für viele politischen Theorien konstitutive Trennung zwischen öffentlich (Sphäre der freien Männer) und privat (Sphäre der durch reproduktive Tätigkeiten unfreien Frauen) wird vergeschlechtlicht und in Form einer Mann-Frau-Binarität naturalisiert. Feministischen, queeren und intersektionalen Forschungen gelingt es hingegen, Geschlecht auf vielfältigere Art und Weise politiktheoretisch neu zu denken. Somit kommt der geschlechtertheoretischen Forschung zur Politischen Theorie das Verdienst zu, deren patriarchale Fixierung auf eine männlich-weiblich-Dichotomie des Denkens über Politik aufzubrechen und zu überwinden.

¹ Die politikwissenschaftliche Teildisziplin „Politische Theorie und Ideengeschichte“ wird im Folgenden großgeschrieben, die einzelnen Theorieströmungen innerhalb des Fachs werden mit dem kleingeschriebenen Adjektiv charakterisiert.

2 Politische Theorien feministisch, queer und intersektional gelesen: Kritik des malestream-Kanons

Die sogenannte Frauenforschung, die zunächst im Kontext der zweiten Welle der Frauenbewegung in den 1960er/1970er Jahren vornehmlich in westlichen Demokratien an der Schnittstelle von feministischen Bewegungen und Universitäten entstand, später auch die Geschlechterforschung und die Gender Studies, widmen sich u.a. der (Wieder-)Entdeckung früher Zeugnisse politischer Theorien aus weiblicher* Perspektive und (proto-)feministischer Thematisierungen (vgl. Moller Okin 1979), die teils mindestens bis ins Mittelalter, je nach Lesart bis in die Antike, zurückreichen.² Insbesondere im deutschsprachigen Diskurs sind diese Forschungen institutionell oftmals nicht in der Teildisziplin Politische Theorie und Ideengeschichte angesiedelt, sondern etwa in den Fächern Geschichte, Philosophie, Soziologie oder Literatur- und Kulturwissenschaften. An Beispielen wie dem *Buch von der Stadt der Frauen* (de Pizan 1992) von Christine de Pizan im 14./15. Jh. oder den Erklärungen der Rechte der Frauen von Mary Wollstonecraft (Wollstonecraft 1999) und Olympe de Gouges (de Gouges 2018) Ende des 18. Jh. (vgl. auch Orrù 2024 und Möller 2024 in diesem Handbuch), lässt sich die komplexe Verbindung zwischen der politischen, der gesellschaftlichen und der epistemologischen Ordnung veranschaulichen. Während die androzentrisch geprägte Tradition der Politischen Theorie die Dimension der gesellschaftlichen Geschlechterordnung leugnet, sprechen die hier exemplarisch genannten Autor*innen die Machtasymmetrien innerhalb der Geschlechterordnung sowie die Exklusion von Frauen offen an und skandalisieren die vorherrschenden maskulinistischen Legitimationsversuche. Und sie kritisieren die patriarchalen Entstehungsbedingungen der Unterrepräsentation von Frauen in der öffentlichen Sphäre der Bildung, Politik und institutionellen Ämter. Damit artikulieren sie ein feministisches Anliegen *avant la lettre*: Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die als Ziel des Kampfs europäischer und US-amerikanischer Suffragetten für das Frauenwahlrecht im 19. Jahrhundert fortgeschrieben wird. Es wäre jedoch falsch, feministische Forschungen zur Politischen Theorie allein über ihren Gegenstandsbereich zu definieren (vgl. Lösch 2017: 358). Bereits die frühen präfeministischen Ansätze zeigen, dass es bei der Kritik an Patriarchat, Misogynie und Sexismus nicht in erster Linie um spezifische Betroffenheiten von Frauen*, sondern um institutionelle, diskursive und epistemologische Machtasymmetrien geht, die gesellschaftliche und politische Missstände hervorbringen und perpetuieren. Ausdifferenziertes metatheoretisches Rüstzeug für eine umfänglichere systematische Forschung nicht nur auf der inhaltlichen, sondern auch auf der erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Ebene liefert die feministische Wissenschaft im 20. Jahrhundert im Rahmen der professionalisierten Ausbildung und wissenschaftlichen Qualifika-

² Bezugnahmen auf politiktheoretische Leistungen von Frauen in der Antike wie etwa Aspasia von Milet (um 470 v. Chr. – um 420 v. Chr.) finden sich u.a. in Werken männlicher Autoren wie Platon (vgl. Platon 1991).

tion, die Frauen* jetzt erst auch faktisch erreichen können. Zugleich wird der verengende Fokus auf die Mann-Frau-Hierarchie vieler feministischer Forschungen für queere und intersektionale Perspektiven geöffnet, indem „die Herstellungsmechanismen und -formen einer hierarchisch und heterosexuell organisierten Zweigeschlechtlichkeit“ (Klapeer 2016: 134), ins Zentrum der Betrachtung gerückt und reflektiert werden. Intersektionale Ansätze betrachten die politische Kategorie des Geschlechts explizit unter Einbeziehung ihrer Überkreuzungen (englisch „intersections“) zwischen Geschlecht, Klasse, race, Sexualität, ability und nationalstaatlicher Zugehörigkeit (vgl. Crenshaw 1989). Queere Ansätze wiederum fokussieren darauf, dass die Konstitution von Subjekten nicht ‚natürlich‘ verläuft, sondern dass z.B. die binäre Geschlechterordnung das Ergebnis heteronormativer Strukturen ist, mit der gewaltvolle Ausschlüsse einhergehen (vgl. Bargetz u.a. 2017: 16-17). Im Feld der feministischen, queeren und intersektionalen Forschungen lassen sich im Wesentlichen zwei Umgangsweisen mit der tradierten Politischen Theorie ausmachen. Zum einen gibt es ein „Re-Reading the Canon“, das sich vor allem eine Ergänzung herkömmlicher politischer Theorien bzw. deren feministische Vervollständigung zum Ziel setzt.³ Dieser Ansatz kann allerdings durchaus Gefahr laufen, tradierte Konzepte der Politischen Theorie zu essentialisieren und zu perpetuieren, wenn feministische Ansätze mechanisch als weibliches*/queeres Gegenprogramm zu einem – und sei es aus historischen Gründen – männerdominierten Begriff des Politischen gesetzt werden. Zum anderen wird die hegemonial-maskulinistische Sichtweise nicht als ‚neutrale‘ allgemeine, sondern als Partikularperspektive begriffen, die ins Verhältnis zu pluralen Konzeptualisierungen von Geschlecht, Sexualität und Selbstidentifikation zu setzen ist. Diese Lesart streicht das transformatorische Potential politischer Theorien heraus. Für beide Varianten stellt sich die Frage, welche Implikationen eine Integration feministischer, queerer und intersektionaler Ansätze in den bestehenden Kanon der Politischen Theorie hat. Schließlich vollzieht sich in der Kanonisierung, selbst wenn sie im Namen der bis dahin Marginalisierten erfolgt, ein Prozess der Auslese, der zu einer Einteilung in Zentrum versus Peripherie, Mainstream versus Nische bzw. Repräsentation versus Nicht-Repräsentation führt. Ein Kanon, auch ein feministischer, queerer und intersektionaler, suggeriert, dass die Pluralität und Umstrittenheit politiktheoretischer Ansätze eingeebnet und geordnet werden könnte. Damit widerspricht er der ur-feministischen Annahme der Kontingenz von Gesellschaft und Politik, die so zentral für Anliegen und Methode des feministischen Streits um Differenz, der kritischen Befragung bestehender Geschlechterverhältnisse und der Theoretisierung des Politischen als kontingente Dimension einer Institutionalisierung politischer Subjekte und Strukturen ist: Nur aufgrund radikaler *Infragestellung* der seit der Antike konstitutiven Trennung zwischen einer öffentlichen Sphäre der Politik der männlichen Bürger und einer privaten Sphäre der (Re-)Produktion der Frauen (sowie unfreier Männer und Versklavter), konnte beispielsweise ein alternatives, empowerndes Verständnis des Politischen aus vielfältigen queeren, feministischen und intersektionalen Perspektiven entwickelt werden.

3 Vgl. die seit den 1990er Jahren von Nancy Tuana herausgegebene Reihe der Penn State University Press: https://www.psupress.org/books/series/book_SeriesReReading.html.

3 Standpunkte und Situierungen: Kontingenz und Pluralität gendertheoretischer politischer Theorien

Feministische Autor*innen des ausgehenden 20. Jahrhunderts haben unter dem Motto „Theorizing the political“ (Butler/Scott 1992: xiii) darauf aufmerksam gemacht, dass es sich bei ‚der‘ Politischen Theorie gerade nicht um ein monolithisches Gebilde handelt, sondern um ein komplexes Geflecht teils auch kontroverser Annahmen über das, was als ‚das Politische‘ zu definieren ist. Der Begriff des Politischen verweist darauf, dass politische Theorien in einem Spannungsfeld heterogener theoretischer Zugänge hervorgebracht, diskutiert und weiterentwickelt werden und während dieser dynamischen Prozesse im Widerstreit miteinander stehen können. So stellt die Annahme des kontingenten und umstrittenen Charakters politischer Theorien überhaupt erst die Möglichkeit von Befragung bestehender Verhältnisse dar. Kritisch verstanden geht es dabei jedoch nicht darum, mit einer überlegeneren politischen Theorie aufzutrupfen. Sofern die radikale Kontingenz gesellschaftlicher, politischer und epistemologischer Ordnungen ernst genommen wird, ist der angemessene Umgang eben nicht die Be-, sondern die *Ent*gründung, nicht die Essentialisierung, sondern die Infragestellung des Verhältnisses von Politik und Geschlecht. Die Charakteristika der in diesem Sinne feministischen, queeren und intersektionalen politischen Theorien lassen sich anhand von vier Aspekten darstellen (vgl. Nüthen 2023: 14ff.): *Erstens* beruhen politische Theorien nicht auf Letztbegründungen, sondern sind immer als kontingent zu begreifen. Dies bedeutet, sie sind „niemals abschließbar“, sondern bleiben stets „unfertig, bruchstückhaft und lückenhaft“ (Kreisky 2012: 27). Statt von einer vermeintlichen Neutralität und Universalität – dem sog. „Blick von nirgendwo“ (Nagel 2012), wie er in vielen Wissenschaften affirmativ vertreten wird – auszugehen, kommt im kritisch-feministischen Verständnis politischer Theorien *zweitens* der Verortung und Situiertheit (vgl. Haraway 1988) des je partikularen Standpunktes eine bedeutende Rolle zu: „Politische Theorien sind nicht neutral – weder in der Frage der politischen Haltung noch in Bezug auf die soziale Positioniertheit der Verfasser*innen. Sie sind vielmehr im besonderen Maße *nicht* losgelöst von den politischen Ordnungen, die sie beschreiben, und mit dem Interesse verbunden, in diese bewahrend oder verändernd einzugreifen“ (Nüthen 2023: 15, Herv. hinzugefügt). *Drittens* entstehen feministische, queere und intersektionale politische Theorien häufig im Überschneidungsgebiet von akademischer Wissenschaft und der Praxis sozialer Bewegungen und subversiver Communities. Sie beziehen sich somit auf einen weiter gefassten Theoriebegriff als herkömmliche politische Theorien, die vornehmlich innerhalb des wissenschaftlichen Elfenbeinturms tradiert werden, und sind teils selbst als politische Handlungen aufzufassen: „Wenn die feministische Theorie in der Lage ist, neue Sichtweisen zu eröffnen und damit etablierte Denkmodelle herauszufordern, wird sie zur Praxis“ (Kerner 2013: 103). Daraus ergibt sich *viertens*, dass feministische, queere und intersektionale politische Theorien ‚verstrickt‘ sind in die Hervorbringung der Gegenstände, die sie beschreiben, analysieren und kritisch evaluieren.

Wie alle wissenschaftlichen Theorien sind politische Theorieansätze in erkenntnis- und wissenschaftstheoretischer Hinsicht immer mit der Herausforderung konfrontiert, ihre Untersuchungsgegenstände nicht ‚unmittelbar‘ erfassen zu können, da die vermeintliche Objektivität von Perspektive, Situiertheit und Methodologie abhängt. Die Annahme radikaler Kontingenz und Umstrittenheit politischer Theorien erfordert daher eine komplexe, kontingenzaffine und differenzoffene Arbeit mit entsprechenden Analyse- und Reflexionsbegriffen, bei der die Befragung und (Selbst-)Reflexion ihrer Gehalte zentral ist. Statt eine abstrakt-universale Allgemeinheit zu behaupten, geht es einem kritischen feministischen Verständnis dieser theoretischen Begriffsarbeit im Sinne eines solchen *Troubling* genau darum, zentrale politiktheoretische Begriffe, wie „Demokratie“, „Freiheit“, „Staat“, „demos“, „Subjekt“, „Geschlecht“ oder „das Politische“ aus verschiedenen partikularen Verortungen und Standpunkten zu beleuchten (vgl. Hirschmann/Di Stefano 1996). Diese sind so multiperspektivisch wie möglich miteinander ins Verhältnis zu setzen, um ihren historischen Wandel, die Verschiedenartigkeit ihrer politischen Bedeutung und ihre gesellschaftstheoretische Dimension und Vergeschlechtlichung transparent zu machen. Die Pluralitätsoffenheit und epistemologische Unabschließbarkeit des Begriffs des Politischen ist hierbei von besonderer Relevanz, weil sich an ihm ausdrücklich zeigt, dass er kein ‚neutraler‘ Forschungsgegenstand ist, sondern stets eine politische Positionierung beinhaltet (vgl. Nüthen 2023: 17). Der wissenschaftliche Umgang mit Begriffen ist nicht abgetrennt von Gesellschaft und Politik, sondern immer auch deren Bestandteil (vgl. Kreisky 2012: 31) – und dies lässt erst eine geschlechtersensible Theoriearbeit erfassbar werden.

4 Geschlechterverhältnisse in der Politischen Theorie: Konzepte und Begriffe

Nicht zuletzt mit Blick auf das emanzipatorische Potential für die Veränderung bestehender Verhältnisse betonen feministische, queere und intersektionale Forschungen die Relevanz einer epistemologischen und wissenschaftstheoretischen Reflexion des politiktheoretischen Vokabulars. Die bereits oben genannten einschlägigen Konzepte der Politischen Theorie wie „Demokratie“, „politisches Subjekt“ u.v.a.m. werden hier einer Reflexion ihres problematischen Gender Bias und ihrer vergeschlechtlichten Semantiken unterzogen, die sich etwa im Trennungsdispositiv von Privatem und Politischem nachweisen lässt. Durch die Aufdeckung der androzentrischen Annahmen über das Verhältnis von Politik und Privatem tragen sie zur Aufklärung bei über die fälschlicherweise bis heute anhaltende Wahrnehmung, dass es feministische, queere und intersektionale Auseinandersetzungen mit Geschlechterverhältnissen in der Politischen Theorie seien, die eine vergeschlechtlichte Dimension in ein neutrales Forschungsfeld hineinbringen. Dagegen stellt etwa Judith Squires klar: „To look at the gendered perspectives in political theory is not to engender that which was gender-neutral: it is to reveal the highly gendered nature of mainstream political theorizing“ (Squires 1999: 1). Ausgehend von der geschlechtertheoretischen Analyse und Reflexion überlie-

ferter Konzepte wie beispielsweise der Theorie des Gesellschaftsvertrags, tragen feministische, queere und intersektionale Ansätze in systematischer und theorieimmanenter Hinsicht zur Reformulierung und Transformation zentraler Begriffe und Theoreme bei (vgl. u.a. Pateman/Shanley 1991). An der feministischen Staatstheorie (vgl. Löffler 2011; Ludwig 2011, 2015 und 2024 in diesem Handbuch), die die Verwobenheit des westlichen Staats mit Geschlecht oder die fehlende Repräsentation von Frauen in öffentlichen Institutionen begrifflich reflektiert, lässt sich ablesen, inwiefern durch die Problematisierung der tradierten Differenz zwischen dem *homo politicus* und der *femina privata* (vgl. List 1986: 22) die klassische Staatstheorie um queer_feministische Konzepte erweitert werden konnte (vgl. Klapeer 2014). Die kritische Auseinandersetzung feministischer, queerer und intersektionaler Theoretiker*innen mit dem scheinbar Vertrauten hat mithin, so lässt sich für die Politische Theorie insgesamt bilanzieren, zu einer Transformierung und Revolutionierung des politiktheoretischen Selbstverständnisses geführt. So setzen auch Themenstellungen, die traditionell nicht als politisch rubriziert wurden, etwa die Untersuchung zur Bedeutung von Gefühlen oder von Alltag neue Impulse in der Politischen Theorie (vgl. Bargetz 2016). Zudem werden feministische Autor*innen mittlerweile nicht mehr ausschließlich in feministischen Diskursen rezipiert, sondern in den ‚allgemeinen‘ politiktheoretischen Kanon aufgenommen (vgl. Haus 2007; Klapeer 2016). Judith Butlers Werk veranschaulicht exemplarisch, dass ihre „feministische[n] Theorien und Konzepte für die Bearbeitung einer Vielzahl von aktuellen politischen Fragestellungen eine allgemeine und analytische Relevanz aufweisen“, indem sie „Annahmen über und Grundlagen des genuin Politischen in Frage [stellen]“ (Klapeer 2016: 135). So vermag der von Butler herausgearbeitete Doppelcharakter politischer Subjektivation zwischen Unterwerfung und Subjekt-Werdung (vgl. Butler 2001: 8) herauszustreichen, dass politische Subjekte keine passiven Entitäten sind, sondern über performative Potentiale verfügen (vgl. Butler 2016; Martinsen 2019), die sie auch widerständig aktualisieren können. Zudem bringen sich Subjekte in Kraftfeldern hervor – die historischen feministischen Kämpfe sind hier bereits kontingente empirische Beispiele –, die sich sowohl realpolitisch in spezifischen (Partei-)Konstellationen als auch in einem umfassenderen diskursiven Modus, z.B. als gesellschaftliche und kulturelle Deutungskämpfe, verorten.

5 Fazit

Die Darstellung des komplexen Verhältnisses von Politischer Theorie und Geschlecht kann angesichts des knapp bemessenen Raums dieses Beitrags lediglich einen Überblick über die Leistungen und Errungenschaften queer_feministischer und intersektionaler politischer Theorien geben – ebenso wie über die Hindernisse, mit denen Geschlechterforschung insgesamt und die Politische Theorie in besonderem Maße konfrontiert sind, weil hier – zumindest im deutschsprachigen Raum – der *malestream* nach wie vor dominiert. Dessen verengende Sicht auf die geschlechterforscherische Politische Theorie als vermeintlichem „place of outsideness“ (Zerilli 2006: 107) und angeblicher Nischenforschung gilt es mit Verweis auf

die hohe Relevanz der Untersuchungen zur Vergeschlechtlichung von Politik immer wieder zu korrigieren. Anknüpfend an die Verdienste queer_feministischer und intersektionaler politischer Theorien, stellen sich für die Zukunft zahlreiche Aufgaben. So befinden sich systematisierende Beiträge zur Politischen Theorie, zum Begriff des Politischen und der Politik innerhalb deutschsprachiger queer_feministischer Ansätze noch im Anfangsstadium (vgl. Nüthen 2023), eine sowohl vertiefende als auch ausdifferenzierende politiktheoretische Forschung, die sich Linda Zerillis Frage „Did not feminist theory originate in the context of the first and second waves of the feminist movement? And is not feminist theory itself ‚political‘?“ (Zerilli 2016: 632) vergegenwärtigt, ist hier zu begrüßen. Ein weiteres Desiderat stellt sicherlich die Fortsetzung der ersten Ansätze zu einer queer_feministisch-intersektionalen Internationalen Politischen Theorie dar (vgl. u.a. Kerner 2016; Holthaus/Knappe/Martinez Mateo 2022). Mit Blick auf Überschneidungen der Zielsetzungen und Gegenstände kolonialismus-, rassismus- und klassismuskritischer Forschungen im Feld der Politischen Theorie (vgl. u.a. Castro Varela/Dhawan 2009; Mauer/Leinius 2021), verstanden als gesellschaftskritische Theorie, bleibt zu hoffen, dass unter den Bedingungen einer pluralismussensiblen wissenschaftlichen Rezeption die Systematisierung von politiktheoretischen Konzepten an deutschsprachigen Universitäten in institutioneller, personeller und inhaltlicher Hinsicht eines Tages weniger hierarchisch, androzentrisch und sexistisch, weniger klassistisch, eurozentrisch und rassistisch gestaltet werden kann.

Literaturverzeichnis

- Bargetz, Brigitte (2016): *Ambivalenzen des Alltags: Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen*. Reihe Sozialtheorie. Bielefeld: transcript.
- Bargetz, Brigitte/Lepperhoff, Julia/Ludwig, Gundula/Scheele, Alexandra/Wilde, Gabriele (2017): Geschlechterverhältnisse als Machtverhältnisse. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 26, S. 11–24. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v26i1.01>.
- Butler, Judith (2016): *Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung*. Berlin: Suhrkamp.
- Butler, Judith/Scott, Joan W. (1992): Introduction. In: Butler, Judith/Scott, Joan W. (Hrsg.): *Feminists theorize the political*. New York/London: Routledge, S. xiii–xvii.
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (Hrsg.) (2009): *Feministische Postkoloniale Theorie: Gender und (De-)Kolonisierungsprozesse*. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 18, S. 9–18.
- Crenshaw, Kimberly (1989): *Demarginalizing the intersection of race and sex: a black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics*. In: *University of Chicago Legal Forum* 1989, S. 139–167.
- Gouges, Olympe (2018): *Die Rechte der Frau*. In: Dies (Hrsg.): *Die Rechte der Frau und andere Texte*. Mit einem Essay von Margarete Stokowski. Stuttgart: Reclam, S. 23–44.
- Haraway, Donna (1988): *Situated knowledges: the science question in feminism and the privilege of partial perspective*. In: *Feminist Studies* 14, S. 575–599.
- Haus, Michael (2007): *Carole Pateman: The Sexual Contract*. In: Kailitz, Steffen (Hrsg.): *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*. Wiesbaden: VS, S. 352–356.

- Hirschmann, Nancy J./Di Stefano, Christine (1996): Preface. In: Hirschmann, Nancy J./Di Stefano, Christine (Hrsg.): *Revisioning the political: feminist reconstructions of traditional concepts in western political theory*. New York/London: Routledge, S. xiii–xiv.
- Holthaus, Leonie/Knappe, Henrike/Martinez Mateo, Marina (2022): Repräsentation in der Internationalen Politischen Theorie – eine feministische Kritik und ein Aufruf zum Dialog. In: *Politische Vierteljahresschrift* 63, S. 111–124.
- Kerner, Ina (2011): Geschlecht. In: Göhler, Gerhard/Matthias, Iser/Dies (Hrsg.): *Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden: VS, S. 126–141.
- Kerner, Ina (2013): Haupt- und Nebenwirkungen feministischer Analysen. In: *Feministische Studien. Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung* 31, S. 102–104.
- Kerner, Ina (2016): Transnationalismus, Geschlecht und Intersektionalität: Bausteine einer Feministischen Internationalen Politischen Theorie. In: Kreide, Regina/Niederberger, Andreas (Hrsg.): *Internationale Politische Theorie. Eine Einführung*. Stuttgart – Weimar: Metzler, S. 155–169.
- Klapeer, Christine M. (2014): *Perverse Bürgerinnen. Staatsbürgerschaft und lesbische Existenz*. Bielefeld: Transcript.
- Klapeer, Christine M. (2016): Die politische Theorie des Feminismus. Judith Butler. In: Brodacz, André/Schaal, Gary S. (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart III*. Opladen: Budrich, S. 131–168.
- Klinger, Cornelia (1999): Für den Staat ist das Weib die Nacht. Die Ordnung der Geschlechter und ihr Verhältnis zur Politik. In: *Politik und Geschlecht, Zeitschrift für Frauenforschung, Sonderheft 2*, S. 13–41.
- Kreisky, Eva (2012): „Durch die Eiswüste der Abstraktion“? Begriffs- und Theoriearbeit in der Politikforschung. In: Kreisky, Eva/Löffler, Marion/Spitaler, Georg (Hrsg.): *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*. Wien: facultas, S. 21–32.
- Löffler, Marion (2011): *Feministische Staatstheorien. Eine Einführung*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Lösch, Bettina (2017): Feministische politische Theorie und politische Bildung. Staat, Demokratie und Politik aus kritischer gesellschaftstheoretischer Perspektive. In: Gloe, Markus/Oeftering, Tonio (Hrsg.): *Politische Bildung meets Politische Theorie*. Baden-Baden: Nomos, S. 357–375.
- Ludwig, Gundula (2011): *Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie*. Frankfurt/M.: Campus.
- Ludwig, Gundula (2015): *Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staatstheoretische Interventionen*. Opladen: Budrich.
- Martinsen, Franziska (2016): Hedwig Dohm. Radikale Frauenrechtlerin und polemische Schriftstellerin. In: *Kritische Justiz* (Hrsg.): *Streitbare Juristinnen. Eine andere Tradition*. Baden-Baden: Nomos, S. 143–161.
- Martinsen, Franziska (2019): Repräsentation versus Performativität. Feministische Perspektiven. In: Voigt, Rüdiger (Hrsg.): *Repräsentation. Eine Schlüsselkategorie der Demokratie*. Baden-Baden: Nomos, S. 81–99.
- Martinsen, Franziska (2022): Kanon oder nicht? Feministische Perspektiven in der Politischen Theorie. In: Flügel-Martinsen, Oliver/Jörke, Dirk (Hrsg.): *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte für die Politikwissenschaft – und darüber hinaus*. Baden-Baden: Nomos, S. 275–295.
- Mauer, Heike/Leinius, Johanna (Hrsg.) (2021): *Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht*. Opladen: Budrich.
- Nagel, Thomas (2012): *Der Blick von Nirgendwo*. Berlin: Suhrkamp.
- Nüthen, Inga (2023): *Geschlecht, Sexualität und Politik: Aspekte queer_feministischer Politikverständnisse*. Opladen: Budrich.
- Okin, Susan Moller (1979): *Women in western political thought*. London: Virago.
- Pateman, Carole/Shanley, Mary Lyndon (1991): Introduction. In: Pateman, Carole/Shanley, Mary Lyndon (Hrsg.): *Feminist interpretations and political theory*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 1–10.

- Pizan, Christine (1992): *Das Buch von der Stadt der Frauen*. München: dtv.
- Platon (1991): *Menexenos*. (Sämtliche Werke II, Griechisch-Deutsch). Frankfurt/M./Leipzig: Insel.
- Squires, Judith (1999): *Gender in politics*. Cambridge: Polity.
- Wollstonecraft, Mary (1999): *Ein Plädoyer für die Rechte der Frau*. Weimar: Hermann Böhlaus Nachfolger.
- Zerilli, Linda (2006): *Feminist theory and the canon of political thought*. In: Dryzek, John S./Honig, Bonnie/Phillips, Anne (Hrsg.): *The Oxford handbook of political theory*. Oxford: Oxford University Press, S. 106–124.
- Zerilli, Linda (2016): *Politics*. In: Disch, Lisa/Hawkesworth, Mary (Hrsg.): *The Oxford handbook of feminist theory*. Oxford: Oxford University Press, S. 632–650.

Lese-Empfehlungen

- Bryson, Valerie (2016): *Feminist Political Theory*. 3. Auflage. New York: Palgrave Macmillan.
- Mauer, Heike/Leinius, Johanna (Hrsg.) (2021): *Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hrsg.) (1996): *Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Prof. Dr. Franziska Martinsen, Professorin für Politische Theorie, Universität Duisburg-Essen

Kolonialität, Sex und Demokratietheorie

Matti Traußneck

Abstract

Der Beitrag thematisiert (sexuelle) Arbeitsteilung in Zusammenhang mit Demokratie und Kolonialität. Die Kategorien Körper und Verkörperung können durch queere feministische, dekoloniale und intersektionale (Standpunkt-)Theorien als Verdichtung historischer und gegenwärtiger Ungleichheitsverhältnisse verstanden werden.

Schlüsselbegriffe

Demokratie, Arbeitsteilung, Kolonialität, Relationalität

1 Einleitung

Theorien zu Demokratie behandeln sehr unterschiedliche Schwerpunkte. Im vorliegenden Text werden zum einen schlaglichtartig Theoretiker*innen herangezogen, die sich normativen Demokratietheorien zuordnen lassen. Dadurch kann Demokratie (als politische Form, die sich konkrete Gesellschaften geben) daraufhin betrachtet werden, wie und warum Ungleichheit strukturell und institutionalisiert reproduziert wird – obwohl die politische Form auf die Herstellung von Gleichheit abzielt. Der Text entfaltet diese Spur von Widerspruch in Bezug auf demokratische Theorie und Praxis.

Zum anderen rekonstruiert er entlang dieses Widerspruchs bestehende feministische und intersektionale Ansätze, die sich auf Demokratie(theorien), politische Herrschaft und Geschlecht beziehen. Die titelgebenden Begriffe von Kolonialität und Sex benennen Aspekte, die in Demokratietheorien (zu) wenig Berücksichtigung finden, aber relevant sind für

Dieser Beitrag wurde am 08.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Traußneck, Matti (2024): Kolonialität, Sex und Demokratietheorie. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 73-83. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.ksdmt.1-g>

die Reproduktion von Ungleichheitsverhältnissen innerhalb demokratischer Herrschaft.¹ Feministische und intersektionale (Standpunkt-)Theorien ermöglichen Artikulationen aus sozialen Positionen heraus, die strukturell als politische Perspektiven negiert werden und sie ermöglichen darin insbesondere eine analytische Perspektive auf Körper und Verkörperung. Queertheoretische Perspektiven auf Heterosexualisierung und weiße Vorherrschaft ermöglichen schließlich eine kritische Engführung der Perspektiven in Vertrags- und Standpunkttheorien.

Die theoretische Klammer der ausgewählten Ansätze bildet die Frage, wie sich Diskrepanzen zwischen Demokratie als Theorie und Demokratie als Praxis verstehen lassen. Ein dafür zentraler Begriff ist derjenige der Kolonialität. Er bildet einen theoretischen Kristallisationspunkt, durch welchen Demokratie nicht als Gegenstück oder Korrektiv, sondern als Verhandlungsterrain von Ungleichheit verstehbar wird. Die der Verhandlung zugrundeliegenden, historischen Beziehungen können mithilfe des Begriff der Kolonialität präziser erfasst und analysiert werden (vgl. Quijano 2019, Lugones 2008).

1.1 Das relationale Paradigma

„Democracy is hard to love“, sagt Iris Marion Young (Young 2002: 16). Während sie damit eine bestimmte Kleinteiligkeit demokratischer Prozesse meint, weist ihre Formulierung auf eine grundlegende Problematik demokratischer Herrschaft hin, der Young in ihrem Werk nachgeht: dem Verhältnis von Demokratie und Gerechtigkeit (vgl. Young 2022).

Youngs Herangehensweise ist geprägt von einem relationalen Denken, das die verschiedenen Momente politischer Prozesse in ihrem Zusammenhang und ihrer Beziehung zueinander nachvollzieht. Demokratie ist daher nicht nur eine bestimmte politische Ordnung mit entsprechenden Strukturen und Institutionen (z.B. Staat, Verfassung, Parlament, Wahlen), sondern eine komplexe politische Praxis. Diese besteht aus einem Ensemble zusammenhängender und voneinander abhängiger Aushandlungsprozesse, die Young und andere als deliberative Demokratie theoretisieren (vgl. Young 2002: 26). Dieses Demokratieverständnis ist weniger ergebnis- denn prozessorientiert und kann dementsprechend nicht auf vereinzelte Kriterien demokratischer Politik oder Institutionen reduziert werden.

Fragen der Relationalität, also der Beziehungen zwischen Orten, Ereignissen, Prozessen, Entwicklungen und Ordnungsprinzipien stehen auch im Zentrum dekolonialer und intersektionaler Theorien. Relationalität ermöglicht überdies in Bezug auf Geschlechterpolitiken ein Verständnis von Körpern, in welchem diese nicht separat, sondern immer schon wechselseitig füreinander konstitutiv sind (vgl. Butler 2009). Relationale Ansätze zeigen auf, dass die Prozesse und Dynamiken, die für je bestimmte (demokratische) Herrschaftsformen prägend sind, stark über den Ausschluss bestimmter Körper funktionieren (vgl. Lud-

¹ Siehe Zeitschrift für Politische Theorie Themenschwerpunkt: Postkolonialität und die Krise der Demokratie Jg. 12, Nr. 2-2021.

wig 2022). Zugleich schafft ein relationales Paradigma tatsächlich Beziehungen, deren analytische Schärfe aus kollektiven Anstrengungen des Verstehens, Begegnens und aus widerständigen Praxen resultieren. „[C]onnectedness as a primary way of knowing“ nennt es Patricia Hill Collins (Collins 2000: 260).

1.2 Körper

Wichtig für das Verhältnis von Demokratie und Gerechtigkeit, wie Young es in ihrem Werk aufwirft, sind die Fragen nach Verteilung, Teilhabe und Inklusion, die die Idee von Demokratie als politische Form bereits zu beantworten scheint: Gewaltenteilung beugt der Machtkonzentration vor, Wahlen ermöglichen die Beteiligung aller (Wahlberechtigten) an der politischen Agenda, der Gleichheitsgrundsatz legt die prinzipielle Gleichheit vor dem Gesetz fest, um einige übergeordnete Prinzipien zu nennen.

Geschlechterpolitiken offenbaren demgegenüber unmittelbar die Grenzen des Ideals im Verhältnis zur Wirklichkeit. Sie verweisen auf tief verankerte gesellschaftliche Wissenssysteme und damit zusammenhängende Macht- und Ressourcenverteilung. Körper, ihre physische und diskursive Verfasstheit erweisen sich als Verdichtung von Macht- und Herrschaftseffekten (vgl. Ludwig 2021; Bergold-Caldwell und Ludwig 2022 unveröff.). Körper ermöglichen also eine doppelte Perspektive: zum einen auf die konkrete Leiblichkeit und zum anderen auf eine abstrahierte Form, die symbolische Verkörperung.

An Geschlecht als Kategorie verdeutlichen sich diese beiden Dimensionen von Körper als Leib und Körper als Symbol. Die binäre und komplementäre Konstruktion von Geschlecht und Sexualität depolitisiert Sex als vermeintlich natürlich und vorgesellschaftlich. Sex ist aber die notwendige Bedingung der Reproduktion von Arbeitskraft und somit die Vermittlung von Reproduktion und Arbeit, was sich besonders an der (falsch moralisch begründeten) Verfolgung sexueller Praktiken zeigt, die nicht primär auf Reproduktion ausgerichtet sind (vgl. Butler 1997; Federici 2012 [1975]). Sexuelle Körper sind in der Folge gleichsam Herrschaftsgegenstand (Körper, über die verfügt werden kann), als auch Herrschaftsausdruck (Körper, die verfügen).

Im vorliegenden Text dienen Körper daher als Bezugspunkt für eine intersektionale Betrachtung demokratischer Herrschaft. Diese umfasst zugleich das Gleichheitsideal, das sich als Gerechtigkeitsideal verstehen lässt, und die Reproduktion drastischer Ungleichheit. Diese Gleichzeitigkeit verursacht einen Widerspruch in demokratischer Herrschaft, den radikale Demokratietheorien ins Zentrum der Betrachtung stellen. Sie verorten Ungleichheit als intrinsisches demokratisches Problem, nicht in einem räumlichen oder zeitlichen Außen (vgl. Comtesse u.a. 2019). Youngs Feststellung über die Schwierigkeit, Demokratie zu lieben, lässt sich dementsprechend als Entfaltung des Widerspruchs von demokratischer Theorie und Praxis verstehen und eröffnet damit einen Anknüpfungspunkt, um der Bedeutung von Kolonialität nachzugehen.

2 „[A]ll women do not have the same gender“¹

Global und historisch relationale Perspektiven zeigen, dass es die Demokratien im globalen Norden ohne die Ausbeutung im globalen Süden nicht gäbe, dass ihr Reichtum unmittelbar auf der Armut der anderen beruht. Und beim Blick in die gesellschaftlichen Strukturen innerhalb westlicher Demokratien wird deutlich, dass sich die Schiefelage zwischen Theorie und Praxis, zwischen Ideal und Wirklichkeit wiederholt.²

Grenzen, Ausbeutung und Enteignung am eigenen Leben sind ebenso konstitutiver Bestandteil wohlfahrtsstaatlicher, repräsentativer Demokratien innerhalb des globalen Nordens. Sie sind Teil der Institutionen und Strukturen, mit denen eine bestimmte Gruppe an Menschen als zusammengehörig organisiert wird, etwa über Staat, Recht und Sprache. Ausschlüsse von Teilhabe und Verteilung passieren dementsprechend nicht nur gegenüber einem imaginierten Außen, sondern ebenso stark im Inneren. Beispiele dafür sind Gefängnisse, Psychiatrien, Arbeitslosenverwaltung und Schulen: konkret repressive Orte, in welchen sich bestimmte Körper wiederfinden, die zugleich als Institutionen Orte symbolischer Verkörperung sind (zu Gefängniskritik in den USA und ihren weitläufigen Bezügen zu den anderen Beispielen vgl. Alexander 2012).

An dieser grob umrissenen Spannung setzt eine intersektionale Kritik demokratischer Herrschaftsformationen und ihrer oben angerissenen Problemlagen an, spezifisch an den Auslassungen und Verstellungen der Kategorien Geschlecht und Rasse³ und ihrem Zusammenspiel, die sowohl über Körper vermittelt sind, als auch darüber dethematisiert werden (vgl. Ludwig 2021: 646). Bekannte feministische Kämpfe dreh(t)en sich um das Frauenwahlrecht, reproduktive Rechte und Selbstbestimmungsrechte wie das Recht auf Arbeit und den eigenen Körper. Kämpfe um Anerkennung betreffen auch die Anerkennung von Reproduktions- und Sorgearbeit.

An dieser Beispielauswahl lässt sich zweierlei zeigen:

Zum einen fanden und finden alle diese Kämpfe (auch) innerhalb demokratisch verfasster Gesellschaften statt. Demokratische Herrschaft produziert und reproduziert also strukturel-

² Eine frühe Vordenkerin dazu ist Rosa Luxemburg (Luxemburg 1970), zeitgenössische Ansätze sind etwa die Weltsystemtheorie (z.B. Wallerstein 2004) und die Dependenztheorie (z.B. Quijano 2019).

³ Rasse bezeichnet keine vermeintlich reale Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit, wie sie in Rassen-theorien gedacht wurde, sondern die langfristige Wirkung des Rasse-Denkens, das sich zu einem global wirksamen Ordnungsprinzip entwickelte. Die Entwicklung begann in den frühen kolonialen Begegnungen seit dem 15. Jahrhundert und zeigt sich in der Aufteilung der Welt in Wissensregime, Arbeitsteilung und Lebenschancen (vgl. Quijano 2019; Gilmore 2008; Rattansi 2007). Rasse als Ordnungsprinzip umfasst dezidiert sämtliche Politiken, die sich auf Bevölkerung und Reproduktion beziehen. Darin eingeschlossen sind Klassen-, Geschlechter-, Gesundheits-, Behinderungs- und Sexualitätspolitiken. Entsprechend der intersektionalen Perspektive markiert Rasse aber nicht eine übergeordnete, sondern eine intrinsisch mit anderen Kategorien und Ordnungsprinzipien verwobene Ebene, die prominent über Arbeit als soziale Platzanweisung miteinander vermittelt ist.

le und institutionalisierte Ausschlüsse, gemessen an ihren eigenen Idealen von Freiheit und Gleichheit, genau über die Kategorie Geschlecht. Da sich das bis heute trotz Abtreibungs-, Arbeits- und Frauenwahlrecht nicht grundlegend geändert hat, kann hier nicht von einer Art ‚vordemokratischer Altlast‘ ausgegangen werden. Vielmehr zeigt sich daran die Frage nach der Funktionalität von Geschlecht als Kriterium des Aus- oder Einschlusses, wie sie feministische Theorien stellen.

Zum anderen offenbaren diese Kämpfe Hierarchien innerhalb feministischer Debatten und Anliegen. Das Recht auf den eigenen Körper, die eigene Arbeit, Reproduktion und Sorge war beispielsweise in den amerikanischen und karibischen Kolonien für versklavte Frauen und gendernonkonforme Personen ebenso aufgehoben wie für versklavte Männer. Antijudaismus und Antiromanismus, später Antisemitismus und Gadge-Rassismus situieren jüdische und romanische Menschen in Europa über die letzten Jahrhunderte spezifisch anders als weiße Frauen und gendernonkonforme Personen.⁴ Behinderung und Armut schlugen und schlagen sich in Ideen von Unmündigkeit und einer pathologisierten Kriminalität nieder, die mit einem vollständigen Rechteentzug einhergehen kann. Die nationalsozialistische Vernichtung folgte ebendieser Logik der Prekarisierung, die historisch und kulturell tief in europäischen Gesellschaften verankert und über die Kategorie der Rasse zugleich Teil der globalen kolonialen Moderne ist (vgl. Quijano 2019).

An diesen historischen Schlaglichtern zeigt sich, wie demokratische Herrschaft historisch und gegenwärtig in vielfacher Form prekarisierte Andere hervorbringt und wie das auf unterschiedliche, je spezifische Art und Weise geschieht. Differenz ist also eine grundlegende, gemeinsame und geteilte Erfahrung prekarisierter Anderer, die sowohl verbindet als auch trennt. Gerade weil Differenz vielfältig hierarchisiert ist, bleibt die Auseinandersetzung damit notwendig ungeschlossen. Differenz bleibt eine offene Rezeptionslinie feministischer Diskussion, weil sie eine dynamische Kategorie ist. Als solche prägt sie sich zeitlich und örtlich je spezifisch aus und verändert sich entlang der situativen Bedingungen. Die physischen Körper, die Leiblichkeit der Einzelnen, werden zum je konkreten Ort der Erfahrung und zum je symbolischen Ort der Verhandlung von Differenz. Während also der physische Leib als ‚anders‘ markiert wird, wird er zugleich zum Träger der symbolischen Verkörperung von Differenz.

Diese Dopplung von physischer und symbolischer Verkörperung thematisieren feministische Ansätze zu Verortung, zusammengefasst als Standpunkttheorien. Im Unterschied zu neueren intersektionalen Ansätzen markieren sie keine Identität(en), sondern die materiellen Grundlagen, den räumlichen Ausgangspunkt von Wissen und Wissensproduktion. An beiden Begriffen, Verkörperung und Verortung, zeigt sich dieses Anliegen feministischen

⁴ Um die historischen Entwicklungen in Ressentiments begrifflich zu reflektieren, unterscheide ich folgendermaßen: Antijudaismus und Antiromanismus bezeichnen Ressentiment und Verfolgung vor Entstehung des Rasse-Konzepts, Antisemitismus und Gadge-Rassismus danach. Antiromanismus und Gadge-Rassismus umfassen auch Ressentiments und Verfolgung assoziierter Gruppen wie etwa Sinte*zza, Calé oder Manouches.

Denkens: die Konkretisierung von Theorie in realen Lebensbezügen und Erfahrungen. Iris Marion Young etwa spricht von „situation“ (Young 1980: 138), Adrienne Rich von „location“ (Rich 1994), Donna Haraway von „situated knowledge“ (Haraway 1988) und Patricia Hill Collins von „Black feminist standpoint“ (Collins 2000). Gemein ist diesen Ansätzen, dass sie die Spezifik einer jeweiligen Ausgangslage nicht als Einschränkung der Aussagekraft interpretieren. Im Gegenteil fokussieren sie einen strukturell bedingten Wissensvorteil in Bezug auf Macht- und Herrschaftsdynamiken und -effekte, der sich erst aus der Spezifik der Perspektive ergibt.

3 Konkrete Körper, abstrakte Verkörperung

Ausgehend vom innerdemokratischen Widerspruch zwischen Gerechtigkeit und Ungleichheit, der u.a. auf der Hierarchisierung von Differenz basiert, zeichnet sich ein weiterer Widerspruch, eine weitere Dopplung ab, für die ein Blick auf die strukturelle Verfasstheit demokratischer Herrschaft und ihrer Institutionen aufschlussreich ist.

Denn für demokratische Herrschaft ergibt sich aus dem Negieren von Geschlecht und anderen Differenzlinien einerseits ein unmittelbares Problem in Bezug auf Repräsentation und Partizipation der unterschiedlichen Gesellschaftsmitglieder, vermittelt über die Situierung ihrer Körper. Weil Staatsbürgerschaft ein abstraktes Prinzip ist, gelten die damit verbundenen Rechte zwar prinzipiell, d.h. als abstrakte Rechte. Sie werden aber unterminiert, je weniger ein konkretes Individuum mit der Abstraktion übereinstimmt. Abstraktionen sind historisch gewachsen und entsprechen hegemonialen, also dominanten Deutungen. Das heißt für marginalisierte Körper, dass sie in Abstraktionen als deren potentielle Träger*innen, also als Verkörperungen, grundlegend nicht enthalten sind (vgl. Crenshaw 1989; Crenshaw 1991). Als partikular Erscheinende (‚Frauen‘, ‚Behinderte‘, ‚Jüdinnen‘, ‚Lesben‘) verbleiben sie außerhalb der Sphäre abstrakter Universalität, weil ihre Körperlichkeit und ihre damit verbundenen Lebensumstände diskursiv als Sonderfälle gesetzt und materiell sanktioniert werden. Die oben erwähnten Kämpfe um gleiche Rechte und damit einhergehend die Anerkennung als politische Subjekte (wie das Wahlrecht) zielen darauf ab, diese negative Besonderung aufzuheben.

Andererseits ergibt sich aus dem Umstand, dass schon in Bezug auf Geschlecht mehr als die Hälfte der Bevölkerung strukturell benachteiligt wird, gerade kein Problem für demokratische Herrschaft. Ihre Institutionen sind bereits androzentrisch angelegt, was sich funktional in demokratischer Repräsentation und Partizipation reproduziert. Carole Pateman bezeichnet das als „fraternal patriarchy“ (Pateman 1988: 3) und Eva Kreisky als „[m]ännerbündisch“ (Kreisky 1996: 585).

Patemans Konzept des *Sexual Contract* zeigt vertragstheoretisch auf, wie die physische und symbolische Verkörperung mit je bestimmten Verortungen verknüpft ist und der falschen arbeitsteiligen Sphärentrennung von Politisch und Privat vorausgeht, auf welcher,

wie Kreisky es staatstheoretisch einordnet, der Staat als Männerbund beruht. Pateman arbeitet die fundamentale Bedeutung von Geschlecht heraus, die in etablierten Vertragstheorien fehlt. Theorien zum Gesellschaftsvertrag kennzeichnet Pateman daher als ‚halbiert‘: sie basieren auf einem vorgängigen, später verleugneten Vertrag der sexuellen Unterwerfung aufgrund von Geschlecht (Pateman 1988: 2). Eva Kreisky stellt ergänzend dazu fest:

Das maskuline Stereotyp und seine organisatorische Übertragung in männerbündische Prinzipien war niemals nur an ein einziges der großen politischen Ideensysteme gebunden (...) Die besonderen Strukturen moderner Gesellschaften ließen das Mittelklasseideal von Männlichkeit und männlicher Lebensweise überaus breit im gesellschaftlichen Spektrum diffundieren. (Kreisky 1996: 586)

Moderne Gesellschaften, auf die Kreisky sich hier bezieht, zeichnen sich auf der einen Seite durch arbeitsteilige Prozesse aus, die abstrakte, prozesshafte Herrschaftsstrukturen fördern, sich in säkularen Deutungen spiegeln, eine zunehmende Entgrenzung und Vervielfältigung von Räumen mit sich bringen und ein autonomes Individuum als Norm setzen (vgl. Ludwig 2022). In dieser Zusammenfassung erscheinen die Strukturen also als genuin verschieden von personifizierter Herrschaft durch Gott oder den Feudalherren. Auf der anderen Seite beinhalten die Strukturen moderner Gesellschaften hyperkonkrete, persönlich widerfahrene, unmittelbare Formen der Herrschaft, die sich im Zugriff auf bestimmte Körper zeigen. Die Unterwerfung und Ausbeutung einer bestimmten Physis ermöglicht zugleich die Herstellung und Reproduktion einer symbolischen und diskursiven Anordnung und Verteilung dieser Körper.

Frauen fallen mit Patemans Analyse kontraktualistischer Theorien in eben diesen Bereich der Hyperkonkretion durch ihre Verkörperung der Anderen. Ihre Situierung als Andere ist die Vorbedingung für Verträge unter Männern. Dem Männervertrag nachfolgend werden sie Subkontraktorinnen, vermittelt über die Position Ehefrau, also vertraglich gebundenen Reproduktions- und Sorgearbeiterinnen. Die Hyperkonkretion von Herrschaft ist hier über die zugeschriebene Geschlechtszugehörigkeit möglich. Die eigene Leiblichkeit wird zum Grund für die soziale Position und die Effekte dieser sozialen Positionierung werden über den eigenen Leib und dessen Situierung erfahren und ausgehandelt. Während alle Individuen auf je bestimmte Arten situiert sind, lenkt Patemans Analyse den Fokus darauf, dass Frauen in androzentrischen Vertragstheorien immer schon als doppelt Unterworfenen benötigt werden: abstrakt unterworfen unter den Vertrag, konkret unter den Ehemann.

4 Arbeitsteilung und Heterosexualisierung

Die mit dem sexuellen Unterwerfungsvertrag einhergehende arbeitsteilige Sphärentrennung hat aber sowohl weitere als auch vorgängige Dimensionen. Arbeitsteilung ist für die kapitalistische Moderne insgesamt charakteristisch und erstreckt sich über unterschiedliche Achsen. Differenz wird darin hierarchisiert über zum Teil bestehende, zum Teil neue Mus-

ter der Zuordnung. Die von Kreisky angeführten „besonderen Strukturen moderner Gesellschaften“ lassen sich daher als Teil von Kolonialität verstehen.

María Lugones erweitert Anibal Quijanos Begriff der Kolonialität der Macht grundlegend um die Dimension Geschlecht. Sie nutzt dafür das Konzept des „modern/colonial gender system“ (2008) und zeigt u.a. mit Paula Gunn Allen: „(...) the production of knowledge is gendered, the very conception of reality at every level.“ (Lugones 2008, 11) Sie führt aus:

(...) heterosexuality is not just biologized in a fictional way, it is also compulsory and it permeates the whole of the coloniality of gender (...). In this sense, global Eurocentered capitalism is heterosexualist. (ibd., 12)

Der von Pateman rekonstruierte Vertrag der sexuellen Unterwerfung ist demnach Teil einer heterosexuell strukturierten Matrix, die wiederum einen wesentlichen Teil von Kolonialität ausmacht. Das relationale Paradigma ermöglicht es, diesen Zusammenhang herauszuarbeiten und in seiner Entwicklung, Logik und Dynamik zu betrachten:

Der *Sexual Contract* ist ein heterosexueller Ehevertrag, der dem männerbündischen Gesellschaftsvertrag vorgängig ist. Die Zwangsheterosexualisierung von Geschlecht, Sex und Zusammenleben verweist daher nicht nur auf die Geschlechterarbeitsteilung und die bürgerliche Sphärentrennung, sondern ebenso sehr auf Arbeitsteilung entlang der Kategorie Rasse.⁵ Rasse unterminiert bürgerliche Sphärentrennung und Geschlechterarbeitsteilung für Nicht-Weiße und reproduziert sie für Weiße. Insofern verweist die Kategorie Rasse grundlegend auf die Bedeutung von Arbeit in der Moderne als soziale Platzanweisung und berührt Hautfarbe ebenso wie Geschlecht, Behinderung, Wissen und Besitz/-losigkeit.

Sexuelle Orientierung (nicht im Sinne von Begehren, sondern von Ausrichtung) erfährt durch Lugones eine Einordnung in die spezifische Macht- und Interessenlage patriarchal strukturierter Gesellschaften. Nämlich, wie kapitalistische Vergesellschaftung auch auf einem spezifischen, hervorgebrachten, global wirksamen modernen/kolonialen Geschlechtersystem basiert. Vergeschlechtlichte Arbeitsteilung ist nicht nur ein Aspekt oder Effekt, sondern eine der Grundlagen von eurozentrischer Moderne. Dass und wie Heterosexualisierung hierin durch ihre Relevanz für die Arbeitsteilung eine zentrale Rolle einnimmt, zeigt sich in Patemans Rekonstruktion des sexuellen Vertrags, wenngleich sie es nicht benennt. Adrienne Rich formuliert dagegen:

[W]hatever its origins, when we look hard and clearly at the extent and elaboration of measures designed to keep women within a male sexual purlieu, it becomes an inescapable question whether the issue feminists have to address is not simple ‘gender inequality’ nor the domination of culture by males nor mere ‘taboos against homosexuality,’[sic] but the enforcement of heterosexuality for women as a means of assuring male right of physical, economic, and emotional access. (Rich 1980: 135)

5 Siehe auch Pateman/Mills 2007.

Und Lugones bemerkt pointiert: „The heterosexualist patriarchy has been an ahistorical framework of analysis.” (Lugones 2007: 187)

Im Anschluss an Lugones historisiert Sarah Lucia Hoagland mit dem Begriff *Heterosexu- alism* den Analyserahmen. Sie rekonstruiert die Bindung von heterosexuell orientierten Frauen an Männer und die damit einhergehende Bindung an den androzentrischen Staat als Bedingung und selbstverstärkenden Effekt der Binarisierung und Heterosexualisierung von Sex und Geschlecht. Sie arbeitet heraus, wie LBGTIQ-Kämpfe um Gleichstellung auf der Anrufung des Staates beruhen und damit gleichzeitig auf der aktiven oder passiven Entsolidarisierung mit marginalisierten queeren BIPoC-Communities (vgl. Hoagland 2007). Diese ineinandergreifenden Aspekte benennt Hoagland als wesentliche, wechselseitig konstitutive Grundlagen weißer Vorherrschaft. Sie fokussiert damit, wie etwa Hortense Spillers (Spillers 1987) und Cathy Cohen (Cohen 1997), dass Geschlecht, Sexualität, Arbeit(steilung) und Personenschaft⁶ auf sehr bestimmte Weise dynamisch interagieren, um die Subjekte staatlicher Anrufung und Organisation als Männer und (ihre) Frauen erst hervorzubringen.

5 Fazit: „We Are Everywhere...Or Not At All“^{II}

Zusammenführend lässt sich zeigen, dass dekoloniale, intersektionale und queerfeministische Analysen materielle und diskursive Bedingungen von demokratischer Vergesellschaftung herausarbeiten, indem sie (auch) auf verkörpertes Wissen zurückgreifen. Im Sinne standpunkttheoretischer Analysen produzieren sie so ein grundlegend erweitertes Wissen um die implizite Verfasstheit gesellschaftlicher Strukturen. Die Relevanz von Heterosexualisierung als Teil der Geschlechterarbeitsteilung und damit als Teil des sexuellen Unterwerfungsvertrags wird durch Rich, Hoagland und Lugones in unterschiedlicher Hinsicht an je spezifische soziale Positionen außerhalb weißer heterosexuell orientierter Weiblichkeit gekoppelt. Diese tritt so als Weisung und Bedingung von impliziten sozialen Verträgen hervor.

In einem jeweiligen gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsgefüge, Patricia Hill Collins nennt es die *matrix of domination* (Collins 2000), führen Kategorien und Strukturen, die Ungleichheit herstellen und reproduzieren, zum Scheitern des demokratischen Versprechens, während zugleich das demokratische Versprechen historisch und gegenwärtig überhaupt nur bestimmte Gruppen adressiert. Für demokratische Auseinandersetzung kann sich daraus entweder nichts ergeben (Männerbund und weiße Vorherrschaft). Demokratie(theorie) wird dann, mit Lugones gesprochen, selbst zum ahistorischen Analyserahmen. Oder aber sie stellt sich die Aufgabe, demokratische Prinzipien und Praxen so zu gestalten, dass

⁶ Der Begriff *personhood* bezeichnet in englischsprachigen Theorien die Anerkennung als Mensch- mit-Rechten und findet Verwendung in z.B. Rechtsdiskursen, dis/ability studies und Black Feminist Thought.

sie strukturelle und institutionalisierte Ungleichheitsbedingungen rekonstruieren und neu verhandelbar machen kann.

Anmerkungen

I Elsa Barkley Brown 1991, 81, zit. nach (Hoagland 2007, 177).

II Hoagland 2007, 180.

Literaturverzeichnis

- Alexander, Michelle (2012): *The new Jim Crow: mass incarceration in the age of colorblindness*. New York: New Press.
- Butler, Judith (1997): *Merely cultural*. In: *Social Text*, S. 265–277. <https://doi.org/10.2307/466744>.
- Butler, Judith (2009): *Frames of war: when is life grievable?* London: Verso.
- Cohen, Cathy J. (1997): *Punks, bulldaggers, and welfare queens: the radical potential of queer politics?* In: *GLQ: a journal of lesbian and gay studies* 3, S. 437–465. <https://doi.org/10.1215/10642684-3-4-437>.
- Collins, Patricia Hill (2000): *Black feminist thought*. Rev. 10th anniversary ed. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203900055>.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hrsg.) (2019): *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Federici, Silvia (2012): *Revolution at point zero: housework, reproduction, and feminist struggle*. Oakland, CA/Brooklyn, NY/London: PM Press / Common Notions / Autonomedia.
- Gilmore, Ruth Wilson (2008): *Forgotten places and the seeds of grassroots planning*. In: *Engaging contradictions*. University of California Press, S. 31–61. <https://doi.org/10.1525/9780520916173-005>.
- Haraway, Donna (1988): *Situated knowledges: the science question in feminism and the privilege of partial perspective*. In: *Feminist studies* 14, S. 575–599. <https://doi.org/10.2307/3178066>.
- Hoagland, Sarah Lucia (2007): *Heterosexuality and white supremacy*. In: *Hypatia* 22, S. 166–185. <https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.2007.tb01155.x>.
- Ludwig, Gundula (2021): *Körper und politische (An-)Ordnungen. Zur Bedeutung von Körpern in der modernen westlichen Politischen Theorie*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 62, S. 643–669. <https://doi.org/10.1007/s11615-021-00357-4>.
- Ludwig, Gundula (2022): *Demokratie und die Kolonialität der Gewalt. Konstitutive Verwobenheiten und aktuelle Verdichtungen*. In: *ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie* 12, S. 218–237. <https://doi.org/10.3224/zpth.v12i2.05>.
- Lugones, María (2007): *Heterosexuality and the colonial/modern gender system*. In: *Hypatia* 22, S. 186–219. <https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.2007.tb01156.x>.
- Lugones, María (2008): *The coloniality of gender*. In: *Worlds & knowledges otherwise* 2.
- Luxemburg, Rosa (1970): *Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus*. 4. Auflage. archiv sozialistischer literatur. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik.
- Pateman, Carole (1988): *The sexual contract*. Stanford: Stanford University Press.
- Pateman, Carole/Mills, Charles W. (2007): *Contract and domination*. Cambridge: Polity Press.
- Quijano, Anibal (2019): *Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika*. Wien/Berlin: Turia + Kant.

- Rattansi, Ali (2007): Racism: a very short introduction. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/actrade/9780192805904.001.0001>.
- Rich, Adrienne (1980): Compulsory heterosexuality and lesbian existence. In: Signs: journal of women in culture and society 5, S. 631–660. <https://doi.org/10.1086/493756>.
- Rich, Adrienne (1994): Blood, bread, and poetry: selected prose 1979 - 1985. Reissued as a Norton paperback. New York: Norton.
- Spillers, Hortense J. (1987): Mama's baby, papa's maybe: an american grammar book. In: Diacritics 17, S. 64–81.
- Wallerstein, Immanuel (2004): World-systems analysis: an introduction. Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822399018>.
- Young, Iris Marion (1980): Throwing like a girl: a phenomenology of feminine body compartment motility and spatiality. In: Human studies 3, S. 137–156.
- Young, Iris Marion (2002): Inclusion and democracy. Oxford: Oxford University PressOxford. <https://doi.org/10.1093/0198297556.001.0001>.
- Young, Iris Marion (2022): Justice and the politics of difference. Princeton: Princeton university press.

Lese-Empfehlungen

- Haraway, Donna (1988): Situated knowledges: the science question in feminism and the privilege of partial perspective. In: Feminist studies, 14 (3), S. 575–599.
- Hoagland, Sarah Lucia (2007): Heterosexualism and white supremacy. In: Hypatia, 22 (1), S.166–185.
- Lugones, Maria (2008): The coloniality of Gender. In: Worlds & knowledges otherwise. .

Matti Traußneck, wissenschaftliche Referentin, Zentrum für Gender Studies und feministische Zukunftsforschung, Philipps-Universität Marburg

Politische Männlichkeiten

Marion Löffler

Zusammenfassung

Der Beitrag führt in das Forschungsfeld „politische Männlichkeiten“ ein. In Debatten um die zentralen Begriffe „hegemoniale Männlichkeit“ und „politische Männlichkeit(en)“ werden unterschiedliche Politikverständnisse deutlich. Als Beispiel für politische Männlichkeiten wird die Forschung zu Rechtspopulismus vorgestellt. Abschließend wird das Verhältnis von hegemonialer und politischer Männlichkeit im Forschungsfeld diskutiert.

Schlüsselbegriffe

feministische Politikwissenschaft, hegemoniale Männlichkeit, politische Männlichkeit, Maskulinität, Rechtspopulismus

1 Einleitung: Politik und Männlichkeit

Die geschlechtsspezifische Trennung von öffentlich und privat hat Politik als männliche Sphäre eingerichtet – d.h. mit Bedeutungen aufgeladen, die traditionell mit Männlichkeit assoziiert werden – und diese Vergeschlechtlichung zugleich unsichtbar gemacht. Feministische Politikwissenschaft hat das „geheime Glossar“ (Kreisky/Sauer 1997) androzentrischer Politik und Politikwissenschaft offengelegt und die maskuline Unterseite des Politischen nach oben gekehrt (Kreisky 1994; Kreisky/Sauer 1995). Der (historische) Ausschluss von Frauen* aus Öffentlichkeit und Politik bedeutet aber nicht, dass im Umkehrschluss alle Männer* als politikfähig gelten.¹ Vielmehr werden historisch unterschiedliche Männlichkeiten

¹ Ich verwende die Schreibweisen Mann*/Männer* und Frau*/Frauen*, um auf Konstruktion und Offenheit der Begriffe hinzuweisen, nicht jedoch um die referierten Texte auf ihre gendertheoretische Einschätzung hin zu beurteilen. Die unübliche Verwendung von Mann*/Männer* soll auf die prinzipielle Möglichkeit nicht-patriarchaler Männlichkeiten hinweisen.



als *politische Männlichkeiten* konstruiert. Dies erfolgt im Kontext der Entwicklung europäischer, moderner Staatlichkeit und Politik, die als eine Geschichte sozialer Ausschlüsse, kolonialer Unterdrückung und nationalistischer Staatsprojekte betrachtet werden muss, aber auch als Geschichte von Kämpfen intersektional unterschiedlich positionierter Gruppen um politische Anerkennung und demokratische Partizipation, die nicht losgelöst von Deutungskämpfen um Geschlecht und die Geschlechterordnung verstanden werden können. Politische Männlichkeit verweist zum einen auf die binär vergeschlechtlichte Konstruktion von Öffentlichkeit als das Terrain moderner Politik und entsprechende Deutungskämpfe auf diesem Terrain, zum andern auf ein interdisziplinäres Forschungsfeld, das sich auch in der feministischen Politikwissenschaft in Auseinandersetzung mit der kritischen Männer*- und Männlichkeitsforschung entwickelt. Dabei wird die politische Relevanz von Männlichkeit(en) zum einen für den formal öffentlichen Bereich diskutiert, zum anderen im Sinne des feministischen Slogans, wonach das Private bzw. das Persönliche politisch sei, auch ein weites Politikverständnis herangezogen. Geschlechterpolitik umfasst dann alle sozialen Praktiken, in denen es um die Produktion, Reproduktion oder Veränderung der Geschlechterverhältnisse geht.

Dieser Beitrag präsentiert zunächst das Konzept „hegemoniale Männlichkeit“ und daran anschließende Debatten um Geschlechter- bzw. Männlichkeitspolitik im weitesten Sinn. Im nächsten Abschnitt werden Konzeptionen „politischer Männlichkeit(en)“, die vorrangig auf Politik im engen Sinn fokussieren, vorgestellt. Das Forschungsfeld wird am Beispiel von Rechtspopulismus dargestellt, und schließlich wird das Verhältnis von hegemonialer und politischer Männlichkeit diskutiert.

2 Kritische Männer*- und Männlichkeitsforschung

In Politik und Politikwissenschaft waren Thematisierungen von Geschlecht zunächst mit Frauen* und deren Kämpfe um Emanzipation und politische Partizipation befasst. Innerhalb der feministischen Politikwissenschaft werden Männer* als Träger sozialer Macht sowie als Gewaltakteure problematisiert [siehe Einleitung zu diesem Band]. Auch die *Men's Studies* setzen an der Problematisierung männlicher und homophober Gewalt an. Aufgrund ihres patriarchatskritischen Anspruchs gilt die *kritische Männer*- und Männlichkeitsforschung* als ein „*subfield of feminist, Gender and Women's Studies*“ (Hearn 2019: 54). Als feministische Forschungspraxis zielt sie auf die Frage nach emanzipatorischen Veränderungspotenzialen und untersucht Transformationen von Männern* und Männlichkeiten im Kontext sozialen Wandels (z.B. Segal 1997; Messner 1997).

2.1 Hegemoniale Männlichkeit als Geschlechterpolitik

Dass von *Männlichkeiten* meist im Plural gesprochen wird, ist Raewyn Connell geschuldet, die den Begriff „hegemoniale Männlichkeit“ geprägt hat (Carrigan/Connell/Lee 1985; Connell 2005; Connell/Messerschmidt 2005).² In der Beurteilung „richtigen“ männlichen Verhaltens orientieren sich Männer* und Frauen* an einer geteilten – und in diesem Sinn gesellschaftlich hegemonialen – Vorstellung von Männlichkeit. Im Kontext einer patriarchalen Geschlechterordnung bezeichnet hegemoniale Männlichkeit jene Gender-Praktiken, die sowohl weibliche Unterordnung als auch eine Hierarchie zwischen intersektional differenzierten Männlichkeiten sicherstellen. Hegemoniale Gender-Praktiken werden nicht von der quantitativen Mehrheit der Männer* angewendet, aber von einer Mehrheit, der sogenannten „komplizenhaften Männlichkeit“, anerkannt und bestätigt, wodurch diese zugleich das Patriarchat stützt. Das Zusammenspiel von hegemonialer und komplizenhafter Männlichkeit sichert somit die Reproduktion der patriarchalen Geschlechterordnung, wobei die konkreten Praktiken, die hegemoniale Männlichkeit kennzeichnen, historisch und regional variabel sind. Connell (2005: 38f.) definiert hegemoniale Männlichkeit als jene Konfiguration von Gender-Praktiken, die das Patriarchat zu legitimieren vermag. Der patriarchale Ausschluss des Weiblichen führt auch zu Ausschlüssen von und Hierarchisierungen zwischen Männlichkeiten, wobei „untergeordnete Männlichkeit“ nicht als legitime Form von Männlichkeit gilt und „marginalisierte Männlichkeit“ beispielsweise ökonomisch oder rassistisch benachteiligte Männlichkeiten beschreibt. Hegemoniale Männlichkeit ist also per se eine Art „Geschlechterpolitik“ bzw. „Männlichkeitspolitik“, die ungleiche Geschlechterverhältnisse herstellt und absichert.

Dies wird schon in der ersten Fassung der Konzeption hegemonialer Männlichkeit deutlich, die eine Studie von Cynthia Cockburn (1983) zu den Kämpfen der Buchdruckergewerkschaft gegen die Öffnung des Berufsfeldes für Frauen* diskutiert. Die Autor*innen konstatieren die Konstruktion einer hegemonialen Form von Männlichkeit der gewerkschaftlich organisierten Schriftsetzer, die Frauen* vom Beruf ausschlossen und zugleich andere Männer* im Arbeitsprozess marginalisierten und den Setzern unterordneten. In diesen Arbeitskämpfen konstituierten sich also hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten. „Accordingly we see social definitions of masculinity as being embedded in the dynamics of institutions – the working of the state, of corporations, of unions, of families – quite as much as in the personality of individuals“ (Carrigan/Connell/Lee 1985: 591). Anhand dieses Beispiels wird deutlich, dass und wie hegemoniale Männlichkeit als politische Praxis zu verstehen ist. Zum einen als politische Reaktionen von Männern* auf feministische Forderungen und sozialen Wandel, zum anderen als Praxis im Kontext von Institutionen. Diese enge Verknüpfung von Männlichkeit mit Institutionen erklärt die strukturelle Dominanz des Männlichen in Staat und Politik und verweist bereits auf „politische Männlichkeit(en)“.

2 Raewyn Connell publizierte früher unter den Vornamen R.W., Robert und Bob.

Hegemoniale „Männlichkeitspolitik“ als anti-emanzipatorische Abwehr ist eine mögliche politische Reaktion auf Transformationen der Geschlechterordnung. Das Reaktionsspektrum auf feministische Erfolge umfasst jedoch auch pro-feministische Männlichkeitspolitiken (*politics of masculinity*) wie eine Studie über Männerbewegungen in den USA der 1980er und 1990er Jahre zeigt (Messner 1997). „Geschlechterpolitiken der Transformation“ sind aber nicht per se feministisch und müssen daher keineswegs emanzipatorisch sein (Löffler 2012: 55ff.), sie fügen sich jedoch auch nicht immer in ein Backlash-Narrativ (vgl. Faludi 1991). Männlichkeitspolitik (*masculinity politics*) kann gegenüber patriarchalen Verhältnissen durchaus widerständig sein, was Connell (2005: 220ff.) als „exit politics“ beschreibt. Diese Strategie meint den Ausstieg (heterosexueller Endo-Männer*) aus den Welten hegemonialer und komplizierter Männlichkeiten. Um aber als emanzipatorische Praxis gesellschaftlich transformativ zu wirken, bedürfe es einer Strategie des *degenderings* – also eine grundlegende Demontage hegemonialer Männlichkeit (ebd.: 232ff.) und nicht – wie im Beispiel der Buchdrucker – die Konstruktion einer (neuen) männlichen Hegemonie.

2.2 Ist Männlichkeit hegemonial?

Hegemoniale Männlichkeit erklärt Produktion, Reproduktion und (historische) Transformation der patriarchalen Geschlechterordnung ausgehend von der Annahme, dass im Zentrum dieser Prozesse eine hegemoniale Praxis von Männlichkeit als Geschlechterpolitik steht. Doch schon das Beispiel der Buchsetzer verweist auf Unklarheiten in der Konzeption hegemonialer Männlichkeit (Connell/Messerschmidt 2005). Im Beispiel werden hegemoniale Männlichkeit und die Träger dieser Männlichkeit im Rahmen der gleichen gewerkschaftlichen Kämpfe hergestellt. Hegemoniale Männlichkeit und die vergeschlechtlichte soziale Konstruktion einer Gruppe als Männer* basieren somit auf den gleichen Praktiken, was die Frage aufwirft, ob die Konstruktion von Männlichkeit oder nicht eher die der sozialen Kategorie Männer* hegemonial ist. „The category of ‘men’ is far more hegemonic than a particular masculinity, hegemonic or otherwise“ (Hearn 2012: 596). Hearn setzt daher der Theoretisierung hegemonialer Männlichkeit das Konzept einer „Hegemonie der Männer*“ (*hegemony of men*) entgegen. Dabei betont er die notwendige Dekonstruktion der Kategorie Mann*/Männer*, zumal der exklusive Fokus auf Männlichkeit(en) eine dem *doing masculinity* vorgängige Existenz von Männern* suggeriert und die Gleichzeitigkeit der sozialen Konstruktion ausblendet. Während die Dekonstruktion der Kategorie Frau*/Frauen* in Wissenschaft und Politik angekommen ist, bleibt die soziale Konstruktion von Männern* wenig problematisiert.

Auch Mimi Schippers (2007) merkt an, dass die Differenzen zwischen Männlichkeiten in Connells Modell kurzerhand zu Differenzen zwischen sozialen Gruppen von Männern* werden. Sie stellt sich aber auch die Frage, wo in diesem Gesellschaftsmodell die Anderen bleiben. So finden Weiblichkeit und Frauen* wenig Beachtung. Schippers schlägt daher vor, stattdessen von Geschlechterhegemonie (*gender hegemony*) auszugehen, die auf der diskur-

siven Konstruktion eines als natürlich imaginierten heterosexuellen Begehrens und binärer Zweigeschlechtlichkeit beruht. Die hierarchische und komplementäre Beziehung zwischen den ideologischen Konstruktionen von Männlichkeit und Weiblichkeit sowie den sozialen Positionen von Mann* und Frau* bilden das Grundprinzip aller sozialen Verhältnisse. Folglich garantiert die hierarchische Beziehung zwischen hegemonialer Männlichkeit und hegemonialer Weiblichkeit die dominante Position von Männern* und die Unterordnung von Frauen* (Schippers 2007: 94).

Schließlich stellt sich die Frage, ob männliche Hegemonie nicht eigentlich (*weiße*) bürgerliche Hegemonie bedeutet. Nach Connell hat sich hegemoniale Männlichkeit historisch mit der kapitalistischen und kolonialen Welt- und Geschlechter-Ordnung gebildet und hat die Konstitution des modernen, autonomen Subjekts zur Voraussetzung (Connell 2005: 68). Sie entsteht also historisch als Praxis der bürgerlichen Klasse und basiert auf *bürgerlicher Hegemonie*, weshalb Andrea Maihofer (2019: 64) von bürgerlich-patriarchaler hegemonialer Männlichkeit spricht. Bürgerliche Männlichkeit ist zudem eine intersektionale Kategorie, die sich in Prozessen des *Otherings* konstituiert, also im Modus der Selbstaffirmation als fortschrittlich und modern gegenüber Anderen, die abgewertet werden (ebd.: 67). Ein Wandel kann daher nicht allein auf der Geschlechterebene stattfinden. Obwohl das, was bürgerlich-patriarchale Männlichkeit inhaltlich ausmacht wie auch deren gesellschaftliche Hegemonie immer umkämpft und in Bewegung ist, bleibt sie für die Reproduktion der westlichen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften unersetzlich. Connells optimistische Perspektive einer möglichen Überwindung der hierarchischen Geschlechterordnung muss also auch „das Ende der kapitalistischen Wachstumslogik“ (ebd.: 74) wie das Ende des *Otherings* als konstitutive Strategie von Männlichkeit berücksichtigen.

3 Konzeptionen politischer Männlichkeit(en)

Während Männlichkeitspolitik ein weites Verständnis von Geschlechterpolitik im Sinne aller Praktiken, die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern herstellen, reproduzieren oder (auch in emanzipatorischer Absicht) transformieren, umfasst, richtet sich der Fokus im Forschungsfeld „politische Männlichkeiten“ auf ein enger definiertes Politikverständnis. Im Forschungsfeld werden Praktiken, Identitäten und Repräsentationen sowie diskursive Konstruktionen von Männlichkeiten untersucht, die von politischen Akteur*innen eingesetzt werden und häufig erst als Geschlechterpolitiken entschlüsselt und sichtbar gemacht werden müssen. *Das Politische* der politischen Männlichkeit ist dabei immer fundamental auf Produktion, Reproduktion und Veränderung von Macht und Machtverhältnissen gerichtet.

Für den interdisziplinären Dialog des Forschungsfeldes haben Kathleen Starck und Birgit Sauer (2014: 6) eine Konzeptualisierung vorgeschlagen, die unter *political masculinity* jede Art von Männlichkeit versteht, die *political player* inszenieren, die ihnen zugeschrieben oder von ihnen beansprucht wird. Diese können Individuen oder Gruppen sein, die der *politi-*

cal domain angehören oder ihr zugeordnet werden, wie z.B. Politiker*innen, Parteimitglieder, Militärs oder Bürger*innen sowie Mitglieder politischer Bewegungen. *Political domain* meint einen engen, d.h. auf Institutionen und Öffentlichkeit gerichteten, Politikbegriff. Wie anhand der Geschlechterpolitik hegemonialer Männlichkeit gezeigt wurde, sind Männlichkeit(en) und Männer* als soziale Kategorie intrinsisch mit der Produktion und Reproduktion von Macht und Machtverhältnissen verwoben (Hearn 2019: 55). Der Begriff „politische Männlichkeit“ erscheint daher als Pleonasmus, zumal es keine Männlichkeit geben kann, die nicht politisch, d.h. eingewoben in Machtverhältnisse, ist (Löffler/Luyt/Starck 2020: 5). Um nicht jede Männlichkeit unter dieser Kategorie zu fassen, haben Kathleen Starck und Russel Luyt (2019: 435) vorgeschlagen, den Begriff für die Fälle zu reservieren, in denen Macht *explizit* verhandelt wird. Während Männlichkeiten von impliziten Machtoperationen geprägt werden, sind solche Fälle, in denen die Akteur*innen selbst Macht explizit machen und ihre Wirkungsweise bewusst einsetzen, herausfordern oder absichern, in einem anderen Sinn politisch (Luyt/Starck 2020: 5). Zudem haben Sauer und Starck im Rahmen einer Summer School die Verwendung des Plurals *political masculinities* vorgeschlagen, um die epistemische Gewalt eurozentrischer Männlichkeits-Theorien zu durchbrechen.³ Der Plural soll die Integration peripherer und lokaler Kontexte sowie kontextualisierter Akteur*innen in einer postkolonialen Theorie- und Konzeptentwicklung erleichtern (Connell 2014; Luyt/Starck 2020: 4).

3.1 Maskulinismus und Politik

In der feministischen Politikwissenschaft kann die Forschung zu politischen Männlichkeit(en) an ältere Arbeiten anschließen, die die maskulinistischen Dimensionen von Staat und Politik offenlegen und als Demokratiedefizit problematisieren. Eva Kreiskys Konzeption des *Männerbundes* verweist auf Formen der Kollaboration zwischen unterschiedlichen Männern* und Männlichkeiten in politischen Institutionen, die auf Maskulinismus und somit auf Misogynie basieren (Kreisky 1994). *Maskulinismus* ist eine ideologisierte Vorstellung überlegener Männlichkeit, die auf den Ausschluss von Frauen* und vermeintlich „unmännlichen“ Praktiken gerichtet ist. Der Männerbund wird als egalitäre, Zugehörigkeit und Identität stiftende Wertegemeinschaft beschworen, die jedoch strikte Hierarchien herstellt und durch loyale Beziehungen von Führer- und Gefolgschaft abgesichert ist. Das Männerbündische verdichtet sich zum politischen Organisationsprinzip, das sich in die bürokratischen Strukturen des modernen Staates einschreiben konnte und über scheinbar geschlechtsneutrale Verwaltungsroutinen, aber auch über politische Symbole und Rituale reproduziert. Politische Männlichkeit ist demnach eine kollektive Praxis heterogener Män-

³ Die internationale Summer-School „Political Masculinities in Europe: New Definitions, Methods and Approaches“ (20.-24. August 2018) an der Universität Koblenz-Landau wurde von Kathleen Starck und Birgit Sauer organisiert.

ner* und Männlichkeiten, die die maskulinistische Struktur moderner Politik erklärt, und auch in der Analyse einzelner politischer Akteur*innen reflektiert werden muss.

Ebenfalls auf kollektive Dimensionen politischer Männlichkeit zielt Carole Pateman (1989) mit ihrer These eines Geschlechtervertrags an der Basis liberal-demokratischer Bürgerschaft. Das moderne Patriarchat realisiert sich als Bruderschaft, wobei bürgerliche politische Männlichkeit vor allem über Ehe- und Familiengesetze als männliches Privileg eingerichtet und verallgemeinert wird. Myra Marx Ferree (2020) spricht daher vom *brotherhood state*. Dieser operiert (nicht nur) in den USA entlang intersektionaler Diskriminierungen und hat im 20. Jahrhundert die Position des Familienernährers als staatsbürgerliche (männliche und weiße) Norm etabliert. Doch Veränderungen der Geschlechterordnung, beispielsweise aufgrund egalitärer Familien- und Ehegesetze, lassen diese institutionalisierte Form weißer, männlicher Bürgerschaft erodieren. Ferree interpretiert die gegenwärtige politische Polarisierung zwischen Republikaner*innen und Demokrat*innen in den USA sowie die dabei zum Einsatz kommende Mobilisierung von Männlichkeit als Kampf um den *brotherhood state*. Gerade weil seine Verteidiger*innen Männlichkeit mit Macht assoziieren, dient ihre Affirmation einer symbolischen Ermächtigung und ermöglicht den strategischen Einsatz von Männlichkeit im politischen Streit. Diese politische Männlichkeit ist maskulinistisch und anti-feministisch: „Misogyny is a political claim“ (Ferree 2020: 912). Ferree spricht damit das Phänomen eines neuen Antifeminismus an, das im Folgenden exemplarisch anhand aktueller Debatten um politische Männlichkeiten im Rechtspopulismus vertieft werden soll.

3.2 Populismus und Männlichkeit

Politische Akteur*innen und insbesondere Populist*innen nutzen gesellschaftlich hegemoniale Vorstellungen von Geschlecht, um die eigenen Positionen zu legitimieren und gegnerische zu delegitimieren. Rechtspopulisten an der Macht kaschieren mit ihrer Performanz stereotyper Männlichkeit sogar die autoritäre Aushöhlung demokratischer Institutionen (Eksi/Wood 2019: 736). Am Beispiel Russlands konnte gezeigt werden, dass in der patriarchal geprägten Kultur nicht nur Wladimir Putin, sondern auch oppositionelle Gruppen dichotome Konzepte heterosexueller Männlichkeit und Weiblichkeit sowie Homophobie einsetzen (Sperling 2015). Politische Männlichkeit kann somit unmittelbar als Männlichkeitsinszenierung von Politikern verstanden werden, die die patriarchale Geschlechterordnung affirmieren, also hegemoniale oder zumindest komplizenhafte Männlichkeit praktizieren, um einen politischen Vorteil daraus zu ziehen. Ich schlage daher vor, politische Männlichkeit als „symbolische Gewalt“ im Sinne von Pierre Bourdieu (2001; 2005) zu konzeptualisieren (Löffler 2020). Das „politische Feld“ beschreibt Politik als Spiel mit eigenen Regeln, Einsätzen und Zielen. Politische Männlichkeit bezeichnet Gender-Strategien in diesem Spiel, das jedoch unterschiedlich gespielt werden kann, weshalb es verschiedene politische Männlichkeiten geben kann, die sich je im Habitus ausdrücken. Die hierarchische symbolische Geschlechterordnung ermöglicht es, Männlichkeit als symbolische Ressource im politischen

Spiel einzusetzen, um die Regeln des Spiels zum eigenen Vorteil zu verändern. Populistische Akteur*innen beherrschen das politische Spiel, präsentieren sich selbst aber als Außen-seiter*innen, indem sie einige der Spielregeln missachten. Sich beispielsweise der *Political Correctness* oder dem „Gendern“ zu verweigern kann als „mutiger Tabubruch“ inszeniert werden, mit dem Ziel symbolisches Kapital in Form von Bewunderung, Unterstützung und Wähler*innen-Stimmen zu lukrieren (ebd.: 14).

Rechtspopulist*innen setzen auch auf (stereotype) Männlichkeitsmuster, die das vermeintlich einfache Volk repräsentieren. Die „neuen Demagogen“ (Roose 2020: 85) wenden sich direkt an Männer*, indem sie eine misogynie und die Gesellschaft spaltende Sprache als Kernstück ihrer politischen Kommunikation einsetzen. Einige Unterstützer*innen sind davon überzeugt, dass sie ein Anrecht auf eine bevorzugte Stellung in der Gesellschaft haben, die ihnen eine „feministische Elite“ insbesondere durch Gleichstellungspolitiken vorenthält. Dieses *aggrieved entitlement* (Kimmel 2017: 21) habe sie zu *Angry White Men* gemacht, die z.B. in Donald Trump ihren ersehnten Anführer erblicken (ebd.: ix). Es sind aber nicht nur misogynie Ansichten, die anziehend auf (manche) Männer* wirken, sondern „affektive Narrative“, die als populistische „Politik der Gefühle“ dazu beitragen, eine emotionale Bindung zwischen rechtspopulistischen Demagog*innen und ihren Anhänger*innen herzustellen (Bargetz/Egger 2021). Birgit Sauer und Otto Penz (2023) erkennen in den affektiven Strategien der autoritären Rechten eine neuartige „maskulinistische Identitätspolitik“. Dabei wird Männlichkeit als gefährdet und vulnerabel dargestellt, was Angst und Unsicherheit schürt. Ein Beispiel dafür sind Anti-Gender Mobilisierungen, die auf eine moralische Geschlechter- und Sexualitätspanik hinauslaufen. Den Verunsicherten und Wütenden bieten autoritär-rechte Akteur*innen dann Schutz und Sicherheit in der Geborgenheit ihrer Beschützermännlichkeit, die sich als hegemoniale Männlichkeit präsentiert, d.h. als souveräne Männlichkeit, die Recht und Ordnung realisieren kann (Sauer/Penz 2023: 144). Partizipation an rechten Bewegungen ist somit ein Versprechen „männlicher Resouveränisierung“ (Forster 2006: 194) als mögliche Antwort auf die „Männerphantasie“ (Klaus Theweleit) einer kollektiven männlichen Ohnmacht.

4 Fazit: Politische oder hegemoniale Männlichkeit(en)?

Ein gewisser Konflikt zwischen den Konzeptionen von politischen und hegemonialen Männlichkeit(en) ist in der ursprünglichen Konzeption bei Connell (2005/1995: 77) angelegt. Sie verweist einerseits auf eine notwendige Korrespondenz zwischen kulturellem Ideal und institutioneller Macht, die hegemoniale Männlichkeit auszeichnet. Daher ist es naheliegender anzunehmen, dass Männlichkeit(en) in der Politik auch hegemonial sind. Andererseits transportiert hegemoniale Männlichkeit nach Connell ein kulturelles Ideal, das beispielsweise durch fiktionale Heldenfiguren oder Sportidole in Umlauf gebracht wird, tatsächlich

aber für keinen Mann* erreichbar ist (Connell/Messerschmidt 2005: 838). James W. Messerschmidt (2003: 14) schlägt daher vor, analytisch die „embodied practice-based masculinities“ – also das *doing masculinity* – in den Blick zu nehmen und erst in einem zweiten Analyseschritt zu fragen, welche Politik diese Praktiken zum Ausdruck bringen, anstatt bestimmte *political player* vorauszusetzen. Er kritisiert an der Forschung zu politischen Männlichkeiten, dass diese von den Akteur*innen ausgehe, die „der Politik“ zugezählt werden. Politische Männlichkeit(en) bezeichne daher keine abgrenzbare Praxis wie dies für hegemoniale Männlichkeit gilt. Konkret schlägt er vor, politische Männlichkeitspraktiken als hegemoniale, dominante und dominierende Praktiken zu untersuchen, was er anhand der Männlichkeitspolitik von Donald Trump als US-Präsident vorführt. Politische Männlichkeit(en) – so meine Einschätzung – ist aber ebenso auf ein solcherart disparates Bündel von Gender-Praktiken gerichtet, allerdings nicht losgelöst von politischen Institutionen.

Das Konzept politische Männlichkeit(en) soll hegemoniale Männlichkeit nicht ersetzen. Vielmehr besteht im Forschungsfeld „politische Männlichkeiten“ weitgehend Einigkeit darin, dass hegemoniale Männlichkeit ein relevantes Konzept für die Analyse politischer Männlichkeit(en) ist, sie aber nicht einfach gleichgesetzt werden sollten (Luyt/Starck 2020: 4; Ozbay/Sybakis 2020: 29). Politische Männlichkeit(en) verweist auf die maskulinistische Struktur politischer Institutionen, die (bestimmte) Männlichkeiten bevorzugt und männliche Vergemeinschaftung fördert (Kreisky 1994; Ferree 2020). Daher macht es Sinn, einen für feministische Forschung vergleichsweise engen Politikbegriff einzusetzen. Das Konzept erfasst auch die im politischen Diskurs entworfene und sozial präferierte Konstruktion des Bürgers* als Männlichkeitsideal (Eksi/Wood 2019; Löffler 2019), ist also nicht auf konkrete Männlichkeitspraktiken politischer Akteur*innen reduziert. Es dient jedoch auch der Analyse dieser Praktiken im Hinblick auf ihre symbolische Geschlechtergewalt – also dem *doing masculinity* von politischen Akteur*innen in strategischer Absicht. Schließlich wird im Forschungsfeld auf Basis dieser Analysen mitunter versucht, unterschiedliche Konfigurationen von Männlichkeitspraktiken als verschiedene Arten politischer Männlichkeit zu beschreiben (z.B. Myrntinen 2019). Trotz des engen Politikverständnisses im Forschungsfeld ist das Konzept politische Männlichkeit(en) daher breiter als hegemoniale Männlichkeit, die immer auf die Hierarchie der Geschlechterordnung gerichtet ist. Im konzeptuellen Rahmen politischer Männlichkeit(en) können hingegen sowohl Strukturen als auch Praktiken und Diskurse sowie historisch spezifische Ausprägungen von Männlichkeit(en) in der Politik erfasst und diskutiert werden. Ob und wie dabei Bezug auf hegemoniale Männlichkeit genommen wird, wird forschungspraktisch in jeder Studie im Forschungsfeld politische Männlichkeiten aufs Neue zu entscheiden sein, was in einer post-kolonialen, den Eurozentrismus überwindenden Forschung, die auch der Pluralität und Intersektionalität von Männlichkeitspraktiken in der Politik gerecht werden will, notwendig und erwünscht ist (Connell 2014; Kinnvall 2019; Luyt/Starck 2020).

Literaturverzeichnis

- Bargetz, Brigitte/Eggers, Nina Elena (2021): Affektive Narrative des Rechtspopulismus: zur Mobilisierung von Männlichkeit. In: Kim, Seongcheol/Selk, Veith (Hrsg.): *Wie weiter mit der Populismusforschung? Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG*, S. 245–270. <https://doi.org/10.5771/9783748922773-245>.
- Bock, Gisela (2000): *Frauen in der europäischen Geschichte: vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. München: Verlag C. H. Beck.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Das politische Feld: zur Kritik der politischen Vernunft. Édition discours (29)*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Bourdieu, Pierre (2005): *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Carrigan, Tim/Connell, Bob/Lee, John (1985): Toward a new sociology of masculinity. In: *Theory and Society* 14, S. 551–604. <https://doi.org/10.1007/BF00160017>.
- Cockburn, Cynthia (1983): *Brothers: male dominance and technological change*. London: Pluto Press.
- Connell, Raewyn (2005): *Masculinities*. Cambridge: Polity Press.
- Connell, Raewyn (2014): Margin becoming centre: for a world-centred rethinking of masculinities. In: *NORMA* 9, S. 217–231. <https://doi.org/10.1080/18902138.2014.934078>.
- Connell, Raewyn/Messerschmidt, James W. (2005): Hegemonic masculinity: rethinking the concept. In: *Gender & Society* 19, S. 829–859. <https://doi.org/10.1177/0891243205278639>.
- Eksi, Betül/Wood, Elizabeth A. (2019): Right-wing populism as gendered performance: janus-faced masculinity in the leadership of Vladimir Putin and Recep T. Erdogan. In: *Theory and Society* 48, S. 733–751. <https://doi.org/10.1007/s11186-019-09363-3>.
- Faludi, Susan (1991): *Backlash: the undeclared war against american women*. New York: Crown.
- Ferree, Myra Marx (2020): The crisis of masculinity for gendered democracies: before, during, and after Trump. In: *Sociological Forum* 35, S. 898–917. <https://doi.org/10.1111/socf.12599>.
- Forster, Edgar (2006): Männliche Resouveränisierungen. In: *Feministische Studien* 24, S. 193–207. <https://doi.org/10.1515/fs-2006-0204>.
- Hearn, Jeff (2012): A multi-faceted power analysis of men's violence to known women: from hegemonic masculinity to the hegemony of men. In: *The Sociological Review* 60, S. 589–610. <https://doi.org/10.1111/j.1467-954X.2012.02125.x>.
- Hearn, Jeff (2019): So what has been, is, and might be going on in studying men and masculinities? Some continuities and discontinuities. In: *Men and Masculinities* 22, S. 53–63. <https://doi.org/10.1177/1097184X18805550>.
- Kimmel, Michael S. (2017): *Angry white men: american masculinity at the end of an era*. New York: Nation Books.
- Kinnvall, Catarina (2019): Populism, ontological insecurity and Hindutva: Modi and the masculinization of Indian politics. In: *Cambridge Review of International Affairs* 32, S. 283–302. <https://doi.org/10.1080/09557571.2019.1588851>.
- Kreisky, Eva (1994): Das ewig Männerbündische? Zur Standardform von Staat und Politik. In: Legewie, Claus (Hrsg.): *Wozu Politikwissenschaft? Über das Neue in der Politik*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 191–208.
- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.) (1995): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft: eine Einführung. Politik der Geschlechterverhältnisse (4)*. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Löffler, Marion (2012): *Geschlechterpolitische Strategien: Transformationen von Staatlichkeit als politisch gestaltbarer Prozess. Politik der Geschlechterverhältnisse (50)*. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Löffler, Marion (2019): Neutral masculinity: an analysis of parliamentary debates on Austria's neutrality law. In: *Men and Masculinities* 22, S. 444–464. <https://doi.org/10.1177/1097184X18768667>.

- Löffler, Marion (2020): Populist attraction: the symbolic uses of masculinities in the austrian general election campaign 2017. In: NORMA 15, S. 10–25. <https://doi.org/10.1080/18902138.2020.1715118>.
- Löffler, Marion/Luyt, Russell/Starck, Kathleen (2020): Political masculinities and populism. In: NORMA 15, S. 1–9. <https://doi.org/10.1080/18902138.2020.1721154>.
- Maihofer, Andrea (2019): Wandel und Persistenz hegemonialer Männlichkeit und die Grenzen des Konzepts von Caring Masculinities. In: Scholz, Sylka/Heilmann, Andreas/Korn, Aaron (Hrsg.): Caring masculinities? Männlichkeiten in der Transformation kapitalistischer Wachstumsgesellschaften. Bibliothek der Alternativen (2). München: Oekom, S. 201–212.
- Messerschmidt, James W. (2023): Interrogating “political masculinities”. In: European Journal of Politics and Gender, S. 1–16. <https://doi.org/10.1332/251510821X16897800306124>.
- Messner, Michael A. (1997): Politics of masculinities: men in movements. Gender lens series in sociology (3). Thousand Oaks: Sage Publications.
- Myrntinen, Henri (2019): Stabilizing or challenging patriarchy? Sketches of selected “new” political masculinities. In: Men and Masculinities 22, S. 563–581. <https://doi.org/10.1177/1097184X18769137>.
- Ozbay, Cenk/Soybakis, Ozan (2020): Political masculinities: gender, power, and change in Turkey. In: Social Politics: International Studies in Gender, State & Society, S. 27–50.
- Roose, Joshua M. (2020): The new demagogues: religion, masculinity and the populist epoch. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780429431197>.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto (2023): Konjunktur der Männlichkeit: affektive Strategien der autoritären Rechten. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Schippers, Mimi (2007): Recovering the feminine other: masculinity, femininity, and gender hegemony. In: Theory and Society 36, S. 85–102. <https://doi.org/10.1007/s11186-007-9022-4>.
- Segal, Lynne (1990): Slow motion: changing masculinities, changing men. New Brunswick (N.J.): Rutgers university press.
- Sperling, Valerie (2014): Sex, politics, and Putin: political legitimacy in Russia. New York: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199324347.001.0001>.
- Starck, Kathleen/Sauer, Birgit (2014): Political masculinities: introduction. In: Starck, Kathleen/Sauer, Birgit (Hrsg.): A Man’s World? Political Masculinities in Literature and Culture. Newcastle upon Tyne: Cambridge Scholar Publishing, S. 3–10.

Lese-Empfehlungen

- Connell, Raewyn/Messerschmidt, James W. (2005): Hegemonic Masculinity: Rethinking the Concept. In: Gender and Society, 19, 6, S. 829–859.
- Löffler, Marion/Luyt, Russell/Starck, Kathleen (2020): Political masculinities and populism. In: NORMA, 15, 1, S. 1–9.
- Sauer, Birgit/Penz, Otto (2023): Konjunktur der Männlichkeit. Affektive Strategien der autoritären Rechten. Frankfurt/New York: Campus.

Dr. Marion Löffler, Privatdozentin, Universität Wien, Österreich

Staat und Geschlecht

Gundula Ludwig

Zusammenfassung

In der Ausgestaltung des Verhältnisses von Politik und Geschlecht nimmt der Staat eine gewichtige Rolle ein: Er ist zentraler Akteur, um Ungleichheiten zu legitimieren und um Politik mittels vergeschlechtlichter, sexualisierter, rassifizierter, *ability*-zentrierter, klassistischer Logiken zu verengen. Im Beitrag werden Theoretisierungen, Konzepte und Diskussionen feministischer Staatstheorie sowie ausgewählte Themenfelder rekonstruiert: Gesellschaftsvertrag, Staatsbürgerschaft, staatliche Gewalt, Maskulinismus und Männerbünde, emanzipatorische Politiken im Staat.

Schlüsselbegriffe

Staat, Gesellschaftsvertrag, Staatsbürgerschaft, Gewalt, Maskulinismus

1 Einleitung

In der Ausgestaltung des Verhältnisses von Politik und Geschlecht hat der Staat eine gewichtige Rolle inne: Er ist ein zentraler Akteur, um Ordnungen der Ungleichheit zu legitimieren und um Politik mittels Rekurses auf vermeintliche vergeschlechtlichte, sexualisierte, rassifizierte, *ability*-zentrierte und klassistische ‚Wahrheiten‘ zu verengen – etwa, indem soziale Verhältnisse oder die Privatheit als vor-politisch disqualifiziert werden. Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung weist die Annahme liberaler Theorie, dass der Staat Ausdruck des Allgemeinwillens und Garant des Allgemeinwohls sei, ebenso zurück wie jene, dass es sich bei dem Staat um ein geschlechtsneutrales Gebilde handle. Vielmehr basiert politikwissenschaftliche Geschlechterforschung auf der Prämisse, dass der Staat aus intersektionalen Macht- und Herrschaftsverhältnissen hervorgeht und maßgeblich zur Aufrechterhaltung von Ungleichheitsverhältnissen beiträgt. Mit den vielfältigen Verwobenhei-

Dieser Beitrag wurde am 08.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Ludwig, Gundula (2024): Staat und Geschlecht. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 97-106. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.glsug.1-g>

ten von Staat und Geschlecht beschäftigt sich der politikwissenschaftliche Strang der feministischen Staatstheorie. Diese verstand sich von Beginn an als eingreifende Wissenschaft, die die Vergeschlechtlichung des modernen westlichen Staates sichtbar machen und den „folgenreiche[n] männliche[n] Schulterschuß zwischen politischer ‚Praxis‘ und politischer ‚Wissenschaft‘“ (Kreisky 1995: 36) aufbrechen möchte.

Die Art und Weise, wie das Verhältnis von Staat und Geschlecht konzeptualisiert wird, hat sich in (queer-)feministisch(-intersektional)en Staatstheorien seit deren Anfängen in den 1970er Jahren stetig gewandelt – nicht nur aufgrund sich ändernder Verständnisse von Geschlecht und Staat, sondern auch, da sich die vergeschlechtlicht-intersektionale Architektur des Staates aufgrund (queer-)feministischer Kämpfe und veränderter gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ebenso transformiert hat. Die Antworten auf die Frage, ob der Staat ein patriarchaler, maskulinistischer oder männerbündischer ist, wie dies wiederum mit Klassen-, *race*-, Sexualitäts-, Migrations-, *dis/ability*-, Religions- und postkolonialen Verhältnissen zusammenhängt, und welche Bedeutungen Strukturen, Diskurse und Akteur*innen in der Vergeschlechtlichung des Staates spielen, fallen daher vielfältig aus.

2 Theoretisierungen von Staat und Geschlecht

Im Folgenden wird ein Überblick über zentrale Theoretisierungen, Konzepte und Diskussionen (queer-)feministisch(-intersektional)er Staatstheorie im deutschsprachigen Raum gegeben. Erste Theoretisierungen des Verhältnisses von Staat und Geschlecht wurden Ende der 1970er Jahre von feministisch-marxistischen Theoretiker*innen entwickelt. In Analogie zu Marx und Engels' Konzeption des Staates wurde aus feministischer Perspektive argumentiert, dass der bürgerliche Staat nicht nur Ausdruck von Klassenherrschaft, sondern auch von Geschlechterherrschaft ist und deren Aufrechterhaltung dient. So argumentiert Mary McIntosh 1978, dass der Staat, gerade weil er ein kapitalistischer ist, ungleiche Geschlechterverhältnisse aufrechterhalten müsse, was er insbesondere über die bürgerliche Kleinfamilie gewährleistet. Da McIntosh patriarchale Unterdrückung unter kapitalistische subsumiert, interpretiert sie den Staat als funktional für die Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses und erst dadurch für die Sicherstellung patriarchaler Geschlechterverhältnisse (1978: 259f.). Catherine MacKinnon argumentiert ähnlich mittels Analogiebildung aus der marxistischen Theoriebildung, begreift den modernen westlichen Staat jedoch als patriarchal und folglich als „integral expression“ von patriarchaler Herrschaft (1983: 643). Die vermeintliche ‚Objektivität‘ des Staates verstärkte bestehende Geschlechterungleichheiten (ebd.). In diesen frühen Theoretisierungen von Staat und Geschlecht wird der Herrschaftscharakter des Staates als Abbild einer (kapitalistisch-)patriarchalen Gesellschaft konzipiert, Frauen werden als einheitliche Gruppe gefasst, die ausschließlich als Objekte staatlicher Politiken bestimmt werden.

Dass die Vorstellung des Staates als *Gesamtpatriarchen* und Agent der Männer ein zu monolithisches Bild vermittele, wurde vor allem ab den 2000er Jahren von jenen feministischen Staatstheoretiker*innen vorgebracht, die den Staat als „*materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses*“ (Poulantzas 2002: 159; Herv. i. O.) und als „integralen Staat“ (Gramsci H6, §155: 824) konzipieren. In Erweiterung von Nicos Poulantzas wird der Staat aus dieser Perspektive nicht als einheitliches Gebilde, sondern als „*strategisches Feld und strategische[r] Prozess* [...] in dem sich Machtknoten und Machtnetze kreuzen“ (Poulantzas 2002: 167; Herv. i. O.), gefasst.

„Es gibt somit keine patriarchale oder männliche Logik, die sich im Staat materialisiert. Der Staat ist kein monolithischer androzentrischer Block, sondern er besteht aus diversen ‚Apparaten‘, in denen auch die Interessen von Frauen repräsentiert sein können“ (Sauer 2001: 158f.).

Der Staat erweist sich „auch in [B]ezug auf Geschlecht als in gewisser Weise ‚autonomer‘ gesellschaftlicher Akteur“ (ebd.: 158). Birgit Sauer und Stefanie Wöhl weiteten diese Überlegungen auf intersektionale Verhältnisse aus, indem sie argumentierten, dass sich „die Interessen bestimmter nationaler Klassenfraktionen, religiöser Gruppen, ethnischer Mehr- oder Minderheiten oder Weißer westlicher Männer nicht einfach in und durch staatliche Institutionen und Normen per se realisieren“ (Sauer/Wöhl 2008: 260), sondern sich durch gesellschaftliche Kämpfe verdichten, in denen zugleich Geschlechter-, Klassen- und Migrationsregime verhandelt werden. Wenngleich der Staat als Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse „weder einheitlich patriarchal noch einheitlich rassistisch oder klassenzentriert“ ist (ebd.: 263), folgen aufgrund der ihm eigenen strategischen Selektivität dennoch „die Ideale, Normen, die politischen Verfahrensweisen“ (ebd.) im Staat weißen, maskulinen, heteronormativen, bürgerlichen Logiken.

Die feministische Erweiterung von Antonio Gramscis Staatstheorie ermöglicht wiederum, zu argumentieren, dass der bürgerliche Staat neben dem Staat im engeren Sinne (Parlament, Gerichte, ...) auch die Zivilgesellschaft umfasst.

„Der Staat ist in die Zivilgesellschaft ‚eingebettet‘. Für ein Geschlechterkonzept heißt das, daß der Staat nur so frauenfreundlich oder genau so maskulinistisch ist wie die Zivilgesellschaft und umgekehrt: Die Zivilgesellschaft kann nicht als frauenfreundliche Anti-Struktur zum Staat betrachtet werden“ (Sauer 2001: 166).

Der Einsatzpunkt eines derartigen hegemonietheoretischen Staatsverständnisses ist, dass Geschlechterungleichheiten nicht nur mittels Repression und Zwang sichergestellt werden, sondern auch, indem durch die Verbreitung androzentrischer Weltauffassungen Zustimmung in der Zivilgesellschaft organisiert wird, die sich im Staat verdichtet.

Poststrukturalistische Theoretisierungen von Staat und Geschlecht machten wiederum sichtbar, dass der Staat eine Subjektivierungsinstanz ist. Eine wichtige Referenz dieser Arbeiten sind Michel Foucaults Gouvernementalitätsvorlesungen (2004a; 2004b). Der Staat legt grundlegend – insbesondere über verkörperte und verkörpernde Politiken – fest, wer

überhaupt als Subjekt gilt: Die zugeschriebene Inferiorität weiblicher, Schwarzer, nicht-heteronormativer, behinderter Körper setzt(e) der Staat als Begründung ein, um den Subjekt- und oder Rechtsstatus abzuerkennen. Insbesondere queer-feministische Staatstheorie hat hier dargelegt, dass die Konstitution binär vergeschlechtlichter Subjekte Effekt staatlicher Macht ist (Ludwig 2011). Die heteronormative Verfasstheit des Staates beschränkt sich folglich nicht darauf, dass alle nicht-heterosexuellen Lebensformen hierarchisch angeordnet werden, sondern sie materialisiert sich in der staatlich initiierten zweigeschlechtlichen Definition der Intelligibilität von Subjektivität. Rassismustheoretische Arbeiten haben gezeigt, dass der Staat Subjekte über Praxen der Anrufung rassifiziert (Thompson 2018). Während der Staat weiße Subjekte als Rechtssubjekte anruft, konstituiert er rassifizierte Subjekte als „subpersons“ (Mills 1997: 56).

3 Die vergeschlechtlichte Architektur des Staates: Zentrale Themenfelder feministischer Staatstheorie und -kritik

Neben diesen verschiedenen Theoretisierungen des Staates beschäftigt sich feministische Staatstheorie mit einer Vielzahl an Themenfeldern, um die unterschiedlichen Modi der Vergeschlechtlichung von Staat und Politik begreifbar zu machen. Einige zentrale Rezeptionslinien werden nachfolgend dargestellt.

Ein erstes wichtiges Feld sind Auseinandersetzungen mit dem Gesellschaftsvertrag: Der Gesellschaftsvertrag gilt in der Politischen Theorie und Ideengeschichte als Begründung des modernen Staates. Den Kontraktualisten zufolge schließen freie und gleiche Individuen aufgrund ihrer (naturgegebenen) Vernunft einen Vertrag, um dem Naturzustand zu entkommen, den Staat zu konstituieren und die Unterwerfung unter diesen zu legitimieren. Einsatzpunkt feministischer ideengeschichtlicher Kritik liegt im Nachweis der vergeschlechtlichten Parameter des Gesellschaftsvertrags: Carole Pateman entfaltete, wie der Gesellschaftsvertrag ein Übereinkommen unter weißen Männern ist, der zugleich einen Geschlechtervertrag voraussetzt, der über die Ehe abgesichert wird. Die patriarchale Erfindung der Privatsphäre – insbesondere der Ehe und Familie – als Ort, der der öffentlichen und politischen Sphäre entgegengesetzt wurde, respektive die „patriarchale Trennung zwischen privat/natürlich und öffentlich/bürgerlich“ (Pateman 1994: 87), begreift Pateman als notwendige Kehrseite des Gesellschaftsvertrags. Darüber hinaus zeigt sie, dass es sich bei der Konstruktion des vertragsfähigen Individuums um ein maskulinistisches Phantasma handelt. Nur wenn Abhängigkeiten, Emotionen, Beziehungen und Bedürftigkeiten in den ‚weiblichen‘ Bereich der Privatheit verbannt werden, können sich die Bürger (sic) der öffentlich-politischen Sphäre als autonome, rationale Individuen imaginieren. Feministische Kritik am Gesellschaftsvertrag führt die Diskrepanz zwischen der vertragstheoretischen Rhetorik vor,

wonach der Staat *für alle* Freiheit und Gleichheit garantiere, und der Faktizität, dass sich diese nur auf einen Teil der Bürger*innen erstreckt.

Der Gesellschaftsvertrag beruht ebenso auf einem *Racial Contract*: Die eurozentrische Ideengeschichte legt vielfältiges Zeugnis davon ab, wie Schwarzen Menschen, Indigenen Menschen und *People of Color* abgesprochen wurde, politische Subjekte zu sein. Dieser Ausschluss wurde von Vertragstheoretikern wie John Locke oder Immanuel Kant mit vermeintlichen körperlichen Unterschieden herrschaftlich begründet.

„Racial Contract is explicitly predicated on a politics of the body which is related to the body politic through *restrictions* on which bodies are ‚politic‘. There are bodies impolitic whose owners are judged incapable of *forming* of fully *entering* into a body politic.“ (Mills 1997: 53)

Auch der Ausschluss von Menschen mit Behinderungen aus dem Gesellschaftsvertrag wurde mit in den Körper gelegten ‚Begründungen‘ versucht zu legitimieren:

„Because government requires rational consent, ‚lunatics‘ and ‚ideots‘ are the opposite of ‚freemen‘ and therefore ruled (...) under a perpetual (rather than limited) form of ‚government‘ within the private/domestic (rather than public) sphere.“ (Arneil 2009: 222)

Der den modernen Staat begründende Gesellschaftsvertrag basiert daher nicht nur auf historischen Ausschlüssen, sondern legt eine politische Ordnung insgesamt fest, die auf Herrschaftsverhältnissen beruht. Die Ausgestaltung der Freiheit und Gleichheit, die durch den Gesellschaftsvertrag begründet wird, kann nicht ohne die in den Vertrag eingelagerte Unfreiheit und Ungleichheit verstanden werden. Ob der Vertragsgedanke für eine Neubestimmung des Politischen grundlegend aufgegeben werden muss oder er reformuliert werden kann, wird in der feministischen Staatstheorie kontrovers diskutiert (Wilde 2009).

Mit dem Spannungsfeld zwischen der vermeintlichen Neutralität und Universalität und den faktischen Ausschlüssen beschäftigen sich auch Arbeiten zu Staatsbürgerschaft. Diese legen dar, wie Geschlecht neben und in Verwobenheit mit *race*, nationalstaatlicher Zugehörigkeit, ‚Behinderung‘, Klasse, Sexualität und Religion Ein- und Ausschlüsse in den Nationalstaat reguliert. Die Universalisierung von Staatsbürgerschaft, wie sie der moderne westliche Nationalstaat vorgab, war von Beginn an partikular. So bezogen sich die Rechte der Staatsbürger (sic) nur „auf Personen, die sich als ‚Gleiche‘ begreifen“ (Appelt 1995: 544) – und damit waren Frauen bis ins 20. Jahrhundert in westlichen Nationalstaaten nicht gemeint. Das Wahlrecht bezog sich bis ins 20. Jahrhundert ebenso nur auf weiße Männer, wie das Recht, sich aktiv an der Regierung zu beteiligen. Auch *People of Color* und Schwarze Menschen galten lange nicht als Staatsbürger*innen (Mills 1997: 56).

Ein- und Ausschlüsse in Staatsbürger*innenschaft weisen nicht nur eine formale Dimension auf, sondern betreffen auch die substanzielle Ebene: Staatsbürger*innenschaft umfasst neben der Mitgliedschaft in einem politischen Gemeinwesen auch die Möglichkeit, die damit verbundenen staatsbürgerschaftlichen Rechte tatsächlich zu nutzen, zu beanspruchen und

aktiv zu leben. Wird Staatsbürger*innenschaft in diesem breiten Sinne verstanden, kann sichtbar gemacht werden, dass Frauen*, queere Menschen, Schwarze Menschen, *People of Color*, Menschen mit Behinderungen und Arbeiter*innen trotz formaler Gleichheit auch gegenwärtig nur über eine partielle Mitgliedschaft verfügen, da beispielsweise institutionalisierte Rassismen und Heteronormativität oder die vergeschlechtliche Arbeitsteilung die substanzielle Wahrnehmung von Staatsbürger*innenrechten erschweren.

Dies macht deutlich, dass nicht nur der Zugang zu Staatsbürgerschaftsrechten durch Machtverhältnisse strukturiert ist, sondern dass diese selbst zutiefst androzentrisch, heteronormativ, weiß, bürgerlich und *ability*-zentriert ausgestaltet sind (Klapeer 2014). Dass körperliche Abhängigkeit und Bedürftigkeit in der Konstruktion von Staatsbürgerschaft weitgehend ausgeblendet werden, ist Konsequenz daraus. Diese Eigenschaften von Körpern wurden historisch auf jene projiziert, die zu ‚Anderen‘ gemacht wurden: Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderung, Schwarze Menschen.

Wie Staat, Gewalt und Geschlecht miteinander verwoben sind, ist ein weiteres Feld feministischer Staatstheorie. Der Staat lässt sich als „Gewaltverhältnis“ konzipieren (Sauer 2002: 89), da er eine wesentliche Instanz ist, um Gewaltverhältnisse zu legitimieren und er zudem festlegt, was überhaupt als Gewalt gilt. Indem der Staat auf Basis der Grenzziehung von Öffentlichkeit und Privatheit die Familie als ‚rechtsfreie‘ Sphäre schafft, legitimiert(e) er „die Verfügungsgewalt des (Ehe-)Mannes über die (Ehe-)Frau bis hin zum Recht auf körperliche Gewalt“ (Sauer 2008: 98).

Wenn Gewalt, wie in der feministischen Forschung üblich, als weites Phänomen verstanden wird, das über physische Gewalt hinaus auch psychische, ökonomische, soziale oder politische Formen umfasst, können die Verbindungslinien zwischen dem modernen westlichen Staat und den Bedingungen für die Ermöglichung von Gewalt(verhältnissen) noch breiter erfasst werden: Denn der Staat ist auch mit arbeitsrechtlichen Regelungen, sozialpolitischen Maßnahmen und familienrechtlichen Politiken daran beteiligt, Frauen verletzungsoffener zu machen. Verletzungsoffenheit wird vom Staat durch die Verschränkung mehrdimensionaler Herrschaftsverhältnisse verstärkt: So führen beispielsweise staatliche Migrationsregime, aufenthaltsrechtliche Regelungen und ein rassistisch segregierter Arbeitsmarkt dazu, dass migrantisierte Frauen eine Verdichtung von Verletzungsoffenheit erfahren.

Rassismustheoretische Arbeiten zum karzeralen Staat haben ebenso zu einer Erweiterung des Verständnisses staatlicher Gewalt geführt. Die Gewaltförmigkeit des Staates zeigt sich in den vielfältigen Praxen des „Polizierens“ (Thompson 2018: 198), des *Racial Profiling* sowie durch Rassismus in Polizei und Justiz. Hier schränkt der Staat das Recht von rassifizierten und Schwarzen Menschen, „präsent in der Welt zu sein“ (El-Tayeb/Thompson 2019: 317), ein und stellt dieses fundamental in Abrede. In diesen Praxen aktualisiert der Staat koloniale Gewalt (ebd.). Inwiefern Kolonien ganz grundlegend als Laboratorien für staatliche Praxen wie das Polizieren dienten, haben u.a. Fatima El-Tayeb und Vanessa E. Thompson aufgezeigt (2019).

Arbeiten aus den Queer Studies und Trans*Studies haben einen weiteren Aspekt im Zusammenwirken von Staat, Gewalt und Geschlecht der Kritik unterzogen: Auch die Gewaltförmigkeit von Zweigeschlechtlichkeit wird durch den Staat legitimiert. Denn mittels Personenstandsgesetz und Normen legt der Staat fest, welche Körper, Geschlechter und Subjekte überhaupt als Staatsbürger*innen anerkennbar sind (FüTTY 2019). Nicht-binäre und trans* Körper wurden vom Staat lange Zeit nicht als existente Körper anerkannt, sondern wurden nur über Pathologisierungen erkennbar gemacht.

Inwiefern weißer Maskulinismus und weiße Männerbünde staatliche Institutionen und Bürokratie formen, stellt ein weiteres Forschungsgebiet feministischer Staatstheorie dar. Das, was sich „unter dem Falschtitel von *Neutralität* bis ins Innerste politischer und bürokratischer Institutionen hinein festgekrallt“ hat (Kreisky 1997: 176; Herv. i. O.), wurde als Sedimentierungen weißer, maskuliner, heteronormativer, bürgerlicher, *ability*-zentrierter Lebensweisen ausgewiesen. Der Staat und sein Apparat können „als direkter und offener Ausdruck von Männlichkeit gedeutet werden“ (Kreisky 1995: 215). Dies bedeutet bis in die Gegenwart, dass Protagonisten ‚hegemonialer Männlichkeit‘ (Connell 1999) leichter Zugang zu staatlichen Apparaten und Institutionen haben. Das analytische Konzept des Männerbundes ermöglicht hier, die Vergeschlechtlichung der Beziehungs- und Kommunikationsstrukturen in staatlichen Institutionen zu fassen. „Das Männerbündische bezeichnet letztlich *Männlichkeit als System*, die unabhängig von konkreten Männern und Männlichkeiten in die Organisationskultur (z.B. Berufsethik, ritualisierte Arbeitsweisen, Diskriminierungs- und Ausgrenzungsspiele) politischer Institutionen eingelassen ist, und deren *Standardform* darstellt“ (Kreisky/Löffler 2009: 79; Herv. i. O.). Wenngleich nach dem Zweiten Weltkrieg im deutschsprachigen Raum explizite Männerbundideologien und explizite Männerbünde rar geworden sind, ist ihre Logik dennoch tief in politische Institutionen und Organisationen eingeschrieben. Gegenwärtig findet sie sich in informellen Netzwerken, Seilschaften, Burschenschaften oder studentischen Korporationen. Der Aufstieg des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus und die aktuelle Autoritarisierung von Politik und Gesellschaft zeigt nicht nur, wie sehr Anti-Feminismus ein wichtiges Element des rechten Hegemonieprojekts ist, sondern verweist auch auf die Langlebigkeit von weißem Maskulinismus und Männerbünden als Standardform von Politik.

Angesichts der vielfältigen Befunde über den Staat als vergeschlechtlichte Institution stellt sich die Frage, ob emanzipatorische Politik im Staat überhaupt möglich ist. Auch dieser Frage ist ein Forschungsfeld feministischer Staatstheorie gewidmet. Während ein Strang politikwissenschaftlicher Geschlechterforschung – durchaus im Austausch mit (queer-)feministischen Bewegungen – den Staat lediglich als einen strategischen Adressaten für emanzipatorische Veränderungen sieht, sieht ein anderer Strang feministischer Politik(wissenschaft) in staatlich-institutionalisierter Gleichstellungspolitik einen Weg, Ungleichheitsverhältnisse zu verändern. Zugleich evoziert bereits die Frage, was überhaupt als Erfolg von „*statefeminism*“ (Dahlerup 1987: 123; Herv. i. O.) gewertet werden kann, vielfältige Antworten. Die Bandbreite reicht hier von einem engen Verständnis gleichstellungspolitischen Erfolgs, der

bereits aus der Institutionalisierung von gleichberechtigten Zugängen zu *Policy*-Prozessen abgeleitet wird, bis zu einem weiten Verständnis, das diesen nicht nur über die Etablierung von Gleichstellungspolitik im Staat, sondern über eine gelungene Verbindung mit feministischen Akteur*innen definiert.

Aus einer intersektionalen Perspektive muss Gleichstellungspolitik Geschlechterverhältnisse stets als verwoben mit Klassen-, Migrations-, Sexualitäts-, *race*- und *disability*-Regimen adressieren, da sie sonst Gefahr läuft, durch selektive Fördermaßnahmen Ungleichheiten zu verstärken. Vor dem Hintergrund, dass der Staat auch Macht ausübt, indem er intersektionale Ungleichheitsverhältnisse verstärkt und für sich nutzt, müssen Gleichstellungspolitiken, von denen beispielsweise nur bürgerliche Frauen profitieren, während migrantisierte Frauen weiterhin einen Großteil der unsichtbaren Care-Arbeit übernehmen ebenso wie staatliche Integrationspolitiken für lediglich weiße lesbische und schwule Bürger*innen bei gleichzeitigen rassistischen ‚Sicherheitspolitiken‘ zurückgewiesen werden.

Dass das Ausloten von Möglichkeitsspielräumen von emanzipatorischen Politiken im Staat ambivalent ist, hat Nikita Dhawan mit dem Konzept des Staates als „pharmakon“ (2020) auf den Punkt gebracht: Aus postkolonialer Perspektive weist Dhawan die dichotome Gegenüberstellung von Staat als herrschaftssichernd und der Zivilgesellschaft als demokratisches Terrain zurück und argumentiert, dass der Staat nicht nur Instrument dominanter Gruppen ist, sondern auch marginalisierte Gruppen stärken kann (2020: 66ff.).

Die Frage nach der Reichweite von „statefeminism“ wird durch die Herausforderungen, mit denen wir angesichts der sich zuspitzenden multiplen Krisen konfrontiert sind, erneut virulent: Durch die Aushöhlung von Rechtsstaatlichkeit im Kontext der Illiberalisierung der Demokratie, den Abbau reproduktiver Rechte durch recht(skonservativ)e Akteur*innen, die Diffamierung von Gleichstellungspolitiken durch rechte Parteien und die globale Militarisierung und Erstarkung von Rassismen und Nationalismen erfährt die Frage, wie aus feministischer Perspektive das Verhältnis zum Staat gedacht werden kann, neue Dringlichkeit.

4 Fazit

Seit den Anfängen feministischer Staatstheorie in den 1970er und 1980er Jahren wurde eine große Bandbreite an Theorien und Konzepten erarbeitet, um die Rolle des Staates in der Aufrechterhaltung von Ungleichheitsverhältnissen zu erfassen. Welche Desiderate können dennoch benannt werden? Ganz ohne Zweifel sind vertiefte intersektionale Debatten um den Staat vonnöten: Hier braucht es zum einen eine verstärkte systematische Auseinandersetzung mit heteronormativ-zweigeschlechtlichen, rassistischen, *ability*-zentrierten, kapitalistischen Strukturen und Logiken im Staat. Zum anderen sind Theorien und Analysen weitgehend ausständig, um die *Verwobenheiten* von vergeschlechtlichten, cis-heteronormativen, kapitalistischen, rassistischen, *ability*-zentrierten und religiösen Herrschaftsverhältnissen im und durch den Staat zu erfassen. Ebenso braucht es (mehr) post- und dekolonia-

le Perspektiven, um die Genealogie des Staates als innerhalb der „Kolonialität der Macht“ (Quijano 2000) anzusiedeln und zu kritisieren.

Literaturverzeichnis

- Appelt, Erna (1995): Staatsbürgerin und Gesellschaftsvertrag. In: *Das Argument* 210, S. 539–554.
- Arneil, Barbara (2009): Disability, self image, and modern political theory. In: *Political Theory* 37, S. 218–242.
- Connell, Raewyn (1999): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. Opladen: Leske + Budrich.
- Dahlerup, Drude (1987): Confusing concepts – confusing reality: a theoretical discussion of the patriarchal state. In: Showstack Sassoon, Anne (Hrsg.): *Women and the state: the shifting boundaries of public and private*. London: Unwin Hyman Ltd., S. 93–127.
- Dhawan, Nikita (2020): State as pharmakon. In: Cooper, Davina/Dhawan, Nikita/Newman, Janet (Hrsg.): *Reimagining the state: theoretical challenges and transformative possibilities*. London: Routledge, S. 57–75.
- El-Tayeb, Fatima/Thompson, Vanessa Eileen (2019): Alltagsrassismus, staatliche Gewalt und koloniale Tradition. Ein Gespräch über Racial Profiling und intersektionale Widerstände in Europa. In: Wa Baile, Mohamed/Dankwa, Serena O./Naguib, Tarek/Purtschert, Patricia/Schilliger, Sarah (Hrsg.): *Racial Profiling. Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 311–328. <https://doi.org/10.1515/9783839441459-021>.
- Foucault, Michel (2004a): *Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004b): *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fütty, Tamás Jules Joshua (2019): *Gender und Biopolitik. Normative und intersektionale Gewalt gegen Trans* Menschen*. Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783839446294>.
- Gramsci, Antonio (1991): *Gefängnishefte*. Hamburg: Argument Verlag.
- Klapeer, Christine M. (2014): *Perverse Bürgerinnen. Staatsbürgerschaft und lesbische Existenz*. Queer studies (4). Bielefeld: transcript Verlag.
- Kreisky, Eva (1995): Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatserklärung. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung. Politik der Geschlechterverhältnisse* (4). Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 203–222.
- Kreisky, Eva (1997): Diskreter Maskulismus. Über geschlechtsneutralen Schein politischer Idole, politischer Ideale und politischer Institutionen. In: Kreisky, Eva/Sauer, Birgit (Hrsg.): *Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Geschlechtskritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin*. Frankfurt am Main: Campus, S. 161–213.
- Kreisky, Eva/Löffler, Marion (2009): Maskulismus und Staat. In: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): *Staat und Geschlecht: Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Staatsverständnisse* (28). Baden-Baden: Nomos, S. 75–88.
- Ludwig, Gundula (2011): *Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie. Politik der Geschlechterverhältnisse* (46). Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- MacKinnon, Catharine A. (1983): Feminism, marxism, method, and the state: toward feminist jurisprudence. In: *Signs* 8, S. 635–658.
- McIntosh, Mary (1978): The state and the oppression of women. In: Kuhn, Annette/Wolpe, AnnMarie (Hrsg.): *Feminism and materialism: women and modes of production*. London/Boston: Routledge & Kegan Paul, S. 254–289. <https://doi.org/10.4324/9780203094082>.
- Mills, Charles W. (1997): *The racial contract*. Ithaca: Cornell University Press. <https://doi.org/10.7591/9780801471353>.

- Pateman, Carole (1994): Der Geschlechtervertrag. In: Appelt, Erna/Neyer, Gerda (Hrsg.): *Feministische Politikwissenschaft*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 73–96.
- Poulantzas, Nikos A. (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Quijano, Anibal (2000): Coloniality of power, eurocentrism and Latin America. In: *Nepantla: Views from the South* 1, S. 533–580.
- Sauer, Birgit (2002): Geschlechtsspezifische Gewaltmäßigkeit rechtsstaatlicher Arrangements und wohlfahrtsstaatlicher Institutionalisierungen. Staatsbezogene Überlegungen einer geschlechtersensiblen politikwissenschaftlichen Perspektive. In: Dackweiler, Regina-Maria/Schäfer, Reinhild (Hrsg.): *Gewaltverhältnisse. Feministische Perspektiven auf Geschlecht und Gewalt*. Frankfurt am Main: Campus, S. 82–106.
- Sauer, Birgit (2008): Neoliberale Transformation von Staatlichkeit und Geschlechtergewalt. In: Dimmel, Nikolaus/Schmee, Josef (Hrsg.): *Die Gewalt des neoliberalen Staates. Vom fordistischen Wohlfahrtsstaat zum repressiven Überwachungsstaat*. Wien: Universitätsverlag, S. 91–112.
- Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (2008): *Governing Intersectionality. Ein kritischer Ansatz zur Analyse von Diversitätspolitik*. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Klinger, Cornelia (Hrsg.): *Konstellationen der Ungleichheit*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 249–273.
- Thompson, Vanessa Eileen (2018): „There is no justice, there is just us!“. Ansätze zu einer postkolonial-feministischen Kritik der Polizei am Beispiel von Racial Profiling. In: Loick, Daniel (Hrsg.): *Kritik der Polizei*. Frankfurt am Main: Campus, S. 197–219.
- Wilde, Gabriele (2009): *Gesellschaftsvertrag – Geschlechtervertrag*. In: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): *Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie*. Baden-Baden: Nomos, S. 31–36. <https://doi.org/10.5771/9783845220314>.

Lese-Empfehlungen

- Kreisky, Eva/Sauer Birgit (Hrsg.) (1995): *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*. Frankfurt am Main: Campus.
- Ludwig, Gundula (2023): *Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staatstheoretische Interventionen*, 2. Auflage, Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt am Main: Campus.

Prof. Dr. Gundula Ludwig, Professorin für Sozialwissenschaftliche Theorien der Geschlechterverhältnisse, Center Interdisziplinäre Geschlechterforschung Innsbruck, Universität Innsbruck, Österreich

II. Konzeptionelle Perspektiven

Materialistischer Feminismus

Friederike Beier, Lisa Yashodhara Haller

Zusammenfassung

Der materialistische Feminismus wurde als theoretische Methode in den 1970er Jahren von französischen Feministinnen eingeführt. Er basiert auf dem historischen Materialismus von Karl Marx und Friedrich Engels und theoretisiert von hier aus Geschlechterverhältnisse als historisch und sozial konstruiert.

Der Beitrag zeichnet die Entstehungsgeschichte des materialistischen Feminismus nach und stellt die materialistische Formanalyse vor, mit der Geschlechterverhältnisse innerhalb des Kapitalismus als verselbstständigte Handlungen der Geschlechterdifferenzierung analysiert werden können. Der materialistische Feminismus ist für die aktuelle politikwissenschaftliche Geschlechterforschung relevant, da er die Herstellung von Geschlecht durch materielle Strukturen theoretisiert und damit die Wirkmacht gesellschaftlicher Ungleichheitsstrukturen innerhalb von Kapitalverhältnissen bei der sozialen Herstellung von Geschlecht zu analysieren vermag.

Schlüsselbegriffe

Materialistischer Feminismus, soziale Reproduktion, Geschlecht, Marxismus, Historischer Materialismus, Wertformanalyse

1 Einleitung

Der materialistische Feminismus hat sich sowohl im Anschluss an, als auch in Abgrenzung zu marxistisch-feministischen Ansätzen herausgebildet und wurde im französischen und englischsprachigen Kontext seit den 1970er Jahren entwickelt. Ausgehend vom historischen Materialismus als Methode, werden gesellschaftliche Verhältnisse von der intersektionalen

Dieser Beitrag wurde am 22.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Beier, Friederike/Haller, Lisa Yashodhara (2024): Materialistischer Feminismus. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 109-119. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.mffblyh.1-g>

Position der Unterdrückten heraus analysiert. Ein materialistischer Feminismus versteht Unterdrückung als historischen Konstruktionsprozess, der im Rückgriff auf die Formanalyse verstanden und perspektivisch auch überwunden werden kann. Der historische Formbegriff, von dem Marx in seiner Analyse ausgeht, legt nahe, dass die Form, in der Menschen Arbeit verrichten, von diesen selbst begründet wird und insofern auch verändert werden kann (Marx 1962: 94f.). Die von ihm analysierten Formen sind als das Resultat vergangener Interaktionen zwischen Subjekten zu verstehen, die sich verselbstständigt haben.¹ Als gesellschaftlich vermittelte Form begriffen, gibt die Formanalyse also Aufschlüsse darüber, wie eine Gesellschaft ihre Arbeitsteilung, wie die zwischen Produktion und Reproduktion organisiert und vergeschlechtlicht. Die feministische Weiterentwicklung der Marx'schen Formanalyse ermöglicht es, Geschlechterverhältnisse als gewordene Form in ihren jeweiligen historischen und ökonomischen Gegebenheiten zu begreifen.

Dadurch kommen sowohl die materiellen Bedingungen der Verhältnisse als auch die Konstruktion von Geschlecht selbst zum Vorschein. Wir zeigen auf, welche Potentiale der materialistische Feminismus für eine ökonomiekritische und antiessentialistische Politikwissenschaft birgt, mit der Geschlecht als Effekt von Wirtschaftsformen und deren politischer Steuerung begriffen werden. Dazu gehen wir zunächst auf die feministische Kritik an der Marx'schen Analyse der politischen Ökonomie ein und erörtern daraufhin die Entstehungsgeschichte eines materialistischen Feminismus als ‚travelling theory‘ (Said 1975). Im Anschluss stellen wir die Formanalyse als materialistisch-feministische Methode vor, die es erlaubt, Geschlechterverhältnisse als historisch und ökonomisch hervorgebracht zu analysieren und für die Politikwissenschaft fruchtbar zu machen.

2 Feministische Kritik am Marxismus

Der marxistische Feminismus basiert auf einer Kritik an der Kapitalanalyse von Marx, insbesondere an der Leerstelle, die Marx Analyse in Bezug auf Arbeiten aufweist, die jenseits der Wertform verrichtet und vorrangig von Frauen geleistet werden, wie Versorgungstätigkeiten oder Hausarbeit.

In seiner Kritik der politischen Ökonomie zeigt Marx auf, wie in wertförmig organisierten Ökonomien Mehrwert erzeugt wird (Marx 1962: 23). Auf die Frage, wie sich der Wert lebendiger Arbeitskraft durch unbezahlte Versorgungsleistungen bemisst, findet sich in den Marx'schen Ausführungen jedoch keine befriedigende Antwort. Marx zufolge bestimmt sich der Wert lebendiger Arbeitskraft, wie der anderer Waren auch, „durch die zur Produktion, als auch Reproduktion, dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit“ (Marx 1962: 184). Es wird also die Konsumtion mit der Reproduktion gleichgesetzt, denn der Wert

¹ Damit übereinstimmend bilden sich Formen in einer historischen Betrachtungsweise durch die Verallgemeinerung molekularer Praktiken in sozialen Auseinandersetzungen heraus (Krebs/Sablowski 1994: 114).

der Arbeitskraft ist gleich die Summe der von ihr konsumierten Produkte. Hier setzen marxistische Feminist*innen an, indem sie kritisieren, dass es, um lebendige Arbeitskraft für die kapitalistischen Produktionsweisen nutzbar zu machen, emotionaler Hingabe und vielfältiger Formen der Zuwendung und personenbezogener Dienstleistungen bedarf (z.B. Dalla Costa 1973; Federici 2021). Da diese Formen der Zuwendung, häufig in abhängigen Lebenslagen benötigt wird, kann sie nicht innerhalb der Wertform organisiert werden. Da das kapitalistische Wirtschaftssystem aber auf die Versorgung abhängiger Menschen als zukünftige Arbeitskräfte angewiesen ist, basiert es auf Voraussetzungen, die es aus sich heraus nicht gewährleisten kann (Haller 2022: 87). Von hier aus hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Produktion und Reproduktion als zwei unterschiedliche Sphären gedacht und unterschiedlich organisiert werden, so dass das Bild der Trennung entsteht: Reproduktion wird in der sogenannten Privatsphäre verrichtet, ist weiblich konnotiert und wird gesellschaftlich abgewertet, während Produktion in der Öffentlichkeit stattfindet, männlich konnotiert ist und gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Die Verhältnisbestimmung zwischen der wertschaffenden und damit produktiven Arbeit und der gesellschaftlich notwendigen reproduktiven Arbeit sowie der politischen Regulierung war Gegenstand zahlreicher Analysen, Debatten und Zerwürfnisse zwischen feministischen Marxist*innen, wie die so genannte Hausarbeitsdebatte zeigt (z.B. Dalla Costa 1973; Secombe 1974). So wurde innerhalb des marxistischen Feminismus jahrzehntlang um eine Bestimmung der reproduktiven Arbeit gerungen (vgl. Dalla Costa 1973).

Im Rahmen der Hausarbeitsdebatte wurden insbesondere vier Positionen vertreten. Die erste Position vertritt die These, dass die Mehrwertproduktion erst durch die Versorgungsleistungen möglich wird und diese deshalb als produktive Arbeit gelten müsse (Dalla Costa 1973). Eine zweite Position versteht Versorgungsleistungen als unproduktiv im Marx'schen Sinne, weswegen sie deren vollständige Entprivatisierung im Zuge einer Vergesellschaftung fordert (Secombe 1974). Die dritte Position bestimmt die Versorgungsleistung als eine Produktionsweise jenseits der Wertform, die in einem Wechselverhältnis zur wertförmigen Produktionsweise steht (Delphy 1984). Eine vierte Position versteht die Versorgungsleistung als Basis der Kapitalakkumulation und damit als notwendige Bedingung wertförmiger Produktionsweise (trouble everyday collective 2014).

Während die Aufteilung der Arbeit in reproduktive und produktive Arbeit mit den Erfordernissen innerhalb der Wertlogik erklärt werden kann, stehen die dabei hervorgebrachten Geschlechterdifferenzierungen keineswegs in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Erfordernissen der Wertstruktur. Materialistische Feminismen untersuchen die Entstehung und Ausgestaltung der historisch vergeschlechtlichten Arbeitsteilung im Kapitalismus und seine Bedeutung für die herrschende Geschlechterordnung.

3 Materialistische Feminismen

Der historische Materialismus und sein Fokus auf die Umwälzung sozialer Verhältnisse wurde zum zentralen Ausgangspunkt des materialistischen Feminismus (Hennessy/Ingraham 1997). Dieser stellt die historische und materielle Konstruktion des Sozialen durch Wissen, den Staat und die gesellschaftliche Arbeitsteilung in den Vordergrund und ist daher zentral für eine feministische Politikwissenschaft der Gegenwart. Gleichzeitig geht es dem materialistischen Feminismus nicht nur darum, die materiellen Konstruktionsbedingungen von Geschlecht aufzudecken, sondern analog zum historischen Materialismus, die in der Geschlechterdifferenz angelegte Hierarchisierung zu überwinden (Marx/Engels 1848). Materialistische Feminist*innen grenzen sich jedoch gleichzeitig von einem marxistischen Feminismus ab, als dass sie den Kapitalismus zwar als zentral für das Geschlechterverhältnis erachten, aber dessen Überwindung nicht zwangsläufig zur Aufhebung von Geschlechterungleichheit führe (Kuhn/Wolpe 1978).

Der Begriff des materialistischen Feminismus wurde in den 1970er Jahren zunächst durch französische Feminist*innen in Rückbezug auf den historischen Materialismus von Karl Marx und Friedrich Engels geprägt (Delphy 1984; Wittig 1992). Primär ging es ihnen um eine feministische Wissenschaftskritik an marxistischen und psychoanalytischen Theorien und um eine Abgrenzung von einem marxistischen Feminismus, der Geschlecht als etwas ‚Natürliches‘ verstanden hat. Essentialistische Ansätze gehen davon aus, dass die Kategorie ‚Frau‘ biologisch ist, während (de)konstruktivistische und queer-theoretische Ansätze aufgezeigt haben, dass Geschlecht sozial konstruiert und daher veränderbar ist (Butler 1990).

Die französischen Feminist*innen Christine Delphy und Monique Wittig haben den Begriff des materialistischen Feminismus in den 1970er und 80er Jahren etabliert. Delphy (1984) und Wittig (1992) argumentieren noch vor der Entstehung der Queer-Theory, dass der historische Materialismus es ermöglicht, Geschlecht als konstruiert zu verstehen. So schreibt Wittig 1981, dass es „unsere historische Aufgabe [ist,] das, was wir Unterdrückung nennen, in materialistischen Begriffen zu definieren, um deutlich zu machen, dass Frauen eine Klasse sind, was bedeutet, dass die Kategorie ‚Frau‘ ebenso wie die Kategorie ‚Mann‘ politische und ökonomische Kategorien sind, und keine ewigen“ (Wittig 1992: 14, eigene Übersetzung). Der historische Materialismus ist Wittig zufolge zentral, weil er Unterdrückung als historisch situiert versteht und Wissensbildung selbst als androzentrisch und heteronormativ entlarvt. Um Herrschaftsverhältnisse verstehen zu können, sollte Wissen aus der Position von Frauen als Unterdrückte formuliert werden. Delphy versteht 1975 den materialistischen Feminismus daher als „intellektuellen Ansatz“, der „auf eine Revolution des Wissens abzielen“ muss (Delphy 1984: 218, eigene Übersetzung). Der materialistische Feminismus ist insofern im Kontext der Entstehung einer feministischen Standpunkttheorie zu verstehen, welche Wissen und die Bedingungen der Wissensproduktion als jeweils historisch, ökonomisch und sozial situiert versteht (Hartsock 1983).

Britische und US-amerikanische Feminist*innen haben den Begriff des materialistischen Feminismus aufgegriffen, um Sammlungen von sozialistischen und antikapitalistischen feministischen Schriften zu veröffentlichen (Hennessy/Ingraham 1997; Kuhn/Wolpe 1978). In dem Sammelband ‚Feminism and Materialism‘ sprechen sich die britischen Soziologinnen Annette Kuhn und Ann-Marie Wolpe für den Begriff des Materialismus aus, um die Rolle von Frauen in der Produktions- und Reproduktionssphäre historisch zu analysieren (Kuhn/Wolpe 1978). Der so genannte britische Ansatz des materialistischen Feminismus beinhaltet viele Beiträge, welche die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung als zentral für das Geschlechterverhältnis erachten.

In den 1990ern wurde der materialistische Feminismus im US-amerikanischen Kontext erneut aufgegriffen. Insbesondere die Theoretikerin Rosemary Hennessy ist hier zu nennen (Hennessy 1990; Hennessy/Ingraham 1997). Hennessy verwendet den Begriff des materialistischen Feminismus, in Abgrenzung zu einem marxistischen Feminismus, um zu zeigen, inwiefern Geschlechterungleichheit ökonomisch, politisch und ideologisch hergestellt wird (Hennessy 1990). Poststrukturalistische Ansätze, insbesondere im Anschluss an den französischen Philosoph Michel Foucault, die das Verhältnis zwischen Macht und Wissen betont haben, werden dabei in das Konzept des materialistischen Feminismus miteinbezogen. Zudem werden postkoloniale Ansätze und die Verschränkung verschiedener Ungleichheiten als zentraler Bestandteil des materialistischen Feminismus verstanden (Hennessy/Ingraham 1997). Das Verständnis der materiellen Bedingungen der gesellschaftlichen Strukturkategorien Klasse, Race und Geschlecht sowie deren historischer Konstruktion ist insofern auch für die Theoretisierung von Intersektionalität relevant (Mojab/Carpenter 2019). Aktuelle materialistische Ansätze, die intersektionale Ungleichheitsverhältnisse in Bezug auf soziale Reproduktion untersuchen, finden sich etwa in der Sozialen Reproduktionstheorie (Ferguson 2017).

Im deutschen Kontext haben marxistische Feminist*innen wesentlich dazu beigetragen, die Rolle der sozialen Reproduktionsarbeit für den Kapitalismus und den Weltmarkt herauszuarbeiten und das Verhältnis zwischen Feminismus und Marxismus (neu) zu bestimmen (Haug 2015; Mies 1988; Scholz 2011). Explizit materialistisch sind queer-feministische Staatstheoretiker*innen, die auf materialistische Staatstheorien zurückgreifen, um das Geschlechterverhältnis als zentrales Machtverhältnis des Staates zu fassen (Ludwig/Sauer 2010). Im deutschsprachigen Raum wird der Begriff des materialistischen Feminismus jedoch häufig synonym für marxistischen oder sozialistischen Feminismus verwendet (Prokla Redaktion 2014).

Bezugnehmend auf den internationalen Kontext plädieren wir für eine Begriffsschärfung, um den materialistischen Feminismus für die Rekonstruktion und perspektivische Überwindung der ökonomischen Verhältnisse sowie den Konstruktionscharakter von Geschlecht in der Verwobenheit mit anderen Ungleichheitskategorien fruchtbar zu machen. Von hier aus hat der materialistische Feminismus das Potential, die Konfliktlinien zwischen Identitäts-

und Klassenpolitik sowie zwischen einer marxistischen und dekonstruktivistischen Theorietradition zu überwinden.

4 Formanalyse als Methode

Um Erkenntnisse zur binären Konstitution von Geschlecht und der Hervorbringung geschlechtlicher Differenzierungen innerhalb einer wertformdominierten Ökonomie zu erlangen, schlagen wir die Wertformanalyse als Methode vor, da „der potenziell wichtigste Ertrag, den Marx dem Feminismus bringen kann, genau in dem Aspekt seines Werkes [liegt] [...], den die meisten Feministinnen ignoriert haben: seiner Methode“ (Gimenez 2001: 68, zit. n. Meißner 2003: 207). Die Marx'sche Methode der Wertformanalyse ermöglicht es, den engen Zusammenhang zwischen der wertformdominierten Wirtschaft im Kapitalismus, deren Regulierung durch die Politik und dessen Einfluss auf Geschlechterdifferenzierungen zu rekonstruieren.

4.1 Geschlechterdifferenz entlang des Werts

Da die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung entweder auf Makrostrukturen fokussiert oder sich auf die Entscheidungen von Bürger*innen auf der Mikroebene konzentriert, stellt die Verknüpfung zwischen Struktur und Handeln ein interessantes Desiderat der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung dar. Die Erkenntnis, dass Geschlecht den Subjekten nicht angeboren ist, sondern erst durch Tätigkeit aktiv hergestellt werden muss, gilt in der Geschlechterforschung inzwischen als Minimalkonsens (Meißner 2008: 2). Um auf der Mikroebene der Frage nachzugehen, aus welchen Gründen bestimmte Tätigkeiten „hinter dem Rücken“ (Marx 1962: 59) der Subjekte stattfinden, dabei jedoch von ihnen selbst entsprechend der Geschlechterzugehörigkeit angeeignet werden, sind interaktionstheoretisch fundierte Theorien des Sozialkonstruktivismus besonders fruchtbar, die sich auch daher in besonderem Maße für den materialistischen Feminismus eignen, da sich ihre Ursprünge mit den anthropologischen Grundannahmen der marxistischen Theorie, überschneiden (Haller 2018: 25). Der Mensch wird, was er tut. Kurz: Menschen gestalten ihren Tätigkeitsbereich und umgekehrt wirken die Tätigkeiten, die ein Mensch zuweilen tagtäglich ausübt, auch auf ihn zurück, sie formen seinen Charakter, seine Subjektivität und nicht zuletzt sein Geschlecht.

Durch die Ausübung einer Tätigkeit treten Menschen in Beziehung zu sich selbst und bilden dabei eine Subjektivität aus (Bereswill/Neuber 2012: 163). Sie setzen sich durch ihr Tun aber auch in Beziehung zu einer Gesellschaft, die sie durch ihre Tätigkeit gestalten, reproduzieren oder verändern. Und schließlich bietet die alltägliche Arbeitsweise den Menschen, die sie verrichten, eine Struktur. Zwischen dem Menschen und seiner Arbeit besteht also ein wechselseitiges Wirkungsverhältnis.

Verallgemeinert sich die geschlechtliche Zuschreibung einer Tätigkeit, wirkt sie nicht nur individuell auf die einzelnen tätigen Subjekte zurück, sondern verselbstständigt sich darüber hinaus als vermeintliche Wesenseigenschaft und wird damit zu einem strukturierenden Geschlechtsmerkmal. Beispielsweise wenn es mehrheitlich Frauen sind, die Versorgungstätigkeiten beruflich wie privat ausüben und Fürsorge folglich, nicht nur als weibliche Eigenschaft gilt, sondern sich Weiblichkeit durch Fürsorge konstituiert. Die komplementären Tätigkeitsbereiche und die Binarität der Geschlechtsordnung mit ihrer rigiden Teilung in weiblich und männlich und die damit verbundene Heteronormativität bilden dabei einen engen Verweisungszusammenhang, ohne dass ein Verhältnis aus dem anderen abgeleitet werden könnte.

Im Alltag müssen die Tätigkeitsbereiche der Produktion und der Reproduktion immer wieder von den Subjekten aufeinander bezogen werden. Entsprechend der übernommenen Tätigkeiten sammeln vergeschlechtlichte Subjekte je unterschiedliche Erfahrungen – Tätigkeitserfahrungen –, die ihre Deutung der Geschlechterdifferenz bestätigen oder verändern. Weil diese Geschlechterordnung nicht kollektiv ausgehandelt wird, sondern sich im Zuge einer Vielzahl von Interaktionen verallgemeinert, erscheint sie den Subjekten als äußerliche und damit objektive Ordnung. So verallgemeinern sich die von der Mehrheit der Subjekte gelebten, auf einer rigiden Arbeitsteilung basierenden Geschlechterbeziehungen und verselbstständigen sich als durch Ungleichheit geprägtes Geschlechterverhältnis. Mit der materialistisch-feministischen Formanalyse lassen sich insofern Geschlechterverhältnisse als verselbstständigte Handlungen der Geschlechterdifferenzierung fassen, die eigenen Regeln folgen.

4.2 Wertformanalyse in der feministischen Politikwissenschaft

Mit der Formanalyse können Vermittlungszusammenhänge zwischen der staatlichen Steuerung unserer kapitalistischen Wirtschaft und vermeintlich ganz privaten Entscheidungen des Alltags rekonstruiert werden. Im Rahmen einer politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung können damit sozialstaatliche Steuerungsabsichten, in den einzelnen Subjekten, deren Handlungen, Einstellungen und der Ausgestaltung ihres Lebens wiederentdeckt und als gewordene und veränderbare Resultate politischer Steuerung entmystifiziert werden. Der kurze Blick auf die Formanalyse als Methode des materialistischen Feminismus zeigt, dass eine Analyse des aktuellen kapitalistischen Entwicklungsmodells ohne die Untersuchung jener menschlichen Tätigkeiten, welche die Voraussetzungen der Wertrealisierung durch die Versorgung von Menschen schafft, nicht auskommt. Innerhalb der Politikwissenschaft stellt die Formanalyse aktuell jedoch eine marginalisierte Methode dar, die weder zur Theoretisierung von Geschlechterdifferenzierungen und deren Verselbstständigung als Geschlechterverhältnisse noch zur Theoriegenerierung mittels Empirie hinreichend ausge-

arbeitet wurde. Als politikwissenschaftliches Projekt stellt eine solche Ausarbeitung jedoch ein aussichtsreiches Unterfangen da.

Darüber hinaus kann gezeigt werden, wie der Staat im Kapitalismus Tätigkeitsbereiche spaltet, in denen Menschen miteinander agieren und dabei Geschlechterdifferenz herstellen. Gerade jene Bereiche, die außerhalb der von Marx untersuchten Wertform liegen, sind für den materialistischen Feminismus und auch für die Politikwissenschaft besonders aufschlussreich, denn sie verdeutlichen, welche staatlichen Regulierungen notwendig sind, um eine Ökonomie nach der Wertform auszurichten, welche Tätigkeiten dabei diesseits und welche jenseits der Wertform organisiert werden, wie Subjekte Geschlechterdifferenzierungen hervorbringen und wie sich diese in Geschlechterverhältnissen verselbstständigen.

5 Fazit

Materialistische Feminismen stellen die ökonomischen und sozialen Verhältnisse in den Vordergrund, unter denen Geschlechterdifferenz jeweils historisch hergestellt wird. Die Bedingungen, unter denen Geschlecht in seiner Verwobenheit mit anderen Ungleichheitskategorien konstruiert wird, schließen ökonomische Produktions- sowie gesellschaftliche und soziale Reproduktionsverhältnisse mit ein. Die Verhältnisse, unter denen in kapitalistischen Gesellschaften Waren produziert und Arbeitskräfte reproduziert werden, sind daher konstitutiv für die Konstruktion von Geschlecht, Race und Klasse sowie ihre Intersektionen. Über den analytischen Bezugsrahmen hinausgehend versteht sich der materialistische Feminismus als politisches und emanzipatorisches Projekt, das auf eine Überwindung eines hierarchischen Geschlechterverhältnissen abzielt. Beispiele für materialistisch-feministische Strategien und Utopien sind etwa die 4-in-einem Perspektive von Frigga Haug (2008) sowie feministische Perspektiven auf Commons als Orte der reproduktiven Solidarität (Federici 2021).

Als ‚*travelling theory*‘ kann ein materialistischer Feminismus in der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung den Blick dafür schärfen, um die materiellen Konstruktionsbedingungen von Geschlecht in ihrer jeweiligen topografischen und zeitlichen Dimension und in ihrer intersektionalen Verwobenheit mit anderen Herrschaftsverhältnissen nachzuvollziehen. Zentral sind dabei insbesondere die gesellschaftliche Arbeitsteilung und die Abwertung von feminisierter Reproduktionsarbeit sowie die staatliche und normative Konstruktion von heteronormativer Zweigeschlechtlichkeit. Des Weiteren ist Geschlecht nicht das einzige Strukturmerkmal, sondern mit weiteren Ungleichheitsverhältnissen verschränkt. So ist auch die gesellschaftliche Arbeitsteilung nicht nur vergeschlechtlicht, sondern auch rassifiziert (Hennessy/Ingraham 1997). Bisher sind materialistische Feminismen vorrangig Teil einer eurozentristischen Theorietradition. Er bietet aber auch zentrale Anschlusspunkte für post- und dekoloniale Theorien, da Ungleichheit als historisch und lokal situiert begriffen wird. Insofern ist auch die Universalisierung der heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit

durch den Kolonialismus und Kapitalismus zentraler Untersuchungsgegenstand materialistischer Feminismen (Lugones 2007).

Ein Forschungsdesiderat des materialistischen Feminismus besteht in der Rekonstruktion, die dem Staat und seinen konkreten Steuerungsinstrumenten als Scharnierfunktion zwischen der kapitalistischen Wirtschaft und der heteronormativen Konstituierung von Geschlechterverhältnissen als verselbstständiger Form der Geschlechterdifferenzierungen zukommt. Als Scharnier werden staatliche Steuerungsinstrumente relevant, da sie eine staatliche Umverteilung von Wertanteilen ermöglichen, die wiederum eine umfassende wertförmige Ausrichtung von Ökonomien gewährleisten. Jedoch besteht Forschungsbedarf hinsichtlich der Frage, in welchem Wechselverhältnis die Organisation von Tätigkeiten diesseits und jenseits der Wertform mit der Konstituierung von Geschlechterdifferenz und deren Verselbstständigung innerhalb von Geschlechterverhältnissen stehen.

Weiterer Forschungsbedarf besteht darüber hinaus darin die Verknüpfung von materialistischen Feminismen mit queer-theoretischen, dekolonialen und intersektionalen Ansätzen weiter voran zu bringen, um die Rolle von Ökonomie und Staat in der Herstellung und Verfestigung von Zweigeschlechtlichkeit sowie von vergeschlechtlichten und intersektionalen Ungleichheitsverhältnissen analytisch zu erfassen. Gleichzeitig muss es im Sinne des historischen Materialismus darum gehen nicht auf der Analyseebene stehen zu bleiben, sondern vor dem Hintergrund multipler Krisen und damit einhergehender Verschärfung von Ungleichheitsverhältnissen, um Perspektiven und Möglichkeiten emanzipatorischer gesellschaftlicher Transformation zu ringen.

Literaturverzeichnis

- Beier, Friederike/Haller, Lisa Yashodara/Haneberg, Lea (2018): Plädoyer für einen materialistischen Feminismus. In: Beier, Friederike/Haller, Lisa Yashodara/Haneberg, Lea (Hrsg.): *Materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität*. Münster: Unrast, S. 7–15.
- Bereswill, Mechthild/Neuber, Anke (2012): Zur Bedeutung von Tätigkeit im Kontext gesellschaftlicher Prekarisierungsprozesse. In: Bereswill, Mechthild/Figlesthler, Carmen/Perels, Marko/Yashodhara Haller, Lisa/Zahradnik, Franz (Hrsg.): *Wechselverhältnisse im Wohlfahrtsstaat: Dynamiken gesellschaftlicher Justierungsprozesse*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 158–175.
- Butler, Judith (1990): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dalla Costa, Mariarosa (1973): Die Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. In: Dalla Costa, Mariarosa/James, Selma (Hrsg.): *Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*. Berlin: Merve Verlag, S. 27–67.
- Delphy, Christine (1984): *Close to home: a materialist analysis of women's oppression*. Amherst: University of Massachusetts Press.
- Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hrsg.) (2010): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Staatsverständnisse (30)*. Baden-Baden: Nomos.
- Ferguson, Susan (2016): Intersectionality and social-reproduction feminisms: toward an integrative ontology. In: *Historical Materialism* 24, S. 38–60. <https://doi.org/10.1163/1569206X-12341471>.
- Frederici, Silvia (2021): *Revolution at point zero. Hausarbeit, Reproduktion und feministischer Kampf*. Münster: Unrast.

- Haller, Lisa Yashodara (2018): Elternschaft im Kapitalismus. Staatliche Einflussfaktoren auf die Arbeitsteilung junger Eltern. *Politik der Geschlechterverhältnisse* (57). Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Haller, Lisa Yashodara (2022): Politiken der Reproduktionssicherung. Die Funktion staatlicher Steuerung für die Entstehung und Erhaltung menschlichen Lebens. In: Fröhlich, Marie/Schütz, Ronja/Wolf, Katharina (Hrsg.): *Politiken der Reproduktion. Umkämpfte Forschungsperspektiven und Praxisfelder*. Bielefeld: transcript, S. 83–98. <https://doi.org/10.14361/9783839452721-005>.
- Hartsock, Nancy C. M. (1983): The feminist standpoint: developing the ground for a specifically feminist historical materialism. In: Harding, Sandra/Hintikka, Merrill B. (Hrsg.): *Discovering reality: feminist perspectives on epistemology, metaphysics, methodology, and philosophy of science*. Synthese Library. Boston: Cambridge University Press, S. 283–310. https://doi.org/10.1007/0-306-48017-4_15.
- Haug, Frigga (2008): *Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke*. Hamburg: Argument.
- Haug, Frigga (2015): Der im Gehen erkundete Weg. Marxismus-Feminismus. In: Haug, Frigga/May, Ruth (Hrsg.): *Wege des Marxismus-Feminismus*. Hamburg: Argument-Verlag mit Ariadne, S. 711–712.
- Hennessy, Rosemary (1990): Materialist feminism and Foucault: the politics of appropriation. In: *Rethinking Marxism* 3, S. 251–274. <https://doi.org/10.1080/08935699008657940>.
- Hennessy, Rosemary/Ingraham, Chrys (Hrsg.) (1997): *Materialist feminism: a reader in class, difference, and women's lives*. New York: Routledge.
- Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (1994): Ökonomie als soziale Regularisierung. In: Demirovoc, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hrsg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 104–127.
- Kuhn, Annette/Wolpe, Ann-Marie (Hrsg.) (1978): *Feminism and materialism: women and modes of production*. London: Routledge.
- Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit (2010): Engendering Poulantzas oder: Sinn und Zweck feministischer Anrufung materialistischer Staatstheorie. In: Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hrsg.): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas: der Staat als gesellschaftliches Verhältnis. Staatsverständnisse* (30). Baden-Baden: Nomos, S. 173–188.
- Lugones, Maria (2007): Heterosexualism and the colonial/modern gender system. In: *Hypatia* 22, S. 186–219. <https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.2007.tb01156.x>.
- Marx, Karl (1961): *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (MEW 13). Berlin: Dietz.
- Marx, Karl (1962): *Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie* (MEW 23). Berlin: Dietz.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): *Manifest der kommunistischen Partei*. London: Office der Bildungsgesellschaft für Arbeiter von JE Burghard.
- Meißner, Hanna (2003): Zu den gesellschaftlich-historischen Bedingungen sozialer Konstruktion von ‚Geschlecht‘. In: Gerlach, Olaf/Kalmring, Stefan/Nowak, Andreas (Hrsg.): *Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Zur Aktualität der Kritik der politischen Ökonomie*. Hamburg: VSA-Verlag, S. 206–221.
- Meißner, Hanna (2008): Die soziale Konstruktion von Geschlecht – Erkenntnisperspektiven und gesellschaftliche Fragen. Online unter https://www.fu-berlin.de/sites/gpo/soz_eth/Geschlecht_als_Kategorie/Die_soziale_Konstruktion_von_Geschlecht____Erkenntnisperspektiven_und_gesellschaftstheoretische_Fragen/hanna_meissner.pdf [Zugriff: 20.03.2022].
- Mies, Maria (1988): *Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*. Zürich: Rotpunktverlag.
- Mojab, Shahrzad/Carpenter, Sara (2019): Marxism, feminism, and “intersectionality”. In: *Journal of Labor and Society* 22, S. 275–282. <https://doi.org/https://doi.org/10.1111/lands.12409>.
- Redaktion, Prokla (2014): Editorial: Materialistischer Feminismus. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 44, S. 2–10. <https://doi.org/10.32387/prokla.v44i174.188>.
- Said, Edward W. (1975): The text, the world, the critic. In: *The Bulletin of the Midwest Modern Language Association* 8, S. 1–23. <https://doi.org/10.2307/1314778>.

Scholz, Roswitha (2011): Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats. Bad Honnef: Horlemann.

Secombe, Wally (1974): The housewife and her labour under capitalism. In: New Left Review I/83.

Trouble Everyday Collective (2014): Die Krise der sozialen Reproduktion. Kritik, Perspektiven, Strategien und Utopien. Münster: Unrast-Verlag.

Wittig, Monique (1992): One is not born a woman 1981. In: The straight mind and other essays. London, New York: Harvester Wheatsheaf, S. 9–20.

Lese-Empfehlungen

Delphy, Christine (1984): For a materialist feminism. In: Close to Home: a materialist analysis of women's oppression. Amherst: University of Massachusetts Press, S. 211–219.

Wittig, Monique (1992): One Is Not Born a Woman 1981. In: The Straight Mind and Other Essays. By Monique Wittig. London and New York: Harvester Wheatsheaf, S. 9–20.

Haller, Lisa Yashodhara (2018): Kapital – Staat – Geschlecht. Eine theoretische Analyse der Vermittlungszusammenhänge. In: Friederike Beier u.a. (Hrsg.): materializing feminism. Positionierungen zu Ökonomie, Staat und Identität. Münster: Unrast Verlag, S. 61–48.

Dr. Friederike Beier, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin

Dr. Lisa Yashodhara Haller, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Sozialforschung (IfS), Goethe-Universität Frankfurt am Main

Feministische Politik in *more-than-human worlds*

Bestandsaufnahme einer Suchbewegung

Veronika von Wachter

Zusammenfassung

Wie könnte ein Politikbegriff aussehen, der nicht auf einer vorpolitischen Grenze zwischen dem Menschlichen und dem Nicht-Menschlichen beruht? Diese Frage wird derzeit in den sogenannten neuen feministischen Materialismen diskutiert. Der vorliegende Beitrag führt anhand einer Analyse des politischen Elements in Karen Barads *agential realism* und Donna Haraways Denken mit *companion species* in diese Debatte um ein postdualistisches Verständnis von Politik ein und prüft deren Anschlussfähigkeit für die feministische Politikwissenschaft.

Schlüsselbegriffe

Neue feministische Materialismen, Politikbegriff, *more-than-human-worlds*, Donna Haraway, Karen Barad

1 Einleitung

In ihrem Sammelband *Politikwissenschaft und Geschlecht* definieren Rosenberger und Sauer die „Entgrenzung des Politikbegriffs“ als zentrales Anliegen der feministischen Politikwissenschaft (2004: 16). Bislang wurde dieses Ziel in erster Linie dahingehend gefasst, dass auch das Private als politisch begriffen wird. Damit wird die den modernen Politikbegriff konstituierende Grenzziehung zwischen dem Privaten als apolitischer, und dem Öffentlichen als politischer Sphäre angefochten, und dem privaten Bereich zugeordnete Geschlechterverhältnisse werden politisier- und somit verhandelbar. Derzeit werden in den sogenann-

Dieser Beitrag wurde am 22.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Wachter, Veronika von (2024): Feministische Politik in *more-than-human worlds*. Bestandsaufnahme einer Suchbewegung. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 121-132. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.fpmthwww.1-g>

ten „neuen feministischen Materialismen“ (z.B. Van der Tuin 2011) Versuche unternommen, den Politikbegriff hinsichtlich einer weiteren für das moderne politische Denken konstitutiven Demarkationslinie ‚zu entgrenzen‘, nämlich die zwischen Mensch/Nicht-Mensch. Derartige Bestrebungen wurden in der breiteren Politikwissenschaft schon andiskutiert (vgl. Connolly 2013; Coole 2013; krit. Washick/Wingrove 2015), doch haben bisher noch keinen Einzug in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung gehalten. Insofern der klassische Politikbegriff den Menschen zum alleinigen politischen Akteur erhebt, dieser Mensch aber in der westlichen Ideengeschichte mit dem (weißen) Mann gleichgesetzt wurde, ist die Grenzziehung Mensch/Nicht-Mensch jedoch in doppelter Hinsicht relevant für die feministische Politikwissenschaft. Der vorliegende Beitrag möchte daher einen Einstieg in diese Diskussion um einen Politikbegriff bieten, der Politik nicht mehr nur als rein menschlichen Belang versteht.

Verortet werden kann diese Diskussion im weiteren Feld der „neuen Materialismen“ (Coole/Frost 2010). Unter diesem Etikett werden seit etwa den 2000er Jahren Ansätze verhandelt, die ausgehend von einer Kritik an sozialkonstruktivistischen Analysen einen Prozessualität betonenden Materiebegriff entwickeln. In Abgrenzung zu einer – dem Sozialkonstruktivismus angelasteter – Vorstellung von Materie als passivem Vehikel menschlicher Sinnzuschreibungen wird Materie als ein eigendynamischer, nie abgeschlossener Prozess verstanden, der sich immer wieder selbst hervorbringt und neu konfiguriert: „Matter becomes‘ rather than [...] ‚matter is“ (53).¹ Aus dieser Konzeptualisierung der Wirkmächtigkeit von Materie erfolgt auch eine Zurückweisung des Status des Menschen als einzigem sinnstiftenden Akteur. Die dualistische Gegenüberstellung von menschlicher und nicht-menschlicher Welt weicht dem Bestreben, deren ‚ko-konstitutive‘, also sich gegenseitig bedingende, Hervorbringung zu untersuchen. Diese theoretische Grundausrichtung teilen auch die neuen *feministischen* Materialismen, zu denen Autor*innen wie Rosi Braidotti, Jane Bennett, Donna Haraway und Karen Barad gezählt werden (Alaimo/Hekman 2008).²

Was kann nun ‚Politik‘ bedeuten, wenn der Mensch nicht mehr alleiniger politischer Akteur ist, und die Welt nicht mehr (nur) nach seinem Gutdünken geformt werden kann? Diese Frage ist in der Diskussion um die neuen (feministischen) Materialismen weit davon entfernt, zu einer abschließenden Klärung gefunden zu haben. Gemäß dem Titel soll in diesem Beitrag eine Art vorläufige Bestandsaufnahme dieser Suchbewegung nach einem Verständnis von Politik erfolgen, das die Unterscheidung zwischen Mensch und Nicht-Mensch

- 1 Sowohl die harsche Kritik am Sozialkonstruktivismus, als auch die Betonung der „Neuheit“ des „neo“materialistischen Denkens wird in der Diskussion oft als überzogen wahrgenommen. Vgl. hierzu krit. Ahmed 2008.
- 2 Die Unterscheidung zwischen den „neuen Materialismen“ und den „neuen feministischen Materialismen“ ist nicht immer trennscharf; nicht zuletzt, weil beide Begriffe auf Zuschreibungen und nicht auf eigenen Verortungen der jeweiligen Autor*innen beruhen. Ich benutze „neue (feministische) Materialismen“, wenn die betreffenden Argumente bzw. Diskurse sowohl in feministischen Kreisen, als auch allgemein in Bezug auf die „neuen Materialismen“ (an)geführt werden.

vom vorpolitischen Ausgangspunkt von Politik zum Politikum selbst erhebt.³ Aufgrund der Heterogenität der als „neomaterialistisch“ deklarierten Ansätze (vgl. Kissmann/Van Loon 2019: 4) kann dabei nicht der Anspruch erhoben werden, „den neomaterialistischen Politikbegriff“ abbilden zu wollen. Vielmehr soll vor dem Hintergrund der Diskussionen um das politische Element im Denken der neuen (feministischen) Materialismen das Potenzial des Politikverständnisses zwei konkreter Autor*innen, Karen Barad und Donna Haraway, erschlossen werden.⁴

2 Einordnungen: Politik in den neuen (feministischen) Materialismen

2.1 *Turn to ontology* oder postdualistisches Projekt?

Wie in der Einleitung dargelegt, besteht der inhaltliche Kern der neuen (feministischen) Materialismen in einem spezifischen Bezug auf Materialität. Dieser wird allerdings in der Diskussion unterschiedlich ausgelegt: entweder (I) im Sinne eines „turn to ontology“, der sich der Beschäftigung mit „matter itself“ (Lettow 2017: 108) verschreibt und in dem Zuge epistemologische, d.h. den Erkenntnisstandpunkt des Menschen betreffende, Fragen zurückstellt (z.B. Clare 2016: 58) oder aber (II) als Unterfangen, das auf eine postdualistische Überarbeitung des Materiebegriffs, und damit letztlich auf ein Zusammendenken epistemologischer und ontologischer Fragen, abzielt.⁵ Verhandelt wird im Grunde, ob ein Denken, das die Eigenmächtigkeit von Materialität betont, zugleich ein *politisches* Denken sein kann und damit ein Denken, das (auch menschliche) Gestaltungsräume auslotet. Kritiker*innen wie Lettow bestreiten dies. Gegenstand der neuen (feministischen) Materialismen sei, so Lettow, Materie als „primordial, pre-human and ahistorical dynamics“ (2017: 109), womit *per definitionem* eine apolitische Ausrichtung einhergehe. Dieser Feststellung eines „ontological turn“ (110) liegt ein spezifischer, auf Descartes und Kant zurückgehender Materie- und Ontologiebegriff zugrunde, der im Folgenden kurz umrissen wird. Vorangestellt sei,

³ Jede Bestandsaufnahme ist – besonders aus feministischer Perspektive – notwendigerweise partiell und ergibt sich aus dem situieren Blick der Verfasser*in. Der Beitrag erhebt also keinen Anspruch auf eine allgemeingültige Wiedergabe „der“ Diskussion um „das“ Politikverständnis „der“ neuen (feministischen) Materialismen, sondern möchte durch das Aufgreifen wiederkehrender Argumente und zentraler Bezugspunkte einen Einstieg in dieses weite Feld ermöglichen.

⁴ Gerade die Figur Donna Haraway verdeutlicht die Schwachstellen des ‚Labels‘ „neue (feministische) Materialismen“: Haraway setzt sich seit den 1980ern mit den Themen auseinander, für die sie jetzt als „Neomaterialist*in“ gehandelt wird. Vgl. hierzu krit. Grebowicz/Merrick 2013: 24-30.

⁵ Zur Lesart der neuen (feministischen) Materialismen als „turn to ontology“ vgl. Kissmann/Van Loon 2019: 16f.

dass es genau dieser Materiebegriff ist, der in den neuen (feministischen) Materialismen angefochten wird.

Descartes entwirft in seinem *Discours de la méthode* die Vorstellung von zwei unterschiedlichen Realitätssphären, *res cogitans* – das erkennende menschliche Subjekt –, und *res extensa* – „pure“ Materie. Materie wird dabei als passive Masse begriffen, die, um bewegt zu werden, auf menschliche Einwirkung angewiesen ist. Die so von Descartes eingeführte Sphärentrennung wird von Kant in der *Kritik der reinen Vernunft* noch radikalisiert: Kant zeigt die ‚wirkliche‘ Welt der Materie als dem Menschen unzugänglich, da er sie immer nur mittels der Vernunft vor jeglicher Erfahrung innewohnenden Erkenntnisstrukturen erfassen könne. Eine Beschäftigung mit den „Dingen-an-sich“, also Materie vor jeglicher Verzerrung durch die menschliche Wahrnehmung, sei deshalb von vornherein aussichtslos. Diese Argumentation versteht Kant als eine Kritik jeglicher Ontologie, in der er genau eine solche Beschäftigung verkörpert sieht.

Wenn nun den neuen (feministischen) Materialismen ein „turn to ontology“ vorgeworfen, und dieser mit einem „turn to matter itself“ (108) gleichgesetzt wird, lässt dies auf einen kantischen Ontologiebegriff schließen, der Ontologie als Versuch der Auseinandersetzung mit den „Dingen-an-sich“ begreift, d.h. mit „vormenschlicher“ Materie, zugehörig zu einer sich dem Menschen vollständig entziehenden Realitätssphäre. Diese Argumentation setzt aber die cartesianische Sphärentrennung zwischen ‚Materie‘ auf der einen und ‚dem Menschen‘ auf der anderen Seite voraus, dessen Zurückweisung geradezu den maßgeblichen Grundimpuls neomaterialistischen Theorisierens ausmacht (Coole/Frost 2010: 8; Alaimo/Hekman 2008: 6; Kissmann/Van Loon 2019: 5). Ein auf dieser Zurückweisung aufbauendes postdualistisches Projekt betrachtet Menschliches und Nicht-Menschliches als immer schon miteinander verwoben, was einen etwaigen Bezug auf „matter itself“ grundsätzlich ausschließt. ‚Ontologie‘ bedeutet dann keine Beschäftigung mit Vor- oder Nicht-Menschlichem, sondern mit eben dieser Verwobenheit, aus der sich eine intrinsische Verknüpfung ontologischer (Materie betreffender) und epistemologischer (die Bedingungen menschlicher Erkenntnis betreffender) Fragen ergibt.⁶

Die beiden eingangs angeführten Lesarten der neuen (feministischen) Materialismen verweisen also jeweils auf einen bestimmten philosophischen Standpunkt, der ein Denken des Politischen ausgehend von der Eigenmächtigkeit von Materialität entweder verunmöglicht (I) oder bedingt (II). Dieser Beitrag verfiht die Lesart der neuen (feministischen) Materialismen als ein postdualistisches Unterfangen (II), das auf Grundlage eines überarbeiteten Materiebegriffs den Raum des Politischen neu konturiert.

⁶ Vgl. die Ausführungen zu Karen Barad in diesem Beitrag (Abschnitt 2.1).

2.2 Politische Materialität vs. materielle Politik

In den neomaterialistischen Bemühungen, die politische Wirkmächtigkeit von Materialität zu fassen, kann laut Hoppe zwischen Theorisierungen „politischer Materialität“ und „materieller Politik“ unterschieden werden. Primäres Ziel ersterer ist es, die gesellschaftliche Prozesse stabilisierende bzw. destabilisierende Wirkung von (nicht nur menschlichen) Materialitäten in politischen Analysen zu berücksichtigen. Das entspricht etwa dem Anspruch des Sammelbands *Political Matter* von Braun/Whatmore, der eine „theory of politics [...] that allows a place for the force of things“ entwickeln möchte (2010: x). Die Ambition einer „materiellen Politik“ stellt demgegenüber den umfassenderen Versuch dar, eine Politik zu konzeptualisieren, die dieser Wirkmächtigkeit von Materialität Rechnung trägt (Hoppe 2017: 13f.). Indem ich diese Unterscheidung zusammen bringe mit Cooles Differenzierung zwischen den grundsätzlichen theoretischen neomaterialistischen Annahmen einerseits, und dem inhaltlichen Fokus neomaterialistischer Analysen auf materiellen Prozessen andererseits (Coole 2013: 452f.), begreife ich „materielle Politik“ weitgehender als den Versuch, eine Politik aus der philosophischen neomaterialistischen (Neu-)Aufstellung heraus zu entwickeln, statt nur den thematischen Fokus ‚traditioneller‘ politischer Untersuchungen auf nicht-menschliche Materialitäten auszudehnen. In ihrem Versuch, neomaterialistische Impulse für die Politikwissenschaft fruchtbar zu machen, bleibt Coole ihrerseits bei der Anerkennung des politischen Charakters von Materialität stehen: Das Programm ihres „Capacious Historical Materialism“ besteht maßgeblich in einer erhöhten Aufmerksamkeit für materielle Flüsse auf der Mikro-, Meso- und Makroebene (464-468). Coole selbst bemerkt, dass die „finer philosophical points“ der neuen Materialismen in einer solchen Herangehensweise keine besondere Rolle spielen (453).

Wie im vorherigen Teil gezeigt wurde, ist es aber gerade der sich aus der Zurückweisung der cartesianischen Sphärentrennung ergebende philosophische Standpunkt, der ein konsequentes Einschließen von Materialität in den Bereich des Politischen erst ermöglicht. Dementsprechend untersucht dieser Beitrag anhand von Barad und Haraway Möglichkeiten, aus dieser postdualistischen Neuaufstellung heraus Politik zu fassen, also eine „materielle Politik“ zu entwickeln, wie ich sie gerade definiert habe.

3 Entwürfe materieller Politiken

3.1 Karen Barads *agential realism*: Politische Definitionen

Begründet in einer Interpretation der Quantenphysik von Niels Bohr ist es zentrales Anliegen von Karen Barads „agential realism“, Grenzziehungen wie die zwischen Natur und Kultur oder dem Menschlichen und dem Nicht-Menschlichen nicht als gegeben hinzunehmen, sondern als Resultat bestimmter Grenzziehungspraktiken herauszustellen (Barad 2007: 136).

Kernstück der Analyse ist das Konzept der „intra-action“. Im Gegensatz zur *Interaktion*, die das Zusammenspiel bereits bestehender, in sich abgeschlossener Entitäten beschreibt, bringt die *Intra*-aktion klar begrenzte Entitäten erst durch das Zueinander-in-Beziehung-Setzen hervor. „The primary ontological units“ (Barad 2008: 135), die der Intra-Aktivität vorausgehen, sind „relations without pre-existing relata“ (2007: 139), also mit Barads Worten „Phänomene“. Auf der Ebene der Phänomene herrscht ontische und semantische Unbestimmtheit. Erst in der Intra-aktion löst sich diese Unbestimmtheit auf, d.h. werden die Phänomene in ontisch und semantisch festgelegte und voneinander abgegrenzte Entitäten verwandelt: „[...] it is through specific intra-actions that phenomena come to matter – in both senses of the word“ (140).⁷ Die Doppelbedeutung des englischen Verbs „to matter“ ist hier ausschlaggebend. „Mattering“ impliziert demnach nicht nur die *Materialisierung* einer Entität, gewissermaßen ihr Gewinnen an Körperlichkeit, sondern auch ihr Gewinnen an *Bedeutung* bzw. *Wert*. Welche Entitäten derartig „materialisiert“ werden, ist Teil des politischen Konflikts. Denn in der Intra-Aktion werden *bestimmte* Entitäten festgelegt, während andere vom ‚mattering‘ ausgeschlossen bleiben (205). Politisches Engagement besteht in dem Sinne darin, „to contest and rework what matters and what is excluded from mattering“ (2008: 144).

Im *agential realism* wird also der Akt der Grenzziehung – verstanden als Festlegung, *Definition* einer Entität – zum Politikum erhoben: Die jeweils spezifische Konstituierung wird statt als zwangsläufig als rechtfertigungsbedürftig herausgestellt, und damit Gegenstand politischer Aushandlungen. Darin, wie Grenzen konkret „intra-aktiv“ gezogen und Entitäten materiell-diskursiv definiert werden, drücken sich bestimmte Macht- und Herrschaftsverhältnisse aus. Diese werden in einer agentiell-realistischen Lesart nicht vorausgesetzt, sondern vielmehr deren performative – *intra-aktive* – Aufrechterhaltung in den Blick genommen. So werden Räume für Veränderungen offengelegt (Bargetz 2017: 49f.; Coole 2013: 453).

Indem davon ausgegangen wird, dass Grenzziehungen gleichzeitig auf einer Sinn- und einer materiellen Ebene erfolgen, hebt Barads *agential realism* zudem die Annahme eines inhärenten Unterschieds zwischen Materialität und Bedeutung, zwischen der (materiellen) Welt und ihrer (diskursiven) Repräsentation, auf: Ontologische, epistemologische und ethisch-politische Dimension sind eng miteinander verschränkt. Barad selbst spricht von einer „ethico-onto-epistemology“ (2007: 409). Bereits diese theoretische Neurahmung von ‚Politik‘ stellt eine politische Intervention dar (vgl. Thiele 2017: 31).

7 In diesem Kontext bemüht Karen Barad Formulierungen wie „matter’s dynamism“ (z.B. Barad 2007: 64), die den Eindruck einer fundamentalistischen Konzeptualisierung von Materie erwecken können, und so zu einer Lesart der neuen (feministischen) Materialismen als „turn to ontology“ beitragen. Vor dem Hintergrund der hier erläuterten konzeptuellen Ausrichtung des *agential realism* sollte dies allerdings als strategische Kritik an der Vernachlässigung von Materialität im Sozialkonstruktivismus gewertet werden. Vgl. dazu Hoppe/Lemke 2015: 270f.

3.2 Donna Haraways *companion species*: Politische Beziehungen

Aufgrund des Einbezugs von nicht-menschlichen Akteuren in den Bereich des Politischen wird das Politikverständnis der neuen (feministischen) Materialismen oft als *posthumanistisch* bezeichnet (z.B. Washick/Wingrove 2015). Sich als „posthumanistisch“ positionierende Ansätze laufen allerdings mitunter Gefahr, durch eine undifferenzierte Gegenüberstellung „des Menschlichen“ und „des Nicht-Menschlichen“ genau den homogenisierenden Modus zu reproduzieren, der der humanistischen Vorstellung einer universellen Menschheit angelastet wird (Meißner 2014: 37; vgl. auch Hoppe/Lemke 2021: 144-150). Donna Haraway bietet mit ihrem Ausdruck *more-than-human* eine alternative Möglichkeit, humanistische Gesten des menschlichen Exzeptionalismus infrage zu stellen (z.B. 2008: 101, 2016: 229).⁸ Der Fokus wird hier auf unsere Welt(en) konstituierende „mehr-als-nur-menschliche“ Verflechtungen gelegt, statt „den Menschen“ in posthumanistischer Manier „überwinden“ zu wollen.⁹ Es erscheint demnach vielversprechender, eine „Politik in *more-than-human worlds*“ zu entwickeln als eine „posthumanistische Politik“.

Haraways Figuration der *companion species* ermöglicht es, sich in einer solchen Politik in nicht-essentialistischer Weise auf den Menschen zu beziehen. Im *Companion Species Manifesto* (2003) konzeptualisiert Haraway analog zur Baradschen Einsicht der intra-aktiven Hervorbringung von Entitäten die Hervorbringung von Spezies als Ergebnis einer ko-evolutiven Geschichte (26-32). Wenngleich sich Haraway exemplarisch auf die Beziehungen zwischen Menschen und Hunden konzentriert, zählt sie zur Welt der menschlichen *companion species* auch „[...] such organic beings as rice, bees, tulips [and] intestinal flora, all of whom make life for humans what it is – and vice versa“ (15). Mit ihrem Fokus auf der ‚biosozialen‘ (vgl. z.B. 31) Ko-Konstitution von Menschlichem und Nicht-Menschlichem ergänzt die Figuration der *companion species* Haraways prominente *cyborg*-Figur, die ihrerseits auf die Hybridisierung von Menschlichem und Nicht-Menschlichem in der Verwobenheit von Mensch und Maschine verweist (1991).¹⁰

In ihrer Analyse verwehrt sich Haraway gegen eine Einebnung der Unterschiede zwischen den *companion species* Mensch und Hund und spricht stattdessen von „irreducible differen-

⁸ Haraway übernimmt diesen Begriff aus Thom van Doreens Dissertation „Seeding Property: Nature, Human/Plant Relations and the Production of Wealth“. Vgl. Haraway 2008: 341.

⁹ Tatsächlich charakterisiert auch Karen Barad die Stoßrichtung des *agential realism* als „posthumanist“ (Barad 2007: 32). Trotz dieser Selbstdefinition kann Barads Ansatz weder der Vorwurf des homogenisierenden Bezugs auf „den Menschen“ bzw. „den Nicht-Menschen“, noch der Vorwurf einer überzogenen Überwindungsgeste gemacht werden. Barads Analyse weigert sich vielmehr, die Grenze zwischen Menschlichem und Nicht-Menschlichem als gegeben hinzunehmen, und untersucht die Art und Weise, wie diese Grenze gezogen wird. Vgl. dazu Barad 2007: 66.

¹⁰ Wie gegen einseitige Rezeptionen betont werden muss, stehen *companion species* und *cyborgs* dabei für verschiedene Aspekte *des gleichen Versuchs* einer nicht-dualistischen Verortung des Menschen im Zeitalter der „technoscience“ (Vgl. Haraway 2003: 4-5, 11).

ces“ (2003: 87), aus denen eine Beziehung der „otherness-in-relation“ erwächst (50). Haraway entgeht so dem Vorwurf einer etwaigen posthumanistischen Egalisierung aller Akteure, auch da sie immer spezifische Beziehungen analysiert; im *Companion Species Manifesto* etwa die eigene Beziehung zu ihrem Australian Shepherd *Cayenne*. Indem Beziehungen zwischen *companion species* durchaus als potenziell konfliktiv aufgefasst werden (12, 97f.), wird gleichzeitig eine Verklärung der „posthumanen“ Konstellation, der Neomaterialist*innen wie Rosi Braidotti bezichtigt werden (z.B. Hoppe 2017: 18), vermieden.

4 Politik als *response-ability*

Sowohl Barads Konzept der *intra-action* als auch Haraways *companion species* können durch ihre Theorisierung der Entstehung von Entitäten im Kontakt als Ausdruck eines zutiefst *relationalen* Denkens gelten.¹¹ Insofern liegt es nahe, dass sich das politische Element aus der konkreten Ausgestaltung von Relationalitäten ergibt. Dabei werden diese Beziehungen – unsere Verwobenheit in mehr-als-nur-menschlichen Welten – keineswegs als optional verstanden, sondern vielmehr als unweigerliche Tatsache (Haraway: „We are not one, and being depends on getting on together“ (2003: 50)). Daraus folgt, dass auch Politik aus einer Notwendigkeit, und nicht etwa aus einer voluntaristisch konzipierten Entscheidung erfolgt: „the political no longer appears as a matter of choice and decision, but of connection, of encounter and involvedness“ (Meißner 2014: 39). Die Feststellung der Wirkmächtigkeit von Materie (Barad: „the world kicks back“ (2007: 215)) bedingt zudem die Einsicht, dass die Welt nicht beliebig menschlich plan- und formbar ist (Bargetz 2017: 50, Meißner 2016: 54). Politik konzeptualisiert sich in den neuen feministischen Materialismen daher weniger als konkretes Programm als als spezifischer Modus des in-der-Welt-Seins, der von Barad wie folgt umschrieben wird:

„There are no solutions; there is only the ongoing practice of being open and alive to each meeting, each *intra-action*, so that we use our ability to respond, our responsibility, to help awaken, to breathe life into ever new possibilities for living justly“ (Barad 2007: x).

Eine solche „Politik der Antwort“ (Hoppe 2017) wurzelt in der Erkenntnis einer immer schon zwangsläufig gegebenen Implikation in mehr-als-nur-menschlichen Welten, in denen auf unvorhersehbar einbrechende Materialitäten reagiert, *geantwortet* werden muss.¹² Dieser

¹¹ Hoppe/Lemke begreifen ein solches relationales Denken als allgemeines Charakteristikum der neuen (feministischen) Materialismen. Vgl. Hoppe/Lemke 2021: 141ff.

¹² Hoppe unterscheidet in ihrer Theorisierung einer neomaterialistischen „Politik der Antwort“ zwischen mikropolitischen und kosmopolitischen Ansätzen. Ein mikropolitische Ansatz, wie ihn etwa Rosi Braidotti vertritt, möchte über ‚Mikropraktiken‘ Veränderungen auf institutioneller und planetarischer Ebene bewirken. Dagegen nimmt der etwa von Barad und Haraway vertretene kosmopolitische Ansatz eine „ontologische Umkämpftheit“ (Hoppe 2017: 14) von Gegenständen zum Ausgangspunkt. Letzterer richtet sich demnach beispielsweise gegen die Vorstellung einer univertellen Natur, die von verschiedenen Kulturen unterschiedlich interpretiert würde und postuliert

Modus eines ‚verantwortlichen‘ (*responsible*) ‚Antwortens‘ (*to respond*) findet bei Barad und Haraway in der Wortschöpfung „response-ability“ (z.B. Haraway 2008: 88ff.) Ausdruck.

Wer das „wir“ ist, das als politische Gemeinschaft dazu aufgerufen ist, „response-ability“ zu kultivieren, wird im neomaterialistischen politischen Denken jedoch nie abschließend festgesetzt. Wie oft hervorgehoben wird, macht genau dieses Offenhalten der Definition des Sozialen und damit auch der politischen Agenda dessen großes Potenzial aus (z.B. Folkers 2013: 29f.; Hoppe 2017: 23ff.; Meißner 2014: 36; Thiele 2017: 36). Das gilt auch für das spezifisch feministische Potenzial, das Hinton/van der Tuin in der „careful search after the condition of possibility of possibility“ (2014: 8) verkörpert sehen. Die politische Leistung des neomaterialistischen Unterfangens liegt dann gerade darin, mittels der „Suche nach Möglichkeitsräumen und multiplen politischen Gestaltungskräften“ (Bargetz 2017: 49) das Imaginäre als politische Kraft zu erschließen, und so andere Zukünfte zu eröffnen (50-52). Der Raum des Politischen situiert sich folglich in den neuen feministischen Materialismen – im Gegensatz zur geläufigen politikwissenschaftlichen Konzeptualisierung – *nicht* (vorrangig) in der institutionellen Sphäre (s. auch Hoppe 2017: 23).

5 Fazit

In diesem Beitrag wurde ein Denken des Politischen vorgestellt, das im westlich-moderne(n) Politikverständnis vorpolitische Übereinkünfte wie die Beschränkung des Raums des Politischen auf eine als ‚menschlich‘ definierte Sphäre selbst zum Gegenstand politischer Aushandlungen macht. Als feministisch kann ein solcher Ansatz in erster Linie durch seine Suche nach Wegen aus der Verstrickung des westlichen (politischen) Denkens in patriarchalen Dualismen gelten, wobei diese Suchbewegung durchaus auch Anknüpfungspunkte an klassische feministische Themen wie die Kritik des autonomen Subjekts und voluntaristisch begriffener Handlungsfähigkeit aufweist. Angesichts der ökologischen Umbrüche unserer Zeit scheint ein entscheidender Impuls eines feministisch-neomaterialistischen Verständnisses von Politik die Fähigkeit zum „Antworten“ auf Unvorhergesehenes zu sein, die auf der Unabgeschlossenheit der politischen Sphäre beruht. Gleichzeitig erschwert genau diese Unabgeschlossenheit eine Integration in klassisches politikwissenschaftliches Denken, das meist eine klare Eingrenzung des Politischen – etwa der politisch relevanten Akteure – impliziert. Dennoch böte der hier dargestellte Ansatz Anstoß für eine kritische Selbstüberprüfung feministisch-politikwissenschaftlicher Analysen, und zwar insbesondere hinsichtlich der Ausschlüsse, die sich aus derartigen „klaren“ Definitionen des Politischen sowie der als politisch geltenden Akteure notwendigerweise ergeben. Konkret bedeute dies, Abgrenzungen der politischen Sphäre explizit zu machen und als rechtfertigungswürdig anzuer-

vielmehr die Existenz *vieler Naturen*. Hoppe gelangt in einer Gegenüberstellung zu dem Schluss, dass die kosmopolitische Herangehensweise einen vielversprechenderen Politikbegriff bietet als die mikropolitische. Vgl. Hoppe 2017: 14, 18, 22f.

kennen, anstatt von einem selbstverständlichen Raum des Politischen und einer „natürlichen“ Einteilung von Akteuren in politische und apolitische auszugehen. Ziel wäre dann keine ein für allemal gültige Politikdefinition, sondern vielmehr ein von Analyse zu Analyse jeweils spezifisch zu fassender Raum des Politischen, dessen Abgrenzungen als Teil der Untersuchung zu rechtfertigen sind. Die feministisch-neomaterialistische Erarbeitung eines Politikbegriffs mit postdualistischem Impetus könnte der feministischen Politikwissenschaft so als eine Art ‚produktive Irritation‘ dienen.

Literaturverzeichnis

Ahmed, Sara (2008): Open forum imaginary prohibitions: some preliminary remarks on the founding gestures of the ‘New Materialism’. In: *European Journal of Women’s Studies* 15, S. 23–39. <https://doi.org/10.1177/1350506807084854>.

Alaimo, Stacy/Hekman, Susan J. (2008): Introduction: emerging models of materiality in feminist theory. In: Alaimo, Stacy/Hekman, Susan J. (Hrsg.): *Material feminisms*. Bloomington: Indiana University Press, S. 1–20.

Barad, Karen (2007): *Meeting the universe halfway: quantum physics and the entanglement of matter and meaning*. Durham: Duke University Press.

Barad, Karen (2008): Posthumanist performativity: toward an understanding of how matter comes to matter. In: Alaimo, Stacy/Hekman, Susan J. (Hrsg.): *Material Feminisms*. Bloomington: Indiana University Press, S. 120–154.

Bargetz, Brigitte (2017): Sehnsucht und Suche nach Handlungsmächtigkeit. Zur In(ter)ventionskraft neuer Materialismen. In: Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkaus, Stephan/Völker, Susanne (Hrsg.): *Verantwortung und Un/Verfügbarkeit. Impulse und Zugänge eines (neo)materialistischen Feminismus*. Forum Frauen- und Geschlechterforschung (48). Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 42–57.

Braun, Bruce/Whatmore, Sarah (2010): The stuff of politics: an introduction. In: Braun, Bruce/Whatmore, Sarah (Hrsg.): *The stuff of politics: Technoscience, democracy and public life*. Minneapolis: University of Minnesota Press, S. ix–xl.

Clare, Stephanie (2016): On the politics of „new feminist materialisms“. In: Pitts-Taylor, Victoria (Hrsg.): *Mattering: feminism, science and materialism*. New York: New York University Press, S. 58–72. <https://doi.org/10.18574/nyu/9781479833498.003.0004>.

Connolly, William E. (2013): The ‘new materialism’ and the fragility of things. In: *Millennium: Journal of International Studies* 41, S. 399–412. <https://doi.org/10.1177/0305829813486849>.

Coole, Diana (2013): Agentic capacities and capacious historical materialism: thinking with new materialisms in the political sciences. In: *Millennium: Journal of International Studies* 41, S. 451–469. <https://doi.org/10.1177/0305829813481006>.

Coole, Diana/Frost, Samantha (2010): Introducing the new materialisms. In: Coole, Diana/Frost, Samantha (Hrsg.): *New materialisms: ontology, agency and politics*. Durham: Duke University Press, S. 1–43. <https://doi.org/10.1215/9780822392996-001>.

Folkers, Andreas (2013): Was ist neu am neuen Materialismus? Von der Praxis zum Ereignis. In: Goll, Tobias/Keil, Daniel/Telios, Thomas (Hrsg.): *Critical Matter. Diskussionen eines neuen Materialismus*. Münster: edition assemblage, S. 16–33.

Grebowicz, Margret/Merrick, Helen (2013): *Beyond the cyborg: adventures with Donna Haraway*. New York: Columbia University Press.

Haraway, Donna (1991): A cyborg manifesto: science, technology and socialist feminism in the late twentieth century. In: *Simians, cyborgs and women: the reinvention of nature*. New York: Routledge, S. 149–182.

Haraway, Donna (2003): *The companion species manifesto: dogs, people, and significant otherness*. Chicago: Prickly Paradigm Press.

Haraway, Donna (2008): *When species meet*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Haraway, Donna (2016): *Staying with the trouble: making Kin in the Chthulucene*. Durham: Duke University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctv11cw25q>.

Hinton, Peta/Tuin, Iris (2014): Preface. In: *Women: A Cultural Review* 25, S. 1–8. <https://doi.org/10.1080/09574042.2014.903781>.

Hoppe, Katharina (2017): Politik der Antwort. Zum Verhältnis von Politik und Ethik in den Neuen Materialismen. In: *BEHEMOTH - A Journal on Civilisation* 10, S. 10–28. <https://doi.org/10.6094/BEHEMOTH.2017.10.1.942>.

Hoppe, Katharina/Lemke, Thomas (2015): Die Macht der Materie. Grundlagen und Grenzen des agentuellen Realismus von Karen Barad. In: *Soziale Welt* 66, S. 261–279.

Hoppe, Katharina/Lemke, Thomas (2021): *Neue Materialismen zur Einführung*. Hamburg: Junius.

Kissmann, Ulrike Tikvah/Van Loon, Joost (2019): New materialism and its methodological consequences: an introduction. In: Kissmann, Ulrike Tikvah/Van Loon, Joost (Hrsg.): *Discussing new materialism: methodological implications for the study of materialities*. Wiesbaden: Springer VS, S. 3–18. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22300-7_1.

Lettow, Susanne (2017): Turning the turn: new materialism, historical materialism and critical theory. In: *Thesis Eleven* 140, S. 106–121. <https://doi.org/10.1177/0725513616683853>.

Meißner, Hanna (2014): Politics as encounter and response-ability: learning to converse with enigmatic others. In: *Artnodes*, S. 35–41. <https://doi.org/10.7238/a.v0i14.2411>.

Meißner, Hanna (2016): New material feminisms and historical materialism: a diffractive reading of two (ostensibly) unrelated perspectives. In: Pitts-Taylor, Victoria (Hrsg.): *Mattering: feminism, science and materialism*. New York: New York University Press, S. 43–57. <https://doi.org/10.18574/nyu/9781479833498.003.0003>.

Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (2004): Einleitung. In: Rosenberger, Sieglinde/Sauer, Birgit (Hrsg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht: Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven*. Wien: WUV.

Thiele, Kathrin (2017): Was ist Politik? – Ontologische Un/Verfügbarkeiten aus (neo)materialistischer Perspektive. In: Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkaus, Stephan/Völker, Susanne (Hrsg.): *Verantwortung und Un/Verfügbarkeit: Impulse und Zugänge eines (neo)materialistischen Feminismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 26–41.

Van Der Tuin, Iris (2011): 'New feminist materialisms'. In: *Women's Studies International Forum* 34, S. 271–277. <https://doi.org/10.1016/j.wsif.2011.04.002>.

Washick, Bonnie/Wingrove, Elizabeth Rose/Ferguson, Kathy E./Bennett, Jane (2015): Politics that matter: thinking about power and justice with the new materialists. In: *Contemporary Political Theory* 14, S. 63–89.

Lesempfehlungen

Hoppe, Katharina/Lemke, Thomas (2021): *Neue Materialismen zur Einführung*. Hamburg: Junius. (Zum politischen Potenzial vgl. insbes. Kapitel 7.)

Meißner, Hanna (2014): Politics as Encounter and Response-ability. Learning to Converse with Enigmatic Others. In: *Artnodes* 14, S. 35–41.

Thiele, Kathrin (2017): Was ist Politik? – Ontologische Un/Verfügbarkeiten aus (neo)materialistischer Perspektive. In: Bath, Corinna/Meißner, Hanna/Trinkaus, Stephan/Völker, Susanne (Hrsg.): *Verantwortung und Un/Verfügbarkeit: Impulse und Zugänge eines (neo)materialistischen Feminismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 26–41.

Veronika von Wachter, Doktorandin, Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung,
Technische Universität Berlin

Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung zu Natur und Umwelt

Feministische Politische Ökologie, Ressourcenpolitik und Queer Ecologies

Christine Bauhardt

Zusammenfassung

Die Geschlechterbinarität und die sozial und kulturell konstruierte Geschlechterhierarchie begründen die Parallelisierung der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der ReProduktivität von Frauen. Ressourcenpolitik fordert, die Aneignung der Arbeit von Frauen und ihres Umweltwissens zu beenden und sie in umweltpolitische Entscheidungen einzu-beziehen. *Queer Ecologies* ermöglichen es, Care-Verantwortung von ihrer Bindung an quasi-natürliche ReProduktionsverhältnisse zu lösen und zu politisieren.

Schlüsselbegriffe

Feministische Politische Ökologie, Ressourcenpolitik, Queer Ecologies, Care, Feminisierung der Umweltverantwortung

1 Einleitung

In diesem Beitrag diskutiere ich Umwelt- und Klimapolitik aus einer feministischen Genderperspektive.¹ *Umweltpolitik* ist ein Feld, in dem politischer Aktivismus von Frauen* und die

¹ In einem feministischen Text zu Natur und Geschlecht sind Begriffe und Schreibweisen eine besondere Herausforderung. Ich benutze das Sternchen (*) immer dann, wenn es um Menschen, die sich als die benannten identifizieren, in ihrer Diversität geht, mit ihren unterschiedlichen biographischen Erfahrungen und identitätspolitischen Verortungen. Die Vorsilben „cis“ und „trans“ benutze

Dieser Beitrag wurde am 22.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Bauhardt, Christine (2024): Politikwissenschaftliche Geschlechterforschung zu Natur und Umwelt. Feministische Politische Ökologie, Ressourcenpolitik und Queer Ecologies. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 133-143. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.pgzncb.1-g>

institutionalisierte Politik stark auseinanderdriften. Innerhalb der feministischen Politikwissenschaft fristet die Ökologie ein marginales Dasein. Nur wenige Politikwissenschaftlerinnen [sic!] haben sich entgegen dem dominanten Trend des *linguistic turn* in der Geschlechterforschung weiterhin mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen und der Materialität von Natur, Umwelt und Geschlecht beziehungsweise ökologiebezogenen Geschlechterpolitiken befasst. Mit der Feministischen Politischen Ökologie hat seit kurzem auch in den Zentren der akademischen Diskursproduktion eine Forschungsrichtung wieder Konjunktur, die im Globalen Süden nie an Bedeutung verloren hatte (Rocheleau u.a. 1996; Salleh 2009).

Immer wieder fällt auf, dass Frauen* öffentlich sichtbar und hörbar sind, wenn es um ökologische Belange geht. Das gilt aktuell für Fridays for Future genauso wie in den achtziger Jahren für die „Mütter gegen Atomkraft“. Schon in diesen Blitzlichtern scheinen Fragen auf, die sich durch die gesamte Debatte zum Mensch-Natur-Verhältnis ziehen: Ist das politische Engagement von Frauen* für Umweltbelange mit einer spezifischen Nähe des weiblichen Körpers zur Natur zu erklären? Leiten sich aus der gesellschaftlich zugeschriebenen Sorgeverantwortung an Frauen besondere Fähigkeiten im Umgang mit Natur und natürlichen Ressourcen ab? Hinter diesen Aspekten verbirgt sich noch eine weitere, beunruhigende Frage: Könnte es sein, dass die Randständigkeit der Umweltpolitik innerhalb der feministischen Politikwissenschaft mit dem Unbehagen an genau diesen Fragen zusammenhängt?

Entlang dieser Fragen gliedert sich mein Beitrag. Zunächst skizziere ich die Theoriedebatte um die Natur-Kultur-Dichotomie, von der die sozial konstruierte Geschlechterdifferenz und die Naturnähe der Frauen abgeleitet sind. Die Hierarchisierung von Natur und Kultur, von Körper und Geist, von Immanenz und Transzendenz, von Weiblichkeit und Männlichkeit in ihrer binären Opposition grundieren das europäische Denken mindestens seit dem Zeitalter der Aufklärung. Anschließend diskutiere ich Debatten, in denen aus der den Frauen als Genusgruppe zugewiesenen Care-Zuständigkeit eine besondere Verantwortung und Kompetenz für das Management von natürlichen Ressourcen abgeleitet wird. In Abgrenzung dazu entwickle ich meinen Ansatz der Ressourcenpolitik. Abschließend beantworte ich die Frage nach der Bedeutung feministischer Forschung zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen für die Weiterentwicklung der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung.

ich in diesem Text nicht, weil damit so etwas wie ein „echtes“, „natürliches“ Geschlecht aufgerufen wird, mit dem mensch sich entweder in Übereinstimmung fühlt oder nicht. Ich halte es zum Beispiel für historisch und politisch falsch, Lesben als Cis-Frauen zu bezeichnen. Das unterstellt eine Identifikation von Körper, Geschlecht und Begehren entlang der heterosexuellen Matrix, die die meisten Lesben für sich zurückweisen, weil sie sich genau nicht in dieser „natürlichen Ordnung“ situieren. Wenn ich von Personengruppen als Genusgruppen spreche, die entlang der Dichotomie Natur/Kultur, Körper/Geist, weiblich/männlich klassifiziert werden, benutze ich kein Sternchen: In diesem Text werden „Frauen“ und „Männer“ als serielle Kollektivität verstanden (Young 1994), denen binäre Klassifikationsmerkmale aufgrund ihrer Stellung im ReProduktionsverhältnis zugeschrieben werden. Aus einer kritisch-feministischen Perspektive fällt darunter das Verständnis von Frauen als Klasse bzw. als doppelt vergesellschaftet in kapitalistischen und patriarchalen Herrschaftsverhältnissen (Beer 1989; Bhattacharya 2017).

2 Machtvolle dichotome Hierarchisierungen: Natur-Kultur, Körper-Geist, Weiblichkeit-Männlichkeit

Von der Philosophin Bonnie Mann stammt das Bild eines Mühlsteins, der sich mit seiner historischen Last um den Hals von Frauen* legt, die sich mit der Natur beschäftigen (Mann 2009: 79). Der Befassung mit Natur und Frauen – Frauenkörpern und Frauenarbeit – wird latent die Nähe zum Essentialismus unterstellt. Essentialismus ist ein Konzept, das Frauen als ein substanzielles und unveränderliches Kollektiv betrachtet und damit zu einer überhistorischen und transkulturellen Identität der Kategorie „Frau“ führt. Mit dieser herrschaftsförmigen Konstruktion setzen sich die Theoretikerinnen eines emanzipatorischen Mensch-Natur-Verhältnisses kritisch auseinander, auch und gerade im Ökofeminismus, dem der Vorwurf des Essentialismus prominent anhaftet.

Theoriegeschichtliche Werke feministischer Forschung analysieren aus transdisziplinärer Perspektive das historische Gewordensein der Dichotomie von Natur und Kultur und ihrer gegenderten Implikationen: Carolyn Merchant arbeitet in ihrer wissenschaftshistorischen Untersuchung „Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft“ (Merchant 1987/2020) die Gleichzeitigkeit der Entwicklung naturwissenschaftlicher Erkenntnismethoden in der frühen Neuzeit, der Ausbeutung von Naturressourcen, der Hexenverfolgung in Europa und der kolonialen Eroberungen heraus. Analog der Geständniserzwingung unter Folter, denen die weisen Frauen unterworfen wurden, die Wissen über die Fortpflanzungsfähigkeit und die Verhinderung von Schwangerschaften besaßen, wurden der Natur ihre Geheimnisse durch die naturwissenschaftlichen Methoden entrissen und für ihre Unterwerfung und Ausbeutung sowohl in Europa als auch in den Kolonien benutzt. Die Philosophin Val Plumwood (1993) kritisiert die Hierarchie zwischen Menschen und der nicht-menschlichen Natur als andro- und anthropozentrisch und weist die Idee der Höherwertigkeit des Menschen und seiner Bestrebungen, sich von seiner Abhängigkeit von der Natur über ihre Abspaltung und Verdrängung zu emanzipieren, zurück. Sie betont die Einbettung der menschlichen Rationalität in die Ökologie der lebendigen und nicht-lebendigen Natur und sieht weder für Frauen noch für Männer eine Chance, sich durch die Beherrschung der Natur aus ihrer Abhängigkeit zu befreien. Von einem politökonomischen Standpunkt aus entwickelt Mary Mellor (1997) eine um die Ausbeutung von Frauen und Natur erweiterte Analyse des Kapitalismus. Bei ihr steht die Analogie der Vernutzung von natürlichen Ressourcen und der Vernutzung der Arbeit von Frauen, als sei diese eine natürliche Ressource, im Fokus.

Keine dieser Analysen setzt Frauen, ihre Körper und ihre Arbeit, essentialistisch als „naturgegeben“ voraus. Im Gegenteil: Sie rekonstruieren die historischen, sozialen und kulturellen Prozesse, die Frauen und Weiblichkeit mit Natur gleichsetzen und damit sowohl Frauen als auch Natur einem androzentrischen Herrschaftsverhältnis unterwerfen.

Aus den dargestellten Entwicklungen lässt sich die Frage ableiten, ob dieser kulturelle Rucksack oder Mühlstein eher ein Hemmnis für die feministische Befassung mit den gesell-

schaftlichen Naturverhältnissen darstellt oder ob darin nicht doch auch ein Potenzial für ein Mensch-Natur-Verhältnis steckt, das sich für beide Seiten als positiv erweisen könnte. Wieso haben die Natur oder die Ökosysteme, auf die menschliches und nicht-menschliches Leben so grundlegend angewiesen sind, im Zusammenhang mit Geschlecht eine derart abgewertete Position?

Stacy Alaimo (2000) blickt auf das Potenzial eines emanzipatorischen Naturverständnisses und arbeitet in ihrer literaturwissenschaftlichen Studie heraus, inwiefern die Natur in Werken von englischsprachigen Schriftstellerinnen als Horizont für weibliche Befreiung gilt. In der Natur imaginierten sie eine Chance für Frauen, sich den Zwängen der sozialen und kulturellen Geschlechterhierarchie zu entziehen. Ähnlich argumentiert der Subsistenzansatz (Mies/Bennholdt-Thomsen 1999), in dem die Arbeit von Frauen und von Subsistenzbäuer*innen in einer ressourcenschonenden Ökonomie als Alternative zum menschen- und naturfeindlichen Kapitalismus entworfen wird. In einer völlig anderen Theorietradition, den *Queer Ecologies* verortet, setzt Catriona Sandilands (2001) der Erotophobie der westlichen Welt, von der sie sowohl Homophobie als auch Naturfeindlichkeit ableitet, die sinnlich-erotische Berührung von Körpern und Natur als Erfahrungshorizont entgegen. Sie sieht queeres Begehren nicht allein in zwischenmenschlichen Begegnungen, sondern auch in der Lust und dem sinnlichen Vergnügen der taktilen Kommunikation zwischen Menschen und der mehr-als-menschlichen Welt.

3 Sorge für Menschen und Umwelt – Ressourcenpolitik statt Feminisierung der Umweltverantwortung

In ihrer empirischen Studie zum Umweltengagement von Frauen* verweist Sherilyn MacGregor (2006) darauf, dass der Umweltaktivismus von Frauen häufig auf Alltags- und Care-Erfahrungen beruht, aber dennoch nicht in der Sphäre des unpolitischen Privaten verortet werden darf. Die im persönlichen Erleben begründete Auseinandersetzung mit toxischen Substanzen in der Nahrung, die häufig als umweltschädlich wahrgenommenen Mobilitätszwänge, die Entsorgung von Verpackungsmüll – in den Massenkonsumgesellschaften des Globalen Nordens wird die Umweltproblematik vorrangig als Problem der Nachfrageseite und der Konsument*innen gesehen und damit in „das Private“ verwiesen. Feministische Umweltforscherinnen zeigen, dass dieser auch als „Feminisierung der Umweltverantwortung“ bezeichnete Diskurs einerseits den politischen Charakter des ökologischen Aktivismus von Frauen negiert und andererseits die Institutionen der politischen Entscheidungsfindung und Steuerung zu Fragen von Produktion und Angebot aus der Verantwortung entlässt.

Im Globalen Süden sind Frauen besonders in peripheren Räumen zur Sicherung ihrer Existenz unmittelbar auf die Nutzung und den Schutz von natürlichen Ressourcen angewiesen. Hier ist an die Millionen Klein- und Subsistenzbäuerinnen zu denken, deren Bedeutung für die Ernährungssicherheit von der Agrarökonomie systematisch kleingeredet und von der globalen Agrarindustrie untergraben wird (Brückner 2020). Die Situation der Frauen in der Subsistenzlandwirtschaft wird vom Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Ackerland und Wasser geprägt. Entsprechend wird Frauen im Globalen Süden eine ambivalente Rolle zugeschrieben: Einerseits gelten sie als häufigste Opfer der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und von sog. Naturkatastrophen, die weniger auf ungezügelte Naturgewalten als auf den menschengemachten Klimawandel zurückzuführen sind. Andererseits werden Frauen der globalen Peripherien als privilegierte Akteurinnen beim Schutz und der Regeneration von natürlichen Ressourcen adressiert, wie beim integrierten Wasserressourcenmanagement oder beim Erhalt der Biodiversität (Arora-Jonsson 2011). Das Wissen der Frauen und ihre Kompetenzen im Umgang mit Naturressourcen werden dabei jedoch als *End-of-pipe* Strategie vernutzt, also als nachträgliche Umweltreparaturmaßnahmen, aber sie werden nicht im Sinne einer vorausschauenden und zukunftsorientierten Umweltpolitik in umwelt- und klimapolitische Entscheidungsprozesse einbezogen.

In Abgrenzung zu diesem Konzept von Ressourcenmanagement habe ich ein Verständnis von Ressourcenpolitik entwickelt, das Frauen, ihren Kompetenzen, ihren Erfahrungen, ihrem Wissen über Natur und lebendige Prozesse, in der politischen Entscheidungsfindung auf allen Maßstabsebenen, von der lokalen bis zur globalen Ebene, zentrale Bedeutung zuweist (u.a. Bauhardt 2009, 2015). Ihr Wissen und ihre Kompetenzen haben Frauen nicht aufgrund ihrer potenziellen Gebärfähigkeit und einer irgendwie gearteten Naturnähe erworben, sondern durch ihre Interaktionen mit natürlichen Ressourcen basierend auf ihrer Verortung in intersektionalen Arbeits-, Macht- und Eigentumsverhältnissen (Agarwal 1992). Mit dem Konzept der Ressourcenpolitik fasse ich den Zugang zu, die Nutzung von und die politische Gestaltung des Umgangs mit Ressourcen. Dieses Verständnis teile ich ebenso wie die Skepsis gegenüber der Natur-Kultur-Dichotomie mit den generellen Prämissen der Politischen Ökologie (McCarthy 2017). Die Feministische Politische Ökologie erweitert diese strukturelle Perspektive um die Subjektivität und Handlungsmacht von Akteur*innen im konkreten Alltag und im umweltpolitischen Aktivismus auf allen Ebenen politischer Entscheidungsfindung. Dabei steht die Bedeutung von Sorgearbeit und ihre Relevanz für die gesellschaftlichen Naturverhältnisse im Fokus der feministischen Analyse (Bauhardt/Harcourt 2019).

Daran anschließend stellt sich die Frage, welche Gründe und welche Auswirkungen die Identifikation von Care-Verantwortung mit Frauen und der kulturellen Konstruktion von Weiblichkeit für die Umweltpolitik hat. Die Feminisierung der Umweltverantwortung resultiert unmittelbar aus der Naturalisierung von Frauen und ihrer Kompetenzen.

Trotz der diversen Reproduktionstechnologien von In-vitro-Fertilisation, Samenspenden, Eizellen- und Embryonentransfer braucht es nach wie vor einen menschlichen Körper, des-

sen Uterus den Embryo bis zur Lebensfähigkeit austrägt (Pande 2014). In den allermeisten Fällen ist dies ein Frauenkörper, auch wenn es inzwischen prinzipiell möglich ist, dass Männer*, sofern sie über einen Uterus verfügen, schwanger werden können. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit als Ausdruck der symbolischen Ordnung basiert aufgrund der medizinisch-pharmakologischen Entwicklung nicht mehr (so sie dies je getan hat) auf einer biologischen Grundlage. Anders gesagt: Die Biologie hat als Referenzrahmen für eine „natürliche“ Geschlechterordnung ausgedient. Für nicht-menschliche Tiere haben dies Biolog*innen schon länger thematisiert (Roughgarden 2004).

Dennoch ist festzustellen, dass Sorgeverantwortung im Kapitalismus – und nicht nur dort (Bauhardt 2014) – nach wie vor weiblich konnotiert ist und auf der Ebene der symbolischen Ordnung der Naturseite in der Kultur-Natur-Dichotomie zugewiesen wird. Es ist die ReProduktivität des Frauenkörpers, mit der die vorgebliche Nähe von Frauen zur Natur konstruiert wird. ReProduktivität bedeutet, dass ein Teil menschlicher Körper eine begrenzte Zeit lang fähig ist, andere menschliche Körper hervorzubringen. In den allermeisten Gesellschaften und während des längsten Teils der Menschheitsgeschichte wurden gebärfähige Körper als besondere wahrgenommen, eben weil diesen das Potenzial zur generativen Reproduktion innewohnt. So wurden „Frauen“ von „Männern“ unterschieden – sozial, symbolisch, spirituell, kultisch, ökonomisch.

Der Frauenkörper als der Körper, der potenziell neues Leben hervorbringen kann, hat von jeher besondere Aufmerksamkeit erfahren. Frauen repräsentieren Göttinnen der Fruchtbarkeit, ihnen wird in verschiedenen Kulturen besondere Macht zugeschrieben, weil sie dieses lebensspendende Potenzial besitzen, sie werden zugleich verehrt und gefürchtet, verklärt und verfolgt. Für Frauen selbst ist die Auseinandersetzung mit ihrem Körper und ihrer potenziellen Gebärfähigkeit viele Jahre in ihrem Leben eine permanente Herausforderung. Das spannt sich im Lebensverlauf von der Regelblutung und damit verbundenen gesellschaftlichen Tabus über die Verhütung bei Heterosex, Schwangerschaft, Geburt, Abtreibung bis zum Umbau des Hormonhaushaltes und seinen Auswirkungen auf das körperliche und seelische Wohlbefinden im Klimakterium.

Diese Hinweise auf die Materialität des Körpers implizieren keinen Essenzialismus, denn sie werden individuell durchaus höchst unterschiedlich ge- und erlebt und auch feministisch politisiert (Harcourt 2009). Daran wird aber deutlich, dass die materielle Grundausstattung der Körper von Frauen zu einem wesentlichen Teil auf ihre potenzielle Gebärfähigkeit, ihre ReProduktivität, ausgelegt ist. Was wir sozial und kulturell daraus machen, also das Doing Gender und die diskursive Reproduktion der Zweigeschlechtlichkeit, ist das Grundthema der feministischen Auseinandersetzung mit Geschlecht und Geschlechterpolitiken. Dass dabei immer wieder das Problem mit „der Natur“ und ihrem Stellenwert für die Geschlechterordnung auftaucht, macht die feministische Befassung mit der Ökologiefrage, aber auch insgesamt mit emanzipatorischer Politik(theorie) besonders heikel (Holland-Cunz 2012).

4 Feministische Forschung zu gesellschaftlichen Naturverhältnissen und ihre Bedeutung für zukünftige politikwissenschaftliche Geschlechterforschung

Mit dem Fortschreiten des Industriekapitalismus in Europa, dem die Unterwerfung und Ausbeutung der überseeischen Kolonien vorausging, mit der Arbeitsteilung und -spezialisierung in den Fabriken, dem räumlichen Auseinandertreten von Produktion und Haushalt, der Ausdifferenzierung von Öffentlichkeit und Privatheit und der Entwicklung der Wissenschaft vom individuellen Wohlstand und dem Wohlstand der Nationen, der Ökonomie, entfaltete sich (nicht widerspruchsfrei) die hierarchische Geschlechterordnung: Produktion und Haushalt traten auseinander und wurden entlang der Geschlechterlinie einer binären normativen Ordnung zugewiesen. Aufgrund ihrer als „natürlich“ wahrgenommenen potenziellen Gebärfähigkeit wurde Frauen in dieser Hierarchie der minderwertige, der lediglich „reproduktive“ Pol zugeschrieben: Sie wurden im Haushalt und im Privaten, also der natürlichen Sphäre des Vorpolitischen, verortet, ihre politischen Positionen wurden wegen ihrer „Nähe zur Natur“ für irrational, irrelevant oder gar gefährlich erklärt. Folglich wurden sie vom öffentlichen Diskurs und der politischen Teilhabe ausgeschlossen.

Im Zuge dieser sozialen und ökonomischen Entwicklung etablierte sich die Vorstellung der geschlechtlichen Arbeitsteilung nach der Leitidee „jeder*r macht, was er/sie am besten kann“. Aufgrund ihrer ReProduktivität² wurde Frauen als Genusgruppe die Zuständigkeit für das Leben und lebendige Prozesse zugeschrieben. Sie wurden in die private Sphäre der alltäglichen Reproduktion der Arbeitskraft verwiesen, ihr Beitrag zur Ökonomie wurde als unproduktiv abgewertet, da er sich nicht der Logik der Kapitalakkumulation unterordnen lässt und anderen Logiken als der Nutzenmaximierung, dem Wettbewerb und den Tauschbeziehungen auf dem Markt folgt. Je nach analytischer Perspektive ist die weibliche Arbeitskraft der doppelten Ausbeutung durch Kapitalismus und Patriarchat unterworfen oder sie gilt als die unerlässliche Grundlage jeder Form sozialen und ökonomischen Zusammenlebens (Bauhardt 2019).

In diesem Kontext ist ein weiterer Strang der Debatte um Ressourcenpolitik verankert. Aus einer politökonomischen ökofeministischen Perspektive wird die Arbeitskraft von Frauen in der Sozialen Reproduktion gesellschaftlich vernutzt und angeeignet, als wäre sie eine natürliche Ressource. Der Begriff der Ressource umfasst dabei sowohl die natürlichen Ressourcen im klassischen Sinne als auch die ReProduktivität der Frauen, die dieser Logik folgend als quasi-natürlich gegebene Voraussetzung ökonomischer Prozesse gesehen wird. Das Konzept Ressourcenpolitik wird hier erweitert um die Naturalisierung der Körper von Frauen und ihrer Arbeit in der Sozialen Reproduktion.

2 Zu meiner Schreibweise „ReProduktivität“ vgl. Bauhardt (2015)

Ressourcenpolitik darf also weder die ökologischen Ressourcen noch die Ressource weibliche Arbeitskraft als unendlich und unentgeltlich zur Verfügung stehend betrachten. So wie der Raubbau an der Natur früher oder später zum ökologischen Kollaps führt, so untergräbt die Ausbeutung des weiblichen Körpers und der Arbeit von Frauen, also die globale Feminisierung der Umweltverantwortung, die Entfaltung des kreativen Potentials von Menschen, über Bedürfnisse, Konsumwünsche, Waren und ihre Produktionsbedingungen öffentlich und kollektiv zu verhandeln und zu entscheiden. Globale Ressourcenpolitik beinhaltet dann nicht allein die politische Steuerung des Umgangs mit knappen natürlichen Ressourcen, sondern ermöglicht menschliches Leben in Würde, ohne Knappheit und Hunger und mit einem Mindestmaß an Autonomie und gleichzeitiger Einsicht in die Einbettung menschlichen Handelns in die mehr-als-menschliche Welt. Die feministische Debatte um *sustainable livelihoods* kann hier Orientierung geben (Harcourt 2012).

Wieso sollten diese grundsätzlichen Überlegungen zu einer globalen Ressourcenpolitik an die symbolische und materielle Geschlechterordnung geknüpft sein? Das Kernproblem bleibt die gesellschaftlich zugewiesene Care-Verantwortung an Frauen und die über die Natur-Kultur-Binarität als „natürliche“, von der potenziellen Gebärfähigkeit abgeleitete Zuständigkeit von Frauen für das Leben und lebendige Prozesse. Hier kommt die Debatte um *Queer Ecologies* zum Tragen (Erickson/Mortimer-Sandilands 2010). In diesem Theorieansatz wird die als „natürlich“ unterstellte Verklammerung von Sexualität, Begehren und generativer Reproduktion hinterfragt. In ihren Überlegungen zu einem queeren Ökofeminismus hat Greta Gaard bereits 1997 herausgearbeitet, dass es aus queerer Perspektive durchaus keinen zwangsläufigen Zusammenhang zwischen Sex und Reproduktion gibt und dass queeres Begehren weitgehend von Fortpflanzung entkoppelt ist. Entsprechend plädiert Gaard für einen Ökofeminismus, der Frauen dem Zwang zur Mutterschaft – sie spricht von „compulsory motherhood“ (Gaard 1997: 129) – enthebt.

In meinem Verständnis von *Queer Ecologies* wird die Verquickung von potenzieller ReProduktivität des Frauenkörpers – mancher Körper zu bestimmten biologischen Lebensphasen, also potenzieller Mutterschaft – mit symbolischer Mütterlichkeit dekonstruiert. Symbolische Mütterlichkeit³ impliziert die Fähigkeit zur Versorgung von, Empathie mit und Verantwortlichkeit für Menschen, die noch nicht oder nicht mehr selbst für sich sorgen können, und unterscheidet sich von empirischer Mutterschaft. Kernelement der queeren Ökologiekritik an heteronormativ unterlegten Deutungen des Mensch-Natur-Verhältnisses ist die unhinterfragte Annahme von zweigeschlechtlich organisiertem Begehren, Heterosexualität und gesellschaftlichen ReProduktionsverhältnissen. *Queer Ecologies* stellen den Frau-Mutter-Natur-Nexus in Frage und eröffnen einen Möglichkeitshorizont, Care-Verantwortung in ihrer Einbettung in materielle Prozesse zu sehen, ohne die Praxis von Liebe,

3 Zum Konzept symbolischer Mütterlichkeit passt die Feminisierung von Care-Arbeit in der sogenannten Global Care Chain (Salazar Parreñas 2001), in der die normative und empirische Zuständigkeit von Frauen für die Soziale Reproduktion durch ethnisierte Arbeitsverhältnisse in privaten Haushalten perpetuiert wird.

Zuwendung, Empathie und Fürsorglichkeit an symbolische Mütterlichkeit und an empirische Frauenkörper zu binden. Dies eröffnet auch die Chance, einen Denk- und Praxisraum von Väterlichkeit zu entwickeln, die sich von der Vaterimago des strafenden Gottes, des Nomos, von unhinterfragter Autorität und hegemonialer Männlichkeit ablöst.

Sorgeverantwortung wird in dieser Perspektive nicht an reale Mutterschaft oder symbolische Mütterlichkeit geknüpft. Mit der Dekonstruktion der heteronormativen Geschlechterordnung und der gesellschaftlichen ReProduktionsverhältnisse verbindet sich die Perspektive einer Defeminisierung von Care.

5 Fazit

In meinem Beitrag plädiere ich für eine Feministische Politische Ökologie, die von der Zentralität der Care-Arbeit in Gesellschaft und Umwelt ausgeht und anerkennt, dass diese empirisch von Frauen verrichtet wird, weil „Lebenssorge“ (Klinger 2023) über die Natur-Kultur-Hierarchie an Frauen verwiesen wird. Um die Feminisierung der Umweltverantwortung nicht zu perpetuieren, müssen Frauen* und feministische Umweltorganisationen auf allen Ebenen der globalen Umwelt- und Klimapolitik in Entscheidungsprozesse an relevanter Stelle einbezogen werden. Dies ist die Grundlage für eine Ressourcenpolitik, die die Ressourcen der Natur und die ReProduktivität von Frauen nicht länger vernutzt, sondern auf ein emanzipatorisches gesellschaftliches Naturverhältnis abzielt. Mit der Perspektive der *Queer Ecologies* kann Care-Verantwortung vom Frau-Mutter-Natur-Nexus abgelöst werden. Emanzipatorische Umweltpolitik steht in derselben Paradoxie wie andere feministische politische Praxen: Es muss darum gehen, die Materialität von Herrschaft im Geschlechterverhältnis zu benennen, in ihrem sozialen und kulturellen Gewordensein zu verstehen und durch emanzipatorische Politiken aufzulösen, unabhängig von einem wie auch immer definierten Geschlecht.

Literaturverzeichnis

- Agarwal, Bina (1992): The gender and environment debate: lessons from India. In: *Feminist Studies* 18, S. 119–158. <https://doi.org/10.2307/3178217>.
- Alaimo, Stacy (1990): *Undomesticated ground: recasting nature as feminist space*. New York: Cornell University Press.
- Arora-Jonsson, Seema (2011): Virtue and vulnerability: discourses on women, gender and climate change. In: *Global Environmental Change* 21, S. 744–751. <https://doi.org/https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2011.01.005>.
- Bauhardt, Christine (2009): Ressourcenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit. Probleme lokaler und globaler Governance am Beispiel Wasser. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 39, S. 391–405. <https://doi.org/10.32387/prokla.v39i156.421>.
- Bauhardt, Christine (2014): Solutions to the crisis? The Green New Deal, Degrowth, and the Solidarity Economy: alternatives to the capitalist growth economy from an ecofeminist economics perspective. In: *Ecological Economics* 102, S. 60–68. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2014.03.015>.

- Bauhardt, Christine (2015): Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Ressourcenpolitik – Eine globale Perspektive. In: Katz, Christine/Heilmann, Sebastian/Thiem, Anja/Mothes, Katharina/Koch, Lea M./Hofmeister, Sabine (Hrsg.): *Nachhaltigkeit anders denken*. Berlin: Springer Nature, S. 115–125. https://doi.org/10.1007/978-3-658-08106-5_10.
- Bauhardt, Christine (2019): Nature, care and gender: feminist dilemmas. In: Bauhardt, Christine/Harcourt, Wendy (Hrsg.): *Feminist political ecology and the economics of care: in search of economic alternatives*. London: Routledge, S. 16–35.
- Beer, Ursula (Hrsg.) (1989): *Klasse Geschlecht. feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik*. Forum Frauenforschung (1). Bielefeld: AJZ-Verlag.
- Bhattacharya, Tithi (2017): *Social reproduction theory: remapping class, recentring oppression*. Pluto Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctt1vz494j>.
- Brückner, Meike (2020): *Biodiversity in the kitchen: cooking and caring for African Indigenous vegetables in Kenya: a feminist approach to food sovereignty*. Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit. München: oekom verlag.
- Gaard, Greta (1997): Toward a queer ecofeminism. In: *Hypatia* 12, S. 114–137. <https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.1997.tb00174.x>.
- Harcourt, Wendy (2009): *Body politics in development: critical debates in gender and development*. London: Zed Books.
- Harcourt, Wendy (Hrsg.) (2012): *Women reclaiming sustainable livelihoods: spaces lost, spaces gained*. London: Palgrave Macmillan. <https://doi.org/10.1057/9781137022349>.
- Holland-Cunz, Barbara (2012): *Gefährdete Freiheit. Über Hannah Arendt und Simone de Beauvoir*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Klinger, Cornelia (2024): *Die andere Seite der Liebe. Das Prinzip Lebenssorge in der Moderne*. Frankfurt: Campus.
- MacGregor, Sherilyn (2006): *Beyond mothering earth: ecological citizenship and the politics of care*. Vancouver Toronto: UBC Press.
- Mann, Bonnie (2010): What should feminists do about nature? In: *Konturen* 2, S. 79–100. <https://doi.org/10.5399/uo/konturen.2.1.1336>.
- McCarthy, James (2017): Political ecology. In: Richardson, Douglas/Castree, Noel/Goodchild, Michael F./Kobayashi, Audrey/Liu, Weidong/Marston, Richard A. (Hrsg.): *International encyclopedia of geography: people, the earth, environment and technology*. New York: John Wiley & Sons, Ltd, S. 1–20. <https://doi.org/10.1002/9781118786352.wbieg1099>.
- Mellor, Mary (1997): *Feminism & ecology*. New York: New York University Press.
- Merchant, Carolyn (1987): *Der Tod der Natur. Ökologie, Frauen und neuzeitliche Naturwissenschaft. Mit einer Einführung von Christine Bauhardt*. Bibliothek der Nachhaltigkeit. München: oekom verlag.
- Mies, Maria/Bennholdt-Thomsen, Veronika (1999): *The subsistence perspective: beyond the globalised economy*. London/New York: Zed Books.
- Mortimer-Sandilands, Catriona/Erickson, Bruce (2010): *Queer ecologies: sex, nature, politics, desire*. Bloomington, Indiana: Indiana University Press.
- Pande, Amrita (2014): *Wombs in labor: transnational commercial surrogacy in India. South Asia across the disciplines*. New York: Columbia University Press.
- Parreñas, Rhacel Salazar (2001): *Servants of globalization: women, migration and domestic work*. Stanford: Stanford University Press.
- Plumwood, Val (1993): *Feminism and the mastery of nature*. London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203006757>.
- Rocheleau, Dianne E./Thomas-Slayter, Barbara P./Wangari, Esther (1996): *Gender and the environment: a feminist political ecology perspective*. New York: Routledge.

Roughgarden, Joan (2004): *Evolution's rainbow: diversity, gender, and sexuality in nature and people*. Berkeley: University of California Press.

Salleh, Ariel (Hrsg.) (2009): *Eco-sufficiency and global justice: women write political ecology*. London: Pluto Press.

Sandilands, Catriona (2001): *Desiring nature, queering ethics: adventures in erotogenic environments*. In: *Environmental Ethics* 23, S. 169–188. <https://doi.org/10.5840/enviroethics200123226>.

Young, Iris Marion (1994): *Geschlecht als serielle Kollektivität. Frauen als soziales Kollektiv*. In: Institut für Sozialforschung Frankfurt a.M. (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse und Politik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 221–261.

Lese-Empfehlungen

Çağlar, Gülay/do Mar Castro Varela, Maria/Schwenken, Helen (Hrsg.) (2012): *Geschlecht-Macht-Klima: Feministische Perspektiven auf Klima, gesellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Holland-Cunz, Barbara (2014): *Die Natur der Neuzeit: Eine feministische Einführung*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Sturgeon, Noël (1997): *Ecofeminist Natures: Race, Gender, Feminist Theory and Political Action*. New York, London: Routledge.

Prof. Dr. Christine Bauhardt, Fachgebietsleitung Gender und Globalisierung, Lebenswissenschaftliche Fakultät und Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien, Humboldt-Universität zu Berlin

Sexualitäten, Queerness und globale Politik

Esther Franke

Zusammenfassung

Ansätze zur Erforschung von Sexualitäten und Geschlecht in globaler Politik reichen von der Inklusion von LGBTQ+ Communities in liberale Menschenrechtsdiskurse und Marktlogiken bis zu grundlegender Kritik an internationalen (Un)Ordnungen und Ungerechtigkeiten. Der Beitrag ordnet die Literatur und argumentiert für eine Fortführung transnational feministischer Ansätze zur Erforschung be- und entstehender Konfigurationen globaler (sexueller) Ordnungen. Dies ist gerade in Zeiten von Fragilität liberaler Ordnungen und der Verschränkung von queerfeindlicher und rassistischer Gewalt von wissenschaftlicher und politischer Bedeutung.

Schlüsselbegriffe

queer, trans, LGBTIQ+, transnationale Feminismen, globale (Un-)Ordnungen

1 Einleitung

Haben es geschlechtsanalytische Ansätze in den Internationalen Beziehungen (IB) bereits schwer, so stoßen Arbeiten zu Sexualität(en) und globaler Politik auf noch größere Widerstände. Nichtsdestotrotz hat sich Forschung zu Sexualitäten in internationalen, transnationalen, globalen und geopolitischen Zusammenhängen so etabliert, dass von einem „queer turn“ (Richter-Montpetit 2018) gesprochen werden kann. Diese Arbeiten werfen Fragen auf nach Staatlichkeit, Nationalismen, Menschenrechten, Normen, Migration, Grenzen, Krieg und Gewalt – also zentralen Themen der Disziplin. Gleichzeitig stellen sie die Nutzbarkeit von Kategorien in Frage und betonen Grenzen von Intelligibilität. Es zeigt sich ein konfliktreiches Verhältnis queerer Forschung und IB, das sowohl ontologische als auch epistemologische Grundannahmen klassischer IB herausfordert.

Dieser Beitrag wurde am 22.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Franke, Esther (2024): Sexualitäten, Queerness und globale Politik. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 145-155. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.squgepf.1-g>

Dieser Beitrag bietet ein Mapping des Feldes zu Sexualitäten und globaler Politik aus deutscher/nordamerikanischer Perspektive mit einem Fokus auf epistemologische Fragen und Herausforderungen sowie ethische und methodische Überlegungen zur Erforschung globaler Politiken. So liegt das Interesse dieses Beitrags nicht auf (exotisierenden) Fragen über Queers „woanders“, sondern auf Fragen nach internationalen (Un)Ordnungen und (Un)Gerechtigkeitssystemen sowie transnationalen Beziehungen mit Fokus auf Geschlechter und Sexualitäten. Ich zeige auf, dass neuere Arbeiten zu Queerness und globaler Politik einige Binaritäten und Sackgassen, die sich im Diskurs herausgebildet haben, überwinden. Ein stärkeres Zusammendenken von transnational feministischen und queeren Ansätzen mit besonderem Fokus auf trans(ing) sowie Verschränkungen mit weiteren Achsen der Differenz und Ungleichheit kann produktive Perspektiven bieten.

2 Zur Relevanz von Sexualitäten und Queerness für globale Zusammenhänge

Was haben ‚harte‘ Themen wie Sicherheitspolitik, Krieg und internationale politische Ökonomie mit Sexualitäten zu tun? Nicht erst seit Hillary Clintons Ausspruch „gay rights are human rights“ (2013) in ihrem Amt als US-amerikanische Außenministerin sind Menschenrechte von LSBTIQ+¹ Personen ein Thema internationaler Politik. So werden sie in internationalen Policy Dokumenten und diplomatischen Beziehungen thematisiert und instrumentalisiert, sodass beobachtet werden kann, dass die ‚gute‘ Behandlung von Homosexuellen jene von Frauen als Marker von Modernität von Nationen abgelöst hat (Puar 2011).² Gleichzeitig bekommt die zunehmende Gewalt gegen Queers und Feminist*innen als ein globales Problem zu wenig Aufmerksamkeit. Sie steht in Verschränkung mit (globalem) Rassismus, Grenzregimen, religiöser Orthodoxie und alltäglichen Formen von Gewalt gegen nicht-normatives Leben. Im Jahr 2021 verbrannte sich die trans Frau Ella N. in der Öffentlichkeit am Berliner Alexanderplatz. Sie hatte es nach Diskriminierung und Verfolgung im Iran über die Türkei und die sogenannte Balkan-Route nach Deutschland geschafft, wo sie ebenfalls rassistische und transphobe Gewalt, sowohl physisch als auch emotional und strukturell durch Behörden, erfuhr. Wie Wegbegleiter*innen vermuten, hielt sie die permanente Bedrohung nicht mehr aus und entschied sich, sich als einen Akt des politischen Aufschreis das Leben zu nehmen. In den USA gibt es nicht nur immer wieder Anschläge auf queere Orte, sondern

- 1 Die Abkürzung steht für „Lesbisch, Schwul, Bisexuell, Trans, Inter, Queer“ und das „+“ deutet auf die Fluidität der Zusammenstellung dieser Kategorien hin. In verschiedenen Kontexten haben diese Kategorien unterschiedliche Bedeutungen. Ich nutze „Queers“ als Sammelbegriff wohlwissend, dass „queer“ als Begriff auf unterschiedlichste Weisen kritisiert wird (s.u.);
- 2 Ein Beispiel hierfür ist der damalige britische Premier David Cameron als in Uganda ein homophobes Gesetz verabschiedet wurde. Er drohte an, Entwicklungsgelder einzufrieren, was ugandische Lesben stark kritisierten und auf die generellen negativen Auswirkungen von Sanktionen – auch für Queers – hinwiesen (Ekine/Abbas 2013).

auch die Kriminalisierung der Versorgung für trans Jugendliche nimmt seit einigen Jahren so stark zu, dass Erziehungsberechtigte und Ärzt*innen für ihre Betreuung verklagt werden. Dort steht die Transfeindlichkeit in Verbindung mit zunehmender Einschränkung reproduktiver Freiheiten von Menschen mit Gebärfähigkeit; in Deutschland mit dem rassistischen Grenzregime und rechtsradikalen Anschlägen. Unterscheidet sich die Situation für Queers je nach rechtlicher Lage und systematischer staatlicher Verfolgung und Kriminalisierung zwar erheblich, zeigen diese Beispiele jedoch, dass es gravierende Formen unterschiedlicher Gewalt in Staaten gibt, die sich selbst als tolerant sehen und Ziel von Fluchtbewegungen von Queers sind. Die drastische Mobilisierung von trans- und queerphoben Haltungen durch autoritäre und neofaschistische Regime, beispielsweise in Ungarn oder Russland, verschärft die prekäre Lage von Queers weiter.

Diese Beispiele zeigen, dass ein Fokus auf Sexualitäten und Geschlechterordnungen nötig ist, um geopolitische und globale Ungleichheiten und Formen von Gewalt zu verstehen. Ein wichtiges Argument von Queeren IB ist es, dass die Disziplin notwendigerweise Sexualität und Geschlecht analysieren muss, um internationale Beziehungen wirklich zu verstehen (Langlois 2015). Ebenso sind auch „sexual relations“ nur mit einem Blick auf transnationale Verbindungen verstehbar.

3 Eine Genealogie des westlichen Diskurses

Eine Unterscheidung im Diskurs zu Sexualitäten und globaler Politik ist jene zwischen LSBTIQ Studies und Queer Studies, zumeist festgemacht an der unterschiedlichen ontologischen Konzeptualisierung des Subjekts (vgl. Richter-Montpetit 2018). Während LSBTIQ Studies auf ein Subjekt fokussiert sind, das Rechte hat oder haben sollte, schauen Arbeiten in Queer Studies auf den politischen Prozess der Subjektivierung und hinterfragen Kategorien. Picq/Thiel (2015) argumentieren, dass klare Kategorien unabdingbar sind, da nur sie die politische Schlagkräftigkeit haben, die für das Erkämpfen von Menschenrechten für Queers nötig ist. Hier zeigt sich die methodologische Spaltung zwischen als empirisch fundiert geltenden LSBTIQ+ Studies und eher kulturwissenschaftlich-literarischen Queer Studies. Weber (2016) schlägt die Unterscheidung zwischen interdisziplinären transnational/globalen Queer Studies und Queer IB vor. Diese zweiteiligen Unterscheidungen sind nur bedingt sinnvoll, da gerade auch neuere Arbeiten diese Grenzen durchkreuzen. Ich schlage vor, die Arbeiten anders zu sortieren: LSBTIQ+ als Rechtssubjekte, anti-imperiale Kritik und Temporalität, empirische und historische Analysen, Queer of Color Critique, sowie theoretisch-analytische Interventionen in die Disziplin IB. Alle Perspektiven können hier nur exemplarisch beleuchtet werden und die Übergänge sind fließend.

Die Frage von *LSBTIQ+ Personen als Rechtssubjekte im Staatensystem* ist eine der zentralen Anliegen der letzten Dekade(n), da Menschenrechte von und für Queers in (inter)staatlichen Strukturen sowohl deutlich erweitert als auch immer wieder eingeschränkt wurden. In

ihrem weit rezipierten Buch „Queer Wars“ (2016) analysieren Altman/Symons die internationale Polarisierung rund um LSBTIQ+ Rechte. Sie argumentieren, dass Regierungen und religiöse Persönlichkeiten vor allem im globalen Süden Widerstand gegen LSBTIQ+ Rechte nutzen, um sich als Verteidiger traditioneller Werte und gegen westliche Interventionen zu positionieren mit teils tödlichen Folgen für queere Menschen. Wenngleich nicht verneint werden kann, dass das Leben in manchen Staaten für Queers deutlich gefährlicher ist als in anderen, wird diese Perspektive dafür kritisiert den Westen als Telos von queeren Kämpfen und LSBTIQ+ Rechte sowohl als Marker und Produkt von Modernität zu konstruieren (Rao 2018). Differenzierter betrachten Weiss/Bosia (2013) die Rolle von Staaten im Zusammenhang mit „globaler Homophobie“. Sie argumentieren, dass Homophobie keineswegs nur eine individuelle Einstellung ist, sondern als ein transnationales staatspolitisches Phänomen betrachtet werden muss. Mit ausgewählten repressiven Politiken und Praktiken verfolgten Staaten eine politische Strategie als *Nation-Building*.

Weber/Richter-Montpetit (2017) zeigen in ihrem Überblick über verschiedene *empirisch-analytische Arbeiten und Themenfelder*, dass queere Forschungen Beiträge zu zentralen und prominenten Themen der globalen Politik und IB leistet. So zeigen Forscher*innen für unterschiedliche Kontexte, wie vermeintliche De-Maskulinisierung als Methode von Kriegsführung eingesetzt wird, aber auch wie Militär Grenzen von akzeptierter Heteromaskulinität zu überschreiten vermag, u.a. durch die aktive Teilhabe queerer Soldat*innen. Andere empirische Arbeiten zeigen die Überschneidung mit Entwicklungspolitiken auf, die zunehmend auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentitäten fokussieren. Andere schauen auf die besondere Situation von trans* und nicht-binären Menschen in (post-)Konflikt-Situationen. Autor*innen versuchen zu verstehen, wie Sicherheitsdiskurse für bestimmte Anliegen mobilisiert werden (cf. Amar 2013) und Sicherheit beispielsweise ausgehend von trans* Personen weitergedacht werden kann. Migration und Mobilität stehen im Fokus von Arbeiten zur Regulierung queerer Körper an Grenzen, sei es durch Papiere mit falschen Geschlechtseinträgen oder durch Bodyscanner an Flughäfen, die queere Körper als deviant und potenziell gefährlich markieren (vgl. Luibhéid 2008). *Historische Analysen* untersuchen Sexualität in Verbindung mit Geschlecht und race als koloniale Strategie (vgl. McClintock 1995; Martins/Coelho 2022). Alexander (1994) zeigt, wie Heterosexismus in postkolonialen Staaten als Machtmechanismus eingesetzt wurde, u.a. um Männlichkeiten zu stärken, während Bakshi et al. (2016) Empire und Kolonialität zur Analyse von sexual politics heranziehen.

Die Verbindung von Sexualitäten zu race und anderen Ungleichheitsdimensionen nehmen vor allem Arbeiten, die in Verbindung zu *Queer of Color Critique* stehen, in den Fokus. Sie fragen beispielsweise nach der Rolle der „guten Homosexuellen“ in der Nation und homosexuellen Patriot*innen u.a. als Soldat*innen der US Armee im Weltsystem. Puar (2002) kritisiert queeren Tourismus und argumentiert, dass Mobilität intersektional betrachtet werden muss. Alexander (1994) zeigt, dass weißes homosexuelles Kapital weißem heterosexuellem

Kapital folgt und dass Tourismus eine staatliche Strategie in postkolonialen Kontexten sein kann, die sexistische und neokoloniale Muster verstärkt.

Diese Analysen sind verbunden mit *anti-imperialer Kritik und Analysen von globalem Rassismus in Zusammenhang mit Temporalität*. Was passiert, wenn bestimmte Meilensteine liberaler Freiheiten erreicht sind? Wie LSBTIQ+ Rechte für rassistische und neo-imperiale Anliegen mobilisiert werden, zeigen Arbeiten, die vor allem die Außen- und Geopolitik westlicher Staaten und unterschiedliche Ausprägungen von globalem Rassismus kritisieren. Hier stehen weiße homosexuelle Rettungskomplexe – nach dem auf Spivaks Arbeiten aufbauendem Motto „white queers saving brown queers from brown homophobes“ – genauso in der Kritik wie die von Nichtregierungsorganisationen im globalen Norden betriebene „Gay International“, die von der Suche nach globaler queerer Authentizität über Abspaltungsfantasien in der Form von homosexuellen Nationen reicht.³ Zentral für diese Perspektive ist das von Puar geprägte Konzept „Homonationalismus“ – die Verbindung der Inklusion bestimmter queerer Subjekte in nationalstaatliche, biopolitische und imperialistische Anliegen und der gleichzeitigen Degradierung anderer Bevölkerungsgruppen als rückständig. Die „guten“ und „produktiven“ Queers stehen jenen orientalisierten und rassialisierten Anderen gegenüber, die als tödlich und bedrohlich gelten. Diese Analysen basieren auf dem Konzept der „Homonormativität“ (Duggan 2003), das aufbauend auf *manchen* homosexuellen Lebensweisen und Subjektivitäten, Heteronormativität nicht nur erhält, sondern auch stärkt, da es deren Grundannahmen und Werte nicht in Frage stellt. Werden *bestimmte* Annahmen von gutem queerem Leben dann als Maßstab für alle queeren Leben benutzt, zeigen sich altbekannte Entwicklungs- und Fortschrittsnarrative. Dies zeigt Kosnick auch am Beispiel des Diskurses in Deutschland um die Kölner Silvesternacht, in dem die Welt unterteilt wird in einen „sexually enlightened, liberal West and a repressive rest of the world“ (2016: 16). Hier wird deutlich, wie sich Rassismus und Polizeigewalt in Deutschland mit dem globalen (post)kolonialen System ko-konstituieren und eine differenzierte und notwendige Analyse zu sexualisierter Gewalt in Deutschland erschweren.

Temporalität und Politiken von Zeit sind zentral für queere Politiken und Analysen. Mit Konzepten wie „Chrononormativität“ oder „queeren Asynchronitäten“ ermöglicht Freeman (2010) sowohl Analysen von kapitalistischer Kooptierung für Produktivität als auch Unterbrechungen historiographischer Fortschrittsnarrative. Rao (2010) zeigt, wie LGBTIQ+ Rechte nicht nur von Staaten im globalen Norden strategisch eingesetzt werden, sondern auch von postkolonialen Regierungen als Marker für Modernität benutzt werden. Rao entwickelt den Begriff des „Homokapitalismus“ (2015), mit dem er die polit-ökonomische Seite transnationaler Sexualitätspolitik hervorhebt. Er zeigt beispielsweise auf, wie neoliberale Restrukturierungen des sozialen Sektors in Uganda evangelikal-christlichen Akteuren Türen für ihre homo- und transfeindlichen Perspektiven öffnen. Er verweist darauf,

³ Rao (2018) kritisiert Bestrebungen der „Gay Homeland Foundation“ einen Staat für LSBTIQ+-Personen auf vermeintlich „freiem“ Land im globalen Süden zu gründen als queere Versionen von Siedlerkolonialismus.

dass nicht alle Formen von LGBTQ+ Menschenrechtsaktivismus von rassistischen/neo-kolonialen Rettungsnarrativen angetrieben sind und fordert kontextspezifische Analysen. Dhawan/Castro Varela (2016) sprechen von einer Provinzialisierung euro-amerikanischer Queer Studies. Sie führen aus, dass – trotz aller Kritik an der Institution Ehe – gleichgeschlechtliche Ehen konterhegemoniale Momente haben können, wenn sie genutzt werden, um Queers die Einwanderung in weniger restriktive Orte zu ermöglichen.

Autor*innen betonen die Bedeutung von Analysen von Sexualität und Geschlecht für ein grundlegendes Verständnis internationaler Politik allgemein und IB im Speziellen. Als *Interventionen in die Disziplin* fordern sie Fragen, Konzepte und Theorien neu zu durchdenken. Peterson (1999) schlägt vor, Nationalismen als Heterosexismen zu verstehen, heteropatriarchale Ehe, Reproduktion und Arbeitsteilung als Mechanismen der Nationenbildung genutzt werden. Ihre Analysen fordern so auch den impliziten Heterosexismus im Kanon feministischer Staatsanalysen heraus, die oftmals in ihrem Fokus auf Geschlecht sexuelle Orientierungen und Sexualitäten außenvorlassen. Als weitere im IB-spezifischen Diskurs zentrale Autorin legte Cynthia Weber mit ihrem Buch „Faking It“ im Jahr 1999 eine der ersten queeren Analysen von US-Außenpolitik vor. Ihr Buch „Queer International Relations“ (2016) ist eins der Standardwerke der Queer IB. Weber entwickelt „queer logics of statecraft“ als analytische Brille und zeigt, wie Queers in verschiedenen Figuren (unterentwickelt, unentwickelt, ungewollte (Im)Migrant*innen und Terrorist*innen) als „das Andere“ zum klassischen souveränen Mann konstruiert werden. Weber analysiert die Gleichzeitigkeit von queerem Leben als „normal“, „perverse“ und „normal“/„perverse“ zur gleichen Zeit und zeigt auf, wie Kooptierung und Gefahr zeitgleich wirken können. Konstrukte von moderner souveräner Staatlichkeit gehen, so Weber, mit moderner souveräner Männlichkeit einher, die räumlich und zeitlich im Zusammenhang steht zu Kolonialismus, Imperialismus, Ableismus und Misogynie, wo perverse Queers als zu lösendes Problem fungieren.

4 Wer kann was wie wissen? Epistemologische Grenzen und Ambivalenzen

Die aufgezeigten Perspektiven beinhalten verschiedene epistemologische und normative Implikationen. Manche lassen sich in einem westlichen, weißen Diskurs verorten und hinterfragen dessen Annahmen nicht. Andere betonen die Notwendigkeit, diesen Diskurs zu provinzialisieren. Eine zentrale Debatte dreht sich um die Geschichte und Verwendung von Kategorien, insbesondere um die Nützlichkeit von „queer“ als Begriff. Wie Kosnick hervorhebt, dienen Begriffe, die auf einem euro-nordamerikanischen Verständnis basieren, häufig als eine Folie gegen die „andere“ Modelle und Identitäten interpretiert, gemessen und reguliert werden (2016: 12).

Massad zeigt, dass dies nicht nur für die akademische Diskurse, sondern auch für die Lobbyarbeit von NROs gilt. Diese nehme prädiskursiv an, dass Homosexuelle, Schwule und Les-

ben universelle Kategorien sind, mit denen bestimmte Praktiken und Identitäten verbunden sind (2002: 363). Massad argumentiert, dass diese „sexuelle Epistemologie“ eine assimilierte und klassifizierte Version des Homosexuellen hervorbringt. Sabsay (2013) arbeitet heraus, dass europäisch-nordamerikanische Vorstellungen nicht nur definieren, wie Menschen zu sexuellen, sondern auch zu politischen Subjekten werden. Der Wunsch nach Intelligibilität aller sexuellen Erfahrungen und Ausdrucksweisen, z.B. anhand von Begriffen wie „queer“, wird von dekolonialen und postkolonialen Denker*innen kritisiert (vgl. Sabsay 2013; DiPietro 2016). Jedoch bleiben neuere Arbeiten, die explizit nicht-westliche Loci fokussieren, bei „queer“. So hält Rao daran auch auf Basis empirischer Befunde für transnationale Forschung fest und argumentiert, dass solche Kategorien nützlich sind, solange sie offen bleiben für Veränderungen. Sabsay schlägt mit ähnlichem Impuls vor, queer als migrantische Kategorie mit unterschiedlichen Bedeutungen zu verstehen, die vor allem politisch queere Positionen und Allianzen ermöglichen kann. In ihrem wichtigen Buch zu Queerness und neoliberalen Islam in der Türkei beschäftigt sich Savcı (2021) explizit mit queer als und in Übersetzung. Sie schlägt Übersetzung als eine queere Methodologie vor, um einschränkende Binaritäten wie „authentisch/kolonial“ oder „Westen/Osten“ aufzubrechen und auf die vielfältigen und komplexen Verwicklungen hinzuweisen.

Ein Problem der IB, das für die Erforschung von Queerness und transnationalen Verbindungen höchst relevant ist, ist das globale Machtverhältnis der Theorien. Diese werden zumeist im globalen Norden entwickelt und auf den Rest der Welt bezogen, beachten Rassismus selten und maskieren US-amerikanische politische Interessen häufig als objektive Wissenschaft. Viele Autor*innen kritisieren, queere Perspektiven rein als Ergänzung für IB zu sehen. Es gibt eine rege Debatte innerhalb von LGBTIQ+ und Queer Studies, ob es überhaupt queere IB geben kann, oder ob diese machtvolle, cis-heteronormativ geprägte Subdisziplin der Politikwissenschaft jegliches emanzipatorische Potential von queer als Analytik und politischen Fokus verunmöglicht. Weber (2014) fragt provokativ, warum es keine queere internationale Theorie gibt und zeigt, wie radikale Theorien in den IB de-radikalisiert werden, z.B. Marxismen hin zu politischer Ökonomie oder Feminismen zu Gender Variablen. Rao (2016) hinterfragt grundsätzlich das Bedürfnis, Queer Studies und IB zusammenzubringen und sieht Potenzial gerade darin, IB vor unlösbare Aufgaben zu stellen und IB „as usual“ zu unterbrechen. Hier schließen sich wissenschaftspolitische Fragen zu der (Un)Zugänglichkeit von Wissen und strukturellen Ausschlüssen an Universitäten an, die weiß und cis-männlich dominiert sind. Dies steht im direkten Zusammenhang zu der fehlenden institutionellen Verankerung von feministischer und queerer Politikwissenschaft allgemein und IB im Speziellen an deutschen Universitäten.

5 Ausblick: Queeres Wissen trans(nationalisier)en – Doing transnationale queer-feministische Forschung in gewaltvollen und revolutionären Zeiten

Wie also umgehen mit diesen Spannungsverhältnissen? Viele queere Forscher*innen und Theoretiker*innen sind vorsichtig. Gleichzeitig sind diese Fragen seit vielen Jahren zentral in der Debatte transnational feministischer Forschung. Normativität sollte als Stärke von queerer feministischer Forschung gelten. Dabei ist die Frage, was „feministisch“ bedeutet, ständiger Teil der Auseinandersetzung. Gerade in Zeiten zunehmender trans-Exklusivität und -feindlichkeit und nationalistischer Vereinnahmung feministischer Anliegen, sind Debatten um die Definitionen und Bedeutungen von Feminismen zentral. Hier, so mein Vorschlag, ist es produktiv, transnational feministische Theorien und methodische Herangehensweisen stärker mit queeren – insbesondere trans* – Theorien zusammenzubringen. Haritaworn fragt sich:

„If 'Queer' is not an identity, what kind of a methodology is it? Does 'Queer' (...) have a directionality or an 'orientation' (Ahmed 2006), not in the sense of an essential sexual identity but in the sense of a political self-consciousness and awareness?“ (2008: 2).

Was passiert, wenn wir entsprechend von trans* als Komplikation und Orientierung ausgehen und es ernstnehmen in den verschiedenen Bedeutungen, beispielsweise in *transnational*? Ich möchte drei Beiträge hervorheben, die auf produktive Öffnungen oder Richtungen für zukünftige Analysen hinweisen. Tudor (2017) denkt *transgender* und *transnational* explizit zusammen und untersucht die Verbindungen anhand diskursiver Beispiele aus trans und rumänischen migrantischen Communities. Tudor schlägt vor, dass Geschlecht und Nation „zu transen“ Potenzial hat, sowohl nationale als auch geschlechtliche Nicht-Zugehörigkeit zu dekonstruieren. Stanley (2021) schlägt vor trans/queeren Tod in den USA mit „Gewaltatmosphären“ verbunden zu verstehen. Stanley argumentiert:

„Against the narrative arc of rainbow progress (...), *Atmosphere of Violence* argues that inclusion, rather than a precondition of safety, most properly names the state's violent expansion. (...) These scattered cases, (...) build my claim that anti-trans/queer violence is foundational to, and not an aberration of, modernity“ (5).

Anti-queere Gewalt muss also in Verbindung zu anderen Systemen der Unterdrückung verstanden werden. Aufbauend auf einer Genealogie der Verbindung von Queerness und Strafvollzug in Brasilien heben Martins/Coelho (2022) hervor, dass abolitionistische queere Stimmen, vor allem trans, travesti und Queers of color die Abschaffung von Gefängnissen und Polizei als Teil queerer Kämpfe verstehen. Sie argumentieren für eine stärkere Verbindung von aktivistischen Kämpfen und „theoretische(n) Reflexionen über die Möglichkeiten verflochtener queerer, antikolonialer und abolitionistischer Kämpfe“ (218).

Aktuelle Bewegungen zeigen, wie diese verschiedenen Achsen zusammengedacht werden. Die großen feministischen Streikbewegungen, die vor einigen Jahren in Lateinamerika begannen, schließen explizit Lesben und Travesti mit ein, wenn auch nicht konfliktfrei (Gago 2020). Auch in den feministisch revolutionären Aufständen im Iran nach der Ermordung von Jina Ahmini mit dem aus der kurdischen Frauenbewegung stammenden Slogan „Frau. Leben. Freiheit.“ gibt es konfliktreiche Auseinandersetzungen um das politische Subjekt der Bewegung. Gleichzeitig zeigen diese verschiedenen Bewegungen als *Revolution für das Leben* (von Redecker 2020), dass es möglich ist, Kämpfe für die Erhaltung unterschiedliche_r_n Leben_s zu verbinden. Transnational-feministische Forschung sollte diese Bewegungen als Anstoß nehmen. Es geht nicht um die Romantisierung von Bewegungen, sondern darum, die Komplikationen, Ambivalenzen und Konflikte ernst zu nehmen und daraus gemeinsam zu lernen. Dafür sind eine epistemologische und method(ologi)sche Flexibilität und ständige Offenheit zu Selbstkritik nötig. Aktuellere Beiträge greifen vor allem auf interpretative Methoden und Ethnographie zurück (siehe Rao 2020, Savcı 2021), um Komplexitäten und Genauigkeiten zu verstehen, und darauf aufbauend zu theoretisieren. Brown et.al. (2017) weisen auf die Bedeutung von transnationalen Kollaborationen und partizipativer Forschung für queer-feministische Methoden hin. Transnational feministische und queere Theorien und Forschungen haben Potenzial, in gewaltvollen und revolutionären Zeiten Analysen und Anstöße zu bieten, die zu nötigen Solidaritäten beitragen.

Literaturverzeichnis

- Alexander, M. Jacqui (1994): Not just (any) body can be a citizen: the politics of law, sexuality and postcoloniality in Trinidad and Tobago and the Bahamas. In: *Feminist Review*, S. 5. <https://doi.org/10.2307/1395166>.
- Alexander, M. Jacqui (1997): Erotic autonomy as a politics of decolonization: feminism, tourism, and the state. In: Alexander, M. J./Mohanty, Chandra T. (Hrsg.): *Feminist Genealogies, Colonial Legacies, Democratic Futures*. New York/London: Routledge.
- Altman, Dennis/Symons, Jonathan (2016): *Queer wars: the new global polarization over gay rights*. Cambridge: Polity Press.
- Amar, Paul (2013): *The security archipelago: human-security states, sexuality politics, and the end of neoliberalism*. Durham: Duke University Press.
- Bakshi, Sandeep/Jivraj, Suhraiya/Posocco, Silvia (Hrsg.) (2016): *Decolonizing sexualities: transnational perspectives, critical interventions*. Oxford: Counterpress.
- Bakshi, Leela/u.a. (2017): Towards transnational feminist queer methodologies. In: *Gender, Place and Culture* 24, S. 1–34.
- Dhawan, Nikita/Castro Varela, María do Mar (2016): What difference does difference make? Diversity, intersectionality and transnational feminist politics. In: *Tijdschrift voor Genderstudies* 21, S. 45–67.
- DiPietro, Pedro Javier (2016): Of Huachafería, Así, and M' E Mati: decolonizing transing methodologies. In: *TSQ: Transgender Studies Quarterly* 3, S. 65–73. <https://doi.org/10.1215/23289252-3334211>.
- Ekine, Sokari/Abbas, Hakima (Hrsg.) (2013): *Queer african reader*. Dakar Nairobi Oxford: Pambazuka Press, an imprint of Fahamu.
- Freeman, Elizabeth (2010): *Time binds: queer temporalities, queer histories*. Durham: Duke University Press.

- Gago, Veronica (2020): *The feminist international: how to change everything*. London: Verso.
- Haritaworn, Jin (2008): Shifting positionalities: empirical reflections on a queer/trans of color methodology. In: *Sociological Research Online* 13, S. 1–12.
- Kosnick, Kira (2016): Sexual citizenship and migration in a transnational perspective. In: *Working Paper Series „Gender, Diversity and Migration“* 9.
- Langlois, Anthony (2015): International relations theory and global sexuality politics. In: *Politics* 36, S. 385–399.
- Luibhéid, Eithne (2008): Queer/migration: an unruly body of scholarship. In: *GLQ: A Journal of Lesbian and Gay Studies* 14, S. 169–190.
- Martins, Alexandre/Coelho, Caia Maria (2022): Notes on the (im)possibilities of an anti-colonial queer abolition of the (carceral) world. In: *GLQ: A Journal of Lesbian and Gay Studies* 28, S. 207–226.
- Massad, Joseph (2002): Re-orienting desire: the gay international and the Arab world. In: *Public Culture* 14, S. 361–385.
- McClintock, Anne (1995): *Imperial leather. Race, gender and sexuality in the colonial contest*. New York/London: Routledge.
- Peterson, V.S. (1999): Political identities/nationalism as heterosexism. In: *International Feminist Journal of Politics* 1, S. 34–65.
- Picq, Manuela Lavinias/Thiel, Markus (Hrsg.) (2015): *Sexualities in world politics: how LGBTQ claims shape international relations*. Abingdon: Routledge.
- Puar, Jasbir K. (2002): A transnational feminist critique of queer tourism. In: *Antipode* 34, S. 935–946.
- Puar, Jasbir K. (2007): *Terrorist assemblages: homonationalism in queer times*. Duke University Press. <https://doi.org/10.1215/9780822390442>.
- Puar, Jasbir K. (2011): Citation and censorship: the politics of talking about the sexual politics of Israel. In: *Feminist Legal Studies* 19, S. 133–142.
- Rao, Rahul (2010): *Third world protest. Between home and the world*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199560370.001.0001>.
- Rao, Rahul (2015): Global homocapitalism. In: *Radical Philosophy* 194, S. 38–49.
- Rao, Rahul (2018): The state of queer IR. In: *GLQ: A Journal of Lesbian and Gay Studies* 24, S. 139–149.
- Rao, Rahul (2020): *Out of time: the queer politics of postcoloniality*. 1. Auflage. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/oso/9780190865511.001.0001>.
- Richter-Montpetit, Melanie (2018): Everything you always wanted to know about sex (in IR) but were afraid to ask: the ‘queer turn’ in international relations. In: *Millennium: Journal of International Studies* 46, S. 220–240. <https://doi.org/10.1177/0305829817733131>.
- Richter-Montpetit, Melanie/Weber, Cynthia (2017): *Queer international relations*. In: *Oxford Research Encyclopedia of Politics*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acrefore/9780190228637.013.265>.
- Sabsay, Seticia (2013): Queering the politics of global sexual rights? In: *Studies in Ethnicity and Nationalism* 13, S. 80–90.
- Savcı, Evren (2021): *Queer in translation: sexual politics under neoliberal Islam. Perverse modernities*. Durham: Duke University Press.
- Stanley, Eric A. (2021): *Atmospheres of violence: structuring antagonism and the trans/queer ungovernable*. Durham: Duke University Press.
- von Redecker/Eva (2020): *Revolution für das Leben. Philosophie der neuen Protestformen*. Frankfurt a.M.: S. Fischer.
- Weber, Cynthia (1999): *Faking it: U.S. hegemony in a „post-phallic“ era*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Weber, Cynthia (2014): Why is there no queer international theory? In: *European Journal of International Relations* 21, S. 27–51.

Weber, Cynthia (2016): *Queer international relations*. Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199795857.001.0001>.

Weiss, Meredith L./Bosia, Michael J. (Hrsg.) (2013): *Global homophobia: states, movements, and the politics of oppression*. 1. Auflage. University of Illinois Press. <https://doi.org/10.5406/illinois/9780252037726.001.0001>.

Lese-Empfehlungen

Rao, Rahul (2020): *Out of time: The queer politics of postcoloniality*. Oxford: OUP.

Richter-Montpetit, Melanie (2018): Everything you always wanted to know about sex (in IR) but were afraid to ask: The 'queer turn' in international relations. *Millennium*. In: *Journal of International Studies* 46, 2, S. 220–240.

Weber, Cynthia (2016): *Queer international relations. Sovereignty, Sexuality and the Will to Knowledge*. Oxford: OUP.

Esther Franke, Promovend*in, New School for Social Research, New York, Vereinigte Staaten

Widerstand

Kritische Perspektiven auf die Politische Theorie und Ideengeschichte

Mareike Gebhardt

Zusammenfassung

Der Beitrag zeigt auf, wie in der Politischen Theorie und Ideengeschichte Handeln und Sprache verschränkt wurden, um Widerstand als das Recht des weißen, männlichen Bürgers zu konzipieren. Im Anschluss problematisiert er diese Konzeption aus vier kritischen Theorieperspektiven: Radikale Demokratietheorie, queer_feministische Theorie, Schwarze Feminismen und Postkoloniale Studien. Mit ihnen zeigt der Beitrag, wie der Widerstand marginalisierter Gruppen (politiktheoretisch) delegitimiert wurde.

Schlüsselbegriffe

Macht, Verweigerung, radikale Demokratietheorie, (Schwarze) Feministische Theorie, Queer Theorie, Postkoloniale Studien

1 Einleitung

In der Politischen Theorie und Ideengeschichte wird politisches Handeln traditionell an Sprache gebunden (Aristoteles 1989; Kant 1997 [1797]; Arendt 2007 [1958]; Habermas 1983). Politisches Handeln wird nur dann als legitim – und damit demokratisch – angesehen, wenn es in einer Sprache vorgetragen wird, die als rational verstanden wird. Dies zeigt sich beispielhaft in der Diskussion zur Legitimität zivilen Ungehorsams (Habermas 1983; Rawls 2014 [1971]; Arendt 1989). Der zivile Ungehorsam gilt als ein legitimes politisches Handeln, da er intersubjektiv nachvollziehbare Argumente für sein Tun vorträgt und die verfassungsrechtliche Ordnung anerkennt. Aus einer Perspektive, die kritisch auf das Verhältnis von politischer Ordnung und Geschlechterverhältnissen blickt, fällt auf, dass Theori-

Dieser Beitrag wurde am 22.05.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Gebhardt, Mareike (2024): Widerstand. Kritische Perspektiven auf die Politische Theorie und Ideengeschichte. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 157-167. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.mgwkpad.1-g>

en des zivilen Ungehorsams die Geschlechterordnung nicht infrage stellen, die sich z.B. in Verfassungen oder in Vorstellungen rationaler Argumentation niederschlägt. Von dieser Kritik ausgehend, fragt der Beitrag nach der Bedeutung von Formen des Widerstands jenseits der Normen zivilen Ungehorsams. Er fokussiert auf die Frage, wie marginalisierte Gruppen ihren Widerstand hör- und sichtbar machen können, sofern sie die patriarchale Geschlechterordnung hinterfragen. Daher diskutiert der Beitrag die normativen Rahmungen des Sprechens und Handelns. Er konzentriert sich auf Ansätze der Radikalen Demokratietheorie (RDT), des Queer- und Schwarzen Feminismus und der Postkolonialen Studien. Sie teilen eine macht- und herrschaftskritische Herangehensweise, die sich in der Bezugnahme auf Marxismus und Poststrukturalismus entwickelt. Sie analysieren die Mechanismen der Verunmöglichung des politischen Sprechens durch Andro- und Logoentrismus. Außerdem entstehen diese Theorien in der Auseinandersetzung mit konkreten Phänomenen des Widerstands.

Ich beginne diesen Beitrag mit einem kurzen Streifzug durch die politische Ideengeschichte, um darzustellen, wie die Verknüpfung von Politik, Sprache und Handeln historisch und theoretisch legitimiert wurde (2). An dieser Ideengeschichte arbeiten sich die fokussierten kritischen Ansätze ab (3). Sie zeigen auf, wie durch Normen der Angemessenheit Widerstand marginalisierter Gruppierungen als irrational markiert wird, um deren politische Visionen und Kämpfe zu delegitimieren (3.1). Außerdem verbinden sie die Diskussion von Widerstandsformen mit Verkörperungen der Macht, die sich in Klassismus, Rassismus und Sexismus übersetzen (3.2). Schließlich zeigen sie auf, wie Widerstand demokratische Normen hinterfragt und diese dabei demokratisiert (3.2). Der Beitrag endet mit einem kurzen Fazit (4).

2 Widerstand als Erscheinungsraum der Macht: Ideengeschichtliche Fragmente

In der politischen Ideengeschichte dominieren Ansätze, die politisches Handeln an patriarchale Normen und androzentrische Rationalität binden und das Recht auf Widerstand darin einbetten: Das Widerstandsrecht besitzt der *weiße*, männliche Bürger gegen einen interventionistischen oder ausufernden Staat (Locke 1977 [1689]; Hobbes 2012 [1651]). Eine Ausnahme bildet Immanuel Kants Rechtsphilosophie (1997 [1797]), die gegen ein legalistisches Verständnis von Widerstandsrecht argumentiert: Es besteht keine Notwendigkeit für ein *verfassungsrechtlich* verankertes Recht auf Widerstand. Vielmehr gibt es die *moralische Pflicht* aller (auch bei Kant: *weißen*, männlichen) Bürger zum Widerstand gegen eine ungerechte Herrschaft (Bielefeldt 2002; Maus 1994). Über die andro- und logozentrische Verknüpfung von Sprache und Rationalität sind über Jahrhunderte hinweg Frauen, People of Color (PoC) und Arme vom Politischen ausgeschlossen worden (Martinsen 2022). Eine sexismus-, rassismus- und klassismuskritische Perspektive problematisiert diese Beziehung

zwischen Politik, Sprache und Rationalität. Denn der politische Widerstand marginalisierter Gruppen gegen diese Exklusion wurde diskreditiert, indem er als irrational und damit a-politisch dargestellt wurde.

Neben den Unterschieden in Staats- und Bürgerkonzeption eint die kanonischen Texte der politischen Ideengeschichte die Vorstellung, dass Individuen aufgrund ihrer Natur oder ihres Wesens ein Recht auf Widerstand *haben*. Diese lange Zeit unangefochtene Vorstellung eines possessiven Rechts auf Widerstand wird von machttheoretischen Ansätzen herausgefordert (Arendt 2007 [1958]; Foucault 1983). Sie binden ihre Diskussion von Widerstand an ihre jeweiligen Konzeptionen von Macht. Macht hat man nicht. Sie wird *produziert*. Sie ist damit nicht im Individuum zu verorten, das diese besitzt, da es Würde hat. Vielmehr wird Macht in einem Zwischenraum generiert, der durch das politische Handeln von Gruppen hervorgebracht wird. Macht entsteht dort, wo unterschiedliche Personen einander begegnen und ein Gemeinsames erschaffen (Arendt 2007 [1958]; Butler 2015): sich Gehör und öffentliche Sichtbarkeit verschaffen. So sind Gehört- und Gesehenwerden mit politischer Handlungsmacht verknüpft.

In Arendts Machttheorie bleibt das Vorurteil bestehen, dass politisches Handeln und Sprechen(können) verbunden sind. Feministische Ansätze haben dieses aristotelische und androzentrische Moment für eine Machtkritik genutzt, die zeigt, wie Sprache und politisch legitimes Handeln verzahnt werden (Honig 1995). Wichtiger Ansatzpunkt bildet die Kritik an der Trennung des Privaten (*oikos*) vom Politischen (*polis*). Durch sie wurden Widerstände, die sich auf vermeintlich private Aspekte, wie Sexualität und Geschlecht, konzentrieren als a-politisch aus dem Politischen ausgeschlossen (Sauer 2001; Bargetz/Sauer 2015; Bargetz 2016; Ludwig 2016). Doch gerade historisch formierten sich Widerstandsbewegungen angesichts von Ungleichheit, Ausschluss und Diskriminierung, die auf Geschlecht, Rasse oder Klasse beruhten – also aus ‚privaten‘ Gründen. Die Arbeiten der feministischen Politikwissenschaft entstanden u.a. in der Auseinandersetzung mit Michel Foucaults Arbeiten zu Macht, Wissen und Widerstand. In ihnen diskutiert er Fragen des ‚Privaten‘, wie z.B. Sexualität, wenn Foucault nach der Produktion von Macht fragt: was ‚normal‘ sei – und was nicht (Foucault 1983). Dabei geht Foucault davon aus, dass Macht und Widerstand zwei Seiten einer Medaille sind, die sich in Körpern materialisieren: *weiße*, cis-männliche und ‚gesunde‘ Körper sowie Verhaltensweisen (Heterosexualität) werden normalisiert; ‚deviant‘ Körper und Sexualitäten erscheinen als widerständig. Denn sie widerstehen der Normalisierung. Macht kann also über Normalisierung patriarchale Ordnungen stabilisieren, während sie zugleich Widerstände hervorbringt, die diese in Frage stellen. In diesem Sinne versteht Foucault, und mit ihm insbesondere poststrukturalistische feministische Theorie, Macht als produktiv.

3 Macht als Erscheinungsraum der Vielen: Widerständige Körper und demokratisierende Verweigerung

Kritische Perspektiven auf die Reproduktion von Macht kennen verschiedene Formen widerständigen Handelns, die sich jeweils auch situativ ändern. So gibt es Widerstände, die die Macht herausfordern, sie aber *nicht grundlegend* verändern. Dann gibt es Widerstände, die sich dem herrschenden System radikal verweigern und seine Netzwerke der Macht umstürzen wollen. In sexismus-, rassismus- oder klassismus-kritischen Widerständen geht es darum, politisches Handeln ‚devianter‘ Körper sicht- und wahrnehmbar zu machen. Das Spektrum widerständigen Handelns reicht dabei von Schriftzügen auf Häuserwänden („leave no one behind“), Körpern („My body, my choice“) oder T-Shirts („Refugees Welcome“) über lautstarke Proteste in den Metropolen („Say it loud, say it clear ...“) bis hin zu stummen Akten der Verweigerung (Selbstverbrennung, Hungerstreik).

Widerstand wird in diesen konkreten Phänomenen als ein „Nein“ verstanden, z.B. als Absage an eine patriarchale Gesellschaftsstruktur, über die eine (hetero- und cis-)sexistische, eine rassistische, klassistische und ableistische Herrschaft reproduziert wird. Diese Vorstellung von Widerstand als Dissens ist in Radikalen Demokratietheorien (RDT) ausgearbeitet worden (Mouffe 2005; Rancière 2002; Comtesse u.a. 2019). Radikal ist die Demokratie in diesen Theorien, da sie von einem Anspruch *aller* auf Erweiterung von Gleichheit und Freiheit ausgehen. Allerdings fehlt der RDT – eine Kombination postmarxistischer und poststrukturalistischer Theorien – eine dezidierte Analyse von Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Rasse. Die politischen Subjekte der RDT sind seltsam körperlos. Daher werde ich sie mit den körper-zentrierten Ansätzen der queer_feministischen, postkolonialen und Schwarzen Theorie konfrontieren. Ich beginne mit einer kurzen Vorstellung der RDT. Ihre *weißen* Stellen ergänze ich durch Arbeiten des Schwarzen Feminismus. Im Anschluss diskutiere ich das Verhältnis zwischen Widerstand und Körperlichkeit in Bezug auf die intersektionale Trias Klasse, Rasse und Geschlecht. In einem dritten Schritt stelle ich Widerstand als eine demokratisierende Verweigerung vor. Dabei teilen die unterschiedlichen Theorieansätze eine Gemeinsamkeit: Sie arbeiten sich an der traditionellen Verbindung von politischem Handeln und Sprechen(können) ab. Sie zeigen auf, wie das Gesehen- und Gehörtwerden von minorisierten Gruppen ideengeschichtlich sowie politiktheoretisch verunmöglicht wurde.

3.1 Politiken der ‚Unangemessenheit‘ und Fragen des Sprechenkönnens

RDT definiert politischen Protest als einen Bruch mit der herrschenden Ordnung: „Die politische Tätigkeit ist jene, die einen Körper von dem Ort entfernt, der ihm zugeordnet war oder die Bestimmung eines Ortes ändert; sie lässt sehen, was keinen Ort hatte gesehen zu werden, lässt eine Rede hören, die nur als Lärm gehört wurde“ (Rancière 2002: 41). In die-

sem Zitat beschreibt Jacques Rancière – einer der wichtigsten Theoretiker*innen der RDT –, dass Körper und deren Verhalten für das politische Handeln wichtig sind: Manches Sprechen wird nicht als solches wahrgenommen. Er verweist auf die Kritik an den normativen Ansprüchen an politisches Sprechen(können). Das Verlangen, gehört zu werden, ist für die RDT ein Akt politischen Widerstands, weil es Ungleichheit aufzeigt. Der Busstreik in den USA der 1960er Jahre ist hierfür ein gutes Beispiel: Schwarze und PoC weigerten sich, die für sie vorgesehenen Plätze im hinteren Teil des Busses einzunehmen. Sie reklamierten in diesen Streiks das Recht, dort sitzen zu dürfen, wo sie möchten. Die Aktivist*innen des Civil Rights Movement lösten sich von der rassistischen Raumordnung des Busses, und weiteten ihren Protest auf Restaurants, Schulen und Universitäten aus. In diesem Sinne versteht sich Widerständigkeit als eine Politik der „Unangemessenheit“ (Devenney 2020).

Die Arbeiten zu den rassifizierten und vergeschlechtlichten Subalternen der Postkolonialen Studien stellen bereits in den 1980ern eine ganz ähnliche Frage (Steyerl/Alleyne-Dettmers 2003; Reuter/Villa 2015). Gayatri Chakravorty Spivak (1988) adressiert das Nicht-Gehörtwerden von „Brauen Frauen“. An der Intersektion von Rasse, Geschlecht und Klasse – bzw. im Falle Indiens: Kaste – bleibt Sprechen unmöglich, da in einer patriarchalen und (neo-)kolonialen Gesellschaft Sprechakte von (armen) Women of Color nicht als ‚angemessenes‘ politisches Sprechen wahrgenommen werden.

Auch Schwarze (queer-)feministische Ansätze kritisieren den hegemonialen (*weißen*) Imperativ der Angemessenheit. Mit Verweisen auf unangemessenes Verhalten wurde z.B. der Protest Schwarzer Frauen für reproduktive Rechte und medizinische Gleichbehandlung als illegitim diskreditiert. Die Kritik Schwarzer Feminismen bezieht sich einerseits auf gesellschaftliche Machtstrukturen (Femina Politica 2021). Sie rekurriert jedoch andererseits auf die Disziplin der politischen Ideengeschichte und Theorie. Denn der hegemoniale akademische Habitus ist von traditionellen Vorstellungen von Männlichkeit, von *Weißsein* und von bildungsbürgerlichen Idealen durchdrungen. Die ‚angemessene Ordnung‘ besagt meist nichts anderes als „to do philosophy like a white man“ (James 2014: 191). Diesen Habitus fordern (Schwarze) FLINTA* und PoC heraus, die in der Akademie nach wie vor stark unterrepräsentiert sind (Karera 2021). Zusammenfassend hinterfragen widerständige (Denk-)Bewegungen der *impropriety* das rationalistische, vergeschlechtlichte Paradigma des Politischen: seine Theoretisierung als auch sexualisiert-rassifizierte Tropen, wie die der ‚angry (black) woman‘ (Lorde 1981).

3.2 Widerstand und Körperlichkeit: Klasse – Rasse – Geschlecht

Wie und ob politisches Handeln als solches wahrgenommen wird, hängt nicht nur an Sprache, sondern auch an Körperlichkeit. Denn Macht schreibt sich in Körper ein. Sie sind Träger von Macht bzw. Macht manifestiert sich in und an Körpern. Machtstrukturen, wie beispielsweise Heteronormativität, können parodiert – z.B. *drag* – und damit herausgefordert

werden (Butler 1991). Daher ist es wichtig, dass jeder Körper ein „Recht auf Erscheinen“ reklamiert, das es ihm erlaubt, gesehen und gehört zu werden (Butler 2015). Im Gegensatz zu Arendts Machttheorie sind queer_feministische Ansätze sehr viel skeptischer, was die Möglichkeit des Gesehen- und Gehörtwerdens nicht-normalisierter Körper jenseits ihrer ‚Devianz‘ angeht. Um die soziale, rechtliche und politische Exklusion herauszuarbeiten, zeigen sie, inwieweit (widerständige) Körper an die Konstruktionen körperlicher Normen gebunden sind. Beispielsweise ist die liberale Demokratie, historisch wie normativ, durch eine weiße, cis-männliche, bürgerliche Norm geprägt (Distelhorst 2016). Ein queer_feministisches Recht auf Erscheinen problematisiert daher, dass nicht alle Zugang zum politischen Raum erhalten. Widerstand dreht sich daher auch um die Ausweitung von Sichtbarkeit verschiedener Körper und das Gehörtwerden verschiedener Stimmen. Das *Recht auf Erscheinen* führt zu einer Demokratisierung, weil marginalisierte Körper im Raum des Politischen mit ihrer Forderungen nach mehr Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit sichtbar werden. Dennoch bleiben vergeschlechtlichte, rassifizierte oder als ‚anders‘ stigmatisierte Subjekte unsichtbar; oder anders formuliert: ihr Erscheinen setzt sie der Gewalt aus, die ihr Recht auf Leben infrage stellt und sie sanktionslos töten kann, wie dies über Jahrhunderte hinweg für versklavte Personen galt und noch heute auf Schwarze und PoC zutrifft (Emejulu 2022).

Rassismus- und sexismus-kritische Perspektiven betonen, dass politisches Handeln durch die Vielen ausgeübt wird. Die Vielen können Einzelne zumindest ein wenig besser schützen – so die Hoffnung. Die Figur der Versammlung spielt deswegen eine zentrale Rolle. Wenn wir einen kritischen Blick in die Ideengeschichte werfen, sind es republikanische Ansätze, wie die von Arendt oder Jean-Jacques Rousseau (2003 [1762]), die die Notwendigkeit der Versammlung betonen. Problematisch ist hier erstens, dass sich im Republikanismus nur Bürger versammeln – weder Frauen noch Nicht-Bürger, zu denen Kinder ebenso gehören wie Sklav*innen, sind zugelassen. Zweitens überhöhen solche Ansätze die Versammlung des Volkes. Dies kann zu rassistischen, sexistischen und klassistischen Definitionen der Versammlung führen (Gebhardt 2021), gegen die sich queere und Schwarze feministische Kritiken richten. Sie betonen zwar die Versammlung als Ort des Widerstands, z.B. wenn sich Sklav*innen nachts Geschichten über gelungene Fluchtversuche erzählten, adressieren jedoch auch die Ausschlüsse, die Versammlungen notwendigerweise produzieren. Ein zentrales Anliegen dieser Feminismen ist daher die Sichtbarmachung des Ausschlusses.

Ausschlüsse sichtbar zu machen ist eine demokratisierende, wenngleich auch gefährliche Praxis. Intersektionale Feminismen zeigen auf, wie sich Zugangsmöglichkeiten für Gruppen verschlechtern, sobald sich verschiedenen Diskriminierungsachsen in und an ihren Körpern manifestieren (Crenshaw 1991). Marginalisierte Gruppen sind nicht alle gleichermaßen von Diskriminierung und Gewalt betroffen. Vielmehr äußert sich diese in spezifischen Formen. Für Praktiken und Theorien des Widerstands ist damit auch eine Reflexion der eigenen Positioniertheit verbunden. Dabei geht es nicht nur darum, unsichtbare Positionen zu visibilisieren, sondern auch bereits sichtbare (hegemoniale) Positionen kritisierbar zu machen. Postkoloniale Ansätze betonen daher, dass hegemoniale Positionen ihre Privilegien „ver-

lernen“ und stattdessen lernen müssen „hinzuhören“, um Hegemonie zu dekonstruieren (Spivak 1988).

In der Normierung und Normalisierung bestimmter Körper wird jedoch auch ein Widerstandspotential nicht-normalisierter Körper wirksam, wie wir an den Kämpfen von FLINTA*, PoC und Menschen mit Behinderung sehen können. Aktivistische Kämpfe, wie Ni Una Menos, Slutwalks oder Sorgestreiks, haben Normalisierung genutzt, um sie zu hinterfragen. Feministische Denker*innen und post- bzw. dekoloniale Feminist*innen haben die Widerstände dieser Gruppen theoretisch begleitet (Lugones 2010; Kastner 2020): Grada Kilomba (2019) versteht den Körper als ein „politisches Werkzeug“ des Widerstands; Verónica Gago (2018: 40) schreibt, dass feministische Kämpfe auch deshalb beim Körper beginnen, weil „er sehr konkrete Bedingungen dafür schafft, wie wir unsere Widerstände denken können, unsere Wege, die Wunde (für viele von uns: die koloniale Wunde) zum Ausgangspunkt zu machen, um die politische Szene in ihren tiefsten Überzeugungen durcheinanderzubringen.“ So haben unterschiedliche Körper unterschiedlichen Zugang zu politischen Räumen, in denen sich Widerstand formieren kann: Fragen von Rasse, Klasse und Geschlecht spielen eine zentrale Rolle. Widerstand ist demnach nicht nur sprachlich, sondern auch verkörpert: An und in den nicht-männlichen, nicht-weißen Körpern, also den queeren, weiblichen, Schwarzen, Braunen und ‚deformierten‘ Körpern materialisiert sich Macht – Körper, die die politische Ideengeschichte in den Herrschaftsbereich des Privaten verbannte und ihnen damit über Jahrhunderte hinweg Zugang zum Politischen verwehrte (Ludwig 2021).

3.3 Widerstand als demokratisierende Verweigerung

Widerstand zeigt sich in den versammelten Körpern auf der Straße, die sich weigern, ‚angemessen‘ zu handeln. Ihr Widerstand ist verque(e)r. Queer_feministische Theorien der Verweigerung verstehen die Versammlung präsentisch: als ein Erscheinen im Hier und Jetzt (Butler 2015; Lorey 2020; Honig 2021). Sie beschreiben Bewegungen, wie z.B. BlackLivesMatter, als ein präsentisches Erscheinen der marginalisierten Körper, womit sie sich ihrer Unsichtbarmachung verweigern und stattdessen ein Gemeinsames hervorbringen: ihren Dissens gegenüber der hegemonialen Ordnung. Hierbei spielen Affekte eine besondere Rolle. Sie zeigen auf, dass auch vermeintlich ‚irrationales‘ Handeln politisch ist und dass Gefühle wichtige Mobilisatoren im emanzipatorischen Kampf darstellen (Bargetz/Sauer 2015; Gebhardt 2019). Wut und Empörung über Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Unfreiheit treiben rassifizierte und vergeschlechtlichte Körper auf die Straße (Lorde 1981). Oftmals wurden jedoch Proteste aufgrund ihrer Emotionalität als unangemessen oder sogar als (staats-)gefährdend delegitimiert.

Wie FLINTA* durch Anrufungen des Unangemessenen als unpolitische Akteur*innen, ja Verrückte und Wahnsinnige, abgetan wurden, zeigt ein Beispiel aus der antiken Dichtung. In ihrer Lektüre des antiken Dramas *Die Bacchae* von Euripides entwickelt Bonnie Honig (2021) eine queer_feministische Theorie der Verweigerung. Die Protagonistinnen – eine Art

anarcha-feministisches Kollektiv – verweigern sich der patriarchalen Ordnung der *polis* in dreifacher Weise: Sie verlassen ihren ‚angestammten Platz‘ (*oikos*) und drängen in die politische Öffentlichkeit. Sie verweigern damit die vergeschlechtliche Reproduktionsarbeit und treten in einen Sorgestreik. Dann verlassen sie die Stadt – die symbolisch für die patriarchale Ordnung steht –, um alternative Formen des Zusammenlebens auszutesten. Hier verschwimmen die Grenzen zwischen den Geschlechtern und den Spezies. Schließlich kehren sie in die Stadt zurück und fordern ihre radikale Veränderung nach Prinzipien der Gleichheit und Freiheit.

In den traditionellen Interpretationen werden die Bacchae als wahnsinnig gewordene Frauen gelesen, die von einem fremden Gott, Dionysos, verführt wurden: Laut der normativen Ordnung der Stadt können/dürfen streikende Frauen keine eigenständig handelnden politischen Subjekte sein. Stattdessen wird ihr Verhalten über die Steuerung durch einen fremden Mann/Gott erklärt, der sie zu ‚unangemessenem‘ Handeln verführt. Sexismus, Misogynie und Rassismus verzahnen sich in diesen Interpretationen. Honigs queer_feministische Lesart verdeutlicht, wie widerständige Personengruppen pathologisiert werden, um ihre Ansprüche auf Freiheit und Gleichheit zu delegitimieren. Die Bacchae, angeführt von drei Schwestern, zeigen auf, wie feministische Kämpfe normative Erwartungen an Mutterschaft und Weiblichkeit unterlaufen und stattdessen eine schwesterliche Solidarität praktizieren. Die vielen (FLINTA*) Körper auf den Straßen der Stadt weigern sich, die Herrschaft des Patriarchats anzuerkennen. Dass sie am Ende mit ihren Forderungen kein Gehör finden, wie die Subalterne bei Spivak, und als Schlangen (!) die Stadt verlassen müssen, deutet Honig (2021) als die Tragik der Stadt, die noch nicht bereit sei für eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

4 Fazit

Widerstand ist verkörpert und an einen Erscheinungsraum der Macht gebunden. Dabei hinterfragt er die Reproduktionsbedingungen der Macht und zeigt auf, wie Herrschaft- und Machtverhältnisse durch gemeinsames Handeln (auf der Straße) herausgefordert werden können – ohne zu verkennen, dass diese Herausforderungen immer auch mit Risiken, Verletzungen, Verbannung, Gewalt oder auch Tötung verbunden sind; dies zeigen Morde an feministischen Aktivist*innen wie Cecilia Monzón und Marielle Franco.

In Zukunft gilt es, den Dialog zwischen feministischer Theorie und Praxis weiter auszubauen. Außerdem muss die extensive Literatur und Forschung zu Widerstand der Politischen Theorie und Ideengeschichte um eine geschlechter- und queer_theoretische sowie rassistisch-kritische Perspektive erweitert werden. Dabei muss die feministische Literatur und Forschungslandschaft selbstkritisch ihre *weißen* Flecken aufarbeiten. Die Vormachtstellung des *weißen* (bürgerlichen) Feminismus muss gebrochen, intersektionale Perspektiven gestärkt, Wissensbestände des Globalen Südens verbreitet und Kämpfe von Aktivist*innen *of color*

viel stärker berücksichtigt werden – und zwar in ideengeschichtlicher wie auch in zeitgenössisch-theoretischer Hinsicht.

Literaturverzeichnis

- Arendt, Hannah (1958): *Vita activa. Oder Vom tätigen Leben*. München: Piper.
- Arendt, Hannah (1989): *Ziviler Ungehorsam*. In: *Zur Zeit. Politische Essays*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Aristoteles (1989): *Politik*. Stuttgart: Reclam.
- Bargetz, Brigitte (2016): *Ambivalenzen des Alltags. Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen*. Bielefeld: transcript.
- Bargetz, Brigitte/Sauer, Birgit (2015): *Der affective turn. Das Gefühlsdispositiv und die Trennung von öffentlich und privat*. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 24, S. 93–102.
- Bielefeldt, Heiner (2002): *Widerstandsrecht*. In: Heitmeyer, Wilhelm/Hagan, John (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 1361–1378. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80376-4_56.
- Butler, Judith (1991): *Gender trouble: feminism and the subversion of identity*. New York/London: Routledge.
- Butler, Judith (2015): *Notes toward a performative theory of assembly*. Cambridge/London: Harvard University Press.
- Comtesse, Dagmar/Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Nonhoff, Martin (Hrsg.) (2019): *Radikale Demokratietheorie: ein Handbuch*. Berlin: Suhrkamp.
- Crenshaw, Kimberlé (1991): *Mapping the margins: intersectionality, identity politics, and violence against women of color*. In: *Stanford Law Review* 43, S. 1241–1299.
- Devenney, Mark (2020): *Towards an improper politics*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Distelhorst, Lars (Hrsg.) (2016): *Staat, Politik, Ethik. Zum Staatsverständnis Judith Butlers*. Baden-Baden: Nomos.
- Emejulu, Akwugo: *Fugitive feminism*. London: Silver Press.
- Foucault, Michel (1983): *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gago, Verónica (2018): *#NosotrasParamos. Notizen zu einer politischen Theorie des feministischen Streiks*. In: *8M – Der große feministische Streik. Konstellationen des 8. März*. Wien: transversal texts, S. 25–41.
- Gebhardt, Mareike (2019): *The populist moment: affective orders, protest, and politics of belonging*. In: *Distinktion: Journal of Social Theory* 22, S. 129–151. <https://doi.org/10.1080/1600910X.2019.1653346>.
- Gebhardt, Mareike (2021): *Der Spuk des Politischen. Widerständige Figuren jenseits ethnonationaler und institutioneller Engführung von Politik*. In: Flügel-Martinsen, Oliver/Martinsen, Franziska/Saar, Martin (Hrsg.): *Das Politische (in) der Politischen Theorie*. Baden-Baden: Nomos, S. 95–120. <https://doi.org/10.5771/9783748927907>.
- Habermas, Jürgen (1983): *Ziviler Ungehorsam. Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik*. In: Glotz, Peter (Hrsg.): *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 29–53.
- Hobbes, Thomas (1651): *Leviathan. Erster und zweiter Teil*. Stuttgart: Reclam.
- Honig, Bonnie (Hrsg.) (1995): *Feminist interpretations of Hannah Arendt*. University Park: Pennsylvania State University Press.
- Honig, Bonnie (2021): *A feminist theory of refusal*. Cambridge/London: Harvard University Press.
- James, Denise (2014): *Musing: a black feminist philosopher: Is that possible?* In: *Hypatia* 29, S. 189–195.

- Kant, Immanuel (1797): *Die Metaphysik der Sitten*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Karera, Axelle (2021): Black feminist philosophy and the politics of refusal. In: Hall, Kim Q./Ásta (Hrsg.): *The Oxford Handbook of feminist philosophy*. Oxford: Oxford University Press, S. 1–12. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780190628925.013.9>.
- Kastner, Jens (2020): Theoretikerin des Widerstands. Der dekolonialistische Feminismus wurde maßgeblich durch die argentinische Philosophin und Aktivistin Maria Lugones geprägt [sic]. In: *analyse & kritik* 666, S. 33.
- Kilomba, Grada (2019): The body as a political tool. Online unter <https://kadist.org/program/the-body-as-a-political-tool/> [Zugriff: 24.06.2022].
- Locke, John (1689): *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lorde, Audre (1981): The uses of anger. In: *Women's Studies Quarterly* 9, S. 7–10.
- Lorey, Isabell (2020): *Demokratie im Präsens. Eine Theorie der politischen Gegenwart*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ludwig, Gundula (2016): Das „liberale Trennungsdispositiv“ als staatstragendes Konstrukt. Eine queer-feministische hegemonietheoretische Perspektive auf Öffentlichkeit und Privatheit. In: *Politische Vierteljahresschrift* 57, S. 193–216.
- Ludwig, Gundula (2021): Körper und politische (An-)Ordnungen. Zur Bedeutung von Körpern in der modernen westlichen Politischen Theorie. In: *Politische Vierteljahresschrift* 62, S. 643–669. <https://doi.org/10.1007/s11615-021-00357-4>.
- Lugones, María (2010): Toward a decolonial feminism. In: *Hypatia* 25, S. 742–759. <https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.2010.01137.x>.
- Martinsen, Franziska (2022): Kanon oder nicht – Feministische Perspektiven in der Politischen Theorie. In: Flügel-Martinsen, Oliver/Jörke, Dirk (Hrsg.): *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte*. Baden-Baden: Nomos, S. 275–296. <https://doi.org/10.5771/9783748928454-275>.
- Maus, Ingeborg (1994): *Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluß an Kant*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2005): *On the political*. New York/London: Routledge.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rawls, John (1971): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reuter, Julia/Villa, Paula-Irene (2015): *Postkoloniale Soziologie. Empirische Befunde, theoretische Anschlüsse, politische Intervention*. Bielefeld: transcript.
- Rousseau, Jean-Jacques (1762): *Vom Gesellschaftsvertrag. Oder Grundsätze des Staatsrechts*. Stuttgart: Reclam.
- Sauer, Birgit (2001): *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*. Frankfurt am Main: Campus.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): Can the subaltern speak? In: Nelson, Cary/Grossberg, Lawrence (Hrsg.): *Marxism and the interpretation of culture*. Basingstoke: Macmillan Education, S. 66–111.
- Steyerl, Hito/Alleyne-Dettmers, Patricia (Hrsg.) (2003): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*. Münster: Unrast.
- (2021): Schwarze Feminismen – Black Feminisms. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 30.

Lese-Empfehlungen

Young, Iris Marion/Jaggar, Alison M. (Hrsg.): *A Companion to Feminist Philosophy*. Oxford, UK: Blackwell Publishing.

Kilomba, Grada (2008): *Plantation memories. Episodes of everyday racism*. Münster: Unrast.

Groß, Melanie (2007): Feministischer Widerstand aus post-/queer-/linksradikal-feministischer Perspektive. In: Winker, Gabriele/Bentrop, Stefanie (Hrsg.): *Queer-, feministische Kritiken neoliberaler Verhältnisse*. Münster: Unrast, S. 169–189.

Dr. habil. Mareike Gebhardt, Ko-Leiterin der Forschungsgruppe ZivDem („Zivile Seenotrettung als Kristallisationspunkt des Streits um Demokratie“, finanziert durch die Gerda Henkel Stiftung), Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster

III. Themen- und Politikfelder

Gleichstellungspolitik als politikwissenschaftliche Praxis

Clarissa Rudolph

Zusammenfassung

(Institutionalisierte) Gleichstellungspolitik in Deutschland ist seit ihrer Verankerung in Form von Frauenbeauftragten und Gleichstellungsstellen von Ambivalenzen geprägt. Sie ist konfrontiert mit Erwartungen der Frauenbewegungen, unterliegt Verrechtlichungen und den Grenzen des Verwaltungshandelns. Aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive stellen sich Fragen nach den Wirkungsmöglichkeiten von Gleichstellungspolitik und nach den Chancen der Weiterentwicklung im Kontext aktueller politischer Herausforderungen.

Schlüsselbegriffe

Gleichstellung, Gender Mainstreaming, Anti-Diskriminierung, Intersektionalität

1 Einleitung

Der Beginn von (institutionalisierter) Frauen- und Gleichstellungspolitik lässt sich für Westdeutschland auf den Anfang der 1980er Jahre datieren. Ziel dieses Prozesses war es, Emanzipationsbestrebungen in Institutionen und Organisationen einzuschreiben und damit zur Aufgabe institutionellen und staatlichen Handelns zu machen. Zu diesem Zweck wurden Personen oder Organisationseinheiten beauftragt, sich für die Umsetzung des in Art. 2 Abs. 3 GG festgelegten Gleichberechtigungsanspruch in die gesellschaftliche Praxis einzusetzen. Im Mittelpunkt ihrer Aufgaben stehen z.B. Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Schutz vor Gewalt gegen Frauen. Im Zuge der deutsch-deutschen Vereinigung wurden Gleichstellungsstellen auch in den ostdeutschen Ländern und Kommunen implementiert; Art. 3 Abs. 2 GG wurde zudem 1994 durch einen aktiven Gleichstellungs-

Dieser Beitrag wurde am 05.06.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Rudolph, Clarissa (2024): Gleichstellungspolitik als politikwissenschaftliche Praxis. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 171-180. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.gappcr.1-g>

auftrag an den Staat ergänzt. Seitdem haben sich Rahmenbedingungen, Instrumente und thematische Ausrichtungen verändert und angepasst. Wenngleich sich Gleichstellungspolitik in vielen gesellschaftlichen Bereichen etablieren konnte, werden Zielsetzungen und Wirkungsmöglichkeiten weiterhin kontrovers diskutiert. Zudem stehen die Gleichstellungsstellen vor neuen Aufgaben und sie müssen ihr Verständnis von Gleichstellung immer wieder neu konzeptionalisieren.

2 Gleichstellungsverständnis und Umsetzung

Gleichstellungspolitik orientierte sich zunächst an den patriarchalen Machtstrukturen entlang binärer heteronormativer Geschlechterverhältnisse. Sie ist angesiedelt in Hochschulen und Universitäten (vgl. Klammer u.a. 2020), in der Privatwirtschaft (vgl. Trenkmann 2017) und in der Politik (Beck/Henninger 2020) und setzt sich inhaltlich und strukturell für die Aufhebung ungleicher Geschlechterverhältnisse und deren Auswirkungen ein. Zur Veranschaulichung ihrer Handlungsoptionen konzentriere ich mich im Folgenden auf den staatlichen Bereich, in dem Frauenbüros und Gleichstellungsstellen daran arbeiten, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen innerhalb aller Ebenen der Verwaltung zu befördern und umzusetzen und Gleichstellung zum Maßstab von Verwaltungshandeln zu machen.

2.1 Staatliche Gleichstellungspolitik: Akteur*innen, Strukturen und Instrumente

Staatliche Gleichstellungspolitik ist auf kommunaler und Landesebene sowie im Bund angesiedelt. Ihre strukturelle Verankerung, ihre Aufgabengebiete und ihre Wirkungsmöglichkeiten sind in den Kommunalverfassungen, in den Landesgleichstellungsgesetzen und im Bundesgleichstellungsgesetz niedergelegt. Wurde Gleichstellungspolitik zu Beginn ihrer Implementierung oftmals von Einzelkämpferinnen in kleinen Referaten oder im Nebenamt vertreten, haben sie sich mittlerweile ein sichtbares *standing* innerhalb der Verwaltungen erarbeiten können: In den Kommunen sind sie zunehmend als Stabsstelle direkt bei den (Ober)Bürgermeister*innen angesiedelt (BAG o.J.), in Bundes- und Landesministerien werden Gleichstellungsbeauftragte oftmals der Hausleitung (Minister*in oder Staatssekretär*in) zugeordnet. Gleichzeitig ist auch eine Ausdifferenzierung des Zielgruppen- und Gleichstellungskonzepts sichtbar. Insbesondere auf kommunaler Ebene wird der Auftrag zur Gleichstellung ausgeweitet auf verschiedene gesellschaftlich marginalisierte Gruppen, die insbesondere aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung von Diskriminierung betroffen sind.

Gleichwohl verbleibt ein zentraler Bestandteil der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten bei der Geschlechtergleichstellung (Rudolph/Schirmer 2004; Schreyögg/von Wrangel 2014). Ihre Instrumente zur Förderung der Gleichstellung sind innerhalb der Verwaltung (interne

Gleichstellungsarbeit) die Frauenförder-, Gleichstellungs- oder Chancengleichheitspläne, in denen insbesondere Einstellungs- und Beförderungsziele (Zielvorgaben oder Quoten) nach Geschlecht und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur geschlechtergerechten Personalentwicklung formuliert werden. Sanktionen, die bei Nichteinhaltung dieser Vorgaben wirksam werden, fehlen meistens in den Gesetzen und auch in den Gleichstellungsplänen.

Maßnahmen, die nach außen, also in die Öffentlichkeit hineinwirken, variieren je nach Themenfeld. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere die Themen Gewalt gegen Frauen, Erwerbsintegration und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie der Kampf gegen Sexismus und Diskriminierung. Teilweise gibt es Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung von Kooperationspartner*innen – wobei die Etats der Gleichstellungsstellen nicht sehr hoch sind. Kooperationen erfolgen mit zivilgesellschaftlichen Frauen- und Mädchengruppen oder mit Gleichstellungsbeauftragten anderer Organisationen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit stellt einen zentralen Bestandteil der Arbeit dar, insbesondere durch die Thematisierung von Geschlechterbildern und -klischees. Auf Landes- und Bundesebene findet die Förderung von wissenschaftlichen Studien zum Stand und zur Weiterentwicklung von Geschlechtergerechtigkeit statt. Zudem werden im Bundesfrauenministerium (BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) Gesetze zur Umsetzung und Durchsetzung von Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit konzipiert.

Zwischen interner und externer Gleichstellungspolitik ist das *Gender Mainstreaming* als Querschnittsaufgabe angesiedelt (Stiegler 2016). Damit wurde eine Methode etabliert, um die Beseitigung der Geschlechterungleichheiten und die Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit systematisch in das Verwaltungshandeln und in die Planung von (politischen) Maßnahmen zu integrieren. Darüber hinaus wurde mit dem Gender Mainstreaming auch die Allein-Zuständigkeit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten für Gleichstellung zurückgewiesen und zur Aufgabe der gesamten Organisation bzw. Institution gemacht – der Erfolg ist durchaus strittig. Zudem orientiert sich Gleichstellungspolitik seit dem 1. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung an der Lebensverlaufsperspektive (BMFSFJ 2012) und berücksichtigt damit, dass in unterschiedlichen Lebensphasen erstens unterschiedliche Entscheidungen von Frauen und Männern zu treffen sind, die zweitens teilweise langfristige und unbeabsichtigte Folgen haben können und die drittens oft mit Bezug auf die Lebensvorstellungen anderer Personen, insbesondere die Partner*innen, zu treffen sind (*linked lives*).

2.2 Gleichstellung im politikwissenschaftlichen Diskurs

Politikwissenschaftlich wird Gleichstellungspolitik insbesondere als *policy* und damit als Politikfeld analysiert (Rudolph 2009), die allerdings im Kontext normativer Orientierungen (verfassungsmäßige Gleichberechtigung und Streben nach Geschlechtergerechtigkeit – *polity*; Gerhard 2018) und immer im Konflikt unterschiedlicher Machtstrukturen und Interessen (*politics*; Marx Ferree 2018) zu verorten ist. Mit diesem Ansatz steht Gleichstellungs-

politik in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen im Zentrum zahlreicher politikwissenschaftlicher Analysen (Bothfeld/Kuhl 2008). Neben der Frage der Implementierung und Umsetzung wird der rechtliche Rahmen von Gleichstellungspolitik und die Wirksamkeit ihrer Instrumente (Kortendiek u.a. 2021) sowie die Bedeutung der verwaltungsmäßigen Integration von Gleichstellung (Wilde 2001) diskutiert. Viele der Studien haben eine stark anwendungsbezogene Ausrichtung, weil sie auch der Selbstvergewisserung der Praktiker*innen dienen (Geithner-Simbine 2016).

Im Weiteren wird Gleichstellung im Kontext der (vergleichenden) Gender-Regime-Forschung untersucht und deutlich gemacht, dass bei der Analyse von Wohlfahrtsstaaten auch die Perspektive der Geschlechterverhältnisse integriert werden muss (Walby 2020). Durch die Frage nach dem Zusammenhang von Gleichstellungspolitik und Neoliberalismus insbesondere im Kontext der EU-Gleichstellungspolitik (Wöhl 2007) konnte gezeigt werden, dass sich Ziele von Gleichstellungspolitik, wie z.B. die vermehrte Erwerbsintegration von Frauen, vortrefflich mit den Vorstellungen der allzeit verfügbaren Arbeitsmarkt-Bürgerin des aktivierenden Wohlfahrtsstaats verknüpfen lassen (Sauer 2008). Bei der Frage nach der Effektivität von Gleichstellungsmaßnahmen rückt die Analyse politischer Steuerung ins Zentrum der Betrachtungen, wobei sich zeigt, dass die Effektivität von Gleichstellungsinstrumenten in hohem Maße von der normativen Eindeutigkeit und Verbindlichkeit der Ziele und der Sanktionsbereitschaft bei Nicht-Erreichung abhängig ist (Bothfeld/Rouault 2015).

Seit einiger Zeit entwickeln sich aus politikwissenschaftlich-feministischen Diskursen zur Intersektionalität neue Herausforderungen für die konkrete Gleichstellungspolitik (Mauer/Leinius 2021), insbesondere im Hinblick auf den kategorialen Bezug auf Frauen. Ansatzpunkte stellen hierzu die Ausdifferenzierung der Kategorie Geschlecht sowie Politiken der Anti-Diskriminierung dar (Darowska 2022).

3 Gesellschaftliche Transformationen im Spiegel der Gleichstellungspolitik

3.1 Gleichstellung als gesellschaftliche Praxis feministischer Anliegen?

Die Implementierung und Ausgestaltung von Gleichstellungspolitik kann als Resultat und als Antwort auf jahrelange Kämpfe der Frauenbewegungen in Deutschland angesehen werden. Dabei war die Institutionalisierung umstritten: Befürchteten autonome Feministinnen und feministische Wissenschaftler*innen eine Abschwächung und Umdeutung radikaler Forderungen der Bewegung, verwahrten sich insbesondere konservative Politiker*innen und Vertreter*innen der Verwaltung gegen diesen Störfaktor, weil das Anliegen, die Perso-

nen und die Form der Implementierung nicht zur traditionellen Bürokratie und ihrer Verwaltungslogik passten.

In der Gleichstellungspolitik ist zu unterscheiden zwischen einer symbolischen und einer materiellen Wirkung: Auf symbolischer Ebene ist es als Erfolg zu bezeichnen, dass Gleichstellungspolitik inzwischen als konstitutiver Bestandteil moderner Politik und Verwaltungen gilt. Materiell ist jeweils zu differenzieren nach den einzelnen Themenfeldern und danach, in welchem Umfang die anvisierten Ziele erreicht werden konnten. So spricht die erhöhte Frauenerwerbstätigkeit aufgrund einer Zunahme von 15 Prozentpunkten zwischen 1991 und 2020 zunächst für die Durchsetzung von mehr Gleichstellung im Erwerbsleben (WSI GenderDatenPortal 2022). Gleichzeitig basiert diese erhöhte Erwerbstätigkeit vor allem auf einer deutlichen Zunahme der Teilzeitarbeit von Frauen. Darüber hinaus lässt sich infrage stellen, ob denn eine Erwerbsintegration zu den Bedingungen eines patriarchalen Kapitalismus (Scheele 2018) tatsächlich ein anzustrebendes Ziel ist. Gleichwohl finden sich viele Forderungen und Inhalte der Frauenbewegung der 1960er und 70er Jahre im Tätigkeitsfeld von Gleichstellung. Schreyögg/von Wrangel (2014) fassen zusammen, dass durch die Gleichstellungsstellen viele Lernprozesse angestoßen werden konnten, und dass gleichzeitig die Sicherung von Erfolgen die zentrale Zukunftsaufgabe der Gleichstellungsbeauftragten sei.

3.2 Erfolge und Grenzen von Gleichstellungspolitik

In den letzten 40 Jahren lassen sich rechtliche, politische und gesellschaftliche Gleichstellungsfortschritte feststellen.

Auf rechtlicher Ebene ist zunächst die Ergänzung des Grundgesetzes um die staatliche Aufgabe der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung ein entscheidender Schritt gewesen. Auch die Verabschiedung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im Jahre 2006 und die Etablierung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stellen einen wichtigen rechtlichen und politischen Schritt dar. Dadurch werden intersektionale Machtverhältnisse deutlicher sichtbar. Auf Länderebene sind mittlerweile in allen Bundesländern Gleichstellungs- oder Gleichberechtigungsgesetze verankert.

Auch im politischen Bereich lassen sich durchaus Fortschritte feststellen. Insbesondere im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf konnten flexible Maßnahmen durch das Elterngeld und die Elternzeit oder z.B. eine Pflegezeit für pflegende Angehörige umgesetzt werden – wenngleich es hierbei immer noch eine implizite Adressierung der Maßnahmen an Frauen gibt. Im Bereich des Schutzes von Frauen gegen sexualisierte Gewalt stellen insbesondere das Gewaltschutzgesetz (häusliche Gewalt) und das reformierte Sexualstrafrecht (sexuelle Selbstbestimmung) wichtige Meilensteine dar, die auf langjährige Kämpfe der Frauenbewegungen und von Frauenbeauftragten zurückgehen. Die Abschaffung des § 219a StGB (sog. Werbeverbot für Frauenärzt*innen, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen) ist angesichts der Klagekampagnen von radikalen Abtreibungsgegner*innen zwar

erfreulich, gleichwohl stellt der existierende § 218 StGB (Rechtswidrigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen) noch immer einen massiven Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht von Frauen dar. Die mangelnde Repräsentation von Frauen insbesondere in der Kommunalpolitik ist ein Thema, das von Frauenbeauftragten schon in vielfältiger Weise bearbeitet wurde und bei dem sich nur sehr langsame Fortschritte zeigen.

Auf gesellschaftlicher Ebene zeigen sich ebenfalls Ambivalenzen: So zeigt Wippermann (2020) beispielsweise, dass der Begriff und das Phänomen *Sexismus* in einer repräsentativen Befragung gleichermaßen als „kulturelle Diffamierung vom Mannsein“ verstanden wie auch als Kennzeichnung eines traditionellen abwertenden Rollenverständnisses verwendet wird (ebd., 100). Die hoch aufgeladenen Debatten zum *Gendern in der Sprache* zeugen ebenfalls von starken gesellschaftlichen Dissonanzen.

Auch die Situation von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten ist immer noch widersprüchlich. Zwar haben sie erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten und Ansatzpunkte für die Integration von Genderperspektiven. Gleichzeitig müssen sie um die Beachtung ihrer Rechte und Einspruchsmöglichkeiten kämpfen, z.B. bei Personalfragen (BAG o.J.).

4 Aktuelle Herausforderungen für Gleichstellungspolitik

Die Debatten um Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung unterliegen einem zeithistorischen und gesellschaftlichen Wandel. Umso wichtiger ist es für die Akteur*innen, ihre Inhalte und Strategien immer wieder zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Die beiden grundlegenden aktuellen Herausforderungen, mit denen sich Gleichstellungsakteur*innen auseinandersetzen müssen und die im Folgenden kurz skizziert werden, stellen zwei gegensätzliche Pole der Debatten dar.

4.1 Angriffe aus dem (extrem) rechten Spektrum

Gleichstellung, Gleichstellungspolitik und die Einrichtung von Gleichstellungsstellen waren nie unumstritten. In den letzten Jahren sind die Akteur*innen und Einrichtungen allerdings zunehmend zu Zielen national-konservativer, rechtspopulistischer und rechts-extremer Angriffe geworden. Dieser Antifeminismus richtet sich insbesondere gegen Akteur*innen und Politiker*innen, die sich aktiv für Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellungspolitik einsetzen. Die Angriffe finden auf unterschiedlichen Ebenen statt: In Form der Infragestellung der Einrichtungen bzw. als persönliche Angriffe gegenüber den Amtsinhaber*innen, in inhaltlicher Weise, wenn die Anliegen von Gleichstellungspolitik als falsch und überholt dargestellt werden und schließlich durch eine Instrumentalisierung feministischer Anliegen (vgl. BAG 2018).

Die inhaltlichen Angriffe sind in sich widersprüchlich: Einerseits wird die Idee der Gleichstellung stigmatisiert und in einen Gegensatz zur Gleichberechtigung gebracht, die schon verwirklicht sei. Andererseits wird bspw. das Thema Gewalt gegen Frauen ethnifiziert und als Angriff ‚nordafrikanischer Männer auf weiße Frauen‘ kontextualisiert, dem sich die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten nicht entgegenstellen würden. Diese Diffamierung gleichstellungspolitischer Arbeit setzt sich auch in anderen Bereichen fort. So wird *Gender Mainstreaming* als Angriff auf Ehe und Familie und als Abschaffung von Geschlecht bezeichnet, womit ein verengter Begriff von Familie auf (bestenfalls deutsche) heterosexuelle Kleinfamilien verknüpft wird mit einer gleichzeitigen Abwertung von Diversität. Problematisch ist, dass es hierbei immer wieder zu Schnittpunkten mit konservativen Politiker*innen und Journalist*innen kommt, die solche Positionen der Abwertung auch in die sog. Mitte der Gesellschaft tragen (Lang 2019). Diese Angriffe und Auseinandersetzungen verschieben grundlegend gesellschaftliche Diskurse und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

4.2 Weiterentwicklung im Kontext von Diversität und Intersektionalität

Gleichstellungspolitik entwickelte sich zunächst entlang der binären Geschlechtergrenzen und kritisierte patriarchale Machtverhältnisse als eine zentrale gesellschaftliche Strukturierung. Dieses Konzept liegt auch heute noch ganz überwiegend der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten zugrunde. Spätestens mit der verfassungsgerichtlichen Entscheidung zur Etablierung einer dritten Geschlechtsoption und der Implementierung durch den Bundestag in Form des Geschlechtseintrags ‚divers‘ ist die Notwendigkeit einer konzeptionellen Weiterentwicklung sichtbar geworden. Auch von Seiten queer-feministischer Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen werden entsprechende Anforderungen formuliert. Gleichzeitig fordern auch rassismuskritische Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen eine anti-rassistische, intersektionale Gleichstellungsarbeit (Ha 2021). Insofern befassen sich die Gleichstellungsakteur*innen mit der Frage, wie ihre Praxis weiterzuentwickeln ist, angesichts der Diversität der Gesellschaft und der Heterogenität der (sozialen) Gruppe der Frauen.

Es geht dabei v.a. darum, Ungleichheit und Diskriminierung aus der Geschlechterperspektive und weiteren Diskriminierungsformen zu analysieren und entsprechende Gegenstrategien zu entwickeln. Die besondere Herausforderung besteht darin, einerseits mithilfe von binären Geschlechtskategorien die Wirkungsprinzipien geschlechtlicher Machtverhältnisse deutlich zu machen und andererseits diese Kategorien zu überwinden, um Diskriminierungen abbauen zu können. In den Blick rückt dabei zunehmend eine Kombination aus Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungspolitik. So entwickeln beispielsweise Reber/Rudolph (2022) eine Strategie für die Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit an Hochschulen. Diese umfasst zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote und fordert gleichzeitig die

individuellen und die institutionellen Akteur*innen auf, sich aktiv mit den Folgen von Sexismus und Diskriminierung auseinanderzusetzen und auch ihre Lehre entsprechend auszurichten. Intersektionale Gleichstellungspolitik unterstützt das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in all ihren unterschiedlichen Lebensrealitäten ebenso wie die Vielfalt geschlechtlicher Identitäten und bekämpft deren Abwertung und Ausgrenzung.

Darüber hinaus wäre Gleichstellungspolitik im Kontext von Solidaritätspolitik zu verorten, mit dem Ziel, dass es nicht zur Ausgrenzung von unterschiedlichen Akteur*innen und/oder zur Spaltung zwischen Identitäts- und Gleichstellungspolitik kommt (Stiegler 2022). Ziel ist eine Politik der „radikalen Solidarität“ (Sussemichel/Kastner 2020: 137), die zwar auf Differenzen basiert und individuelle Erfahrungen anerkennt, aber das Ziel verfolgt, Gemeinsamkeiten zu finden und kollektives politisches Handeln möglich zu machen.

5 Fazit

In der aktuellen Bestandsaufnahme dauern die Ambivalenzen von Gleichstellungspolitik an, weil einerseits viele rechtliche und politische Veränderungen zu mehr Gleichstellung von Frauen und Männern beigetragen haben. Andererseits konnten viele Ungleichheiten und Diskriminierungen nicht abgebaut werden und zudem gelingt die Verknüpfung mit z.B. sozialen oder ethnischen Ungleichheiten oft nur unzureichend. So ist die Weiterentwicklung zu einer intersektionalen Gleichstellungspolitik zwar in vielen Diskussionen der Gleichstellungsakteur*innen präsent, die Umsetzung stellt aber eine permanente Herausforderung dar. Es zeigt sich aber insgesamt, dass es der Gleichstellungspolitik gelingt, in der Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und gesellschaftlicher Praxis selbstreflexiv bisherige Arbeitsansätze infrage zu stellen und neue Herausforderungen in ihre politische Praxis zu integrieren.

Im Zwiespalt der aktuellen Herausforderungen wird die anhaltende Bedeutung von Gleichstellungspolitik sichtbar – als Perspektive, Personen und Institutionen, die gleichermaßen gegen ungleiche Geschlechterverhältnisse angehen, immer wieder für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und LGBTIQ+-Personen kämpfen und die die Gesellschaft für die Anerkennung von Vielfalt öffnen. Hierbei erweist sich gerade die Integration in Verwaltungen, Institutionen und Organisationen als hilfreich, weil hierdurch Brücken zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Sphären gebaut werden können.

Literaturverzeichnis

BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft kommunale Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (Hrsg.) (2018): Antifeminismus als Demokratiegefährdung? Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus. Berlin: BAG.

BAG – Bundesarbeitsgemeinschaft kommunale Frauenbüros und Gleichstellungsstellen (Hrsg.): Zur Situation der kommunalen Gleichstellungsstellen und Frauenbüros. Eine Diskussionsgrundlage. Berlin: BAG.

- Beck, Dorothee/Henninger, Annette (Hrsg.) (2020): Konkurrenz für das Alphamännchen? Politische Repräsentation und Geschlecht. *Geschlecht zwischen Vergangenheit und Zukunft des Zentrums für Gender Studies und Feministische Zukunftsforschung der Philipps-Universität Marburg* (9). Rossdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- BMFSFJ (Hrsg.) (2012): *Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht*. Berlin: BMFSFJ.
- Bothfeld, Silke/Kuhl, Mara (2008): Gleichstellungspolitik und feministische Politikwissenschaft – eine „unsichtbare Avantgarde“ der Governance-Forschung? In: Schuppert, Gunnar Folke/Zürn, Michael (Hrsg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt*. Wiesbaden: Springer VS, S. 330–351. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91066-6_16.
- Bothfeld, Silke/Rouault, Sophie (2015): Was macht eine effiziente Gleichstellungspolitik aus? Das Instrument Frauenquote im internationalen Vergleich. In: *WSI Mitteilungen* 68, S. 25–34.
- Darowska, Lucyna (2022): ‚Diversity‘ als Konzept für eine diskriminierungskritische und intersektionale Perspektive auf Geschlechtergerechtigkeit an der Hochschule. In: Rudolph, Clarissa/Reber, Anne/Dollsack, Sophia (Hrsg.): *Geschlechtergerechtigkeit und MINT: Irritationen, Ambivalenzen und Widersprüche in Geschlechterdiskursen an Hochschulen*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 229–246.
- Geithner-Simbine, Mandy (2016): Die kommunale Gleichstellungsbeauftragte – Institutionalisierung der Gleichstellung. In: Breger, Wolfram/Späte, Katrin/Wiesemann, Paula (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Berufsfelder*. Wiesbaden: Springer VS, S. 133–142. https://doi.org/10.1007/978-3-658-10457-3_15.
- Gerhard, Ute (2018): *Für eine andere Gerechtigkeit. Dimensionen feministischer Rechtskritik*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Ha, Noa K. (2021): *Aus der Ungleichheit in die Gleichstellung. Intersektionale Herausforderungen*. Online unter https://www.damigra.de/wp-content/uploads/DeZIM_Aus-der-Ungleichheit-in-die-Gleichstellung-Intersektionale-Herausforderungen_Maerz-2021.pdf [Zugriff: 02.06.2023].
- Klammer, Ute/Altenstädter, Lara/Petrova-Stoyanov, Ralitsa/Wegrzyn, Eva (2020): *Gleichstellungspolitik an Hochschulen. Was wissen und wie handeln Professorinnen und Professoren?* Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.3224/84742397>.
- Kortendiek, Beate/Mense, Lisa/Beaufaÿs, Sandra/Bünnig, Jenny/Hendrix, Ulla/Herrmann, Jeremia/Mauer, Heike/Niegel, Jennifer (2021): *Gender Pay Gap und Geschlechter(un)gleichheit an Hochschulen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-32859-7>.
- Lang, Juliane (2019): *Geschlecht als Kampfarena*. In: Dossier „Feminismus und Gender“ des Gunda-Werner-Instituts in der Heinrich-Böll-Stiftung. Online unter <https://www.gwi-boell.de/de/2019/07/03/geschlecht-als-kampfarena> [Zugriff: 02.06.2023].
- Marx Ferree, Myra (2018): *Feminismen: die deutsche Frauenbewegung in globaler Perspektive. Politik der Geschlechterverhältnisse* (54). Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Mauer, Heike/Leinius, Johanna (Hrsg.) (2021): *Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht. Politik und Geschlecht* (33). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Reber, Anne/Rudolph, Clarissa (2022): *Frauenförderung weiterdenken – Geschlechtergerechtigkeit wagen. Anti-Diskriminierung für mehr Geschlechtergerechtigkeit*. In: Rudolph, Clarissa/Reber, Anne/Dollsack, Sophia (Hrsg.): *Geschlechtergerechtigkeit und MINT: Irritationen, Ambivalenzen und Widersprüche in Geschlechterdiskursen an Hochschulen*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 265–274.
- Rudolph, Clarissa (2009): *Frauen- und Gleichstellungspolitik: Gesellschaftlicher Wandel durch Institutionen?* In: Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hrsg.): *Die feministischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 115–132.
- Rudolph, Clarissa/Schirmer, Uta (2004): *Gestalten oder verwalten? Kommunale Frauenpolitik zwischen Verrechtlichung, Modernisierung und Frauenbewegung*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-01245-0>.
- Sauer, Birgit (2008): *Neuliberale Verhältnisse. Staatlichkeit und Geschlecht*. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus*. Wiesbaden: Springer VS, S. 34–49. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90899-1_3.

- Scheele, Alexandra (2018): Erwerbsarbeit und Emanzipation. In: Scheele, Alexandra/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): *Feminismus und Marxismus. Arbeitsgesellschaft im Wandel*. Weinheim: Beltz Juventa, S. 115–127.
- Schreyögg, Friedel/Wrangell, Ute von (2014): Kommunale Gleichstellungsarbeit und ihre Akteurinnen – die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Auftrag – Umsetzung – Ergebnisse. In: *GENDER – Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* 6, S. 65–81.
- Stiegler, Barbara (2016): Gender Mainstreaming. In: Wiechmann, Elke (Hrsg.): *Genderpolitik. Konzepte, Analysen und Befunde aus Wirtschaft und Politik*. Baden-Baden: Nomos, S. 243–274.
- Stiegler, Barbara (2022): Gleichstellungspolitik auf dem Vormarsch. Aber was macht die Basis? In: *zwd Politikmagazin* 389.
- Susemichel, Lea/Kastner, Jens (2020): *Identitätspolitik. Konzepte und Kritiken in Geschichte und Gegenwart der Linken*. 2. Auflage. Münster: Unrast.
- Trenkmann, Jeannette (2017): *Frauen in Führungspositionen der deutschen Privatwirtschaft*. Wiesbaden: Springer Gabler. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-15767-8>.
- Walby, Sylvia (2020): Varieties of gender regimes. In: *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society* 27, S. 414–431. <https://doi.org/10.1093/sp/jxaa018>.
- Wilde, Gabriele (2001): *Das Geschlecht des Rechtsstaats. Herrschaftsstrukturen und Grundrechtspolitik in der deutschen Verfassungstradition*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Wippermann, Carsten (2022): *Sexismus im Alltag. Wahrnehmungen und Haltungen der deutschen Bevölkerung*. Berlin: BMFSFJ.
- Wöhl, Stefanie (2007): *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik. Königstein im Taunus: Ulrike Helmer Verlag*.
- WSI GenderDatenPortal (2022): *Erwerbstätigenquoten und Erwerbsquote 1991-2020*. Online unter <https://www.wsi.de/de/erwerbsarbeit-14617-erwerbstaetigenquoten-und-erwerbsquoten-14877.htm> [Zugriff: 02.06.2023].

Lese-Empfehlungen

- Fuchs, Gesine/Bothfeld, Silke/Leitner, Andrea/Rouault, Sophie (2016): *Gleichstellungspolitik öffentlicher Arbeitgeber: Betriebliche Gleichstellung in den Bundesverwaltungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Schlüter, Anne (Hrsg.) (2014): *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft. Schwerpunkt: Gleichstellung als Beruf* 14, 1.
- Wiechmann, Elke (Hrsg.) (2016): *Genderpolitik – Konzepte, Analysen und Befunde aus Wirtschaft und Politik*. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Prof. Dr. habil. Clarissa Rudolph, Professorin für Politikwissenschaft und Soziologie, Fakultät Angewandte Sozial- und Gesundheitswissenschaften der OTH Regensburg

Antifeminismus und Antigenderismus

Simon Fetz

Zusammenfassung

Weltweit mobilisieren rechte und konservative Bewegungen gegen Feminismus und „Gender“. Dabei greifen sie reproduktive Rechte, Sexualpädagogik oder die Öffnung der Ehe an. Der vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über feministische Debatten, die dieses Phänomen als Antifeminismus oder Antigenderismus analysieren. Dabei wird auf Akteur*innen, Ideologeme, zentrale Begriffe und Erklärungsansätze eingegangen.

Schlüsselbegriffe

Antifeminismus, Antigenderismus, Rechtspopulismus, Männlichkeiten

1 Einleitung

Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse stehen im Zentrum aktueller politischer Kämpfe. Rechtsextreme, rechtspopulistische, konservative, christlich-fundamentalistische, antifeministische, auch manche liberale und „linke“ Akteur*innen bilden eine diskursive und organisatorische Allianz gegen einen politischen Feind: „Genderfeminismus“, „Genderideologie“ oder kurz: „Gender“. Die Protagonist*innen dieser Kämpfe finden sich in den Redaktionen von Leitmedien, in den Fraktionen rechter Parteien, auf den Straßen bei Massenmobilisierungen gegen die Öffnung der Ehe, reproduktive Rechte oder Sexualpädagogik. Feministische Sozialwissenschaftler*innen sehen in diesen Mobilisierungen nicht nur ein Aufbegehren des Patriarchats gegen seine Gegner*innen, sondern auch ein zentrales Moment zum Verständnis des Erfolgs rechter Parteien und Ideologien.

Der hier vorliegende Beitrag gibt einen Überblick über die seit einigen Jahren (wieder) sehr lebhaft geführten Debatten zu Antifeminismus bzw. Antigenderismus. Dazu werden

Dieser Beitrag wurde am 05.06.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Fetz, Simon (2024): Antifeminismus und Antigenderismus. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 181-191. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.auasf.1-g>

zunächst die Akteur*innen und Ideologeme dieser Konstellation vorgestellt. Im Anschluss wird es um die Begriffe Antifeminismus und Antigenderismus gehen, um im letzten Teil dann auch auf einige sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze des Phänomens überblicksartig einzugehen.

Die Analysen zu diesem Phänomenbereich schließen an Debatten aus der Rechtspopulismus- und Rechtsextremismusforschung, der Bewegungsforschung und der Meinungsforschung an, wobei die Herausforderung für feministische Wissenschaftler*innen darin liegt, die häufige Ausblendung von Geschlecht in den kanonischen Arbeiten zu kritisieren und entsprechend geschlechterreflektierende Perspektiven zu erarbeiten.

2 Akteur*innen und Deutungsmuster

Zur Frage, von welchen Akteur*innen die Kämpfe gegen „Gender“ getragen werden, liegen einige Analysen und Länderstudien vor (Frey u.a. 2014; Köttig u.a. 2017; Kuhar/Paternotte 2017; Mayer u.a. 2018b; Sauer 2019). Für den sogenannten deutschsprachigen Raum werden folgende Akteursgruppen ausgemacht:

*Rechte Akteur*innen*: in Parlament und Zivilgesellschaft, z.B. AfD, FPÖ, SVP oder die „Identitäre Bewegung“

*(Rechts-)Konservative Akteur*innen*: rechte Flügel konservativer Parteien, christliche Vereine, Teile der Amtskirchen

*Explizit antifeministische Akteur*innen*: Männer- und Väterrechtler*innen, *Incels*¹ – vor allem in Social Media und Internetforen organisiert

*Wissenschaftler*innen*, die den *Gender Studies* Unwissenschaftlichkeit unterstellen und gegen sie anschreiben

*Journalist*innen*, die auch in Leitmedien wie FAZ, Spiegel oder Focus gegen Feminismus anschreiben

„*Besorgte Eltern*“: meist anlassbezogene Zusammenschlüsse, die z.B. gegen vielfaltsorientierte Sexualpädagogik mobilisieren

Diese Akteur*innen verwenden verschiedene Deutungsmuster, um die vermeintlichen Gefahren von „Gender“ und Feminismus zu behaupten. Folgende Deutungsmuster werden in der Literatur identifiziert:

(Re-)Naturalisierung von Geschlecht: Die binär gedachte Geschlechterdifferenz wird als natürliches Faktum verstanden. Diskursteilnehmer*innen, die diese ‚Wahrheit‘ in Frage

¹ Der antifeministische Online-Kult der *Incels*, der zur Radikalisierung vieler antifeministischer Terroristen beigetragen hat, wird in den Debatten bislang kaum berücksichtigt (Kracher 2020)

stellen, werden angegriffen. Zur Legitimierung dieser These wird häufig auf den ‚gesunden Menschenverstand‘ oder auf als unumstößlich dargestellte Evidenzen aus den Naturwissenschaften zurückgegriffen (Mayer u.a. 2018a).

Feindbild Genderismus: Die Bezugnahme auf den Feminismus ist ambivalent. Es finden sich selektive positive Bezugnahmen, etwa bezüglich der Forderungen nach Lohngleichheit oder historischer Errungenschaften wie des Wahlrechts für Frauen. Zugleich wird häufig ein postfeministisches Narrativ bedient, demzufolge Gleichberechtigung bereits erreicht und Feminismus somit anachronistisch sei. Konträr hierzu werden diverse feministische Kämpfe, wie etwa für reproduktive Gerechtigkeit, inklusive sexuelle Bildung oder für Trans*-Rechte unter dem Begriff „Genderismus“ subsumiert, als Ideologie markiert und politisch bekämpft (Graff/Korolczuk 2021; Sauer 2017).

Kindeswohl als Chiffre: Der Verweis auf das Wohl der Kinder fungiert als „moralische Waffe“ (Schmincke 2015: 93) und wird angeführt, um die Verwerflichkeit und Gefahr dessen, was unter „Gender“ subsumiert wird, zu belegen. Er „sichert Aufmerksamkeit, verleiht Glaubwürdigkeit und vor allem moralisches Gewicht“ (ebd.). So wird etwa argumentiert, eine vielfaltsorientierte Sexualpädagogik in Schulen führe zu einer „Frühsexualisierung“ von Kindern und sei diesen nicht zumutbar.

Versteckter Kommunismus: Der „Gender-Feminismus“ wird mitunter als direktes Erbe des Kommunismus dargestellt. Dies wird plausibilisiert, indem ideengeschichtliche Kontinuitäten von Karl Marx über Simone de Beauvoir bis zu Judith Butler gezogen werden. Kommunismus wie „Genderismus“ werden als im Kern totalitäre Projekte, die von einer globalen Elite durchgesetzt werden, imaginiert. Diese Narrative werden teilweise mit antisemitischen Codes verknüpft, was besonders deutlich wird in den Anfeindungen des Milliardärs Georg Soros in Ungarn oder in den Angriffen gegenüber Judith Butler als „Jewish Lesbian“ (Graff/Korolczuk 2021: 98)

„Gender“ als neuer Kolonialismus: In Osteuropa und Lateinamerika wird die „Genderideologie“ als eine Form des Kolonialismus kritisiert, die von westlichen Eliten, transnationalen Konzernen, der EU und NGOs vorangetrieben würde, um ihre Emanzipationsprogramme der lokalen Bevölkerung aufzudrängen. Das heteronormativ gefasste „Wir“ wird einer globalen Elite gegenübergestellt, die gleichermaßen für ökonomische Ausbeutung und kulturelle Kolonisierung verantwortlich gemacht wird (ebd.).

3 Antifeminismus, Antigenderismus, Rechtspopulismus

Heike Mauer (2021) unterscheidet zwei analytische Ansätze, mit denen sich dem Phänomen rechter und konservativer Geschlechterpolitiken und -diskursen angenähert wird. (1) Einige Autor*innen nähern sich dem Phänomen mit dem geschlechterkritisch erweiterten

begrifflichen Instrumentarium der Populismusforschung an. (2) Andere gehen vom Begriff des Antifeminismus aus und stellen heraus, wie dieser sich mit weiteren autoritären und rechtspopulistischen Akteur*innen und Ideologien verbindet. Dem Begriff des Antifeminismus wurde in den letzten Jahren derjenige des Antigenderismus beiseitegestellt, um gegenwärtige Formen der ideologischen Modernisierung erfassen zu können.² Ganz gleich welcher der Begriffe analytisch zentral gestellt wird, ein gewichtiges Anliegen ist den Perspektiven gemeinsam: Tendenzen der Autoritarisierung und des Erstarkens rechter politischer Projekte lassen sich nur dann angemessen verstehen, wenn Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse sowohl als deren Bedingungsgefüge sowie als Gegenstand politischer Kämpfe und Mobilisierungen eingeordnet werden.

3.1 Antifeminismus und Antigenderismus

In ihrer 1902 erschienenen Aufsatzsammlung *Die Antifeministen* schreibt Hedwig Dohm:

„Die Frauenfrage in der Gegenwart ist eine akute geworden. Auf der einen Seite werden die Ansprüche immer radikaler, auf der anderen die Abwehr immer energischer. Letzteres ist erklärlich. Je dringender die Gefahr der Fraueninvasion in das Reich der Männer sich gestaltet, je geharnischer treten ihr die Bedrohten entgegen.“

Mit diesen Zeilen beschreibt Dohm einen Analysetypus, der auch zum Verständnis heutiger geschlechterpolitischer Kämpfe herangezogen wird, wobei Antifeminismus als „institutionalisierte Opposition zu Emanzipationsanforderungen“ (Planert 1998, vgl. auch Schmincke 2018) konzipiert wird. In einem verwandten Ansatz wird Antifeminismus als von einem „heterogenen Akteursspektrum mit ideologisch diversen Positionen“ (Henninger 2020: 16) ausgehende gesellschaftliche Opposition gegen den Feminismus begriffen. Als antifeministisch werden hier jene Forderungen und Projekte eingeordnet, die gegen die „Liberalisierung und Entnormierung der Geschlechterverhältnisse“ opponieren (ebd.: 15).

Ein anderer Zugriff nähert sich dem Gegenstand mit dem Feld entlehnten Begrifflichkeiten wie „Antigenderismus“ oder „Anti-Gender Mobilisierungen“. Maihofer und Schutzbach (2015) gehen von einer historischen Kontinuität antifeministischer Bewegungen aus. Um jedoch deren zeitgenössische Ausdrucksformen angemessen verstehen zu können, schlagen sie vor, den klassischen Antifeminismus von dessen modernisierter Form, den sie als ‚Antigenderismus‘ bezeichnen, zu unterscheiden. Antigenderistische Diskurse

„richten sich im Unterschied zum klassischen Antifeminismus nicht mehr primär gegen die Frauenbewegung und ihre Forderungen und Errungenschaften, sondern gegen die Geschlechterforschung und insbesondere das mit dem Gender-Begriff verbundene dekonstruktivistische Verständnis von Geschlecht.“ (ebd.: 202)

² Begrifflich wird der Antifeminismus zudem von Sexismus und Misogynie abgegrenzt (vgl. Schmincke 2018).

Ein weiteres Novum besteht darin, dass Protagonist*innen des antigenderistischen Diskurses sich selbst als feministisch bezeichnen. Frauen und Männer seien diesem „toxischen Feminismus“ (Dietze 2019: 97ff.) folgend heute gleich an Rechten, jedoch von Natur aus verschieden. Diese natürlichen Wesensunterschiede gelte es gegen einen Feminismus zu verteidigen, der Geschlecht und Begehren als gesellschaftliche Konstrukte entlarvt, sie so entnaturalisiert und der emanzipativen Umgestaltung öffnet (Hark/Villa 2017: 90f.). Graff und Korolczuk bezeichnen diesen „central claim that ‚gender‘ is about collapsing natural differences“ zusammen mit der Behauptung „Gender“ sei eine von globalen Eliten gesteuerte Gefahr für Kinder, Familie und Reproduktion als ideologischen Kern des „Anti-Genderism“, der ein Andocken an konservative und rechtsextreme Diskurse erlaube (Graff/Korolczuk 2021: 20).

3.2 Erweitertes Populismuskonzept

Einige Autor*innen beziehen sich auf einen um geschlechtsspezifische Aspekte erweiterten Rechtspopulismus-Begriff (Dietze/Roth 2020; Graff/Korolczuk 2021; Sauer 2017). Als Ausgangspunkt dient häufig die verbreitete Definition von Mudde, der Populismus als ‚dünne‘ Ideologie, die im Kern die Gesellschaft als „seperated into two homogenous and antagonistic groups, the pure people and the corrupt elite“ betrachtet (Mudde 2019: 30). Da „kanonische“ Texte zu Rechtspopulismus Geschlecht höchstens marginal thematisieren, gilt es diese Analysen geschlechterkritisch weiterzudenken (Sauer 2017). Dietze und Roth schlagen vor mit dem Begriff *Right-Wing Populist Complex* „parties, movements, or organizations, but also [...] media discourses, narratives, and forms of action“ zu erfassen und darauf aufbauend auch geschlechtsspezifische Aspekte des Rechtspopulismus einzubeziehen (Dietze/Roth 2020: 8). Dem populistischen „Wir“ stehen in diesem Verständnis ein Feind im Innen (Eliten, Feminist*innen, LGBTIQ*-Aktivist*innen) sowie im Außen (Migrant*innen, „Gender-Ideologie“) entgegen. Diese Analysen werden durchaus mit den oben dargestellten Perspektiven verknüpft. Die Zugänge unterscheiden sich vor allem in ihrem Ausgangspunkt bei der Analyse (vgl. Mauer 2021).

4 Erklärungsansätze

4.1 „Gender“ im Kampf um Hegemonie

Um die Wirkmächtigkeit des Diskurses gegen „Gender“ zu erklären, nähert ein Ansatz sich dem Phänomen als politisches Projekt im Kampf um gesellschaftliche Deutungsmacht an (Grzebalska u.a. 2017; Motakef u.a. 2018; Sauer 2017). Eine diese Arbeiten verbindende Annahme ist, dass der Erfolg der Mobilisierungen gegen „Gender“ nicht allein in deren Strategien oder Rhetoriken zu suchen ist, sondern zudem gesellschaftliche Veränderun-

gen in Ökonomie, Politik, symbolischer Ordnung und den Geschlechterverhältnissen als Kontext zu untersuchen sind. Insbesondere solche Transformationen, die mit der neoliberalen Umstrukturierung europäischer Gesellschaften einhergehen, werden hier in den Blick genommen. Ein viel diskutierter Aspekt ist der Übergang von einem sozialstaatlich geförderten Ernährer-Hausfrauen-Modell, in welchem die Versorgung und Reproduktion familiärer Haushalte auf dem Einkommen eines vollzeitarbeitenden männlichen Erwerbsarbeiters und einer unbezahlt im ‚Privaten‘ geleisteten feminisierten Hausarbeit basierte, zu einem *Adult-Worker*-Modell. Dieser Übergang geht zeitlich einher mit dem Erstarken feministischer Bewegungen. Die Folge sind intersektional gebrochene Veränderungen in Geschlechterregimen. Für viele Männer werden ökonomische Sicherheiten und vormals kaum hinterfragte Identifikationsangebote brüchig, was sich subjektiv als Unsicherheit oder Machtverlust äußern kann (Motakef u.a. 2018). Auch für Frauen bedeuten diese Veränderungen nur unter bestimmten Bedingungen einen Zugewinn an Freiheit und führen vor allem für jene, die finanziell nicht in der Lage sind, Sorgetätigkeiten auszulagern, zu einer Mehrbelastung (Sauer 2017). Diese Erfahrungen werden in rechtspopulistischen und antifeministischen Diskursen adressiert und in einer den Koordinaten des politischen Projekts entsprechenden Weise interpretiert, problematisiert und politisiert. So werden etwa gesellschaftliche Entwicklungen „nicht als Problem kapitalistischer Globalisierung, also als Klassenfrage thematisiert, sondern als Frage von Ethnizität, Nationalität, Migration und eben als Frage von Geschlecht“ (ebd: 14). Komplexe gesellschaftliche Probleme werden populistisch vereinfacht und personalisiert, während strukturelle Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet werden (vgl. Henninger u.a. 2020: 379). Prekarisierung und zunehmender Druck werden ursächlich dem Feminismus zugesprochen, welcher als Projekt einer machtvollen Minderheit inszeniert wird, der nichts am Schicksal der ‚normalen Leute‘ läge.

Der Begriff „Gender“ fungiert in diesem Diskurs als „Metasprache“ (Motakef u.a. 2018), „leerer Signifikant“ (Sauer 2017) oder „symbolic glue“ (Grzebalska u.a. 2017), der zum einen die Bildung von Allianzen eines breiten Spektrums politischer Akteur*innen ermöglicht, indem er, zweitens, einen diskursiven Knotenpunkt bildet, um den herum eine Reihe politischer Ziele und Forderungen gruppiert werden, die über eine bloße Gegner*innenschaft zum Feminismus hinausweisen.

„In Verbindung mit (v.a. anti-muslimischem) Rassismus stellt der leere Signifikant *Gender* einen Kulminationspunkt des autoritär-hegemonialen rechtspopulistischen Projekts dar. Im ‚Anti-Genderismus‘ verschränken sich moralische Paniken von unten mit den autoritären Projekten rechter Eliten zu einem Kampf, der sich unmittelbar gegen die Liberalisierung von Geschlechterverhältnissen und Sexualitätsregimen richtete, der aber mittelbar an die gesamte kulturelle und öffentliche Sphäre und schließlich auf die Idee der ‚Gleichheit‘ als Basis jeder Vorstellung von Demokratie zielt.“ (Mayer u.a. 2018b: 57)

Eine Spezifizierung erfahren hegemoniethoretische Überlegungen in affekttheoretischen Ansätzen. Diese betonten die Rolle von Emotionen wie Wut, Angst oder Hoffnung im Kampf um politische Macht und machen deutlich, dass Emotionen nicht als vorpolitisch

verstanden werden können, sondern Gegenstand gesellschaftlicher Prägung und diskursiver Affizierungen sind. Antifeministische Diskurse können so als „affektive Narrative“ (Bargetz/Eggers 2021) analysiert werden „focused mostly on dangers awaiting children and families, which trigger negative emotions such as shame and fear, but also positive ones, such as pride and solidarity.“ (Graff/Korolczuk 2021: 29)

4.2 Politische Männlichkeiten

Die politischen Anliegen und Akteur*innen des Antifeminismus sind vielseitig. Ein sie verbindendes Element ist Männlichkeit und der soziale Status von Männern (Graff/Korolczuk 2021: 6). Die „Krise der Männlichkeit“ ist ein zentraler Topos in verschiedenen Spielarten antifeministischer Diskurse. Es wird eine zunehmende „Entmännlichung“ und eine „katastrophale Lage der Männer überhaupt“ beklagt und der vermeintliche Bedeutungsverlust von Vätern angeprangert (Pohl 2012: 299ff.). Surveystudien zeigen: Männer sind unter den Wähler*innen rechtspopulistischer Parteien deutlich überrepräsentiert und sind signifikant häufiger antifeministisch eingestellt als nicht-männliche Personengruppen (Decker u. a. 2022; Spierings/Zaslove 2017)

Antifeminismus und Rechtspopulismus können, so einige Autor*innen, als „männliche Identitätspolitik“ begriffen werden (Kaiser 2020: 117; Sauer 2020). Dietze argumentiert, dass die tatsächlichen emanzipatorischen Errungenschaften feministischer Bewegungen als Hintergrund dieser Konstellation zu verstehen sind: „reproduktive Freiheit, Quoten, Ausbildungs-Chancen und Berufsaufstiegsmöglichkeiten, ein besseres Bewußtsein für sexualisierte Gewalt und Alltagssexismus und frauenfreundliche Reformen im Familien- und Sexualstrafrecht“ (Dietze 2019: 141) bedeuten eine Herausforderung für die Selbstverständlichkeit männlicher Privilegien, wenngleich bei weitem nicht in dem Ausmaß wie von der Erzählung der „Krise“ behauptet (vgl. auch Motakef u.a. 2018: 127). Neben den aufkommenden Rissen in der männlichen Hegemonie tragen auch mit der der neoliberalen Entsicherung einhergehende Prekarisierungserfahrungen zu einem Gefühl der Verunsicherung bei, die in antifeministischen Diskursen aufgegriffen und ursächlich dem Feminismus bzw. „Gender“ zugeschrieben werden (Sauer 2017). Auf die Erosion zumindest der Selbstverständlichkeit männlicher Privilegien reagieren viele Männer mit einer gekränkten Anspruchshaltung (Kimmel 2013). Der Antifeminismus greift diese auf und verspricht eine Wiederherstellung männlicher Souveränität, sei es in Form der nostalgischen Idealisierung heroischer Männlichkeiten (Bargetz und Eggers 2021) oder in Form modernisierter hybrider Männlichkeiten, die sich rhetorisch gleichheitsorientiert geben (Norocel u.a. 2020).

Intersektionale Perspektiven verorten die Konstruktion dieser Männlichkeiten innerhalb einer „ethnosexistischen“ (Dietze 2019) oder „femonationalistischen“ (Farris 2017) Konstellation. Anti-Sexismus und Rassismus werden hierbei diskursiv verknüpft, indem Sexismus auf migrantisierte Männer projiziert und zum sicherheitspolitischen Problem umgedeutet wird, vor dem das nativistisch verstandene „Wir“ sich zu schützen habe (Hark/Villa 2017:

142). Autochthone *weiße* Männlichkeiten werden so als fortschrittlich inszeniert und die bestehende männliche Dominanz und Gewalt wird dethematisiert.

4.3 Anti-„Gender“-Mobilisierungen als (Gegen-)Bewegungen

Eine Reihe von Forschungsarbeiten analysiert die Mobilisierungen gegen „Gender“ unter Rückgriff auf Theorien aus der Bewegungsforschung. Diese werden hierbei als *Gegenbewegung* gegen feministische Bewegungen aufgefasst. Die Grundannahme eines solchen Zugangs ist, „that movements that are successful in terms of visibility, force, and making progress will generate countermovements that actively oppose these movements and their agendas.“ (Roggeband 2018: 19). Folgende Bedingungen für das Aufkommen einer Gegenbewegung werden hierbei angeführt: Erstens muss es eine soziale Bewegung geben, die den Status Quo herausfordert und deren Ziele somit, zweitens, von hegemonialen sozialen Gruppen und Akteur*innen als bedrohlich wahrgenommen werden. Wenn weiterhin, drittens, die soziale Bewegung erfolgreich ihre Ziele umsetzt bzw. erwartet werden kann, dass dies eintreten wird und die Opponent*innen dieser Bewegung, viertens, mit ausreichend Machtressourcen ausgestattet sind, um eine Gegenbewegung zu initiieren, so sind die Bedingungen für deren Formierung günstig (Corredor 2019: 618).

Corredor untersucht unter diesem Blickwinkel die Aktivitäten des Vatikan im Kontext von UN-Konferenzen ab Mitte der 1990er Jahre, der eine federführende Rolle bei der Koordination konservativer Kräfte gegen Gleichstellungsmaßnahmen einnahm und maßgeblich die Ausformulierung des Anti-Gender-Diskurses prägte (Corredor 2019). Diese Aktivitäten lassen sich als Reaktion auf Erfolge feministischer Netzwerke in der transnationalen Arena interpretieren. Auch Kuhar und Paternotte ordnen die europaweiten Mobilisierungen gegen „Gender“ als soziale Bewegung ein. Sie distanzieren sich in ihrer Analyse jedoch vom Begriff der Gegenbewegung. Diesen kritisieren sie für ein mechanisches Verständnis des Verhältnisses von Bewegung und Gegenbewegung. Sie halten fest, dass es in manchen Fällen auf nationalstaatlicher Ebene Anti-„Gender“ Bewegungen gab, denen keine erstarkende feministische Bewegung vorausgegangen war (Kuhar/Paternotte 2017)

5 Fazit

Ich habe in diesem Beitrag einen Überblick über den Phänomenbereich antifeministischer und rechter Geschlechterpolitiken gegeben und einige Theoretisierungen vorgestellt. Dabei bin ich begrifflich geschwankt zwischen „rechts“, „antifeministisch“ und „antigenderistisch“. Das liegt darin begründet, dass die Begriffsbildung in den Debatten sich aus verschiedenen theoretischen Strömungen und Disziplinen speist, wobei etwa die Rechtspopulismus-Forschung einen stärkeren Fokus auf Parteien legt, während die Bewegungsfors-

schung eher zivilgesellschaftliche Prozesse im Blick hat. Eine theoretische und methodische Pluralität ist insofern auch notwendig, als dass sich das Spektrum an Akteur*innen in diesem Feld von politischen Parteien über Medien, aktivistische Gruppierungen, kirchliche Institutionen und organisierte Eltern erstreckt. Und zugleich deutet es auf den Bedarf nach einer theoretischen Integration hin, die diese Vielschichtigkeit zu erfassen vermag. Meines Erachtens sind hierfür hegemonietheoretische Zugänge, die politische Kräfteverhältnisse in einem komplexen Gefüge von Staat, Zivilgesellschaft, Diskurs und Lebenswelt verorten, vielversprechend.

Bezüglich der Datengrundlagen, auf die sich die hier vorgestellten Forschungen stützen, lässt sich ein Überhang an textbasierten Verfahren und quantitativen Erhebungen beobachten. Zugleich werden Überlegungen zu subjektiven Verunsicherungserfahrungen und Affekten in den Erklärungsansätzen zentral gestellt. Um die Komplexität subjektiver Erfahrungen und eigenwilliger Bezugnahmen auf politisch-diskursive Angebote angemessen erfassen zu können, bedarf es meines Erachtens ergänzender qualitativer Studien, die auch in der Lage sind, die Widersprüchlichkeiten und Risse in antifeministischen Weltbildern und Praktiken zu erfassen, um von hier aus alternative politische Antworten auf die Herausforderungen zu geben, die der Antifeminismus zu bearbeiten vorgibt.

Literaturverzeichnis

- Bargetz, Brigitte/Eggers, Nina Elena (2021): Affektive Narrative des Rechtspopulismus. Zur Mobilisierung von Männlichkeit. In: Kim, Seongcheol/Selk, Veith (Hrsg.): *Wie weiter mit der Populismusforschung?* Baden-Baden: Nomos, S. 245–270. <https://doi.org/10.5771/9783748922773-245>.
- Corredor, Elizabeth S. (2019): Unpacking “gender ideology” and the global right’s antigender countermovement. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 44, S. 613–638. <https://doi.org/10.1086/701171>.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2022): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dietze, Gabriele (2019): *Sexueller Exzeptionalismus. Überlegenheitsnarrative in Migrationsabwehr und Rechtspopulismus*. Bielefeld: Transcript.
- Dietze, Gabriele/Roth, Julia (2020): Right-wing populism and gender: a preliminary cartography of an emergent field of research. In: Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hrsg.): *Right-wing populism and gender: european perspectives and beyond*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 7–22. <https://doi.org/10.14361/9783839449806>.
- Farris, Sara R. (2017): *In the name of women’s rights: the rise of femonationalism*. Durham: Duke University Press.
- Frey, Regina/Gärtner, Marc/Köhnen, Manfred/Scheele, Sebastian (2014): *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*. 2. Auflage. Schriften des Gunda-Werner-Instituts (9). Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Graff, Agnieszka/Korolczuk, Elzbieta (2021): *Anti-gender politics in the populist moment*. London: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003133520>.
- Grzebalska, Weronika/Kováts, Eszter/Pető, Andrea (2017): Gender as symbolic glue: how ‘gender’ became an umbrella term for the rejection of the (neo)liberal order. In: politicalcritique.org. Online unter <http://politicalcritique.org/long-read/2017/gender-as-symbolic-glue-how-gender-became-an-umbrella-term-for-the-rejection-of-the-neoliberal-order/>.

- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2017): Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. Bielefeld: Transcript.
- Henninger, Annette (2020): Antifeminismen.'Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potenzial? In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen: ›Krisen‹-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Gender Studies. Bielefeld: Transcript, S. 9–42. <https://doi.org/10.14361/9783839448441>.
- Henninger, Annette/Backöfer, Ferdinand/Fritzsche, Christopher/Näser-Lather, Marion (2020): Krise der Geschlechterverhältnisse oder Krisenrhetorik? Antifeministische Bedrohungsszenarien aus regulationstheoretischer Perspektive. In: Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.): Antifeminismen: 'Krisen'-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Gender studies. Bielefeld: transcript, S. 355–386. <https://doi.org/10.14361/9783839448441>.
- Kaiser, Susanne (2020): Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen. Berlin: Suhrkamp.
- Kimmel, Michael S. (2013): Angry white men: american masculinity at the end of an era. New York: Nation Books.
- Köttig, Michaela/Bitzan, Renate/Petó, Andrea (Hrsg.) (2017): Gender and far right politics in Europe. Gender and politics. Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan.
- Kracher, Veronika (2020): Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults. Mainz: Ventil Verlag.
- Kuhar, Roman/Paternotte, David (Hrsg.) (2017): Anti-gender campaigns in Europe: mobilizing against equality. London/New York: Rowman & Littlefield International, Ltd.
- Maihofer, Andrea/Schutzbach, Franziska (2015): Vom Antifeminismus zum „Antigenderismus“. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: Transcript, S. 201–217.
- Mauer, Heike (2021): Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen. In: Kim, Seongcheol/Selk, Veith (Hrsg.): Wie weiter mit der Populismusforschung? Nomos, S. 271–292. <https://doi.org/10.5771/9783748922773-271>.
- Mayer, Stefanie/Ajanovic, Edma/Sauer, Birgit (2018a): Kampfbegriff „Gender-ideologie“. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg: Marta Press, S. 37–62.
- Mayer, Stefanie/Ajanovic, Edma/Sauer, Birgit (2018b): Geschlecht als Natur und das Ende der Gleichheit. Rechte Angriffe auf Gender als Element autoritärer politischer Konzepte. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 27, S. 47–61. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.05>.
- Motakef, Mona/Teschlade, Julia/Wimbauer, Christine (2018): Prekarisierung und der Verlust moderner (Geschlechter-)Gewissheiten. Prekarisierungstheoretische Überlegungen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. In: *Soziale Welt* 69, S. 112–138. <https://doi.org/10.5771/0038-6073-2018-2-112>.
- Mudde, Cas (2019): The far right today. Cambridge/Medford: Polity.
- Norocel, Ov Cristian/Saresma, Tuija/Lähdesmäki, Tuuli/Ruotsalainen, Maria (2020): Discursive constructions of white nordic masculinities in right-wing populist media. In: *Men and Masculinities* 23, S. 425–446. <https://doi.org/10.1177/1097184X18780459>.
- Planert, Ute (1998): Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft (124). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Pohl, Rolf (2012): Männer - das benachteiligte Geschlecht? Weiblichkeitsabwehr und Antifeminismus im Diskurs über die Krise der Männlichkeit. In: *Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik* 48, S. 296–324. <https://doi.org/10.13109/grup.2012.48.3.296>.
- Roggeband, Conny (2018): The good, the bad, and the ugly: making sense of opposition to feminisms from a social-movement perspective. In: Verloo, Mieke (Hrsg.): Varieties of opposition to gender equality in Europe. Gender and comparative politics. New York: Routledge, Taylor & Francis Group, S. 19–37.

Sauer, Birgit (2017): Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. In: Politische Vierteljahresschrift 58, S. 3–22. <https://doi.org/10.5771/0032-3470-2017-1-3>.

Sauer, Birgit (2019): Anti-feministische Mobilisierung in Europa. Kampf um eine neue politische Hegemonie? In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 13, S. 339–352. <https://doi.org/10.1007/s12286-019-00430-8>.

Sauer, Birgit (2020): Authoritarian right-wing populism as masculinist identity politics: the role of affects. In: Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hrsg.): Right-wing populism and gender: european perspectives and beyond. Bielefeld: Transcript, S. 23–40. <https://doi.org/10.14361/9783839449806>.

Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): Gender Studies. 2. Auflage Bielefeld: Transcript, S. 93–108. <https://doi.org/10.14361/9783839431443-006>.

Schmincke, Imke (2018): Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, S. 28–33.

Spierings, Niels/Zaslove, Andrej (2017): Gender, populist attitudes, and voting: explaining the gender gap in voting for populist radical right and populist radical left parties. In: West European Politics 40, S. 821–847. <https://doi.org/10.1080/01402382.2017.1287448>.

Lese-Empfehlungen

Dietze, Gabriele/Roth, Julia (Hrsg.): Right-Wing Populism and Gender: European Perspectives and Beyond. Bielefeld: transcript.

Graff, Agnieszka/Korolczuk, Elżbieta (2021): Anti-Gender Politics in the Populist Moment. London: Routledge.

Henninger, Annette/Birsl, Ursula (Hrsg.) (2020): Antifeminismen: »Krisen«-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential? Bielefeld: transcript Verlag.

Simon Fetz, Doktorand, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Umwelt, Ökologie und Klima im Kontext politikwissenschaftlicher Geschlechterforschungen

Diskussionen um Essentialismen, intersektional-postkoloniale Machtverhältnisse und ‚grünes Wachstum‘

Christine Löw

Zusammenfassung

Der Artikel analysiert ausgehend von Debatten um Frauen, Entwicklung und Umwelt zentrale ökofeministische Ansätze sowie Kritiken an Essentialismen und Auslassungen materieller Folgen von Naturzerstörung. Im Anschluss wird die Entwicklung Politischer Feministischer Ökologie(n) als dynamisches Forschungsfeld mit einer kritischen Gender-Kategorie untersucht und durch aktuelle indigen-, post-/dekolonial- und Schwarz-feministische Arbeiten zu grünem Wachstum, Klimakolonialismus und ‚gutem Leben‘ für Alle erweitert.

Schlüsselbegriffe

Umweltpolitiken, Feministische Politische Ökologien, Postkoloniale und Intersektionale Geschlechterverhältnisse, Feminist environmentalism

1 Einleitung

Seitdem Dürren, Überschwemmungen und Hitzewellen auch Deutschland bzw. den globalen Norden treffen, richtet sich die Aufmerksamkeit politikwissenschaftlicher Geschlechterforschungen vermehrt auf Umwelt- und Ökologithemen. Ebenso hat die neue soziale Bewegung Fridays for Future, die oftmals von jüngeren Frauen angeführt wird, auf Verbindungen zwischen Klimagerechtigkeit, feministischen Streiks und antirassistischen sowie

Dieser Beitrag wurde am 05.06.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Löw, Christine (2024): Umwelt, Ökologie und Klima im Kontext politikwissenschaftlicher Geschlechterforschungen. Diskussionen um Essentialismen, intersektional-postkoloniale Machtverhältnisse und ‚grünes Wachstum‘. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 193-204. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.uoukcl.1-g>

antikapitalistischen Protesten hingewiesen (Eckstein 2019). In dem Beitrag stelle ich zentrale Entwicklungen an den Schnittstellen von Umwelt, Geschlecht und Entwicklung vor und analysiere, wie frühe Ideen und Diskussionen aus dem globalen Süden heutige Theorien, konzeptionelle Herangehensweisen, Politiken sowie Widerstände und Aktivismus beeinflussen. Zugleich zeige ich anhand der Herausbildung eines breiten Forschungsfeldes ‚Feministischer Politischer Ökologie(n)‘, dass bisherige Arbeiten erweitert, differenziert und für gesellschaftstheoretische intersektionale Feminismen geöffnet werden: Bezugspunkte dafür sind Kritiken an Essentialisierungen von ‚Frauen‘, Verknüpfungen symbolisch-materieller Geschlechter- und Naturverhältnisse sowie post-/dekoloniale, Schwarze und indigen-feministische Ansätze zu Klimakolonialismus, Wissensproduktion und ‚gutem Leben für Alle‘.

2 Entstehungskontexte, Formationen und Inspirationen: Frauen, Umwelt und Entwicklung

Vor dem Hintergrund der Frauen- und Friedensbewegungen entstanden in den 1980er Jahren infolge u.a. der Tschernobyl-Reaktorkatastrophe in der UdSSR (heute Ukraine), dem Greenham Common Frauenfriedenscamp in Großbritannien und dem Bhopal-Chemieunfall in Indien sozialwissenschaftliche Forschungen zu den Interdependenzen von natürlicher Umgebung, Frauen und Geschlechterverhältnissen. Ein zentraler Strang in internationalen Debatten waren die Herangehensweisen von Women, Environment and Development (im Folgenden: WED), die stark von ökofeministischen Überlegungen zur parallelen Unterdrückung von Frauen und Natur geprägt waren. Auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio (UNCED 1992), die erstmalig Wachstum und Ökologie als ‚nachhaltiges Wachstum‘ verband, wurden wichtige Vereinbarungen, wie die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC), das Abkommen über Biodiversität (CBD) sowie die ‚Agenda 21‘ beschlossen. In letzterer waren *Frauen* aufgrund vermeintlicher Naturnähe hauptsächlich als *Umweltmangerinnen* im Kampf gegen Klimawandel benannt, eine Folge der zentralen Stellung von WED in internationalen Debatten.

In ihrem Buch *Staying Alive: Women, Ecology and Development* (1988) stellt Vandana Shiva einen Gegensatz zwischen machtvollen Einflüssen von Wissenschaft, Entwicklung, Patriarchat sowie Neokolonialismus fest, die Leben zerstören und Überleben bedrohen und den Einsichten von Frauen, die kämpfen, um Leben zu erhalten und zu bewahren (Shiva 1988: xii). Sie verweist auf die indische Chipko-Bewegung, in der sich (indigene) Garwhal-Frauen gegen Waldrodung an Bäume ketteten, als paradigmatisches Beispiel für die Führungsrolle ländlicher Frauen zum Erhalt von Umwelt. Dabei führt Shiva hinduistische Prinzipien ein und argumentiert, alle prä-kolonialen Gesellschaften hätten auf einer Ontologie des weiblichen Lebensprinzips (Prakriti) basiert (ebd.: 42). Aus ihrem Blickwinkel sind ländliche indigene Frauen ursprüngliche Lebensspendende/-gebende und deshalb rechtmäßige Fürsorgende von Natur. In *Staying Alive* – und auch in dem späteren mit Maria Mies verfass-

ten Werk *Ecofeminism* (1993) – argumentiert Shiva, dass westlich-patriarchale-neokoloniale Entwicklungen ebenso wie entsprechende Wissenschaften das weibliche Prinzip verdrängt haben und demzufolge Frauen, nicht-westliche Menschen und Natur zu Opfern gemacht wurden. Shiva schlägt vor, von dem besonderen Wissen der Dritte-Welt-Frauen¹ und ihren Überlebensexpertisen zu lernen:

„Third World women are bringing the concern with living and survival back to centre stage in human history. In recovering the chances for the survival of all life, they are laying the foundations for the recovery of the feminine principle in nature and society, and through it the recovery of the earth as sustainer and provider” (Shiva 1988: 214-15).

Im Hinblick auf Politikfelder beeinflussten ökofeministische Ansätze, die sich oftmals auf Shiva bezogen, v.a. in den 1990er und 2000er Jahren viele Diskurse und Programme im entwicklungs- und umweltpolitischen Bereich (Projekte zu Frauen und Existenzgrundlagen, Management natürlicher Ressourcen). Für WED war eine materialistische Analyse des Verhältnisses zwischen Frauen und Umwelt elementar, indem sie betonten, wie Rolle und Aufgabe von Frauen zu einem engeren alltäglichen Kontakt mit den sie umgebenden Wäldern, Wässern, Böden und Artenvielfalt führen. Frauen seien aufgrund einer *a priori* existierenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung durch ökologische Zerstörung negativ betroffen, die ihnen Fürsorgetätigkeiten sowie Verantwortlichkeiten überproportional zuteile. Zugleich wehrten sich diese Frauen aktiv gegen u.a. Abholzungen, Landraub, Vergiftung von Böden, Wassermangel, Verlust von Biodiversität sowie indigenem Wissen und thematisierten Umweltbelange umfassend. Insgesamt lag der WED-Fokus auf *Frauen* als Gruppe im Entwicklungsprozess sowie als Opfer/Fürsorgende ihrer Umwelt, nicht auf Geschlechterverhältnissen in einem umfassenderen Analysesinn (Resurrección 2017: 73).

Parallel zu den breiteren politikwissenschaftlichen Debatten um Entwicklung, Frauen und Gender wurde auch das WED-Verständnis von Frauen als ‚naturnäher‘ bezweifelt. Solche vereinfachten Auffassungen von Frauen als Zielgruppe, um Ökosysteme zu bewahren, hatten problematische Auswirkungen, sobald sie in Institutionen und Programme von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Geberländern und NGOs ‚integriert‘ wurden,

¹ Das Konzept Dritte Welt entstammt Debatten um eine neue Weltwirtschaft in den 1950er/1960er Jahren, als sich entkolonialisierte Länder in Afrika, Asien und Südamerika unter dem selbst gewählten Begriff ‚Dritte Welt‘ politisch organisierten. Angelehnt an den ‚Dritten Stand‘ strebten sie als Staatengruppe der ‚Blockfreien‘ (Bandung 1955) und ‚Gruppe der 77‘ (1964 in der UNO) einen Ausweg aus der Bipolarität zwischen ‚Erster‘ und ‚Zweiter Welt‘ sowie den Verhältnissen ökonomischer Ungleichheit im Kalten Krieg an. Dritte-Welt-Frauen verweist somit auf geopolitische Positionierungen von Frauen jenseits der Ersten und Zweiten Welt sowie auf Verflechtungen zwischen patriarchaler, kapitalistischer und imperialistischer bzw. (neo)kolonialistischer Unterdrückung. Mohanty (1988) hat die Konstruktion der ‚Dritte-Welt-Frauen‘ durch westliche Geschlechterforscherinnen selbst als geschlechtsspezifischen Orientalismus und kolonial-sexistisches Analyseprinzip kritisiert. Anstelle des Begriffs wird heutzutage überwiegend von Frauen aus dem globalen Süden gesprochen. Aufgrund der historischen Rekonstruktion des Argument Shivas habe ich den ursprünglichen Term beibehalten.

die andere Zwecke wie z.B. Armutsbekämpfung, ländliche Entwicklung und Erhalt natürlicher Ressourcensysteme anstreben (Sundberg 2017). In der Folge wurden geschlechtsspezifische Pflichten, die Frauen bereits überproportional reproduktive bzw. Carearbeit aufbürden, nun noch durch *Umweltfürsorge* ausgeweitet.

3 Kritiken an Essentialisierungen und Auslassungen von materiell intersektionalen Geschlechterverhältnissen

Als frühe kritische Geschlechter- und Umweltforscherin hat Cecile Jackson vorgeschlagen, anstelle von Frauen und Umwelt die *Machtverhältnisse* zwischen Frauen und Männern in Bezug auf Umweltfragen zu beleuchten und Frauen als Subjekte, deren ‚Geschlecht‘ historisch entstanden und wandelbar ist, zu begreifen (Jackson 1993a). Damit forderte sie die Idee einer universalen Kategorie ‚Frau‘ heraus und verweist auf veränderbare und politisch heterogene Konstruktionen von Frauen. Essentialisierende Annahmen von Frauen und Natur seien durch historische und gesellschaftlich-konkrete Analysen zu ersetzen (Jackson 1993b: 660ff.). Schließlich hinterfragt Jackson auch die vermeintliche ‚Synergie‘ zwischen Umweltzielen und Entwicklung von Frauen, wenn die Fortpflanzungsfähigkeit ländlicher Frauen im globalen Süden von Weltbank, bilateralen Entwicklungsinstitutionen und NGOs beschnitten wird, um die Ökosysteme zu bewahren.

Eine weitere wichtige Auseinandersetzung in dem Feld stammt von Bina Agarwal (1998), die ökofeministische Stränge kritisiert und eine Alternative anbietet. Ökofeminismus stelle eine sich herausbildende Denkrichtung westlicher feministischer Bewegungen dar, die durch

- wichtige konzeptionelle Zusammenhänge in Konstruktion von Frau und Natur und der unterdrückerischen bzw. ausbeuterischen Umgangsweise mit beiden
- eine zugrundeliegende Gemeinsamkeit zwischen Prämissen und Zielen von Frauen- und Umweltbewegung
- die alternative Vision einer egalitären zukünftigen Gesellschaft (ebd.: 243) gekennzeichnet sei.

Angesichts sich zuspitzender Umweltkämpfe von Frauen in Entwicklungsländern hinterfragt Agarwal den von ihr als ‚kulturell‘ bezeichneten Ökofeminismus von u.a. Ynestra King, Susan Griffin, Carolyn Merchant, weil darin Herrschaft über Frauen und Natur fast ausschließlich in *Ideologie* verortet werde. Shivas Arbeiten über Indien führten einen Schritt weiter, da sie berücksichtigt, dass infolge industrieller Entwicklungsprojekte Gewalt gegen Natur und Frauen auch auf *materieller* Ebene miteinander verknüpft seien: durch Schädigung natürlicher Ressourcen verschlechtert sich deren Gesundheit, Ernährung und Zeitbudget. Trotz dieser präziseren Konzeptualisierung identifiziert Agarwal drei analytische Ver-

kürzungen in Shivas Beitrag: Erstens, werden Erfahrungen ländlicher Frauen aus Nordwestindien verallgemeinert und zwar zwischen Frauen aus der Dritten Welt und allen Anderen, jedoch *nicht innerhalb von Dritte Welt Frauen* entlang verschiedener Kasten, Klassen, *race* oder ökologischer Zonen differenziert (ebd.: 247). Dies charakterisiert Agarwal als Essentialismus, da fragwürdig sei, ob Frauen qua Frausein in Natur eingebettet sind und eine spezifische Bindung an natürliche Umwelt haben. Zweitens wendet sich Agarwal gegen Shivas Bezug auf das feminine Prinzip im indischen Philosophiediskurs, weil diese Idee lediglich auf den Hinduismus, und nicht auf Inder:innen anderer Religionen, zuträfe. Selbst Hinduismus sei plural und erhalte mehrere nebeneinander bestehende Lehren zur Geschlechterfrage (z.B. die *Bahkti*-Bewegung aus dem 6. Jhd., die direkte Verbindungen zwischen Gott und individuellen Frauen suchte) (ebd.: 248). Drittens, so Agarwal, sei Shivas These, dass alle Formen der Unterdrückung von Frauen und Natur auf koloniale und patriarchale Entwicklungsprojekte zurückgehen eine historische Vereinfachung. Dadurch gerieten die lokalen Machtverhältnisse, Privilegien und Eigentumsverhältnisse, die schon vor der Kolonialzeit bestanden, aus dem Blick (ebd.: 249).

Daraus folgend entfaltet Agarwal ihre theoretische Position eines *feminist environmentalism*, die Klasse, Gender und *race* als ideologisch und materiell intrinsisch verbunden sieht. Das Modell gründet auf der Annahme, dass spezifische Interaktionsweisen von Frauen mit Umwelt sozial konstruiert sind, d.h. strukturiert von geschlechts-, klassen- sowie kastenspezifischen Arbeitsteilungen, ReProduktionsverhältnissen und Eigentumsrelationen. Diese Unterschiede rahmen Umwelterfahrungen ebenso wie Wissen über und Handlungsfähigkeit in Bezug auf ökologische Zerstörungen. Agarwal schlägt daher vor, Kämpfe in Bezug auf *Ressourcen* und *Bedeutungen* zu analysieren (ebd.: 251). Zugleich betont sie, dass Umweltschäden und Landaneignung in Indien am stärksten ländliche Frauen mit geringem Einkommen betreffen und zum Verlust ihrer Lebensgrundlagen und Wissenssysteme führen. Für *feminist environmentalism* ist es unabdingbar, Umwelt ausgehend von dem komplexen Zusammenwirken von Ideologien und materiell ungleichen Besitzverhältnissen zu thematisieren. Agarwal fordert einen transformatorischen Ansatz auszuarbeiten, indem Entwicklung, Umverteilung und Ökologie wechselseitig miteinander verknüpft sind. Dies würde zum einen

„die Frage aufwerfen, wie die Geschlechterverhältnisse und die Beziehungen zwischen Mensch und nicht-menschlicher Welt konzeptualisiert sind, und zum anderen, wie diese Beziehungen bei der Verteilung von Reichtum, Macht und Wissen sowie in der Formulierung von entwicklungspolitischen Zielen und Programmen konkretisiert werden“ (ebd.: 285).

4 Feministische Politische Ökologie als breite dynamische Forschungsperspektive

Der Sammelband *Feminist Political Ecology: Global Issues and Local Experience* (1996) von Diane Rocheleau, Barbara Thomas-Slayter und Esther Wangari kann als grundlegende Veröffentlichung einer feministisch inspirierten Politischen Ökologie bezeichnet werden. Mit der Forschungsrichtung Politischer Ökologie, die Auswirkungen menschlichen Handelns auf Ökosysteme in Bezug auf politisch-gesellschaftliche Rahmenbedingungen untersucht, teilen sie den Fokus auf Aspekte sozio-ökonomischer Ungerechtigkeiten in Umweltthemen und ergänzen ihn um feministische Theorien zu Machtverhältnissen, Politiken und Differenzen. Für einen neuen konzeptionellen Rahmen schlagen die Autorinnen vor, Geschlecht anzuerkennen als eine „critical variable in shaping resource access and control interacting with class, caste, race, culture, and ethnicity to shape processes of ecological change“ (4). Geschlecht, stets verschränkt mit anderen sozialen Differenzkategorien, muss damit sowohl als materielle Folge von gesellschaftlichen Naturverhältnissen als auch vice versa für diese konstitutiv verstanden werden. Basierend auf Erkenntnissen feministischer Geografie und Feministischer Politischer Ökonomie erlaubt der Ansatz Feministischer Politischer Ökologie eine multiskalare Untersuchung von Wissensproduktionen, vergeschlechtlichten Rechten und Verpflichtungen hinsichtlich Zugang, Nutzen, Verteilung und Besitz natürlicher Ressourcen im Kontext neoliberaler ökonomischer Wachstums- und Strukturanpassungsprogrammen. Ebenso zentral ist für Feministische Politische Ökologie das Augenmerk auf geschlechtsspezifische Umweltpolitiken und Graswurzelaktivismus in einer interdisziplinären und transnationalen Ausrichtung im globalen Süden und globalen Norden.

Feministische Politische Ökologie ist generell kein fest umrissener Ansatz, sondern sollte als dynamische Forschungsperspektive verstanden werden, die feministische Weiterentwicklungen in vielfältigen Theorien, politischen Praktiken und Aktivismus aufnimmt und diskutiert. So haben v.a. poststrukturalistisch-feministische Auseinandersetzungen zur Kategorie Frau mit Bezug auf Judith Butler Umweltanalysen erweitert und komplexer ausgerichtet. Andrea Nightingale (2011) demonstriert für Nepal, dass Geschlecht, Kaste, Klasse und Umwelt verflochten durch diskursiv-materielle Bedeutungen und Praktiken wie Ernten, Landwirtschaft, Essensvorbereitung und Konsum erzeugt wird. Alle diese sozial hergestellten Differenzen haben gesellschaftliche und ökologische Konsequenzen und können dominante Vorstellungen über Frauen und Kaste bestärken oder herausfordern. Viele Arbeiten, die sich im weiteren Feld Feministischer Politischer Ökologie verorten, nutzen schon vor dem Aufkommen des Begriffs Intersektionalität relationale und komplexe Modelle von Geschlecht in u.a. Bangladesch, Nepal, Indien, Indonesien, Türkei (Elmhirst 2011). Relevant sind dabei auch Feministische Kritiken an politischer Ökonomie, die auf Vermarktlichung von Natur seit Rio 1992 hinweisen und Wassermangel, Bodenerosion und Verlust von Biodiversität in Verbindung setzen mit neoliberalen Wachstumsmodellen (Sundberg 2017). Weltbank, UN-Organisationen und große NGOs weiteten wirtschaftliche Reform- und Entwicklungsprogramme in Asien, Afrika und Südamerika mit Kommerzialisierungen von Wasser,

Boden, Wälder, Biodiversität aus – ohne dabei nicht-marktförmige Bedürfnisse und Nutzungen für Gesundheit, Ernährung, Brennholz, Armutsbekämpfung v.a. von benachteiligten ländlichen Frauen zu berücksichtigen (Harris 2015).

Aktuell zeigen Studien Feministischer Politischer Ökologie, dass Strategien gegen Klimawandel, wie der Umbau zu einer ‚grünen Ökonomie‘, komplizierte Fragen hinsichtlich Vor- und Nachteilen für geschlechtergerechte und sozial-ökologische Transformationen aufwerfen (Harcourt/Nelson 2015). Für wen bzw. für welche intersektional positionierte Frau ist Entwicklung von Biokraftstoffen sinnvoll, wenn dadurch auf Subsistenzländereien indigener Frauen in Südindien nicht mehr die für Ernährung zentralen Pflanzen angebaut werden können (Ramdas 2009)? Nidhi Tandon (2012) hat nachgezeichnet, dass Kleinbäuerinnen und Ernährungssysteme in Indien von Projekten erneuerbarer Energien durch Jatropa-Anbau für Biodiesel negativ betroffen sind. Christa Wichterich betont, dass eine Dekarbonisierung in der EU durch Investitionen in Wertschöpfungsketten zu Biosprit im globalen Süden auf Kosten von Ernährungssouveränität sowie Gesundheit, Einkommen, sozialen Netzwerken von Bäuerinnen und landlosen Frauen (2015: 77) umgesetzt wird. Darin spiegele sich die ‚imperiale Lebensweise‘ des globalen Nordens wider, der versuche, seine Lebensform beizubehalten, indem Rohstoffe, Arbeitskraft und Senken für CO₂ im globalen Süden beansprucht werden. Notwendig sind Analysen der negativen Auswirkungen auf sozial-ökologische Reproduktion von Frauen im Süden, die Gender als eingebettet in Klassen-, *race*- und neokoloniale bzw. imperialistische Strukturen konzipieren.

Trotz dieser äußerst dynamischen Weiterentwicklung intersektional-feministischer Arbeiten im Feld der Politischen Ökologie kreisen populärwissenschaftliche Diskurse zu Klimaschutz und Geschlecht oftmals weiterhin um ein weibliches Subjekt, nämlich die arme ländliche Frau aus dem globalen Süden, die am härtesten von extremen Wetterereignissen betroffen ist. An dieser Stelle ist es notwendig, intersektional feministische Betrachtungen noch stärker in öffentlichen und akademischen Debatten einzubringen. Seema Arora-Johnson (2011) hat offengelegt, dass Vulnerabilität *kein intrinsisches Merkmal* von nicht-westlichen Frauen ist: Verletzlichkeit von Frauen im globalen Süden für z.B. Starkregen, Überschwemmungen und Dürren resultiert aus mangelndem Zugang zu Bildung, Arbeit, Einkommen, Gesundheit, Infrastruktur. Mit Bezug auf Chandra T. Mohantys (1988) postkolonial-feministische Kritik hinterfragt sie das homogenisierend-kolonialisierende Bild der passiven hilflosen ‚Dritte-Welt-Frau‘ im Großteil gegenwärtiger Klimawandel und Gender-Literatur. Diese Vorstellung wird heute des Öfteren um das Bild der ‚Retterin und Bewahrerin‘ gefährdeter Ökosysteme ergänzt. Beide Betrachtungen teilen ein unterkomplexes und politisch leicht zu vereinnahmendes Verständnis von Beziehungen zwischen Geschlechter- und Naturverhältnissen, das Anschlüsse an neoliberal-manageriellen Klimaschutz ermöglicht, der benachteiligte Frauen instrumentalisiert und bestehende Herrschaftsstrukturen noch verstärkt (ebd.). Ebenso wird in vielen transdisziplinären Arbeiten Feministischer Politischer Ökologie ergründet, ob sich Klimawandel tatsächlich durch technofixes ‚reduzieren‘, ‚verwalten‘ oder ‚anpassen‘ lässt (Charkiewicz 2009). Auch in Diskussionen um das Anthro-

pozän zeigen Studien, dass Klima- und Umweltpolitiken in einer häufig universalisierenden Lesart de-politisiert, maskulinisiert, verweißt (whitening) und einseitig für Kapitalinteressen ‚verwissenschaftlicht‘ werden (di Chiro 2017).

5 Aktuelle Interventionen dekolonialer, Schwarzer, indigener und intersektional-feministischer Ansätze zu CO2-Kolonialismus, Klimagerechtigkeit und ‚gutem Leben für Alle‘

Angesichts der vielfältigen und sich ausdifferenzierenden Untersuchungen im Feld von Umwelt-, Natur- und Geschlechterverhältnissen, richte ich mein Augenmerk auf zwei politisch aktuelle Schwerpunkte, zum einen Debatten über Konstruktion, Status und politische Bedeutung von indigen-feministischem Wissen sowie zum anderen Schwarz- und postkolonial-feministische Arbeiten, die die Bedeutung von *gendered racial capitalism* für dekoloniale Ökologien betonen. Indigene Frauen im globalen Norden und Süden thematisieren schon länger die gravierenden Auswirkungen von Klimawandel auf ihre Existenzgrundlagen und bilden Allianzen für kollektives Handeln (Whyte 2014). Gleichzeitig haben sie ein ‚indigenes Wissen‘ entwickelt, das Nahrungsmangel und Hunger, erhöhte Sterblichkeit, zerstörte Existenzgrundlagen, ungenügende Bildung, geringe politische Mitentscheidungen auf (neo)koloniale Herrschaft und anhaltende sozioökonomische, politische und kulturelle Unterdrückungen rückführt. Ausgehend von umkämpften Grenzziehungen zwischen indigenem und nicht-indigenem Wissen fokussieren indigene Epistemologien die *strukturellen Ursachen* (und nicht lediglich Auswirkungen) von Klimawandel und Umweltzerstörungen (Löw 2020). Indigene Feminismen fragen, was als ‚traditionelles Wissen‘ gilt, wenn Ansätze auch empirisch getestet, praktisch erprobt und mit systematischen Erkenntnissen gewonnen werden. Ebenso helfen indigene feministische Theorien alltägliche Reproduktionen des „fortgesetzten Kolonialismus entlang von Heteropatriarchat und Rassismus“ zu verstehen, v.a. bei ökologischen Partnerschaften im Kontext von Siedlungskolonialismus (Dhillon 2020: 285). Sagari Ramdas und *Food Sovereignty Alliance India* (2016) entwickeln angesichts von Dürren, Biodiversitätsverlust und Ernteausfällen einen ‚indigenen Lebenszyklus‘, der die Folgen von Klimawandel dokumentiert. Die gewonnenen Erkenntnisse zur Klimaanpassung sind wichtig, damit lokale Gemeinschaften – und vor allem kleinbäuerliche Nahrungsproduzentinnen – die systematischen Grundlagen für ein selbstbestimmtes und gutes (Über-)Leben nutzen können.

Ebenso fordern Schwarze und postkolonial-feministische Ansätze, dass Feministische Politische Ökologien vermehrt dekoloniale und *black feminist ecologies* einbeziehen, die Kontinuitäten von kolonialen Genoziden, Sklaverei, Landnahmen hin zu Polizeigewalt, Extraktivismus thematisieren und insbesondere die Erzeugung von Lebenssystemen Schwarzer und

kolonisierter Frauen in *community gardens*, Saatenbanken oder einem eigenen Stück Land in den Mittelpunkt stellen (Brown 2021). Farhana Sultana macht mit Bezug auf bell hooks, die unmarkierte Weißheit sowie Leerstellen geschlechtsspezifischer Rassifizierungen in gegenwärtigen Diskussionen um einen grünen Deal in der EU, den USA und Kanada sichtbar (Sultana 2021). Basierend auf Arbeiten von Patricia Hill Collins, Kimberlé Crenshaw, María Lugones, Silvia Rivera Cusiquanci und Sylvia Wynter analysieren neuere Artikel Feministisch Politischer Ökologie die ‚unerträgliche Schwere‘ von Klimakolonialismus: geopolitisch ungleiche Positionierungen verursachen für intersektional benachteiligte Frauen z.B. Mangelerährung, Vertreibung, sexualisierte Angriffe und Enteignungen als gewaltvolle verkörperte Erfahrungen (Wynter 2015; Sultana 2022). Nicht zufällig setzen sich v.a. Schwarze und dekoloniale Frauen als Umweltaktivistinnen gegen toxische Müllhalden, Wasserverschmutzung, verseuchte Böden für Nachhaltigkeit und Wohlbefinden aller ein (Frazier 2020). Klimagerechtigkeit zu dekolonisieren heißt sowohl den fossilen und rassifiziert-masculinisierten Kapitalismus mit Überkonsum sowie Ressourcenverschwendung zu überwinden als auch Verantwortlichkeiten von Industriestaaten, Organisationen und transnationalen Konzernen für Klimaschulden, Ökozid und Reparationen in Erinnerung zu rufen. Sheena Anderson (2021) hat in ihrer Analyse der Klimabewegung zehn intersektional-feministische Guidelines entwickelt, die basierend auf Schwarzem Feministischem Denken aus der Praxis, die Anerkennung und Wertschätzung (marginalisierter) Stimmen von Black, Indigenous und Women of Color fordern.

6 Fazit und Ausblick

Einige Geschlechterforscher:innen und Praktiker:innen im Feld von Umwelt- und Entwicklungspolitiken definieren in Debatten um Klimaschutz und Gender weiterhin ‚Frauen‘ als vulnerable Opfer, die gleichzeitig mit Fähigkeiten und einem besonderen Wissen ausgestattet sind, um ökologische Krisen abzumildern. Einerseits sind solche Zugänge wichtig, um Frauen und/oder Geschlechterverhältnisse in den größtenteils anthropozentrisch-weißen-westlichen Analysen sichtbar zu machen. Andererseits riskieren sie Anschlüsse für techno-managerielle ‚Lösungen‘ von Klimawandel ohne Umgestaltung von Geschlechterverhältnissen und blenden zudem langjährige Proteste, Widerstände sowie Handlungsmacht indigener, Schwarzer und mehrfach benachteiligter Frauen gegen Umweltzerstörungen aus. Stattdessen habe ich argumentiert, dass die Stärke eines breiter verstandenen Forschungsstrangs *Feministischer Politischer Ökologien* darin liegt, intersektional feministische Auseinandersetzungen mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen zu ermöglichen. Die Bezeichnung *Ökologien* im Plural verweist auf Verzweigungen, Reflexionen und Ausdehnungen von Untersuchungsgegenständen, Methoden, Positionierungen und Theorien aufgrund interner feministischer Kritiken und aktueller politischer Krisen, Herausforderungen sowie Debatten um emanzipatorische Gesellschaftsentwürfe (Rocheleau/Nirmal 2015).

Für politikwissenschaftliche Geschlechterforschung bietet sich damit zum einen ein Analysefeld zu Ursachen, Prozessen und Effekten vielfältiger Machtverhältnisse von Umwelt- und Klimapolitiken, Governance, Wissen und Gerechtigkeit. Zum anderen können historische Genese und politische Konstruktionen von transnationalen Geschlechterverhältnissen im Kontext von Umwelt-, Ökologie- und Nachhaltigkeitsregimen untersucht werden. Feministische Politische Ökologien eröffnen differenzierte, empirisch substantiierte und situierte Forschungen zu gegenwärtigen Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen, Epistemologien und Ontologien, Bewegungen, Kämpfen und politischem Aktivismus an den Schnittstellen von Geschlechter- und Naturverhältnissen, die Verkürzungen universalistischer Ansätze vermeiden. Zugleich werden auch große Erzählungen von Fortschritt, Entwicklung und (natur-)wissenschaftlicher Objektivität bzw. Wahrheit herausgefordert. Damit sind Feministische Politische Ökologien geeignet, aktuellen neoliberalen Wirtschafts- und Entwicklungsmodellen wie Extraktivismus und ‚grünem Wachstum‘ neue Visionen von z.B. ‚Gutem Leben für Alle‘ (buen vivir), Pluriversum und Care-Ökonomie entgegenzusetzen (Bauhardt/Harcourt 2018). Schwarze, indigene und post-/dekolonial-feministische Konzepte helfen vergeschlechtlichten Umweltrassismus in grünen und Kriegsökonomien zu verstehen und verdeutlichen die Notwendigkeit von autonomen selbstbestimmten Existenzweisen, Territorien, Körpern, Erkenntnissen, Ökonomien und *communities* für ein gutes Leben aller (Ekowati 2023). Wie sich politische Kämpfe um eine Demokratisierung und radikale Neuausrichtung gesellschaftlicher Naturverhältnisse in Zukunft mit intersektional-feministischer Gerechtigkeit in Aktivismus, Theorien und politischer Praxis verknüpfen, bleibt eine spannende Frage für politikwissenschaftliche Geschlechterforschungen.

Literaturverzeichnis

- Agarwal, Bina (1998): Geschlechterfrage und Umwelt. Anregungen aus Indien. In: Klingebiel, Ruth/Randeria, Shalini (Hrsg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Bonn: Dietz, S. 239–291.
- Anderson, Sheena (2021): Eine intersektional-feministische Perspektive für die Klimabewegung. Zur Anerkennung und Wertschätzung (marginalisierter) Stimmen von Black, Indigenous und Women of Color. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 30, S. 64–79. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v30i2.06>.
- Arora-Jonsson, Seema (2011): Virtue and vulnerability: Discourses on women, gender and climate change. In: *Global Environmental Change* 21, S. 744–751.
- Bauhardt, Christine/Harcourt, Wendy (2018): *Feminist political ecology and the economics of care: in search of economic alternatives*. New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781315648743>.
- Brown, Imani Jacqueline (2021): Black ecologies: an opening, an offering. In: MARCH 02. Online unter <https://march.international/black-ecologies-an-opening-an-offering/> [Zugriff: 06.12.2023].
- Charkiewicz, Ewa (2009): A feminist critique of the climate change discourse: from biopolitics to necropolitics? In: *Critical Currents* 6, S. 18–25.
- Dhillon, Carla M. (2020): Indigenous feminisms: disturbing colonialism in environmental science partnerships. In: *Sociology of race and ethnicity* 6, S. 483–500. <https://doi.org/10.1177/2332649220908608>.
- Di Chiro, Giovanna (2017): Welcome to the white (m)anthropocene? A feminist-environmentalist critique. In: Sherilyn MacGregor (Hrsg.): *Routledge handbook of gender and environment*. London/New York: Routledge, S. 487–505.

- Eckstein, Lara: Feminismus. Streik. Klimagerechtigkeit: Gemeinsamkeiten, Differenzen und Perspektiven von 8M und Fridays for Future. In: *arranca* #53. Online unter <https://arranca.org/ausgaben/brave-new-climate/feminismus-streik-klimagerechtigkeit> [Zugriff: 06.12.2023].
- Ekowati, Dian/Maimunah, Siti/Wangari, Eunice (2023): Untold climate stories: feminist political ecology perspectives on extractivism, climate colonialism and community alternatives. In: Harcourt, Wendy/Agostino, Ana/Elmhirst, Rebecca/Gómez, Marlene/Kotsila, Panagiota (Hrsg.): *Contours of feminist political ecology*. Cham, Switzerland: Palgrave, S. 19–50.
- Elmhirst, Rebecca (2011): Introducing new feminist political ecologies. In: *Geoforum* 42, S. 129–132. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2011.01.006>.
- Frazier, Chelsea Mikael (2020): Black feminist ecological thought: a manifesto. In: *Atmos*. Online unter <https://atmos.earth/black-feminist-ecological-thought-essay/> [Zugriff: 06.12.2023].
- Harcourt, Wendy/Nelson, Ingrid L. (Hrsg.) (2015): *Practising feminist political ecologies: moving beyond the „green economy“*. Gender, development and environment. London: Zed Books.
- Harris, Leila (2015): Hegemonic waters and rethinking natures otherwise. In: Harcourt, Wendy/Nelson, Ingrid L. (Hrsg.): *Practising feminist political ecologies*. London: Zed Books, S. 649–677.
- Jackson, Cecile (1993b): Environmentalisms and gender interests in the Third World. In: *Development and change* 24, S. 649–677. <https://doi.org/10.1111/j.1467-7660.1993.tb00500.x>.
- Jackson, Cecile (1993a): Doing what comes naturally? Women and environment in development. In: *World Development* 21, S. 1947–1963.
- Löw, Christine (2020): Gender and indigenous concepts of climate protection: a critical revision of REDD+ projects. In: *Current opinion in environmental sustainability* 43, S. 91–98. <https://doi.org/10.1016/j.cosust.2020.03.002>.
- Löw, Christine (2021): ‚In Verteidigung unserer natürlichen Ressourcen‘. Postkoloniale ökologische Bewegungen, Geschlechterverhältnisse und die Sicherung von Existenzgrundlagen. In: Mauer, Heike/Leinius, Johanna (Hrsg.): *Intersektionalität und Postkolonialität. Kritische feministische Perspektiven auf Politik und Macht*. Politik und Geschlecht (33). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 225–249.
- Mies, Maria/Shiva, Vandana (1993): *Ecofeminism*. London: Zed Books.
- Mohanty, Chandra T. (1988): Aus westlicher Sicht. Feministische Theorie und koloniale Diskurse. In: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis* 23, S. 149–162.
- Nightingale, Andrea J. (2011): Bounding difference: intersectionality and the material production of gender, caste, class and environment in Nepal. In: *Geoforum* 42, S. 153–162. <https://doi.org/10.1016/j.geoforum.2010.03.004>.
- Ramdas, Sagari (2009): Women, forestspaces and the law: transgressing the boundaries. In: *Economic and political weekly* 44, S. 65–73.
- Ramdas, Sagari/Food Sovereignty Alliance India (2016): Life cycles: climate change seen through indigenous worldviews. In: *Farming matters*, S. 22–25.
- Resurrección, Bernadette (2017): Gender and environment in the global south: from ‘women, environment, and development’ to feminist political ecology. In: Sherilyn MacGregor (Hrsg.): *Routledge handbook of gender and environment*. London/New York: Routledge / Taylor & Francis Group, S. 71–85.
- Rocheleau, Dianne/Nirmal, Padini (2015): Feminist political ecologies: grounded, networked and rooted on earth. In: Baksh, Rawwida/Harcourt, Wendy (Hrsg.): *Oxford handbook of transnational feminist movements*. Oxford: Oxford University Press, S. 793–814. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199943494.013.032>.
- Rocheleau, Dianne/Thomas-Slayter, Barbara/Wangari, Esther (Hrsg.) (1996): *Feminist political ecology: global issues and local experience*. Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203352205>.
- Shiva, Vandana (1988): *Staying alive: women, ecology and development*. London: Zed Books.
- Sultana, Farhana (2021): Political ecology 1: from margins to center. In: *Progress in human geography* 45, S. 156–165. <https://doi.org/10.1177/0309132520936751>.

Sultana, Farhana (2022): The unbearable heaviness of climate coloniality. In: *Political geography* 99, S. 102638. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2022.102638>.

Sundberg, Juanita (2017): Feminist political ecology. In: Richardson, Douglas/Castree, Noel/Goodchild, Michael F./Kobayashi, Audrey/Liu, Weidong/Marston, Richard A. (Hrsg.): *International encyclopedia of geography*. Wiley, S. 1–12. <https://doi.org/10.1002/9781118786352.wbieg0804>.

Tandon, Nidhi (2012): First casualties of the green economy: risks and losses for low income women. In: *Development* 55, S. 311–319. <https://doi.org/10.1057/dev.2012.51>.

Whyte, Kyle Powys (2014): Indigenous women, climate change impacts, and collective action. In: *Hypatia* 29, S. 599–616.

Wichterich, Christa (2015): Contesting green growth, connecting care, commons and enough. In: Harcourt, Wendy/Nelson, Ingrid L. (Hrsg.): *Practising feminist political ecologies: moving beyond the 'green economy'*. London: Zed Books, S. 67–100. <https://doi.org/10.5040/9781350221970>.

Wynter, Sylvia (2015): Unparalleled catastrophe for our species? In: McKittrick, Katherine (Hrsg.): *On being human as praxis*. Duke University Press, S. 9–89. <https://doi.org/10.1215/9780822375852-002>.

Lese-Empfehlungen

Arora-Jonsson, Seema (2011): Virtue and vulnerability: Discourses on women, gender and climate change. In: *Global Environmental Change* 21:2, S. 744–751.

Ekowati, Dian/Maimunah, Siti/Owen, Alice/Wangari, Eunice (2023): Untold Climate Stories: Feminist Political Ecology Perspectives on Extractivism, Climate Colonialism and Community Alternatives. In: Agostino, Ana/Elmhirst, Rebecca/Gómez, Marlene/Kotsila, Panagiota (Hg.): *Contours of Feminist Political Ecology*. Palgrave, S. 19–50.

Jackson, Cecile (1993a): Doing what comes naturally? Women and environment in development. In: *World Development* 21:12, S. 1947–1963.

Dr. Christine Löw, Vertretungsprofessorin für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Gender Studies, Justus Liebig Universität, Gießen

Affektive Sorgebeziehungen außerhalb der heteronormativen Kernfamilie

Ambivalenzen und queere Widerstände

Verena Kettner

Zusammenfassung

In diesem Handbuchartikel wird umrissen, inwiefern Emotionen zur vergeschlechtlichten und sexualisierten Subjektivierung von Individuen und zur Organisation von Sorgearbeit in (queeren und nicht-normativen) familiären Lebenszusammenhängen beitragen. Affekte werden als Bestandteil einer neoliberalen Gouvernamentalität beschrieben, zu deren Regierungstechnologien immer noch die Ausbeutung von Reproduktionsarbeit gehört, aber auch als Widerstandsmöglichkeit gegen diese heteronormative Regierung.

Schlüsselbegriffe

Affekt, Familie, Sorge, (Soziale) Reproduktion, queer

1 Affektive Sorge innerhalb und außerhalb der heteronormativen Kleinfamilie

Dieser Artikel widmet sich aus einer feministisch politikwissenschaftlichen Perspektive mit einem queer-affektiven Blick dem vom politikwissenschaftlichen, androzentrischen Mainstream lange zu wenig beachteten Thema der Sorgearbeit, da ein kritisches Verständnis von gesellschaftlichen Verhältnissen nur unter Berücksichtigung von Sorgearbeit als relevantes politikwissenschaftliches Feld stattfinden kann.

Sorgearbeit trägt im Kapitalismus oft das Adjektiv ‚weiblich‘. Auch im patriarchal-neoliberalen Kapitalismus sind Reproduktionsarbeit und Fürsorge Tätigkeitsbereiche, die haupt-

Dieser Beitrag wurde am 05.06.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Kettner, Verena (2024): Affektive Sorgebeziehungen außerhalb der heteronormativen Kernfamilie. Ambivalenzen und queere Widerstände. In: Klapeer, Christine M./ Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 205-217. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.asadhkvk.1-g>

sächlich FLINTA*¹ zugeordnet werden. Frauen und Mädchen arbeiten jeden Tag mindestens 12 Milliarden Stunden unbezahlt. Wenn für diese Arbeit der Mindestlohn angesetzt wird, entspricht das 11 Billionen US-Dollar im Jahr – 24 Mal mehr als der Umsatz der Tech-Riesen Apple, Google und Facebook im Jahr 2018 zusammen (Oxfam o.J.: o.S.). Unter Sorgearbeit werden im Alltagsgebrauch einerseits Tätigkeiten im nicht kommerziellen, sogenannten privaten Bereich verstanden, wie Kochen, Putzen oder Kindererziehung und andererseits Jobs im Lohnarbeitssektor, die sich auch um Sorge und Pflege drehen, wie Altenpfleger*in, Kindergartenpädagog*in oder Lehrer*in. Nicht nur die unbezahlte Hausarbeit wird immer noch überdurchschnittlich häufig von FLINTA* erledigt, es sind auch überwiegend FLINTA*, die im Gesundheits- und Pflegesektor arbeiten. Weiters können auch lohnarbeitsförmige Reproduktionstätigkeiten wie zum Beispiel 24-Stunden-Pflege im Privatbereich stattfinden und werden ebenfalls feminisiert, naturalisiert, stark unterbezahlt und sehr wenig wertgeschätzt.

Die meiste unbezahlte Sorgearbeit findet immer noch in der Familie statt, wird von FLINTA* verrichtet und geschieht ohne Entlohnung. Das Dispositiv der heteronormativen Familie ist somit auch einer der Hauptfaktoren in der Reproduktion der ungleichen vergeschlechtlichten Verteilung von Sorgearbeit. Auch alternative Lebens- und Familienformen, welche in der Anzahl ihrer Mitglieder, der Beziehungsgestaltung untereinander, der Wohnform und anderen Aspekten von der bürgerlichen Normalfamilie abweichen, sind von der Ungleichverteilung der Sorge nicht ausgenommen. Diese Lebensformen nehmen im gelebten Alltag im deutschsprachigen Raum zwar zu, dennoch gilt die bürgerliche Normalfamilie, bestehend aus der Triade Vater, Mutter und Kind(ern), weiterhin als Referenz und Startpunkt für wissenschaftliche Studien. Perspektiven eines Schwarzen² Feminismus kritisieren diese heteronormative, weiße, bürgerliche Idealvorstellung von Familie schon lange, da vor allem erstens im globalen Süden familiäre Strukturen sowie auch deren Beziehungsförmigkeiten wenig mit dieser Triade zu tun hatten und beispielsweise das Aufziehen von Kindern in größeren Verbänden eine Norm darstellte und zweitens die westliche Institution der Idealfamilie ein binär vergeschlechtlichtes und rassistisches System unterstützt, das zur Bildung einer weißen Identität und Nationalität dient (Collins 1998; Davis 1983).

- 1 FLINTA* steht für Frauen, Lesben, Inter, Nicht Binär, Trans und Agender. Der Asterisk am Ende des Akronyms steht für die Fluidität und Offenheit des Begriffs auch anderen geschlechtlichen Identitäten gegenüber. In diesem Artikel wird von FLINTA* und nicht nur von Frauen gesprochen, um aufzuzeigen, dass erstens auch viele andere geschlechtliche Identitäten von einer cis-männlichen heterosexuellen Dominanz unterdrückt und ausgebeutet werden und zweitens Weiblichkeit vielfältig gedeutet und gelebt werden kann und nichts mit Biologie zu tun hat. Frauen als Begriff wird nur verwendet, wenn sich auf Studien oder weiterführende Literatur bezogen wird, die explizit von Frauen sprechen.
- 2 Schwarz wird hier großgeschrieben, da es sich nicht um eine von außen durchgeführte Beschreibung einer Hautfarbe handelt, sondern um die affirmative Selbstbezeichnung einer sozialen und politischen Position mit Handlungsmacht.

Theoretische und empirische Analysen zu Lebensformen aus dem queeren Spektrum, Ein- und Mehrelternschaften, konsensuell nicht-monogamen oder freundschaftszentrierten Lebensweisen und geplantem, postromantischem Co-Parenting existieren ebenfalls nur sehr vereinzelt (Wimbauer 2021: 23). Da biologische und soziale Elternschaft aber nicht mehr unbedingt übereinstimmen, bräuchte es auch ein Verschieben des Analysefokus (Peukert u.a. 2018) und eine breitere Definition von Familie, zum Beispiel:

„Familie ist für uns überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken. [...] Familie [kann] in ganz unterschiedlichen Formen auftreten: Zum Beispiel als klassische Ehen mit und ohne Kinder, Ein-Eltern-Familien, Patchworkfamilien oder Mehrgenerationenhaushalte“ (Zukunftsforum Familie o.J.; zitiert in Wimbauer 2021: 83f.).

Diese selbst gewählten Familienformen, die auf unterschiedliche Arten von der Heteronorm³ abweichen, sind in Bezug auf sich verändernde Sorgeverhältnisse interessant zu betrachten. Denn hier wird ein Möglichkeitsraum geöffnet, der neue Ideen, Sorgepraxen und Gefühle entstehen lässt. Beispielsweise in Familien mit queeren Elternteilen, Mehrelternschaftskonstellationen, in denen die Beteiligten ganz unterschiedliche Beziehungsformen miteinander leben können, sowie konsensuell nicht-monogamen Haushalten lassen sich sowohl Anzeichen heteronormativer affektiver Subjektivierung als auch Widerstände dagegen finden, da jene Subjekte, welche sich an den Rändern der Heteronormativität aufhalten, „Risse im Gewebe unseres epistemologischen Netzes“ ermöglichen, also die Erkenntnisproduktion und Wahrheitsansprüche über Sexualität aufbrechen können (Butler 2002: 253).

2 Theoretische Hintergründe

Im folgenden Kapitel werden die theoretischen Überlegungen und politikwissenschaftlichen Debattenstränge nachgezeichnet, die erklären, warum aus einer feministisch politikwissenschaftlichen Perspektive ein affektiver Blick auf Care-Arbeit außerhalb der Heteronorm einen wichtigen Beitrag zu einem kritischen Verständnis von gesellschaftlichen Verhältnissen leistet.

3 Heteronormativität wird in diesem Text definiert als „ein heterogenes Ensemble von Diskursen, Praktiken und Normen, die gemeinsam eine fragile aber beständige Einheit bilden“, welche Heterosexualität, Monogamie und die nukleare Kernfamilie als Idealschablone für zwischenmenschliche Beziehungen markiert (Hark/Laufenberg 2013: 230).

2.1 Warum Sorge? – Die Bedeutung von Sorge im neoliberalen Kapitalismus

Feministisch-materialistische Wissenschaftler*innen aus dem deutschsprachigen sowie auch anglo-amerikanischen Raum beschäftigen sich schon seit der Entstehung der akademischen Geschlechterforschung mit den Ursachen der Ausbeutung weiblicher Reproduktionsarbeit, die benötigt wird, um die Ware Arbeitskraft für eine kapitalistische Mehrwertproduktion (wieder-)herzustellen. Sorgearbeit stellt einen großen Teil dieser Reproduktionsarbeit dar, die insofern ausgebeutet wird, weil sie erstens un- oder zumindest stark unterbezahlt stattfindet und zweitens innerhalb der patriarchalen, westlichen Gesellschaftsordnung auch überhaupt nicht wertgeschätzt wird (z.B. Becker-Schmidt 1987; Bock/Duden 1977; Federici 2017; Firestone 2003). Die heteronormative Kernfamilie und ihre vergeschlechtlichte Arbeitsteilung werden als gesellschaftliche Reproduktionseinheit benötigt, um die Mehrwertproduktion am Laufen zu halten. Allerdings kann sich unter den flexibilisierten neoliberalen Bedingungen durchaus verändern, inwiefern diese Heteronormativität von Sorge ausgestaltet wird. Denn auch in nicht-normativen Familien findet Sorgearbeit statt, ist ungleich verteilt und wird ausgebeutet. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts kam das Argument auf, dass vor allem auch sogenannte „homonormative“ (Duggan 2004: 50) Paare und Familien die strukturelle Ausbeutung der Sorgearbeit reproduzieren, da sie sich an heteronormative Arbeitsteilung und Geschlechterrollen anlehnen würden (Duggan 2004; Warner 1999). Jüngste Forschungen zeigen auch, dass in nicht-normativen Familienformen Sorgearbeit nicht unbedingt geschlechtergerechter organisiert wird (Raab 2019, 2020; Raab/Schadler 2020; Klesse 2018, 2019; Peukert u.a. 2020; Sheff 2010, 2011; Wimbauer 2021; siehe auch Kapitel 3).

Sorge- und Reproduktionsarbeit – sowohl innerhalb als auch außerhalb von Familien – stellt einen großen und im politikwissenschaftlichen *malestream*⁴ immer noch oft unbeachteten Teil einer kapitalistischen Ökonomie und auch gesellschaftlicher Machtverhältnisse dar. Reproduktionsarbeit umfasst allerdings nicht nur jene materiellen Tätigkeiten, die es benötigt, um menschliches Leben und Arbeitskraft reproduzieren zu können (Kinder gebären, kochen, waschen, etc.), sondern ist ein soziales Verhältnis, das Reproduktionsbeziehungen, Versorgungsstrukturen und affektive Subjektivierungen umfasst und im weiteren Kontext von Ökonomie, Politik und Ideologie steht (Bakker/Gill 2019; Winker 2015). Hegemoniale patriarchale und heteronormative Diskurse über Affekte, Geschlecht und Sexualität sind in diesem Zusammenhang konstitutiv (Dück/Hajek 2018: 219), was auch das Betrachten der verwobenen Zusammenhänge von Affekten und Sorge unabwendbar macht.

4 *Malestream* setzt sich zusammen aus *male* und *mainstream*.

2.2 Warum Affekte? Regieren mithilfe des liberalen Trennungsdispositivs

Sowohl die ideologischen als auch die materiellen Bedingungen für die sich in der heteronormativen Kleinfamilie manifestierende vergeschlechtlichte Ausbeutung führen materialistische Feminist*innen auf das 18. Jahrhundert zurück, währenddessen die philosophische Aufklärung und die kapitalistische Industrialisierung Hand in Hand gingen. Philosophen wie Renée Descartes und Immanuel Kant popularisierten während der Aufklärung die Idee, dass Menschen autonome Subjekte seien, die rational und selbstbestimmt über ihr Handeln entscheiden könnten – oder dass zumindest Männer diese rationalen Subjekte seien (Ludwig 2015). Frauen wurden als Gegenpart dazu betrachtet, als irrational und emotional (Sauer 2017). Da die zeitgleich stattfindende Industrialisierung nach einer neuen Arbeitsaufteilung verlangte, weil die früher bestehenden Großfamilienverbände aufgrund der aufkommenden Fabrikarbeit und Verstädterung sich auflösten, teilte ein „liberales Trennungsdispositiv“ (Sauer 2017: 12) die Gesellschaft in zwei vergeschlechtlichte Sphären: die öffentliche Sphäre, in der politische Entscheidungen, Lohnarbeit und Kultur angesiedelt sind und die private Sphäre, die als Ort für Reproduktion, Freizeit, Emotionen und persönliche Beziehungen dient. Beide Sphären wurden mit vergeschlechtlichten Eigenschaften aufgeladen. Die als irrational und emotional konstruierte Frau, die ohnehin nur als halbes Subjekt galt, wurde der Privatheit zugeordnet, während der rational handelnde Mann in die öffentliche Sphäre gehörte. Die hierarchisch vergeschlechtlichte Sphärentrennung schlug sich auch in Form der Arbeitsteilung nieder, da Frauen aufgrund ihrer ‚natürlichen Eigenschaften‘ ohnehin in der Privatheit tätig seien und sich um die Familie kümmern sollten, während Männer als besser tauglich für die Lohnarbeit und die gesellschaftlichen, politischen Entscheidungsfindungen konstruiert wurden. Eine wichtige Differenzierung ist hierbei, dass die vergeschlechtlichte Sphärentrennung anfangs nicht für alle durchgesetzt wurde, sondern sich zunächst ausschließlich im Bürgertum findet. Die breitenwirksamen Voraussetzungen für die arbeitsteilige Ehe wie zum Beispiel die Familienernährer-Löhne wurden erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts durchgesetzt (Hausen 1976).

Obwohl sich sowohl patriarchale als auch kapitalistische Machtverhältnisse seit dem 18. Jahrhundert maßgeblich veränderten, bleiben die Effekte der dichotomen Sphärentrennung und des liberalen Trennungsdispositivs auch im westlichen Neoliberalismus erhalten. Zwar führten die Erfolge feministischer Bewegungen auf der einen und die neoliberale Doktrin von Flexibilisierung und Entprivatisierung auf der anderen Seite zu einer Verflüssigung der Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit sowie Rationalität und Emotionalität (Bargetz/Sauer 2015). Doch ist es lediglich die Ausgestaltung der patriarchalen Hegemonie, die sich veränderte, nicht jedoch ihre Vorherrschaft an sich, was eine Betrachtung der affektiven Verhältnisse zu verdeutlichen vermag (Penz/Sauer 2020).

Affekte⁵ können auf zwei Ebenen nützlich für eine geschlechtertheoretische Betrachtung des politischen Prozesses verortet werden. Erstens dienen Emotionen als Instrument des Regierens und zweitens als Instrument der Analyse (Ahmed 2004; Bargetz 2014, 2015; Bargetz/Sauer 2015). Da Emotionen aus dieser Perspektive kein ‚natürlicher‘ und unveränderlicher, sondern ein historisch und sozial eingebetteter Prozess sind, können sie Auskunft über bestehende Machtverhältnisse und Diskriminierungsstrukturen liefern. Wenn eine queere Person sich beispielsweise in einer Outing-Situation schämt, hat das nichts damit zu tun, dass Queerness an sich etwas ist, für das Menschen sich schämen müssen, sondern dass Queerness in gesellschaftlichen Prozessen als von der Norm abweichend verhandelt und mit Scham behaftet wird – je nach historischem und lokalem Kontext auch mit anderen Emotionen wie Ekel oder Abscheu. In diesem Beispiel zeigt die empfundene oder assoziierte Emotion die diskriminierte soziale Positionierung und Abwertung der betroffenen Person an und somit ein Machtverhältnis auf. Gleichzeitig schreibt sie sich dabei auch in die Subjektwerdung und Identität der fühlenden Person ein und ist somit wiederum auch ein Regierungsinstrument. Die beiden Ebenen greifen nahtlos ineinander.

Das Konzept von Regierung, das diesen affektiven Ebenen zugrunde liegt, basiert auf Michel Foucaults Theoretisierung von Macht. Macht wird im Verständnis von Foucault nicht linear von Machthabenden ‚nach unten‘ über Menschen ausgeübt, sondern durchzieht die ganze Gesellschaft auf allen Ebenen und in alle Richtungen und verfügt über eine produktive Dimension beim Herstellen von Subjekten. Diese Form von moderner Macht ist auf die Lebensverhältnisse der Menschen und deren dazugehörige Normen gerichtet. (Foucault 2013[1976]: 1138). Diese Gefühlsstrategie soll das „Selbstregieren“ (Foucault 2004 I: 297) der Individuen stärken, damit diese möglichst effizient die gesellschaftlichen Verhältnisse reproduzieren. Auf diese Weise werden Affekte Teil des „neoliberalen Regierens“ und einer „aktiven Gouvernementalität“, wobei Gouvernementalität alle Regierungstechnologien beschreibt, die in neoliberalen Nationalstaaten der Moderne existieren und sich sowohl auf die Individuen einzeln als auch auf die Bevölkerung als Gesamtheit richten (Foucault 2004 II: 174). Emotionale vergeschlechtlichte, sexualisierte und rassifizierte Zuschreibungen und Subjektivierungsprozesse sind Teil dieser Gouvernementalität und beeinflussen somit auch, wie Individuen ihre ‚Privatheit‘ und ihre intimen Sorgebeziehungen leben.

3 Debatten um nicht-normative familiäre affektive Sorgearbeit

Im folgenden Kapitel werden nun anhand dreier Themenfelder – romantische Liebe, bedingungslose Mutterliebe und Community Care – affektive Kontinuitäten und Transformationen in nicht-normativen familiären Care-Regimen beispielhaft umrissen, um einen Ein-

⁵ Bargetz und Sauer folgend werden die Begriffe Affekt, Emotion und Gefühl in diesem Text synonym verwendet (Bargetz/Sauer 2015).

druck zu vermitteln, inwiefern heteronormative Sorgedynamiken auf einer affektiven Ebene einerseits herausgefordert und andererseits reproduziert werden.

3.1 Romantische Liebe

Während die vor- und frühmoderne Ehe vor allem aus ökonomischen Gründen geschlossen wurde, gilt in westlich-patriarchalen Gesellschaften heute die romantische Liebe als einzig legitimer Grund für das Bilden von Paaren (Illouz 2007). Ebenso ist sie das Element, welches Paarbeziehungen und Familien zusammenhält. Diese entstand als soziales Konstrukt erst mit dem Aufstieg des Bürgertums und ist nichts ‚Natürliches‘ und Unveränderliches (Wimbauer 2021: 15f.). Aus einer feministischen Perspektive auf Affekte und Sorge wird romantische Liebe oft mit einem Diskurs assoziiert, der die Ausbeutung von weiblicher Care-Arbeit legitimieren sollte: Frauen würden ‚aus Liebe‘ zu ihren Ehemännern und Kindern diese Arbeiten verrichten (Bock/Duden 1977).

In nicht-normativen Familienzusammenhängen lässt sich diese heteronormative Vergeschlechtlichung und Naturalisierung von Liebe ebenfalls feststellen. Michael Raab (2019) beispielsweise argumentiert, dass auch in konsensuell nicht-monogamen Haushalten nicht alle Menschen gleich viel Sorgearbeit füreinander übernehmen, sondern dass es immer noch hauptsächlich FLINTA* sind, die sowohl die Reproduktionsarbeit als auch die emotionale Arbeit und den *mental load*⁶ zu stemmen haben.

Auch das Primat der romantischen Liebe bleibt in diesen Haushalten bestehen, wenn es um die Übernahme von Sorgeverantwortung füreinander geht. Wenn die romantischen Liebesbeziehungen enden, werden Menschen aus dem Netzwerk der Sorgenden meistens ausgeschlossen. In konsensuell nicht-monogamen Konstellationen, die aus einem Netzwerk unterschiedlicher Beziehungsformen bestehen, wird ersichtlich, dass jene Personen, welche romantische Beziehungen miteinander führen, mehr Sorgeverantwortung füreinander übernehmen. Dies stellt keine Selbstverständlichkeit dar, wenn die Beziehung freund*innenschaftlich ist oder die Verbindung durch eine*n gemeinsame*n Partner*in entsteht. Sorgeverantwortung wird hier demnach mit romantischer Beziehung verbunden (Raab 2019; Klesse 2018, 2019) und auch durch den Staat heteronormativ angerufen. Die rechtlich bindende Form der Ehe beispielsweise zeigt die bindende Form der Sorge sowie auch deren Ende nach einer Trennung, aber auch in Filmen, Serien und Büchern wird diese Form der Regierung mithilfe der Beziehungsform verbreitet.

⁶ *Mental load* bezeichnet jene Denkarbeit, die es benötigt, um den Alltag eines oder mehrerer Menschen zu organisieren. Ebenso wie emotionale Arbeit geschieht sie unsichtbar, denn sie wird als selbstverständlich und nicht als Arbeit angesehen und meistens von FLINTA* verrichtet.

Auch in meiner eigenen Forschung mit nicht-normativen Lebenskontexten lässt sich diese Tendenz erkennen.⁷ Eine dieser Familienkonstellationen beispielsweise besteht aus zwei getrennt lebenden Elternteilen, die nach der Geburt ihres gemeinsamen Kindes ihre romantische Liebesbeziehung beendeten und sich beide jeweils andere Menschen (Freund*innen und Wohngemeinschaften) suchten, mit denen sie sich die Sorge um das Kind teilen wollten. Sobald die romantische Beziehung beendet war, endete auch die Sorgeverantwortung der beiden Erwachsenen füreinander. Die jeweils neu entstehenden Sorgebeziehungen mussten bei beiden erst in einem lang andauernden Prozess ausgehandelt und eingeübt werden.

3.2 Bedingungslose Mutterliebe

Mit dem Konzept von Elternliebe, das in allen Familienverbänden mit Kindern vorkommt, ist auch die Rolle von Mutterschaft unweigerlich verbunden. Mutterschaft und Mutterliebe werden, ebenso wie die bereits besprochene romantische Liebe, biologisiert und naturalisiert und als bedingungslos aufgefasst. Auch die als bedingungslos konstruierte Mutterliebe wurde allerdings als soziales Konstrukt überhaupt erst mit der Aufklärung erfunden (Badinter 1981[1980]). Diese (selbst-)destruktive Ideologie der Selbstaufgabe und Aufopferung vermag es ebenso wie die romantische Liebe, FLINTA* in Sorgeverantwortung zu zwingen, wenn auch hier nicht gegenüber den Ehemännern, sondern gegenüber den Kindern.

Ergebnisse aus der sozialwissenschaftlichen Beziehungsforschung bekräftigen, dass diese vergeschlechtlichte Affektivierung auch in nicht-normativen Familien immer noch eine große Rolle bei der Organisation von Care-Arbeit spielt. Sowohl in Co-Eltern-Familien, die analog zur bürgerlichen Kleinfamilie aus einem Vater und einer Mutter bestehen, als auch in Regenbogen- und queeren Familien übernehmen Mütter die meiste Sorge für die Kinder, vor allem die biologischen Mütter (Wimbauer 2021: 227; Raab 2019: 176-188, 2020). Nicht nur die materielle Sorgearbeit, sondern auch der *mental load* ist bei Müttern ungemein höher. Die Rolle der Mutter wird, ganz dem weiblichen Idealbild des liberalen Trennungsdiskurses folgend, als empathisch und sensibel konstruiert, was dazu führt, dass Mütter sich ständig letztverantwortlich fühlen, ihr zu versorgendes Umfeld im Blick zu haben (Wimbauer 2021: 30). Wie schon beim normativen Ideal der romantischen, sorgenden Liebe, findet sich auch im Bereich der Mutterliebe das staatliche Regierungshandeln auf unterschiedlichen Ebenen. Auch hier wird die Anrufung der Mutter als Verantwortliche einerseits durch das Gesetz, also die rechtliche Verantwortlichkeit für das Kind, die der Mutter bei der Geburt automatisch zufällt, ausgeführt. Andererseits geben Diskurse um ‚gute Mutterschaft‘, die in Ratgeberliteratur, aber auch in popkulturellen Medien zu finden sind, Müttern vor, wie sie sich fühlen sollten, wenn sie sich mit ihrer Gefühlslandschaft innerhalb der Norm aufhalten wollen. Nicht zuletzt ist es auch ein über Generationen hinweg weitergegebenes Alltags-

⁷ PhD-Projekt „Beyond the Nuclear Family: Affective Regimes of Care in Queer Life-Contexts“, im Entstehen an der Universität Wien.

handeln innerhalb der Familien („das war schon immer so“), durch welches Mütter lernen, wie sie als Mütter zu handeln und sich zu fühlen haben.

Wieder konnte auch meine eigene Forschung das bekräftigen. In einer Familienkonstellation bestehend aus sechs Erwachsenen und einem Kind führen zwei Erwachsene eine romantische Liebesbeziehung miteinander und sind auch sowohl die rechtlichen als auch biologischen Eltern des Kindes, die anderen vier Personen sind Mitbewohner*innen, die mit weniger Verbindlichkeit für das Kind sorgen. Die biologische Mutter erzählte in einem Interview, dass die Unterstützung der anderen sie zwar manchmal sehr entlaste, das Gefühl der Verantwortlichkeit aber nicht vermindere. Die Gedanken, dass, um eine ‚gute Mutter‘ zu sein, sie nicht gerade alleine ein Buch lesen oder tanzen gehen sollte, sondern eigentlich bei ihrem Kind sein, hindern sie am Entspannen. Die vergeschlechtlichte affektive Konstruktion der Mutterliebe strukturiert auch in diesem Beispiel ganz klar die Verantwortungsaufteilung in Sorgezusammenhängen.

3.3 Community Care

Nachdem bisher vor allem die Reproduktion heteronormativer affektiver Regime auch in nicht-normativen Familien betont wurde, werden nun widerständige Potenziale fokussiert und andiskutiert.

Die Arbeiten des aktivistischen Forscher*innenkollektivs *precarias a la deriva*, welche widerständige und solidarische Sorgepraxen in Spanien beschreiben (*precarias a la deriva* 2011), von Silvia Federici zu Commons, sogenannten autonomen Räumen, in welchen die bestehende kapitalistische Organisation von (Reproduktions-)Arbeit und Leben herausgefordert werden kann (Federici 2020) oder von Kath Weston zu queeren Wahlfamilien, in denen Sorge umeinander bereits seit langer Zeit nicht der Heteronorm entsprechend definiert wird (Weston 1997), sind wichtige Ansatzpunkte für diese widerständigen Potenziale.

Auch Mike Laufenberg, der im Zuge einer Analyse queerer Sorgeverhältnisse während der AIDS-Epidemie das Konzept der „*caring communities*“ entwickelte (Laufenberg 2012: o.S.), leistete einen relevanten Beitrag zur Theoretisierung insbesondere der affektiven Widerstände. Queere Menschen, die während der Epidemie durch die meisten staatlichen, medizinischen und familiären Sicherheitsnetze fielen, entwickelten neue Strategien und Praxen, um füreinander zu sorgen. Diese Praxen gingen auch mit neuen affektiven Verhältnissen einher: Beispielsweise fanden gemeinsame Trauer und Wut Platz darin, um die unzähligen Tode von Freund*innen sowie auch die eigenen Diskriminierungserfahrungen verarbeiten zu können (Laufenberg 2012: o.S.). Nicht nur vergeschlechtlichte und sexualisierte Liebe kann also der notwendige Kitt sein, um Sorgebeziehungen zusammenzuhalten, sondern auch geteiltes Leid, gemeinsame Hoffnung oder „politische Solidarität“, wie bell hooks diese Form von Liebe auch nennt (hooks 1986: 125). Das queere *community building* während der AIDS-Krise (und auch davor und danach) verdeutlicht, dass Care füreinander auch in anderen sozialen Verbänden möglich ist.

Laut Raab können sich emanzipatorische Potentiale queerer Verantwortungsgemeinschaften vor allem entfalten, wenn „die Normen von Geschlechtergerechtigkeit und Bedürfnisorientierung ausführlich und institutionalisiert zur Sprache kommen, ungleiche Ausgangsbedingungen der Beteiligten Berücksichtigung finden und Maßnahmen ergriffen werden, bewusst gegenzusteuern“ (Raab 2019: 176). Um einen solidarischen Umgang miteinander umzusetzen, müssen Normen kontinuierlich und immer aufs Neue aktiv gesehen, besprochen und herausgefordert werden.

Auch hier schließen meine Forschungsergebnisse an die bereits existierende Forschung an. Innerhalb der bereits im vorherigen Beispiel erwähnten Konstellation wurde während eines Gruppeninterviews mehrmals betont, dass die Sorgeverantwortungen für das dort lebende Kind zwar unterschiedlich intensiv seien, dass die Erwachsenen allerdings aus einer bewussten Entscheidung heraus solidarisch Care füreinander übernehmen würden. Der Prozess dieser Normalisierung der kollektiven, solidarischen Sorge müsse jedoch auch immer wieder aktiv in Plena und auch in Alltagssituationen eingebracht werden, um ein Zurückfallen in ein affektives heteronormatives Sorgeregime zu verhindern.

4 Fazit

Was dieser Handbuchartikel verdeutlicht, ist die politische Dimension von Care in ihrem Zusammenwirken mit (heteronormativ) vergeschlechtlichten und sexualisierten Affekten. Wie Menschen empfinden, ist Teil eines politischen Aushandlungsprozesses und Regierungshandelns. Dadurch wird in einem breiteren politikwissenschaftlichen und gesellschaftstheoretischen Rahmen einerseits deutlich, dass die Betrachtung der Emotionsebene mehr Spielraum für Subjekte schafft, um die eigene Handlungsmacht in Wechselwirkung mit den sozialen, politischen und ökonomischen Strukturen wahrzunehmen. Andererseits kann dadurch auch deutlicher verstanden werden, inwiefern staatliches Regierungshandeln die Emotionen von Subjekten auch in der sogenannten Privatheit prägt und umgekehrt. Die drei konkreten Beispiele in diesem Text verweisen darauf, dass heteronormativ vergeschlechtlichte Affekte wie die so imaginierte unsterbliche romantische Liebe oder die bedingungslose Mutterliebe dazu beitragen, kleinfamiliäre Sorgearrangements aufrechtzuerhalten, die wiederum eine patriarchal-kapitalistische (Re-)Produktionsweise unterstützen. Queere solidarische Praktiken allerdings können ein Widerstandspotential entfalten, diese emotionale (Selbst-)Regierung anders auszugestalten, die Grenzen von Öffentlichkeit und Privatheit zu verflüssigen und solidarischer sowie zärtlicher miteinander in Beziehung zu treten.

Literaturverzeichnis

- Ahmed, Sara (2004): *The cultural politics of emotion*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Badinter, Élisabeth (1981): *Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute*. München: Piper.
- Bakker, Isabella/Gill, Stephen (2019): Rethinking power, production, and social reproduction: toward variegated social reproduction. In: *Capital & Class* 43, S. 503–523. <https://doi.org/10.1177/0309816819880783>.
- Bargetz, Brigitte (2014): Jenseits emotionaler Eindeutigkeiten. Überlegungen zu einer politischen Grammatik der Gefühle. In: Baier, Angelika/Binswanger, Christa/Häberlein, Jana/Nay, Yv E./Zimmermann, Andrea (Hrsg.): *Affekt und Geschlecht: eine einführende Anthologie*. Wien: Zaglossus-Verlag, S. 117–136.
- Bargetz, Brigitte (2015): The distribution of emotions: affective politics of emancipation. In: *Hypatia* 30, S. 580–596.
- Bargetz, Brigitte/Sauer, Birgit (2015): Der affective turn. Das Gefühlsdispositiv und die Trennung von öffentlich und privat. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 24, S. 93–102.
- Becker-Schmidt, Regina (1987): Die doppelte Vergesellschaftung – die doppelte Unterdrückung. Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften. In: Unterkirchner, Lilo/Wagner, Ina (Hrsg.): *Die andere Hälfte der Gesellschaft. Besonderheiten der Frauenforschung in den Sozialwissenschaften*. Wien: ÖGB-Verlag, S. 10–25.
- Butler, Judith (2002): Was ist Kritik? Ein Essay über Foucaults Tugend. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 50, S. 249–266. <https://doi.org/10.1524/dzph.2002.50.2.249>.
- Collins, Patricia Hill (1998): It's all in the family: intersections of gender, race, and nation. In: *Hypatia* 13, S. 62–82. <https://doi.org/10.1111/j.1527-2001.1998.tb01370.x>.
- Davis, Angela Y. (1983): *Women, race & class*. New York: Random House.
- Duggan, Lisa (2004): *The twilight of equality? Neoliberalism, cultural politics and the attack on democracy*. Boston: Beacon Press.
- Federici, Silvia (2017): *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Kritik & Utopie*. Wien/Berlin: mandelbaum.
- Federici, Silvia (2020): *Die Welt wieder verzaubern. Feminismus, Marxismus & Commons*. Wien/Berlin: mandelbaum.
- Firestone, Shulamith (2003): *The dialectic of sex: the case for feminist revolution*. New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität – Band I und II*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2013): Der Wille zum Wissen. In: Michel Foucault. *Die Hauptwerke*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 1021–1151.
- Hajek, Katharina/Dück, Julia (2018): ‚Intime Verhältnisse‘. Eine gesellschaftstheoretische Erweiterung der Debatte um soziale Reproduktion. In: Scheele, Alexandra/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): *Feminismus und Marxismus*. Weinheim: Beltz Juventa, S. 218–231.
- Hark, Sabine/Laufenberg, Mike (2023): Sexualität in der Krise. Heteronormativität im Neoliberalismus. In: Appelt, Erna/Aulenbacher, Brigitte/Wetterer, Angelika (Hrsg.): *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 227–245.
- Hausen, Katrin (1976): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“. Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben. In: Conze, Werner (Hrsg.): *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas: neue Forschungen. Industrielle Welt* (21). Stuttgart: Klett, S. 363–393.
- hooks, bell (1986): Sisterhood: political solidarity between women. In: *Feminist Review* 23, S. 125–138. <https://doi.org/10.2307/1394725>.
- Illouz, Eva (2007): *Der Konsum der Romantik. Liebe und die kulturellen Widersprüche des Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Klesse, Christian (2012): *Communities of Care. Queere Politiken der Reproduktion*. In: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*.
- Klesse, Christian (2018): *Theorizing multi-partner relationships and sexualities – recent work on non-monogamy and polyamory*. In: *Sexualities* 21, S. 1109–1124.
- Klesse, Christian (2019): *Polyamorous parenting: stigma, social regulation, and queer bonds of resistance*. In: *Sociological Research Online* 24, S. 625–643. <https://doi.org/10.1177/1360780418806902>.
- Ludwig, Gundula (2014): *Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staatstheoretische Interventionen*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.2307/j.ctvdf0c45>.
- Oxfam: *Unbezahlte Hausarbeit, Pflege und Fürsorge*. Online unter <https://www.oxfam.de/unserearbeit/themen/care-arbeit> [Zugriff: 02.06.2022].
- Penz, Otto/Sauer, Birgit (2020): *Governing affects: neoliberalism, neo-bureaucracies, and service work*. New York: Routledge.
- Peukert, Almut/Motakef, Mona/Teschlade, Julia/Wimbauer, Christine (2018): *Soziale Elternschaft – ein konzeptuelles Stiefkind der Familiensoziologie*. In: *Neue Zeitschrift für Familienrecht* 7, S. 322–326.
- Peukert, Almut/Teschlade, Julia/Wimbauer, Christine/Motakef, Mona/Holzleithner, Elisabeth (Hrsg.) (2020): *Elternschaft und Familie jenseits von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit*. GENDER Sonderheft (5). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Precarias a la deriva (2011): *Was ist dein Streik? militante Streifzüge durch die Kreisläufe der Prekarität*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Raab, Michael (2019): *Care in konsensuell-nichtmonogamen Beziehungsnetzwerken. Sorgende Netze jenseits der Norm*. Opladen/Berlin/Toronto: Budrich UniPress Ltd.
- Raab, Michael (2020): *Elterliche Care-Arrangements in konsensuell-nichtmonogamen Beziehungsnetzwerken*. In: Peukert, Almut/Teschlade, Julia/Wimbauer, Christine/Motakef, Mona/Holzleithner, Elisabeth (Hrsg.): *Elternschaft und Familie jenseits von Heteronormativität und Zweigeschlechtlichkeit*. GENDER Sonderheft (5). Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 156–171. <https://doi.org/10.2307/j.ctv15r56vn>.
- Raab, Michael/Schadler, Cornelia (Hrsg.) (2020): *Polyfantastisch? Nichtmonogamie als emanzipatorische Praxis*. Münster: Unrast.
- Sauer, Birgit (2017): *Transformationen von öffentlich und privat. Eine gesellschafts- und affekttheoretische Perspektive auf Geschlechterdemokratie*. In: *Bulletin Texte / Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien / Humboldt-Universität zu Berlin* 43, S. 12–29.
- Schadler, Cornelia (2019): *Elternschaftsmodelle in Mehrfachpartnerschaften*. In: Küppers, Carolin/Harasta, Eva/Bundesstiftung Magnus Hirschfeld (Hrsg.): *Familie von morgen: neue Werte für die Familie(npolitik)*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich, S. 81–91.
- Sheff, Elisabeth (2010): *Strategies in polyamorous parenting*. In: Barker, Meg/Langdridge, Darren (Hrsg.): *Understanding non-monogamies*. London: Routledge, S. 169–181.
- Sheff, Elisabeth (2011): *Polyamorous families, same-sex marriage, and the slippery slope*. In: *Journal of Contemporary Ethnography* 40, S. 487–520. <https://doi.org/10.1177/0891241611413578>.
- Warner, Michael (1999): *The trouble with normal: sex, politics, and the ethics of queer life*. Cambridge: Harvard University Press.
- Weston, Kath (1997): *Families we choose: lesbians, gays, kinship*. New York: Columbia University Press.
- Wimbauer, Christine (2021): *Co-Parenting und die Zukunft der Liebe. Über post-romantische Elternschaft*. X-Texte zu Kultur und Gesellschaft. Bielefeld: Transcript.
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. X-Texte zu Kultur und Gesellschaft. Bielefeld: transcript.

Zukunftsforum Familie e.V. (2017): Vielfalt Familie, Pressemitteilung vom 18.09.2017. Online unter <https://www.zukunftsforum-familie.de/infocenter/pressemitteilungen/detail/news/vielfalt-familie-fuer-eine-moderne-familienpolitik-1/> [Zugriff: 02.06.2022].

Lese-Empfehlungen

Laufenberg, Mike (2012): Communities of Care. Queere Politiken der Reproduktion. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/communities-of-care-queere-politiken-der-reproduktion/> [Zugriff: 02.06.2022].

Raab, Michael (2019): Care in konsensuell-nichtmonogamen Beziehungsnetzwerken. Sorgende Netze jenseits der Norm. Opladen/Berlin/Toronto: Budrich UniPress.

Wimbauer, Christine (2021): Co-Parenting und die Zukunft der Liebe. Über post-romantische Elternschaft. Bielefeld: transcript.

Verena Kettner, M.A., Universitätsassistent*in, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Österreich

Feministische Gewerkschaftsarbeit und transnationale Solidarität

Kampagnen und Netzwerke

Ricardo Kaufer

Zusammenfassung

Im vorliegenden Beitrag wird feministische Gewerkschaftsarbeit als politisches Handeln vorgestellt. Ausgehend von der Beobachtung einer zunehmenden Partizipation von Frauen in transnationalen Arbeitskämpfen, Netzwerken und Organisationen wird die Bedeutung feministischer Gewerkschaftsarbeit skizziert. Aufbauend auf der Differenzierung zwischen feministisch-reformorientierter und feministisch-sozialrevolutionärer Gewerkschaftsarbeit sowie der Auswertung transnationaler Kampagnen und Netzwerke wird aufgezeigt, welche Bedeutung die Konzepte der Ausbeutung, der Solidarität und der Sorge in feministischen Gewerkschaftsbewegungen zukommt und wie feministische Gewerkschaftsarbeit organisiert wird.

Schlüsselbegriffe

Feminismus, Gewerkschaften, Ausbeutung, Transnationale Solidarität, Netzwerke

1 Einleitung

Im vorliegenden Kapitel wird feministische Gewerkschaftsarbeit als Form des politischen Handelns im Bereich der Wirtschaft verstanden und auf dieser Grundlage werden ihre Organisationsformen, praxisleitenden Konzepte sowie Taktiken vorgestellt. Das zentrale Argument ist, dass sich feministische Gewerkschaftsarbeit einerseits gegen die Ungleichheiten der kapitalistischen Globalisierung sowie die Doppelbelastung von Frauen mit Lohn- und Care-Arbeit richtet und andererseits im Rahmen feministisch-gewerkschaftlicher Orga-

Dieser Beitrag wurde am 05.06.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Kaufer, Ricardo (2024): Feministische Gewerkschaftsarbeit und transnationale Solidarität. Kampagnen und Netzwerke. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 219-229. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.fgutrsk.1-g>

nisierung alternative Vorstellungen von der Organisation und Verteilung gesellschaftlich notwendiger Arbeit entwickelt werden. Der Beitrag verbindet die Darstellung gegenwärtiger feministischer Gewerkschaftsarbeit mit der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung zur kollektiven Interessenartikulation durch Gewerkschaften mit einem Fokus auf deutsche und europäische Gewerkschaftspolitiken sowie zur außerparlamentarischen Mobilisierung von Frauen und skizziert die gegenwärtigen Prozesse der Politisierung von Erwerbs- und Care-Arbeit. Mit der Vollendung des kapitalistischen Weltmarktes (vgl. Cammack 2003: 38) und der „Vermarktlichung“ sozialer Beziehungen (vgl. Décieux/Becker/Kuttu 2019; Crouch 2009; Mies 1986) wurde die Doppelbelastung von Frauen mit Erwerbs- und Care-Arbeit intensiviert (Folbre 1996; Koggel 2003), obschon weiterhin soziokulturelle Barrieren für eine umfassendere Erwerbsbeteiligung von Frauen bestehen (vgl. Jayachandran 2015, 2021: 577). Zugleich verlagert die zunehmende Erwerbs- oder Lohnarbeit von Frauen Ungleichheiten, welche durch feministische Mobilisierungen politisiert werden. Der mit der Globalisierung einhergehende Wettbewerbsdruck erfordert und befördert weibliche Erwerbsarbeit und integriert Frauen auf der ganzen Welt in das kapitalistische Arbeitsregime mit den Prinzipien der Konkurrenz, der Leistungsorientierung, der Profitproduktion und der Ausbeutung (vgl. Gerhard 2020: 121; Goodman 2013; Haubner 2017, 2017a, 2018, 2020; Kabeer 2008). Ursächlich für die steigende weibliche Erwerbstätigkeit sind die Einbindung der großen staatlich durchdrungenen Kapitalismen Chinas, Indiens, Brasiliens, Russlands und Indonesiens (Nölke/ten Brink/May/Claar 2020) sowie weiterer Staaten Südasiens in die globale Arbeitsteilung, die Ausrichtung nationaler Entwicklungsstrategien auf den Export von Arbeitskräften, die globale Ausweitung des Niedriglohn- und Dienstleistungssektors samt der gestiegenen Nachfrage nach weiblicher Arbeitskraft (vgl. Caraway 2005; Jayachandran 2021: 578; Neef/Robilliard 2021) und die Kommerzialisierung von Sorge- und Reproduktionsarbeiten als „haushaltsnahe Dienstleistungen“ (vgl. etwa Bröcheler 2018; Lutz 2007; Winkler 2021: 20ff.). Die unterschiedliche Positionierung von Unternehmen und Volkswirtschaften in der globalen Arbeitsteilung verursacht räumliche und geschlechtsspezifische Einkommensungleichheiten (vgl. Gaddis 2012). Zu der Lohn- und Vermögensungleichheit zwischen Männern und Frauen kommt die höhere Belastung von Frauen mit Sorge- und Reproduktionsarbeiten hinzu (Metz-Göckel 2018). Dagegen mobilisieren feministische Bewegungen und Gewerkschafterinnen in reformorientierten und sozialrevolutionären Gewerkschaften und fordern eine Transformation der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsbeziehungen. Im vorliegenden Kapitel werden ihre Handlungs- und Mitgliedschaftslogiken, transnationalen Kampagnen sowie die genutzten Konzepte und Ideologeme vorgestellt.

2 Strömungen und Konzepte feministischer Gewerkschaftsarbeit

In diesem Abschnitt wird feministische Gewerkschaftsarbeit als ein Typus des politischen Handelns in kapitalistischen Gesellschaften (vgl. Taylor 1989: xiv) mit den Zielen der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Frauen, des Abbaus von Ungleichheiten der Entlohnung und der Arbeitsbelastung sowie der Kritik an ungleichheitsstabilisierenden Geschlechterrollen vorgestellt. Feministische Gewerkschaftsarbeit tritt in den zwei Hauptformen des reformorientierten und des sozialrevolutionären politischen Handelns auf (vgl. Connolly/Kretsos/Phelan 2014; Guillaume 2018; Hyman/Gumbrell-McCormick 2010: 317; Lipset 1983; Streeck 2014: 111). Während feministisch-reformorientierte Gewerkschaftsarbeit auf die Angleichung der Entlohnung zwischen den Geschlechtern, die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten im Rahmen der Ausgestaltung der Rentensysteme, die Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsbedingungen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch institutionalisierte Tarifverhandlungen abzielt, orientiert sich feministisch-sozialrevolutionäre Gewerkschaftsarbeit an der Überwindung von Ungleichheit erzeugenden und -stabilisierenden Geschlechterverständnissen und Produktionsbeziehungen durch öffentlichen Protest und die Organisation in revolutionären Basisgewerkschaften. Neben diese Differenzen der Strömungen treten taktische Überschneidungen etwa durch die intensive Nutzung des Konzepts des „Organizing“ (McAlevey 2016) als Instrument der gewerkschaftlichen Erneuerung. Organizing bedeutet im gewerkschaftlichen Kontext, dass die Beschäftigten in Unternehmen eigenständig über die Entwicklung und Umsetzung von Arbeitskampfstrategien entscheiden und dadurch motiviert werden, sich dauerhaft gewerkschaftlich zu organisieren (vgl. Industrial Workers of the World 2023). Diese Perspektive wurde entwickelt, um auf die sinkenden Mitgliedszahlen der Gewerkschaften zu reagieren und die Mobilisierungsfähigkeit der Gewerkschaften zu erhöhen. Ergänzt werden muss jedoch, dass feministisch-sozialrevolutionäre Gewerkschaftsarbeit grundsätzlich stärker auf die Selbsttätigkeit der Frauen in den Unternehmen setzt, als dies in den reformorientierten Gewerkschaften der Fall ist. Trotz dieser Gemeinsamkeit im Bereich der Nutzung des Organizing-Ansatzes unterscheiden sich die beiden Strömungen in ihren Zielen und Ideologien, den verwendeten Narrativen sowie den Ressourcen und Taktiken. Während Frauen in reformorientierten Gewerkschaften als Ziele die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, z. B. den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen oder die Umsetzung einer geschlechtssensiblen Digitalisierung (vgl. European Trade Union Confederation 2022), Equal Pay, die Erleichterung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Berücksichtigung von Erziehungs- und Pflegezeiten im Rahmen der Rentenpolitik, die Förderung von Frauen in Führungspositionen und Geschlechterparität sowie schließlich die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen formulieren, orientiert sich feministisch-sozialrevolutionäre Gewerkschaftsarbeit auf der Zielebene an einer egalitären Umgestaltung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und an einer Überwindung der männlichen Dominanz gegenüber Frauen. Entsprechend der divergierenden Zielvorstellungen unterschei-

den sich auch die Taktiken und Handlungsformen. Während feministisch-reformorientierte Gewerkschaftsarbeit auf den Abschluss von Tarifverträgen, die Mitgestaltung der Arbeitsbeziehungen in den Unternehmen und die Interessenvertretung gegenüber der parlamentarischen Politik in Verhandlungsnetzwerken setzt, nutzen feministisch-sozialrevolutionäre Organisationen direkte Aktionen und öffentliche Protestformen. Feministische Interessenvertretung durch reformorientierte Gewerkschaften ist durch die Einbindung in Verhandlungsnetzwerke deutlich weniger konfrontativ als feministisch-sozialrevolutionäre Gewerkschaftsarbeit, welche auf die Interessen wirtschaftlicher und staatlicher Akteure*innen weniger Rücksicht nehmen muss. Bezogen auf die strukturelle Ebene feministischer Gewerkschaftsarbeit und der Mitgliedschaftslogik ihrer Organisationen unterscheiden sich die zwei Formen feministischer Mobilisierung, da feministisch-reformorientierte Gewerkschaftsarbeit in den stark binnenregulierten und durch Professionalisierung gekennzeichneten Gewerkschaften, z.B. des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), auf formalisierte Mitgliedschaften und die Tätigkeit von Expert*innen setzt, während sozialrevolutionäre Gewerkschaftsarbeit auch in Organisationen mit geringer Formalisierung und ohne hauptamtliche Funktionär*innen stattfindet.

Feministisch-reformorientierte Gewerkschaftsarbeit zielt durch die Berücksichtigung der Interessen von Frauen in politischen Programmen und Unternehmensstrategien auf den Abbau von geschlechtsspezifischen Ungleichheiten. Organisationen feministisch-reformorientierter Gewerkschaftsarbeit sind etwa die Frauen im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) (Frauen im Deutschen Gewerkschaftsbund 2022), welche durch gezielte Interventionen auf die Förderung der arbeits- und betriebspolitischen Interessen und Präferenzen von Frauen in den DGB-Gremien und parlamentarischen sowie sozialpartnerschaftlichen Verhandlungsnetzwerken hinwirken. Daneben bestehen in den DGB-Mitgliedsgewerkschaften Frauensektionen, z.B. ver.di-Frauen (ver.di-Frauen 2022), welche durch branchen- und sektorspezifische Kampagnen besondere Mobilisierungserfolge erzielen. Besonders bedeutsam und medienwirksam sind dabei die Arbeitskämpfe im Gesundheits-, Pflege- und Erziehungswesen. Zugleich stehen die feministisch-reformorientierten Gewerkschaften im Care-Bereich vor der Herausforderung der „Informalisierung“ (Haubner 2019) von Care-Arbeit.

Die Strömung sozialrevolutionärer Gewerkschaftsarbeit basiert auf der Integration verschiedener analytischer Perspektiven und Ideologien. Zentral für ihre theoretische wie praktische Entwicklung ist die Zusammenführung marxistischer und revolutionär-syndikalistischer Kapitalismusanalysen mit anarcha-feministischen Theorien. Anarcha-Feminismus als Strömung des Anarchismus und des Feminismus kritisiert sowohl die öffentliche Herrschaft im Rahmen des Staates und der kapitalistischen Produktionsweise als auch die privatisierte Ungleichheit in den familiären und sozialen Verhältnissen. Kowal hält entsprechend für den Anarcha-Feminismus fest, dass für diesen „the liberating potential of autonomy for women, the precondition of sexual freedom in order for women to realise autonomy, and the inseparability of women’s liberation from the larger schema of human liberation“ (Kowal 2019: 268) zentrale Ideen sind. Daran wird deutlich, dass die feministisch-sozialre-

volutionäre Perspektive eine ganzheitliche Kritik an Ausbeutung und Ungleichheit formuliert. Die anarcha-feministische Perspektive wird durch die revolutionär-syndikalistische Kritik am Kapitalismus als eine Produktionsweise, in welcher die Mehrarbeit der Massen durch die Eigentümer*innen der Produktionsmittel privatisiert wird, die Arbeitenden in permanente Konkurrenz zueinander gesetzt sind, die demokratische Selbstverwaltung und kollektive Entscheidungsfindung der Arbeitenden auf Grund des Privateigentums an den Produktionsmitteln ausgeschlossen ist und die Arbeitenden in der kapitalistischen Produktionsweise in Krisenphasen ihre Existenzgrundlage verlieren und verarmen, ergänzt. Fritz Oerter formulierte diesbezüglich 1920 zur Position der Syndikalisten: „Durch die Monopolisierung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel in der Hand kleiner privilegierter Gesellschaftsgruppen sind die produzierenden Klassen gezwungen, ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten den Eigentümern zu verkaufen, um ihr Leben fristen zu können, und müssen infolgedessen einen erheblichen Teil ihres Arbeitsertrages an die Monopolisten abtreten“ (Oerter 1920). Die Organisationen sozialrevolutionärer Gewerkschaftsarbeit sind föderalistisch sowie entlang von Branchen und Themen gegliedert. Die globalen Zusammenschlüsse nationaler Gewerkschaften sind die International Confederation of Labour (ICL), die Industrial Workers of the World (IWW) sowie die International Workers Association (IWA-AIT). Sie haben Mitgliedsgewerkschaften, welche neben territorialen Organisationen auch thematische Sektionen enthalten. So arbeiten innerhalb der deutschen Freien Arbeiter*innen-Union (FAU) die FEM*FAU als feministische Arbeitsgruppe und in der französischen CNT-F (Confédération nationale du travail) die „Femmes Libres“. Daneben haben einige Basisgewerkschaften eigene feministische Arbeitsgruppen, z.B. die AG Fem der FAU Leipzig oder die AG Feministische Kämpfe der FAU Dresden. Die FEM*FAU der FAU unterstützt internationale Arbeitskämpfe in feminisierten Branchen, z.B. die Arbeitskämpfe in der Textilbranche in Bangladesch (#UnitedAgainstTheDragon 2022). Weiterhin kooperieren die feministischen Gewerkschafterinnen mit den Aktivistinnen anderer Bündnisse, z.B. das Frauenstreik-Bündnis rund um den 8. März, und feministischer Basisgewerkschaften (CIB-Unicobas 2023; COBAS Scuola SARDEGNA 2023; USI CIT 2023) sowie mit Vertreter*innen anderer feministisch-politischer Bewegungen. Gemeinsame Aktionstage im Bereich feministischer Mobilisierung sind der 8. März, zu dem regelmäßig international mobilisiert wird (vgl. Beier 2019; Kaufer 2019). Jenseits der revolutionär-syndikalistischen Organisationen gibt es feministische Bündnisse und Netzwerke, welche gewerkschaftliche Aktionsformen, insbesondere die Verweigerung von Arbeit, nutzen, um die ökonomische Dimension der patriarchalen Dominanz zu kritisieren. Hierzu zählen in Deutschland das Aktionsbündnis 8. März (Aktionsbündnis 8. März 2022), das Care Revolution Netzwerk (Care Revolution 2022) oder die Gewerkschaft der Emotionsarbeitenden. Mobilisierungsthemen sind der Anarcha-Feminismus (vgl. Lohschelder/Dubowy/Gutschmidt 2009), reproduktive Selbstbestimmung, Reorganisation von Care-Arbeit, Überwindung der Erwerbsarbeit (Lohnarbeit) und Sexismus am Arbeitsplatz.

Feministische Gewerkschaftsarbeit zielt auf die Skandalisierung der Benachteiligung von Frauen in der Erwerbs- und Care-Arbeit ab. Zugleich unterscheiden sich die Kommunikati-

onsstrategien der beiden Strömungen. Die Kommunikationsstrategie feministisch-reformorientierte Gewerkschaftsarbeit ist kooperationsorientiert und betont Kompromissfähigkeit. Feministisch-sozialrevolutionäre Gewerkschaftsarbeit ist außerparlamentarisch ausgerichtet und betont Interessengegensätze als Ursachen für geschlechtsspezifische Unterdrückung und Ungleichheit. Die zentralen Begriffe und Konzepte im Diskurs feministischer Gewerkschaftsarbeit sind Ausbeutung, Intersektionalität, Erwerbs- oder Lohnarbeit, Care- oder Reproduktionsarbeit (vgl. Décieux/Becker/Kutlu 2019; Roller 2019), Solidarität (Motta 2021) und Sorge (vgl. Conway 2017, 2018; Leinius 2019; The Care Collective 2020; Winkler 2015, 2021). Während das Konzept der Ausbeutung in der Kommunikation reformorientierter Gewerkschaftsarbeit nicht zentral im Diskurs über die Ursachen geschlechtsspezifischer Ungleichheiten ist, wird Ausbeutung in feministisch-sozialrevolutionärer Gewerkschaftsarbeit zur Beschreibung der Benachteiligung von Frauen (vgl. Haubner 2017, 2017a, 2018, 2020) und als Mobilisierungsbegriff (vgl. Artus 2022; Beier 2019; Kaufer 2019) genutzt. Kollektive Solidarität (vgl. Kabeer 1999: 49) wird in beiden Strömungen verwendet, um auf die Vorteile der Kooperation in arbeitsbezogenen Konflikten hinzuweisen. In der feministisch-sozialrevolutionären Gewerkschaftsbewegung ist Solidarität zudem eine Zielvorstellung für eine zukünftige Gesellschaft (vgl. Frauenstreik 2022).

3 Transnationale Netzwerke und Kampagnen

Der 8. März ist ein wichtiges Datum für die transnational ausgerichtete feministische Gewerkschaftsbewegung. Jedes Jahr protestieren und streiken an diesem Tag Arbeiterinnen gegen Ausbeutung, politische Ungleichheit, autoritäre Familien- und Reproduktionspolitiken und Gewalt gegen Frauen. Weltweit werden Frauen*streiks (Feministischer Streik 2022) organisiert, welche die ungleiche Verteilung von Arbeit kritisieren. Diese transnationale Streik- und Protestbewegung wird von den sozialrevolutionären Gewerkschaften aus Italien (Unione Sindacale Italiana (USI)), Polen (Inicjatywa Pracownicza (IP)), Frankreich (CNT-F), Deutschland (FAU) und Spanien (Confederación Nacional del Trabajo (CNT)) unterstützt. Daneben bestehen zahlreiche Aktivitäten und Vernetzungsansätze in den Bereichen transnationaler Organisation und Arbeitskampfkoordinierung (vgl. Fink 2018; Wolter/Wischnewski 2019; Simon 2021), z.B. die International Domestic Workers Federation (2022), welche auf die Organisation von Frauen in Beschäftigungsverhältnissen im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen abzielt und die Transnational Social Strike Platform, welche als Plattform verschiedene Organisations- und Vernetzungsmöglichkeiten anbietet (Transnational Social Strike 2022). Die Mobilisierung von Frauen in Arbeitsverhältnissen im Bereich der haushaltsnahen Dienstleistungen ist eine besondere Herausforderung für die transnationale Organisation, da diese Arbeit vollständig individuell in den Wohnräumen der zu pflegenden Menschen stattfindet und eine Weitergabe von Informationen und Organisationsangeboten vollständig während der Nichtarbeitszeiten stattfinden muss. Wilde brachte dieses Phänomen unter dem Slogan die „24-Stunden-Polinnen“ prägnant auf den

Punkt (Wilde 2014). Der kollektiven Solidarisierung am Arbeitsplatz sind in diesem Bereich deutliche Grenzen gesetzt. Die International Domestic Workers Federation stellt einen Versuch dar, dieser Individualisierung der Pflegearbeit und der damit verbundenen Ausbeutung (Haubner 2017a, 2018) entgegenzutreten. Weiterhin werden transnationale Kampagnen organisiert, um den Arbeiter*innen in den Produktionsstätten des Globalen Südens Unterstützung zukommen zu lassen und die Ungleichverteilung der Machtverhältnisse im Rahmen der globalen Arbeitsteilung zu bekämpfen (#UnitedAgainstTheDragon 2022; FAU Hamburg 2023). So mobilisierte die FAU Hamburg in 2023 für eine Unterstützung der Federation of General Workers Myanmar (FGWM), welche insbesondere die Arbeitenden der Textilindustrie in Myanmar organisiert, da die FGWM ihre Unterstützungsarbeit für Arbeiterinnen auf Grund der Repression durch die Militärregierung in Myanmar nicht wie gewohnt fortsetzen konnte. Trotz dieser punktuellen, transnationalen Kooperationen, welche durchaus Erfolge erzielen können, bleibt der Aufbau einer dauerhaften, transnationalen Kooperation entlang der globalen Wertschöpfungsketten und in diversen Sektoren die größte Herausforderung feministischer Gewerkschaftsarbeit (vgl. Lohmeyer/Sydow 2021; Simon 2021). Dies gilt insbesondere für eine Organisierung von Arbeitenden im Care-Bereich (vgl. Roller 2019).

4 Zusammenfassung

Feministische Solidarität findet ihren Ausdruck in einer wachsenden Organisierung von Frauen in reformorientierten und sozialrevolutionären Gewerkschaften sowie durch die Mobilisierung gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Ungleichheit und regressive Geschlechteridentitäten. Anhand des Konzeptes der Ausbeutung und eines antikapitalistischen Feminismus, welcher darauf abzielt, die dem Kapitalismus zu Grunde liegende Aneignung nicht entlohnter Arbeit, welche überwiegend von Frauen durchgeführt wird, und die Ausbeutung von Frauen in „geschlechtstypischer Arbeitsteilung“ (vgl. Haug 2010: 52) zu überwinden, schaffen es feministische Aktivist*innen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeiten auf den Zusammenhang zwischen Care-Arbeit, kapitalistischem Wachstum und ungleichen Lebensperspektiven zu richten. Im Bereich der transnationalen Zusammenarbeit können punktuelle Erfolge erzielt werden, wenn die Arbeiterinnen in verschiedenen Ländern ihre Machtressourcen nutzen, um durch Arbeitsniederlegungen, Kampagnen zur Aufklärung über Arbeits- und Lebensbedingungen und Boykottaufrufe Druck auf die Unternehmen auszuüben. Die größte Herausforderung feministischer Gewerkschaftsarbeit bleibt angesichts der ungleichen Machtressourcen von Arbeiterinnen in den globalen Wertschöpfungsketten die Etablierung einer dauerhaften transnationalen Kooperation.

Literaturverzeichnis

#UnitedAgainstTheDragon (2022): Workers finally get paid! Online unter <https://globalmayday.net/2020/12/23/unitedagainstthedragon-workers-finally-get-paid/>.

AG Feministische Kämpfe des Allgemeinen Syndikats Dresden (2021): Vortrag Anarchosyndikalismus und Feminismus. Online unter <https://agfeministischekaempfe.bandcamp.com/album/vortrag-anarchosyndikalismus-und-feminismus>.

Aktionsbündnis 8. März (2022). Online unter <https://aktionfrauen.wordpress.com/>.

Artus, Ingrid (2022): Frauen*streik! Zur Feminisierung von Arbeitskämpfen. Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.

Beier, Friederike (2019): Feministisch Streiken. Ein Bericht über den Frauen*streik 2019. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 28, S. 121–124. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i1.11>.

Bröcheler, Mareike (2018): Who cares? Über die Neuorganisation von Sorgearbeit durch haushaltsnahe Dienstleistungen. In: Häußler, Angela/Küster, Christine/Ohrem, Sandra/Wagenknecht, Inga (Hrsg.): *Care und die Wissenschaft vom Haushalt. Aktuelle Perspektiven der Haushaltswissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS, S. 121–131. https://doi.org/10.1007/978-3-658-19362-1_10.

Cammack, Paul (2003): The governance of global capitalism: a new materialist perspective. In: *Historical Materialism* 11, S. 37–59. <https://doi.org/10.1163/156920603768311228>.

Caraway, Teri L. (2005): The political economy of feminization: from “cheap labor” to gendered discourses of work. In: *Politics & Gender* 1, S. 399–429. <https://doi.org/10.1017/S1743923X05050105>.

Care Revolution (2022). Online unter <https://care-revolution.org/> [Zugriff: 16.02.2022].

CIB Unicobas (2023). Online unter <https://www.unicobas.org/> [Zugriff: 14.02.2023].

COBAS Scuola SARDEGNA (2023). Online unter <http://www.cobasscuolasardegna.it/> [Zugriff: 14.02.2023].

Connolly, Heather/Kretsos, Lefteris/Phelan, Craig (Hrsg.) (2014): *Radical unions in Europe and the future of collective interest representation*. Bern: Peter Lang. <https://doi.org/10.3726/978-3-0353-0599-9>.

Conway, Janet M. (2017): Troubling transnational feminism(s): theorising activist praxis. In: *Feminist Theory* 18, S. 205–227. <https://doi.org/10.1177/1464700117700536>.

Conway, Janet M. (2018): When food becomes a feminist issue: popular feminism and subaltern agency in the World March of Women. In: *International Feminist Journal of Politics* 20, S. 188–203. <https://doi.org/10.1080/14616742.2017.1419822>.

Crouch, Colin (2009): Marketization. In: Flinders, Matthew/Gamble, Andrew/Hay, Colin/Kenny, Michael (Hrsg.): *The Oxford Handbook of British Politics*. Oxford: Oxford University Press, S. 879–895. <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199230952.003.0047>.

Curtin, Jennifer/Higgins, Winton (1998): Feminism and unionism in Sweden. In: *Politics & Society* 26, S. 69–93. <https://doi.org/10.1177/0032329298026001004>.

Décieux, Fabienne/Becker, Karina/Kutlu, Yalcin (2019): Permanenter Notstand und der Kampf um gute Sorge(arbeit) – Polanyi’sche Doppelbewegungen in der Marktgesellschaft. In: *Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management* 26, S. 386–406. <https://doi.org/10.3224/indbez.v26i4.03>.

Delphy, Christine/Leonard, Diana (1992): *Familiar exploitation: a new analysis of marriage in contemporary Western societies. Feminist perspectives*. Cambridge: Polity Press.

European Trade Union Confederation (2022): Gender equality. Online unter <https://www.etuc.org/en/issue/gender-equality> [Zugriff: 20.06.2022].

FAU Hamburg (2023): Solidarisch mit der FGWM in Myanmar – Fundraising bis 31.08.2023 | In Solidarity with FGWM. Online unter <https://hamburg.fau.org/2023/07/24/fgwmsolidarity/>.

Feministischer Streik (2022). Online unter <https://frauenstreik.org/> [Zugriff: 16.02.2022].

- Fink, Elisabeth (2018): Transnational Social Movement Unionism als Vitalisierungsstrategie und Chance für Gewerkschafterinnen? Das Beispiel des Bekleidungssektors Bangladeschs. In: *Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management*, S. 188–208. <https://doi.org/10.3224/indbez.v25i2.04>.
- Folbre, Nancy (1996): Hearts and spades: paradigms of household economics. In: *World Development* 14, S. 245–255. [https://doi.org/10.1016/0305-750X\(86\)90056-2](https://doi.org/10.1016/0305-750X(86)90056-2).
- Franzway, Suzanne/Fonow, Mary Margaret (2011): *Making feminist politics: transnational alliances between women and labor*. Urbana: University of Illinois Press.
- Frauen im Deutschen Gewerkschaftsbund (2022). Online unter <https://frauen.dgb.de/> [Zugriff: 23.06.2022].
- Frauenstreik (2022): Aufruf zum feministischen Streik am 8. März 2022. Online unter <https://frauenstreik.org/aufrufe/2022-2/> [Zugriff: 22.06.2022].
- Gaddis, Isis (2012): *Essays on inequality and female labor force participation in developing countries*. Göttingen: Optimus-Verlag.
- Gerhard, Ute (2020): *Frauenbewegung und Feminismus: eine Geschichte seit 1789*. 4., aktualisierte und erweiterte Auflage. München: C.H. Beck.
- Goodman, Robin Truth (2013): *Gender work: feminism after neoliberalism*. New York: Palgrave Macmillan. <https://doi.org/10.1057/9781137381200>.
- Guillaume, Cécile (2018): Women's participation in a radical trade union movement that claims to be feminist. In: *British Journal of Industrial Relations* 56, S. 556–578. <https://doi.org/10.1111/bjir.12416>.
- Haubner, Tine (2017a): Ein unbequemes Erbe. Die Ausbeutung von Pflegearbeiten und der marxistische Ausbeutungsbegriff. In: *Das Argument* 59, S. 534–547.
- Haubner, Tine (2017b): *Die Ausbeutung der sorgenden Gemeinschaft: Laienpflege in Deutschland*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Haubner, Tine (2018): Let's talk about exploitation! Zur Wiederbelebung eines totgesagten Begriffs. In: *Soziopolis*. Online unter https://soziopolis.de/erinnern/jubilaen/artikel/lets-talk-about-exploitation/#_ftnref39 [Zugriff: 18.02.2022].
- Haubner, Tine (2019): Grauzonen der Sorge. Informalisierung von Pflegearbeit im Kontext des Pflegenotstands. In: *Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management* 26, S. 425–444. <https://doi.org/10.3224/indbez.v26i4.05>.
- Haubner, Tine (2020): The exploitation of caring communities: the elder care crisis in Germany. In: *Global Labour Journal* 11, S. 89–102. <https://doi.org/10.15173/glj.v11i2.4090>.
- Haug, Frigga (2010): Sozialistischer Feminismus. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 52–58. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92041-2_6.
- Hyman, Richard/Gumbrell-McCormick, Rebecca (2010): Trade unions, politics and parties: is a new configuration possible? In: *Transfer: European Review of Labour and Research* 16, S. 315–331. <https://doi.org/10.1177/1024258910373863>.
- Industrial Workers of the World: Was ist Organizing? Online unter <https://www.wobblies.org/organizing/was-ist-organizing/> [Zugriff: 06.11.2023].
- International Domestic Workers Federation (2022). Online unter <https://idwfed.org/en> [Zugriff: 23.06.2022].
- Jayachandran, Seema (2015): The roots of gender inequality in developing countries. In: *Annual Review of Economics* 7, S. 63–88. <https://doi.org/10.1146/annurev-economics-080614-115404>.
- Jayachandran, Seema (2021): Social norms as a barrier to women's employment in developing countries. In: *IMF Economic Review* 69, S. 576–595. <https://doi.org/10.1057/s41308-021-00140-w>.
- Kabeer, Naila (1999): *The conditions and consequences of choice: reflections on the measurement of women's empowerment* (Paper 108). Geneva United Nations Research Institute for Social Development.

- Kabeer, Naila (2008): Paid work, women's empowerment and gender justice: critical pathways of social change. In: Pathways Policy Paper, Institute of Development Studies.
- Kaufer, Ricardo (2019): Female labor activists in the German anarcho-syndicalist union (FAU) and the women's strike movement: class mobilization against exploitation. In: *Journal of Labor and Society* 22, S. 363–379. <https://doi.org/10.1111/wusa.12412>.
- Koggel, Christine (2003): Globalization and women's paid work: expanding freedom? In: *Feminist Economics* 9, S. 163–184. <https://doi.org/10.1080/1354570022000077935>.
- Kowal, Donna M. (2019): Anarcha-Feminism. In: Levy, Carl/Adams, Matthew S. (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of Anarchism*. Cham: Springer International Publishing, S. 265–279. https://doi.org/10.1007/978-3-319-75620-2_15.
- Leinius, Johanna (2019): Feministische Solidarität als Kosmopolitik. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 28, S. 81–94. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i2.07>.
- Lipset, Seymour Martin (1983): Radicalism or reformism: the sources of working-class politics. In: *American Political Science Review* 77, S. 1–18. <https://doi.org/10.2307/1956008>.
- Lohmeyer, Nora/Sydow, Jörg (2021): Interessenvertretung in globalen Wertschöpfungsnetzwerken – Theoretische Perspektiven und empirische Befunde. In: *Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management* 28, S. 103–119. <https://doi.org/10.3224/indbez.v28i2.01>.
- Lohschelder, Silke/Dubowy, Liane M./Gutschmidt, Inés (2009): *AnarchaFeminismus. Auf den Spuren einer Utopie*. Münster: Unrast.
- Lutz, Helma (2007): *Vom Weltmarkt in den Privathaushalt: Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung*. Opladen: Verlag Barbara Budrich. <https://doi.org/10.2307/j.ctvmx3jq7>.
- McAlevey, Jane (2016): *No shortcuts: organizing for power in the new gilded age*. New York: Oxford University Press.
- Metz-Göckel, Sigrid (2018): Vom „Lohn für Hausarbeit“ zur universellen Betreuungsarbeit. Die Aufteilung der Hausarbeit zwischen Frauen und Männern – ein altes Thema neu gewendet? In: Häußler, Angela/Küster, Christine/Ohrem, Sandra/Wagenknecht, Inga (Hrsg.): *Care und die Wissenschaft vom Haushalt. Aktuelle Perspektiven der Haushaltswissenschaft*. Wiesbaden: Springer VS, S. 21–31. https://doi.org/10.1007/978-3-658-19362-1_4.
- Mezzadri, Alessandra (2021): Introduction: Marx's field as our global present. In: Mezzadri, Alessandra (Hrsg.): *Marx in the field*. London: Anthem Press, S. 13–41. <https://doi.org/10.2307/j.ctvx8b7jk>.
- Mies, M. Verónica (1986): *Patriarchy and accumulation on a world scale: women in the international division of labour*. London: Zed Books.
- Motta, Renata (2021): Feminist solidarities and coalitional identity: the popular feminism of the Marcha das Margaridas. In: *Latin American Perspectives* 48, S. 25–41. <https://doi.org/10.1177/0094582X2111017896>.
- Neef, Theresa/Robillard, Anne-Sophie (2021): Half the sky? The female labor income share in a global perspective. In: *World Inequality Lab – Working Paper* N° 2021/22.
- Nölke, Andreas/Ten Brink, Tobias/May, Christian/Claar, Simone (2020): *State-permeated capitalism in large emerging economies. RIPE series in global political economy*. London: Routledge.
- Oerter, Fritz (1920): *Was wollen die Syndikalisten?* Berlin: Verlag „Der Syndikalist“, Fritz Kater.
- Roller, Katrin (2020): Interessenpolitische (Neu-)Orientierung an Care-Arbeit. In: *Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management* 26, S. 407–424. <https://doi.org/10.3224/indbez.v26i4.04>.
- Sexworkers Solidarity. Online unter <https://www.facebook.com/sexworkerssolidarity/>.
- Simon, Hendrik (2021): „United and Stronger Together“ – Transnationale gewerkschaftliche Organisierung in multinationalen Konzernen am Beispiel der IG Metall-Netzwerkinitiative. In: *Industrielle Beziehungen. Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management* 28, S. 212–221. <https://doi.org/10.3224/indbez.v28i2.06>.
- Streeck, Wolfgang (2014): *Gewerkschaften in Westeuropa*. In: Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): *Handbuch Gewerkschaften in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS, S. 86–100. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80389-4_4.

- Taylor, Andrew (1989): *Trade unions and politics: a comparative introduction*. Basingstoke: Macmillan.
- The Care Collective/Chatzidakis, Andreas/Hakim, Jamie/Littler, Jo/Rottenberg, Catherine/Segal, Lynne (Hrsg.) (2020): *The care manifesto: the politics of interdependence*. London: Verso Books.
- USI CIT (2023). Online unter <https://usi-cit.org/> [Zugriff: 14.02.2023].
- ver.di-Frauen (2022). Online unter <https://frauen.verdi.de/> [Zugriff: 23.06.2022].
- Wilde, Wulf: Die „24-Stunden-Polinnen“. In: Deutsche Welle. Online unter <https://www.dw.com/de/die-24-stunden-polinnen/a-17488784> [Zugriff: 13.11.2023].
- Winker, Gabriele (2015): *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Winker, Gabriele (2021): *Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima. X-Texte zu Kultur und Gesellschaft*. Bielefeld: Transcript.
- Wolter, Kerstin/Wischnewski, Alex: A feminist international? How women organize beyond borders: what do the new feminist movements have in common, and how might they join forces? In: RosaLux. Online unter <https://www.rosalux.de/en/news/id/40990/a-feminist-international-how-women-organize-beyond-borders>.

Lese-Empfehlungen

- Briskin, Linda (2012): *Trade Unions, Collective Agency, and The Struggle for Women’s Equality*. In: Moghadam, Valentine M.; Franzway, Suzanne; Fonow, Mary Margaret (Eds.): *Making Globalization Work for Women*. (SUNY series, Praxis: Theory in Action). State University of New York Press.
- Fink, Elisabeth (2018): *Transnational Social Movement Unionism als Vitalisierungsstrategie und Chance für Gewerkschafterinnen? Das Beispiel des Bekleidungssektors Bangladeschs*. In: *Industrielle Beziehungen*, S. 188–208. DOI 10.3224/indbez.v25i2.04.
- Haubner, Tine (2017): *Ein unbequemes Erbe. Die Ausbeutung von Pflegearbeiten und der marxistische Ausbeutungsbegriff*. In: *Das Argument*. Jg. 59 (4), S. 534–547.

Dr. Ricardo Kaufer, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Projektkoordinator, Universität Bielefeld

Der Geschlechtervertrag im Gesellschaftsvertrag

Daniela Möller

Zusammenfassung

In diesem Beitrag soll zum einen der implizite Geschlechtervertrag in den klassischen Vertragstheorien dargelegt werden. Zum anderen soll die daran anschließende Debatte zu der Frage nachgezeichnet werden, inwiefern Vertragstheorien aus feministischer Perspektive reformierbar erscheinen. Dazu werden die grundlegenden kontraktualistischen Annahmen zunächst erläutert, um davon ausgehend die verschiedenen geschlechtertheoretischen Bezugnahmen darlegen zu können.

Schlüsselbegriffe

Kontraktualismus, Geschlechtervertrag, Liberalismus

1 Einleitung

„Wenn [...] die Männer bei den Grundrechten bevorzugt werden, so ist diese Ungleichheit nach dem Unterschiedsprinzip (in seiner allgemeinen Deutung) nur gerechtfertigt, wenn es den Frauen Vorteile bringt und aus ihrer Sicht annehmbar ist“ (Rawls 2014: 119).

Diese Aussage aus John Rawls' Klassiker *Eine Theorie der Gerechtigkeit* aus dem Jahr 1971 provoziert die Frage, inwieweit moderne Vertragstheorien von patriarchalen Vorannahmen durchzogen sind und aus feministischer Perspektive reformierbar erscheinen. Dieser Beitrag verfolgt diesbezüglich zwei Ziele: Zum einen soll der implizite Geschlechtervertrag in den klassischen Vertragstheorien dargelegt werden. Zum anderen soll die daran anschließende feministische Debatte nachgezeichnet werden, inwiefern Vertragstheorien notwendigerweise auf einen Geschlechtervertrag angewiesen sind. Dazu soll zunächst in kompri-

Dieser Beitrag wurde am 05.06.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publiso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Möller, Daniela (2024): Der Geschlechtervertrag im Gesellschaftsvertrag. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 231-241. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.dgigdm.1-g>

mierter Form das ideelle Fundament des Kontraktualismus (2.) gelegt werden, um davon ausgehend die verschiedenen geschlechtertheoretischen Bezugnahmen (3.) sowie Schlussfolgerungen (4.) darlegen zu können. Schließen wird dieser Beitrag mit einem analytischen Blick auf den gegenwärtigen „Geschlechtervertrag“ (5.), der zwar neue Partizipationsmöglichkeiten ermöglicht, doch zugleich neue Ausschließungen produziert.

2 Der Vertragsschluss zwischen „Gleichen und Freien“

Der *pater familias* stellte bis ins 17. Jahrhundert die dominierende Begründungsfigur für politische Herrschaft dar. Diese Figur sicherte nicht nur die innerfamiliäre Herrschaft des (ältesten) Familienvaters, sondern die gesamte Gesellschafts- und Weltordnung strukturierte sich anhand dessen. Demnach herrschte auf jeder Ebene der jeweilige *pater familias*: Familienväter, Grundherren, Fürsten, Könige und schließlich Gott, der Vater aller. Die *Herrschenden* waren damit allesamt männlich assoziiert; die *Beherrschten* waren sowohl Männer als auch Frauen. Herrschaft verlief damit noch nicht dichotom anhand der binären Aufteilung von Männlich- und Weiblichkeit, sondern bedurfte darüber hinaus des Geburtsrechts. Dieser „politischen Ideologie des Absolutismus“, mit der eine „angeborene und gottgegebene Untertänigkeit“ und infolgedessen eine politische Unmündigkeit der Individuen einherging, setzten Vertragstheoretiker¹ die Idee der Gleichheit und Freiheit aller entgegen (Kuster 2019: 71f.). Wobei diesem universell erscheinenden Postulat mit Vorsicht zu begegnen ist, da letztlich nur einige wenige zu den „Gleichen und Freien“ gehören sollten.

Die Etablierung der Idee der freien und gleichen Individuen hatte zur Folge, dass der zuvor von „Gott gewollte Staat“ auf neue Art und Weise begründungsbedürftig geworden war. Die Rechtfertigung der Staatsgewalt hatte damit ihre Richtung geändert: Nicht von „oben“, sondern von „unten“ – von dem politischen Subjekt aus – musste der Staat gedacht werden. Zu diesem Zwecke findet sich in den kontraktualistischen Theorien folgendes Gedankenexperiment: Es wird von der staatlich geordneten Gesellschaft abstrahiert, um den hypothetischen Zustand vor Vertragsschluss zu illustrieren. Aus der Beschreibung dieses *vorvertraglichen* Zustandes, dem *Naturzustand*, ergeben sich die Argumente für das Eintreten in den *Gesellschaftszustand*. So führt die Annahme einer Güterknappheit im Naturzustand zu Konflikten zwischen den Naturzustandsbewohner*innen. Dieser „Zustand [...] des Krieges aller gegen alle“ (Hobbes 1995: 119) kann nur mittels Einwilligung in die freiwillige Selbstunterwerfung unter eine vertraglich eingesetzte Staatsgewalt überwunden werden. Da im rechtlosen Naturzustand eine stetige Bedrohung der eigenen Existenz besteht, müsste jeder vernünftige Mensch, so die kontraktualistische Annahme, nur dem ‚Imperativ der Klugheit‘ folgen, um die Vergesellschaftung und die Einsetzung einer Staatsgewalt als erstrebens-

¹ Zu den *klassischen Vertragstheoretikern* zählen insbesondere Thomas Hobbes (1995), John Locke (2019) und Jean-Jacques Rousseau (2019).

wert zu erachten. Die Motive der Vertragsschließenden gründen demnach in ihrem eigenen Selbsterhaltungstrieb, aus dem in der Zustimmung zum Vertrag die Selbstverpflichtung zum partiellen Verzicht auf *natürliche Freiheiten* folgt, um im Gegenzug Rechtssicherheiten zu gewinnen, die mittels Staatsgewalt durchgesetzt werden sollen. Was sich hier nicht unmittelbar herauslesen lässt, ist, dass aktive Vertragsschließende nicht wirklich alle von der Einsetzung des Staates betroffenen Menschen sind, sondern ausschließlich weiße, besitzende Männer.²

Hier könnte der Gedanke naheliegen, dass die Ausschlüsse von Frauen aus dem Narrativ der vertraglichen Staatgründung ausschließlich dem „Zeitgeist“ entsprechen würden und modernere Vertragstheorien dem Anspruch von *Gleichheit* und *Freiheit* aller nachkommen würden. Doch auch bei Rawls finden sich implizite und explizite Spuren einer möglichen (institutionellen) Ungleichbehandlung von Frauen. Rawls, der sich selbst in der Traditionslinie von „Locke, Rousseau und Kant“ sieht (Rawls 1971/2014: 12), entwickelt äquivalent zum Naturzustand die Idee eines *Urzustandes*, in der alle Individuen unter einem „Schleier des Nichtwissens“ über Grundsätze der Gerechtigkeit verhandeln. Mit dem „Schleier des Nichtwissens“ geht Rawls von einem Zustand aus, in dem keine*r der Vertragsschließenden um die kontingenten Merkmale, die die eigene Position in der realen Gesellschaft bestimmen könnten, weiß. Die Idee ist demnach, dass niemand für sich bessere, in dem Gesellschaftszustand sich aktualisierende, Konditionen aushandeln kann, wenn der*diejenige nicht um die gesellschaftliche Position weiß. Das eigene Geschlecht oder die Klassenzugehörigkeit werden demnach als unbekannt vorausgesetzt. Rawls geht von der These aus, dass in diesen Aushandlungen sich *vernünftige* Vertragsschließende u.a. darauf einigen würden, dass gesellschaftliche Ungleichheiten dann zu akzeptieren sind, wenn diese stets den „wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen“ würden (*Unterschiedsprinzip*) (Rawls 1971/2014: 336). Das Eingangszitat zeigt bereits, dass dies die Möglichkeit eröffnet, Geschlechterungleichheiten als durchaus legitim zu erachten.

3 Der Geschlechtervertrag

3.1 Der implizite Geschlechtervertrag

Werden die Texte klassischer Kontraktualisten wie Locke und Hobbes nach der Strukturierung des Geschlechterverhältnisses hin betrachtet, so fallen die unterschiedlichen Platz-

² Crawford Brough Macpherson (1973) hat in seiner Studie *Die politische Theorie des Besitzindividualismus* herausarbeiten können, dass Klassenunterschiede unterschiedliche Rechte korrespondierten. Die Kategorien *race* und *gender* bleiben hierbei eine markante Leerstelle. Zum Verhältnis von *race* und Vertragstheorien sei hier auf Charles Mills' *The Racial Contract* (1988) und *Black Rights/White Wrongs – The Critique of Racial Liberalism* (2017) verwiesen.

zuweisungen von Mann und Frau nicht unmittelbar auf, was nicht nur an der Verwendung einer überwiegend geschlechtsneutralen Sprache („person“, „every citizen“, „individuals“ etc.) liegt, sondern auch inhaltliche Gründe hat. So sagt bspw. Hobbes, dass es keine bedeutsamen „Unterschiede an Stärke und Klugheit“ zwischen Geschlechtern gäbe und nur mittels Krieg entschieden werden könne, wer „herrschen“ dürfe (vgl. Hobbes 1995: 179). Mit Eintreten in den Gesellschaftszustand ändert sich dies für Hobbes grundlegend: Hier müsse das bürgerliche Gesetz darüber entscheiden, wer in der Familie herrsche. Diese Entscheidung würde überwiegend, aber *nicht* natürlicherweise, zugunsten der Familienväter fallen, da Staaten meistens von eben diesen gegründet werden würden (vgl. ebd.). Damit folgt für Hobbes aus der Staatengründung durch Männer eine Vorherrschaft dieser über die dort ansässigen Frauen sowie deren Kinder (Hobbes 1966: 168). Weiter wird das Verhältnis von Frauen und Männern zueinander nicht thematisiert, sondern Hobbes entfaltet für den Naturzustand eine gänzlich atomistische Anthropologie, da er annimmt, „daß die Menschen – gleichsam wie Pilze – plötzlich aus der Erde hervorgewachsen [...] wären, ohne daß einer dem anderen verpflichtet wäre“ (ebd.:161). Seyla Benhabib deutet diese Textstelle, die für sie stellvertretend für die Konzeption der Vertragsschließenden im Kontraktualismus in Gänze steht, folgendermaßen: „Dieser Vergleich von Männern mit Pilzen ist ein vollendetes Bild der Autonomie. Die Leugnung des Geborenwerdens durch eine Frau befreit das männliche Ich von seiner natürlichsten und fundamentalsten Abhängigkeit“ (Benhabib 1989: 464). Körperlichkeit, Angewiesenheit oder Begehren erweisen sich hier demnach als Leerstellen. Auch wenn Hobbes die Unterordnung der Frau noch nicht im Naturzustand lokalisiert, so führt er diese mit dem Eintritt in die Gesellschaft ein, ohne dies weiter zu begründen. Carole Pateman (1988) sieht gerade hier die Einsetzung des impliziten Geschlechtervertrags.

Deutlich anders verhält es sich bei Locke, der die Entscheidungsgewalt bezüglich des „gemeinsamen Interesses“ oder „Eigentums“, wenn vertraglich nicht anders festgehalten, dem Mann und nicht der Frau zuspricht, da dieser „naturgemäß [...] der Fähigere [...] und Stärkere [...]“ sei (Locke 2019: 62). Daraus folgt für Locke allerdings nicht notwendig die unbegrenzte Herrschaft des Mannes über die Frau, denn in einem Ehevertrag könnte durchaus eine Gütertrennung bei Eheauflösung ausgehandelt werden. Dennoch spricht er den „Ehegatten“ das Recht zu, grundsätzlich „seinen Willen gegenüber dem der Frau dominieren zu lassen“ (Locke 1992: 104). Wie Frederike Kuster herausstellt, verbleibt der Anspruch von *Gleichheit* und *Freiheit* aller Menschen bei gleichzeitiger Unterordnung von Frauen in einer „theoretischen Verlegenheit“ (Kuster 2019: 73). Es werden keine auskonzeptualisierten Begründungen vorgebracht, warum Frauen nicht Subjekte, sondern Objekte des Gesellschaftsvertrags sein sollten. Erst mit Rousseau sollte sich diese „Begründungslücke“ durch das Ausbuchstabieren komplementärer, aber *asymmetrischer* Geschlechtscharaktere schließen (ebd.: 87). Rousseau war es, der mit Berufung auf das „Gesetz der Natur“ versuchte zu plausibilieren, warum die Frau dazu geschaffen sei, „zu gefallen und sich zu unterwerfen“ (Rousseau 2019: 386).

3.2 Die ‚freiwillige‘ Unterwerfung

Carole Patemans (1988) *The Sexual Contract* gilt als „wohl einflussreichste feministische Untersuchung innerhalb der Politischen Ideengeschichte“ (Braun 2000: 3), da diese einen signifikanten Debattenanstoß zum Androzentrismus in der politischen Philosophie gab (vgl. Krause 2003; Appelt 1997).³ Erstens legt sie den Gesellschaftsverträgen der klassischen, liberalen Vertragstheorien stets impliziten Geschlechtervertrag offen. Zweitens vertritt sie den Standpunkt, dass mit der Ablösung der absolutistischen Staatsbegründung durch den Liberalismus sich eine *neue* Form des Patriarchats abzeichnet: „The difference between the sexes is not sufficient to ensure men’s natural mastery over women, but it turns out that it is enough to underwrite their conjugal mastery“ (Pateman 1988: 51). Für die eheliche Vormachtstellung des Mannes bei gleichzeitiger Befürwortung liberaler Werte imaginieren die Kontraktualisten eine Unterwerfung der Frau mittels Vertrag. Die Idee ist, dass anhand des Geschlechtervertrags die Frauen freiwillig in ihre eigene Unterwerfung einwilligen würden. So heißt es bspw. bei Rousseau, dass die Frau die Einsicht haben *solle*, sich befehlen zulassen, was sie wolle (vgl. Rousseau 2019: 446). Sie wird damit zum einen als einsichtig genug gedacht, in ihre eigene Unterwerfung einwilligen zu können, also in *dieser* Hinsicht Vertragsschließende zu sein. Im Ehevertrag, der das *individuelle* Verhältnis von Ehemann und Ehefrau zueinander regelt, willigen Frauen demnach aktiv in ihre eigene Passivität ein. Zum anderen organisiert der Geschlechtervertrag („sexual contract“) *allgemein*, dass ausnahmslos Männer untereinander einen Gesellschaftsvertrag („social contract“) miteinander schließen, in dem Frauen lediglich Objekte des Vertrags sind (vgl. Pateman 1988: 113). Frauen nehmen dabei also eine ambivalente Position ein: Sie sind zugleich ein- und ausgeschlossen (vgl. Wilde 2001: 125).

Aus diesem Sachverhalt ergeben sich verschiedene Fragen: Warum sollten Frauen in ihre eigene Unterwerfung einwilligen? Wird davon ausgegangen, dass sie dies tun, weil sie die ‚Einsicht‘ haben, den untergeordneten Platz für sich *vernünftigerweise* anzunehmen, so stößt dies – mit Ausnahme von Hobbes – auf die Problematik, dass sie gerade als diejenigen imaginiert werden, die weniger vernunftfähig sind. Wie kann dann von einer Fähigkeit der vernünftigen Einwilligung, wie es die Vertragstheorie vorgibt, ausgegangen werden? Pateman sagt hierzu resümierend: „Modern contractual patriarchy both denies and *presupposes* women’s freedom and could not operate without this presupposition“ (Pateman 1988.: 231f., Herv. i. O.). Wenn auch nicht in gleicher Weise ausbuchstabiert, kann hier ebenfalls eine Parallele zwischen der eingangs zitierten Aussage Rawls‘ und der freiwilligen Unterwerfung der Frau im klassischen Kontraktualismus beobachtet werden. In beiden Fällen besteht die Möglichkeit der begründeten Ungleichbehandlung von Frauen gegenüber Män-

3 Überraschend ist daher, dass für *The Sexual Contract* bis heute keine vollständige Übersetzung ins Deutsche vorliegt, wobei das Werk mittlerweile in sieben Sprachen (zuletzt 2017 ins Türkische) übersetzt wurde. Teile des Werks finden sich in deutscher Übersetzung in Appelt/Neyer (1994), Nagl-Docekal/Pauer-Studer (1996) und Braun u.a. (2000).

nern, wenn denn die Einsicht zu eben dieser seitens der Frauen als gegeben angenommen wird.

Die Frage, die sich hier anschließt, ist, ob demnach aus feministischer Perspektive es überhaupt ratsam sein kann, sich des kontraktualistischen Instrumentariums zu bedienen.

4 Ein feministischer Kontraktualismus?!

„To begin to understand modern patriarchy the whole story of the original contract must be reconstructed, but to change modern patriarchy, to begin to create a free society in which women are autonomous citizens, the story must be cast aside“ (Pateman 1988: 220).

Für diese These führt Pateman zwei grundlegende Argumente an: Erstens verschleierte der Kontraktualismus, sowohl der der Klassiker (Hobbes, Locke, Rousseau etc.) als auch die moderneren Theorien (Rawls, Buchanan, Nozick), die sexuelle Differenz, da stets von *einer* Subjektposition ausgegangen werde. Diese „unitary figure“ könne nicht den weiblichen Körper mit aufnehmen, dessen „unique capacity“ es sei, Nachkommen zu gebären und diese stillen zu können (vgl. ebd.: 217). Patemans Auffassung von Geschlecht ist durchaus als problematisch einzuordnen, da sie von einem vereindeutigenden Weiblichkeitsbegriff ausgeht und demnach aus unterschiedlichen feministischen Strömungen kritisiert werden kann. Dennoch lässt sich hier festhalten, dass die Konfrontation der Vertragstheorien mit Körperlichkeit eine wichtige Kritikperspektive miteinbringt, um die vermeintliche Geschlechtsneutralität der Vertragsschließenden sichtbar machen zu können (vgl. Krause 2003: 102). Dieser Punkt führt zu Patemans zweiten Kritikpunkt: Sie stellt bereits zu Beginn ihres Werks heraus, dass sie genau jene Gesellschaftskonzeptionen ablehne, die von einer sehr bestimmten Form des Besitzes ausgeht: „the property that individuals are held to own in their persons“ (ebd.: 5) – oder wie sie später sagen wird: „self-ownership“ (Pateman 2002). Für Pateman ist demnach keine (geschlechter)gerechte Gesellschaft denkbar, wenn an dieser Begründungsfigur zur Staatslegitimation und Formulierung von individuellen Rechten festgehalten werde (ebd.: 51f.). Bei Locke⁴ findet sich diese liberale Argumentation am deutlichsten ausformuliert: „[J]eder Mensch [hat] ein Eigentum an seiner eigenen Person“ (Locke

4 An dieser Stelle sei kurz auf John Lockes Argumentationslinie zur Legitimierung kolonialer Landnahme hingewiesen, da diese bereits in seiner Eigentumstheorie angelegt ist: Den Rechtsanspruch an einer Sache wird nach Locke mittels Arbeit erlangt. So wird das Feld zu meinem, wenn ich dieses bearbeite (und noch nicht jemandem gehört) (vgl. Locke 1689/2019: 23). Mit der Bearbeitung des Feldes wird nach Locke das darin innewohnende Potenzial freigesetzt (vgl. ebd.: 30). Vernunftgemäß solle der Mensch die Welt „zum größtmöglichen Vorteil und zur Annehmlichkeit ihres Lebens“ nutzen (ebd.: 22f.). Den (damaligen) Völkern Amerikas sei daher vorzuwerfen, dass sie den „fruchtbaren Boden, der im Überfluß schenken könnte, was zu Nahrung, Kleidung und Genuß dienen könnte“, brachliegen lassen würden. Demnach sei ‚nach dem Gebot der Vernunft‘ der amerikanische Boden zu bearbeiten, womit bei Locke immer die Aneignung des ‚veredelten‘ Bodens sowie die Herrschaft über die erschlossenen Gebiete einhergeht (vgl. ebd.: 33f.).

2019: 26). Er steht damit in der cartesianischen Tradition der Spaltung von Körper und Geist, in der der Körper eine arbiträre Rolle für das Selbst spielt. Der Geist ist allein identitätsstiftend und verfügt *über* seinen Körper (vgl. Locke 2020: 339). Beispielhaft hat Pateman anhand des Arbeits- und Prostitutionsvertrags sowie der Leihmutterchaft versucht aufzuzeigen, dass diese Entkörperung des Subjekts die irrtümliche Idee stabilisiert, Teile seiner*ihrer selbst entäußern zu können. Für Pateman ist es falsch anzunehmen, der*die bspw. Arbeiter*in könne seine*ihre Arbeitskraft entäußern, denn entgegen der cartesianischen Spaltung könne das Subjekt immer nur in Gänze *sich* entäußern. Mit Blick auf Prostitution, Leihmutterchaft und Sorgearbeit seien Frauen von diesem Trugschluss in besonderer Weise betroffen. Daher lehnt Pateman es grundsätzlich ab, von einer solchen liberalen Subjektidee auszugehen (hierzu kritisch vgl. Nagl-Docekal 1996; Appelt 1997, Dean 1992).

Zu einem anderen Schluss kommt Susan Moller Okin (1989), die zwar Rawls eine „certain blindness to the sexism of the tradition“ attestiert, wenn er bei den Vertragsschließenden ausschließlich von den „head of families“ (91f.) ausgeht. Auch wenn diese nicht notwendigerweise Männer sein müssten, so knüpft dies an eine Tradition an, in der die Familie „opaque to the claims of justice“ ist (Okin 1994: 23). Die geschlechtsspezifische Ungerechtigkeit innerhalb der Familie bleibt demnach von Rawls' Gerechtigkeitsüberlegungen unangetastet. Okin sieht dennoch „feministische Implikationen“ in dieser Theorietradition (Okin 2000: 79), die allerdings erst bei Berücksichtigung des „Frauenstandpunktes“ zum Tragen kämen (ebd.: 83). Erst mit dem Wissen der Benachteiligung von Frauen in den sozialen Institutionen – bei gleichzeitiger Beibehaltung des „Schleiers des Nichtwissens“ – könne sich auf Gerechtigkeitsgrundsätze geeinigt werden, die dieser Ungleichheit entgegenwirken. Hinzu kommt, dass nicht nur „head of families“ Teil des Urzustands sein müssten, sondern alle Erwachsenen (vgl. ebd.). Erna Appelt (1997) kommt diesbezüglich ebenfalls zu dem Schluss, dass es der Integration des „Frauenstandpunktes“ bedarf. Dazu, so Appelts These, müssten für eine gerechte Gesellschaft sich zunächst die Frauen zusammenschließen, um dann Themen der „Betreuung und Fürsorge“ in dem allgemeinen Gesellschaftsvertrag integrieren zu können (ebd.: 76f.). Hier lässt sich anmerken, dass Themen der (Für)Sorge so nur vermittelt über die Position der Frauen gesellschaftsrelevant erscheinen, folglich an ‚Weiblichkeit‘ gekoppelt bleiben.

Prominent ist darüber hinaus Martha C. Nussbaums Kritik (2000), die ihren Ansatz nicht in Opposition zu Rawls versteht. Sie bringt aber vor, dass seine *Theorie der Gerechtigkeit* zu formal angesetzt sei (vgl. Nussbaum 2000: 86). Nussbaum kritisiert Rawls' „schwache Theorie des Guten“ (Rawls 2014: 434), in der er inhaltlich nur vage benennt, was ‚das Gute‘ für Menschen ausmacht und worüber letztlich im Urzustand genau verhandelt wird. Sie will hier eine für jede*n geltende „starke Theorie des Guten“ installieren, um u.a. einer nach dem Differenzprinzip mögliche Ungleichbehandlung von Frauen entgegenzuwirken. Von Armatya Sens' ‚Capability-Approach‘-Ansatz ausgehend formuliert Nussbaum eine Liste mit zu realisierenden „Fähigkeiten“ des Menschen, die sie als universell gültig, wenn auch nicht als gänzlich abgeschlossen erachtet (Nussbaum 2000: 11ff.; dazu kritisch Charusheela 2009). Zur

Realisierung der „capabilities“ plädiert Nussbaum nachdrücklich dafür, umfangreiche Bildungsprogramme für Mädchen insbesondere im globalen Süden aufzulegen. Spivak (2014) wendet hierzu kritisch ein, dass das bloße „Mehr“ an Bildung nicht notwendigerweise eben jenen Mädchen aus der Position der Subalternität verhilft, denn bei solchen Bildungsprogrammen werde oft verkannt, wie sehr diese in imperialistische und ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse verwoben sind (vgl. Spivak 2014: 60). Zu sehr würden Frauen des globalen Südens zu Objekten reiner „Bildungsinvestitionen“, die die Förderung einer florierenden globalen Ökonomie und nicht die Ermöglichung der Selbstrepräsentanz und somit die Erlangung eines Subjektstatus im öffentlichen Raum zum Ziel hätten.

5 Der Neue Geschlechtervertrag

Offenkundig ist, dass Frauen heute – im Gegensatz zu Zeiten der *klassischen* Vertragstheorien des 17. und 18. Jahrhunderts – im Öffentlichen präsent sein können und das „adult worker model“ explizit eben Frauen dazu anruft, erwerbstätig zu sein. Das Ideal der ausschließlichen „Hausfrau“, dessen Realisierung auch nur einem Bruchteil der Bevölkerung – den bürgerlichen Frauen – vorbehalten war, wurde abgelöst durch die Doppelanforderung von Erwerbs- und Privatleben (Becker-Schmidt 2008). McRobbie (2016) spricht diesbezüglich von einem *Neuen Geschlechtervertrag*, der Bedingungen für die gesellschaftliche Teilhabe und Sichtbarkeit von Frauen bereithält und zugleich starke Ausschließungen – gerade für nicht-weiße Frauen – produziert. So können nur jene Frauen teilhaben, die Geschlechterungerechtigkeiten nicht als solche markieren, sondern von feministischen Bestrebungen Abstand nehmen (ebd.: 77). Sie sind dazu aufgefordert, „sich selbst als privilegierte Subjekte des sozialen Wandels zu sehen“ (ebd.: 81). Dafür sollen sie sich in der Lage fühlen, stets „die richtige Wahl zu treffen“, um bspw. ökonomisch erfolgreich zu sein (ebd.: 27). Bleibt der Erfolg aus, so kann dies nicht mehr als eine geschlechtsspezifische Ungerechtigkeit gesehen werden, sondern wird als das eigene Versagen verbucht.

Erfolgreich sind im *Neuen Geschlechtervertrag* nur jene Frauen, die konventionellen Weiblichkeitsanforderungen nachkommen, indem sie bspw. Machtpositionen nur begrenzt anstreben, „ihre“ Verletzlichkeit zeigen und so die Geschlechterordnung in ihren Grundfesten nicht herausfordern (vgl. ebd.: 107). Konkret bedeutet dies, dass Frauen dazu angehalten sind, ein „heterosexuelles Begehren“ (vgl. ebd.: 130) zu inszenieren sowie Mutterschaft und Erwerbstätigkeit mit Freude zu begegnen (vgl. ebd.: 107). Darüber hinaus können nach McRobbie kaum nicht-weiße Frauen öffentliche Repräsentanz erlangen und wenn doch, dann nur, „wenn sie fast alle Signifikanten der rassifizierten Differenz ablegen und Ethnizität unter das dominante Repertoire normativer weißer Weiblichkeit subsumieren“ (ebd.: 96). Innerhalb der „visuellen Ökonomie“ ist höchstens von einer „Minimalrepräsentation“ nicht-weißer Frauen auszugehen, die die Illusion allgemeiner Offenheit trägt. Real bleibt der öffentliche Raum und damit die umfängliche Partizipation für große Gruppen, bspw. weibliche PoC sowie Queers, stark limitiert.

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass die „[p]atriarchale Autorität [...] nun umgeformt innerhalb eines Regimes der Selbstkontrolle“ weiterhin existiert (ebd.: 87). Im Gegensatz zu Zeiten von Hobbes und Locke, in denen die Frauen mittels ‚freiwilliger Unterwerfung‘ sich dem Mann stets unterzuordnen haben, und bei Rawls der „head of family“ der Repräsentant war, besteht heute ein Geschlechtervertrag, der die Teilhabe für Frauen ermöglicht – allerdings nur unter den gerade ausgeführten Bedingungen.

Hier stellt sich die Frage, wie dieser Entwicklung begegnet werden kann. Wie der Beitrag gezeigt hat, gibt es mit der Zurückweisung (Pateman 1988, Benhabib 1989), der Reformulierung (Appelt 1997, Okin 1989) als auch Erweiterung (Nussbaum 2000) der vertragstheoretischen Idee verschiedenste feministische Antworten.

Literaturverzeichnis

- Appelt, Erna (1997): Kann der Gesellschaftsvertrag feministisch konzipiert werden? In: *L'Homme Z.F.G.* 8, S. 64–77. <https://doi.org/10.25595/983>.
- Appelt, Erna/Neyer, Gerda (Hrsg.) (1994): *Feministische Politikwissenschaft*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Becker-Schmidt, Regina (2008): Doppelte Vergesellschaftung von Frauen. Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 65–74. https://doi.org/10.1007/978-3-531-91972-0_8.
- Benhabib, Seyla (1989): Der verallgemeinerte und konkrete Andere. Ansätze zu einer feministischen Moraltheorie. In: List, Elisabeth/Studer, Herlinde (Hrsg.): *Denkverhältnisse: Feminismus und Kritik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 454–487.
- Braun, Kathrin (2000): Politische Theorie und Philosophie. In: Braun, Kathrin/Fuchs, Gesine/Lemke, Christiane/Töns, Katrin (Hrsg.): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft*. München/Wien: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 1–19.
- Braun, Kathrin/Fuchs, Gesine/Lemke, Christiane/Töns, Katrin (Hrsg.) (2000): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft*. Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft. München Wien: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Charusheela, S. (2009): Social analysis and the capabilities approach: a limit to Martha Nussbaum's universalist ethics. In: *Cambridge Journal of Economics* 33, S. 1135–1152.
- Dean, Mitchell (1992): Pateman's Dilemma: women and citizenship. In: *Theory and Society* 21, S. 121–130. <https://doi.org/10.1007/BF00993465>.
- Fraser, Nancy (2000): Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem. Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Braun, Kathrin/Fuchs, Gesine/Lemke, Christiane/Töns, Katrin (Hrsg.): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft*. München/Wien: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 195–215.
- Hobbes, Thomas (1966): *Vom Bürger. Vom Menschen*. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Hobbes, Thomas (1995): *Leviathan*. Stuttgart: Reclam.
- Höffe, Otfried (Hrsg.) (2013): *John Rawls: Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Berlin: Akademie Verlag GmbH. <https://doi.org/10.1524/9783050050225>.
- Kersting, Wolfgang (2005): *Thomas Hobbes zur Einführung*. Hamburg: Junius.
- Krause, Ellen (2003): *Einführung in die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung*. Opladen: Leske + Budrich. <https://doi.org/10.1007/978-3-322-99669-5>.
- Kuster, Friederike (2019): *Philosophische Geschlechtertheorien zur Einführung*. Hamburg: Junius.

- Laslett, Peter (1956): *Philosophy, politics and society: a collection*. Oxford: Blackwell.
- Locke, John (1992): *Zwei Abhandlungen über die Regierung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Locke, John (2019): *Über die Regierung*. Stuttgart: Reclam.
- Locke, John (2020): *An essay concerning human understanding: Ein Versuch über den menschlichen Verstand*. Stuttgart: Reclam.
- Macpherson, Crawford B. (1973): *Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke*. Stuttgart: Suhrkamp.
- McRobbie, Angela (2016): *Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes. Geschlecht und Gesellschaft (67)*. Wiesbaden: Springer VS.
- Mills, Charles W. (1988): *The racial contract*. New York: Cornell University Press. <https://doi.org/10.7591/9780801471353>.
- Mills, Charles W. (2017): *Black rights/white wrongs: the critique of racial liberalism*. New York: Oxford University Press.
- Nagl-Docekal, Herta (1996): Gleichbehandlung und Anerkennung von Differenz. Kontroverielle Themen feministischer politischer Philosophie. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hrsg.): *Politische Theorie, Differenz und Lebensqualität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (1996): *Politische Theorie, Differenz und Lebensqualität*.
- Nussbaum, Martha C. (2000): *Women and human development: the capabilities approach*. Cambridge: Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511841286>.
- Okin, Susan Moller (1989): *Justice, gender and the family*. New York: Basic Books.
- Okin, Susan Moller (1994): Political liberalism, justice, and gender. In: *Ethics* 105, S. 23–43.
- Okin, Susan Moller (2000): Gerechtigkeit und die soziale Institutionalisierung des Geschlechtsunterschieds. In: Braun, Kathrin/Fuchs, Gesine/Lemke, Christiane/Töns, Katrin (Hrsg.): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft. Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft*. München Wien: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Pateman, Carole (1988): *The sexual contract*. Stanford: Stanford University Press.
- Pateman, Carole (2002): Self-ownership and property in the person: democratization and a tale of two concepts. In: *Journal of Political Philosophy* 10, S. 20–53. <https://doi.org/10.1111/1467-9760.00141>.
- Rawls, John (2014): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Stuttgart: Suhrkamp.
- Rousseau, Jean-Jacques (2019): *Emile oder über die Erziehung*. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2014): *Can the subaltern speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien/Berlin: Turia + Kant.
- Voigt, Rüdiger (2015): *Der moderne Staat. zur Genese des heutigen Staatsverständnisses*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wilde, Gabriele (2001): *Das Geschlecht des Rechtsstaats. Herrschaftsstrukturen und Grundrechtspolitik in der deutschen Verfassungstradition. Politik der Geschlechterverhältnisse (17)*. Frankfurt am Main/New York: Campus.

Lese-Empfehlungen

- Braun, Kathrin (2000): Politische Theorie und Philosophie. In: Braun, Kathrin; Fuchs, Gesine; Lemke, Christiane; Töns, Katrin (Hrsg.): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft*. München: Oldenbourg Wissenschaft, S. 1–19.
- Okin, Susan Moller (1989): *Justice, Gender and the Family*. New York: Basic Books.
- Pateman, Carole (1988): *The Sexual Contract*. Stanford: Stanford University Press.

Daniela Möller, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Fakultät für Bildungswissenschaften, Universität Duisburg-Essen

Olympe de Gouges und die Neudefinition des vertragstheoretischen Kanons

Elisa Orrù

Zusammenfassung

Olympe de Gouges (1748–1793) setzte sich zur Zeit der Französischen Revolution für die Rechte der Frauen, der versklavten Menschen und anderer politisch marginalisierter und unterprivilegierter Gruppen ein. Konzeptuell ist ihre Reflexion innerhalb der Tradition des Gesellschaftsvertrags verortet. Sie vollzieht jedoch einen theoretischen und praktischen Bruch damit, indem sie die Trennung zwischen politischer und privater Sphäre aufhebt und die politische Teilhabe und Zugehörigkeit universell erweitert.

Schlüsselbegriffe

Gesellschaftsvertrag, Frauenrechte, Versklavung, politische Subjektivität, politische Partizipation

1 Einleitung

Der Gesellschaftsvertrag gehört zu den wichtigsten Argumentationsfiguren des politischen Denkens (Becker/Schmidt/Zintl 2017: 24). Grundlegend basieren alle Theorien des Gesellschaftsvertrags auf dem Gedanken, dass eine politische oder gesellschaftliche Ordnung nur dann legitim ist, wenn die Betroffenen innerhalb eines argumentativ rationalen Verfahrens sich über die Grundeigenschaften dieser Ordnung einigen können. Die so erzielten Ergebnisse werden in einem fiktiven Vertrag festgehalten, der eine politische Ordnung entsprechend konstituiert und die am Verfahren beteiligten Individuen an die Einhaltung ihrer Normen bindet.

Dieser Beitrag wurde am 05.06.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Orrù, Elisa (2024): Olympe de Gouges und die Neudefinition des vertragstheoretischen Kanons. In: Klapeer, Christine M./Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 243-253. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.odgeo.1-g>

Die Theorien des Gesellschaftsvertrags sind Ausdruck eines spezifisch modernen Verständnisses von Individuum und Politik: Die politische Ordnung ist nicht von Natur aus gegeben oder durch theologische Begründungen legitimiert, sondern sie ist ein künstliches Produkt, das auf die Zustimmung der Einzelnen angewiesen ist. Insofern sind Vertragstheorien immer im Kern individualistisch, weil sie die Autonomie und die Achtung der (enger oder breiter definierten) individuellen Rechte voraussetzen (Özmen 2013: 43–44).

Allerdings wohnt diesen Theorien eine inhärente Widersprüchlichkeit inne, die die Definition der politischen Subjektivität betrifft. Denn einerseits werden im klassischen Kontraktualismus alle „Menschen“ als „von Natur aus“ gleich und frei postuliert. Andererseits wird die Zugehörigkeit zu der am Vertrag beteiligten Menschengruppe nie wirklich universell konzipiert. Typischerweise werden Frauen, nicht volljährige oder nicht-mündige Menschen, versklavte Menschen, Nicht-Bürger*innen sowie Menschen, die nicht über eine als ausreichend betrachtete Menge an Vermögen verfügen, von der erforderlichen Zustimmung am Gesellschaftsvertrag ausgeschlossen (Benhabib/Nicholson 1987; Nagl-Docekal 2000: 205–206; Orrù 2020, 2021).

Diese Widersprüchlichkeit wird längst aus feministischer Perspektive erkannt und kritisiert (Benhabib/Nicholson 1987; Pateman 1988; Okin 1989; Nagl-Docekal 2000; Gerhard 1990; Schröder 1995, 2000). In Bezug auf die Frage, welches Korrektiv nötig wäre, um diese Widersprüchlichkeit zu überwinden, haben sich in der feministischen Forschung zwei Hauptpositionen herausgebildet. Einige Politikwissenschaftler*innen betonen, dass die Argumentationsfigur des Gesellschaftsvertrags schlicht unvereinbar mit der Anerkennung der weiblichen Subjektivität ist (Pateman 1988: 184, 187–188). Andere politische Denker*innen schreiben dem Begriff des Gesellschaftsvertrags ein genuin emanzipatorisches und universalistisches Potenzial zu und plädieren für eine Reformulierung der Vertragstheorien, welche die vollständige Anerkennung der Frauen als gleichberechtigte politische Subjekte anstrebt (Okin 1989; Nagl-Docekal 2000).

Interessanterweise spielt die Rezeption des Werkes de Gouges' in dieser Debatte keine zentrale Rolle. Mit Ausnahme von Ute Gerhard und Hannelore Schröder setz(t)en sich feministische Denker*innen in diesem Zusammenhang nicht ausführlich mit den Positionen de Gouges' auseinander. Wenn überhaupt präsent, sind Hinweise auf Olympe de Gouges auf flüchtige Erwähnungen begrenzt (Pateman 1988: 233). Jedoch liefern die Schriften de Gouges' sehr wichtige Denkanstöße zur Erweiterung der Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft innerhalb des theoretischen Horizonts des Kontraktualismus.

Die interdisziplinäre feministische Forschung hat andererseits die politisch-theoretische Relevanz der Reflexion von de Gouges aus politischer Sicht hervorgehoben (Martinsen 2018). Allerdings hat sich die Debatte hierbei hauptsächlich auf de Gouges' Konzeptualisierung von Geschlechtergleichheit und -differenz und ihre Bedeutung für die Inklusion weiblicher Subjekte in die politische Gemeinschaft (Scott 1996: 19–20; Beckstrand 2009; Smart 2011: 115–116; Reuter 2019) konzentriert. Der vorliegende Beitrag hat zum Ziel, die-

se Debatten um die ideengeschichtliche Bedeutung von de Gouges' Denken zu ergänzen, indem er ihren distinktiven und innovativen Beitrag innerhalb der Tradition des Gesellschaftsvertrags hervorhebt.

2 Wer hat das Recht, Rechte zu haben?

Olympe de Gouges (1748–1793) war zur Revolutionszeit eine in intellektuellen und politischen Kreisen bekannte Persönlichkeit. Einerseits vertrat sie teilweise unkonventionelle und provokative Positionen zu aktuellen Themen wie der Abstimmung nach Kopf oder Stand und der Exekution des abgesetzten Königs. Andererseits brachte sie innovative Themen im Bereich der Gesundheits- und Sozialpolitik sowie in Bezug auf die Abschaffung der Versklavung, die Ehescheidung und die Rechte der Frauen in die öffentliche Debatte ein. Ihr politisches Engagement, das stets eng mit ihrer intellektuellen Arbeit verknüpft war, kostete sie schließlich das Leben. Im Sommer 1793 wurde sie verhaftet und anschließend auf Anordnung des Revolutionstribunals hingerichtet.

De Gouges' intellektuelles Werk umfasst Romane und Kurzgeschichten, Theaterstücke, philosophische Essays, Pamphlete, offene Briefe und andere kurze Schriften und besteht aus etwa 150 Werken. Nach ihrer Hinrichtung geriet ihr Werk für nahezu zwei Jahrhunderte in Vergessenheit und wurde erst in den 1970er-Jahren wiederentdeckt.

Innerhalb dieses Korpus sind zwei Themen aus politikwissenschaftlicher Sicht und für eine Neudefinition des kontraktualistischen Kanons besonders aufschlussreich: de Gouges' Stellungnahme gegen die Versklavung und ihre Auseinandersetzung mit der Rolle und Situation der Frau. De Gouges' Reflexion über diese Fragen überwindet die partikularistische Definition des politischen Subjekts, die für die Theorien des Gesellschaftsvertrags charakteristisch ist, und dehnt die politische Subjektivität – und damit die Möglichkeit der politischen Teilhabe und der Zugehörigkeit zur „Nation“ – auf Gruppen aus, die zu jener Zeit theoretisch und realiter marginalisiert waren.

2.1 Die Anprangerung der Kolonialherrschaft und der Versklavung¹

Obwohl die *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* von 1789 mit der Aussage beginnt, dass „die Menschen frei und gleich an Rechten geboren werden und bleiben“, unterstützte das revolutionäre Frankreich in den ersten Jahren der Revolution weiterhin den Handel

¹ In diesem Kapitel kommen problematische Begrifflichkeiten vor. Diese sind den historischen Ungerechtigkeiten geschuldet und werden in diesem Beitrag nicht in einem abwertenden Sinne verwendet.

mit versklavten Menschen durch wirtschaftliche Anreize und Subventionen und hielt die Versklavung in seinen Kolonien aufrecht (Le Hir 1994).

De Gouges setzt sich mit diesem Thema in ihrem Erstlingswerk auseinander, dem 1785 von der *Comédie Française* ins Programm aufgenommenen Stück *Zamore et Mirza, ou l'heureuse naufrage*, das dann 1792 in einer überarbeiteten und endgültigen Fassung unter dem Titel *L'esclavage des noirs, drame indien en trois actes* veröffentlicht wurde (de Gouges 1993: 22–41).

In dem kurzen Essay *Réflexions sur les hommes nègres*, als Nachwort dem Theaterstück hinzugefügt, erklärt de Gouges, dass sie sich für das „beklagenswerte Los“ des „versklavten, schwarzen Menschengeschlechts“ (de Gouges 2018: 7) zu interessieren begann, nachdem sie als Kind zum ersten Mal eine „schwarze Sklavin“ (ebd.) gesehen hatte:

Sie behandelten diese Menschen wie unvernünftige Tiere, wie Wesen, die der Himmel verflucht hatte. Doch als ich älter wurde, erkannte ich sehr deutlich, dass es Gewalt und Vorurteil waren, die sie zu dieser schrecklichen Sklaverei verdammt hatten, dass die Natur hieran keinen Anteil hatte, und alles nur auf das ungerechte und mächtige Interesse der Weißen zurückzuführen war (ebd.).

Die „Natur“ liefert keine Rechtfertigung für die Versklavung. Im Gegenteil: Würden sich Politik und Recht an „Naturgesetzen“ orientieren, würden sie die Versklavung abschaffen, denn: „Der Mensch ist überall gleich“ (de Gouges 2018: 8). Durch den Menschenhandel verleugnen die Weißen allerdings ihre eigene Menschlichkeit: „Ein Handel mit Menschen! ... Gütiger Gott! Dass die Natur nicht erzittert! Wenn sie Tiere sind, sind wir es nicht ebenso wie sie?“ (de Gouges 2018: 8).

Darüber hinaus stellt de Gouges in dem Stück *L'esclavage des noirs* die Ungerechtigkeit der Kolonialherrschaft sowie die Gegenstandslosigkeit der rassistischen Stereotypen anschaulich und greifbar dar. Zu Beginn des Werks stellt die weibliche Protagonistin, die versklavte Mirza, die Legitimität der rassistischen Unterordnung infrage, indem sie fragt:

Sage mir, warum haben die Europäer und die Ureinwohner einen solchen Vorteil gegenüber uns armen Sklaven? Doch sie sind wie wir gemacht, wir sind Menschen wie sie (de Gouges 1993: 27).²

Ihr antwortet Zamor, die männliche Hauptfigur, ebenfalls ein versklavter Mensch:

Dieser Unterschied ist sehr gering. Es gibt ihn hinsichtlich der Farbe, aber die Vorteile, die sie uns gegenüber haben, sind immens. [...] Sie sind in unsere Regionen gekommen, sie haben die Ländereien, das Vermögen, die natürlichen Ressourcen und die Inseln an sich gerissen. [...] Sie] haben uns versklavt als Belohnung für die Reichtümer, die sie sich

² Wenn die Zitate, wie in diesem Fall, aus der französischen Originalausgabe entnommen sind, stammt die Übersetzung von der Autorin.

angeeignet haben und die wir für sie aufbewahren. [...] Gott! [...] gib dem Menschen das Recht zurück, das er im Schoße der Natur verloren hat. (ebd.)

In diesen Werken legt de Gouges somit die politische, wirtschaftliche und soziale Bedeutung von rassistischen Vorurteilen und Versklavung im Frankreich des 18. Jahrhunderts offen, nämlich den Schutz wirtschaftlicher Interessen und Privilegien der Weißen. In dieser Hinsicht ist de Gouges eine meisterhafte Interpretin dessen, was Michel Foucault den „Geist der Aufklärung“ genannt hat (Foucault 1990): In der Ablehnung von Erklärungen, die den Zustand der Schwarzen als Ergebnis ihrer natürlichen Minderwertigkeit (oder eines göttlichen Fluchs) definierten, stellt de Gouges die Versklavung als das Ergebnis von Praktiken dar, die in einem spezifischen historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontext wurzeln. Dabei entzieht sie diesen Narrativen die theoretische und politische Legitimationskraft, die sie zur damaligen Zeit besaßen, und schafft wichtige Voraussetzungen für ihre Überwindung.

2.2 Die Rechte der Frau

1791, zwei Jahre nach der Proklamation der *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte*, schrieb de Gouges ein kurzes Werk mit dem Titel *Les Droits de la femme*, dessen Kern die *Déclaration des droits de la femme et de la citoyenne* ist (de Gouges 2018: 23–44). De Gouges hebt mit ihrer Schrift den geschlechtsspezifischen Charakter der Erklärung von 1789 hervor: Die Rechte, die diese als universell verkündet, gelten rechtlich und faktisch nur für Menschen männlichen Geschlechts.

Inhaltlich folgt die Erklärung von 1791 der Struktur ihrer Vorgängerin und greift die in den jeweiligen Artikeln behandelten Themen auf. Die thematische Parallelität geht jedoch mit einer erheblichen inhaltlichen Überarbeitung einher. Mal ersetzt, mal ergänzt de Gouges stilistisch das vermeintlich generische Maskulinum der Erklärung von 1789 durch bzw. um Formulierungen im weiblichen Genus. Die so erzeugte Entfremdung verdeutlicht den geschlechtsspezifischen Charakter der früheren Erklärung.

Um diesen Partikularismus zu überwinden, fordert de Gouges unter anderem die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts für Frauen, das Recht auf Zugang von Frauen zu allen öffentlichen Ämtern (Art. VI), Bürgerrechte und darunter insbesondere die Meinungsfreiheit (Art. X und XI), das Recht, alle Berufe und Tätigkeiten gleichberechtigt mit Männern auszuüben (Art. XIII), und das Recht auf Eigentum (Art. XVII) ein. Bereits durch das Stellen dieser Forderungen ist de Gouges der politischen Realität weit voraus (in Frankreich wird etwa das Frauenwahlrecht erst 1944 eingeführt). De Gouges zielt aber nicht nur auf eine Ausweitung der proklamierten Rechte auf Frauen ab, sondern sie reichert diese mit neuen Inhalten an und stellt damit einige grundlegende Annahmen der Vertragstheorien infrage.

Ein Thema, bei dem der durch de Gouges herbeigeführte theoretische Wandel besonders deutlich zutage tritt, ist die Meinungsfreiheit und ihr Zusammenhang mit der Feststellung der Vaterschaft bei unehelichen Kindern.

In Artikel 11 der *Déclaration des droits de la femme et de la citoyenne* heißt es:

Die freie Gedanken- und Meinungsäußerung ist eines der kostbarsten Rechte der Frauen, da diese Freiheit die gesetzliche Vaterschaft gegenüber den Kindern sicherstellt. Jede Bürgerin darf daher frei sagen: „Ich bin die Mutter eines Kindes, das von Euch ist“ [...] (de Gouges 2018: 30).

In diesem Artikel stellt die Revolutionärin eine Verbindung zwischen der Meinungsfreiheit und der Freiheit der Mütter her, die Identität der leiblichen Väter ihrer Kinder öffentlich zu erklären. Da der Zusammenhang zwischen diesen beiden Formen der Freiheit nicht unmittelbar ersichtlich ist, wurde dieser Artikel als Schwachpunkt in de Gouges' Erklärung angesehen (Burmeister 1999: 97; Gerhard 1987: 139). Doch sind bei näherer Betrachtung die theoretischen Implikationen von de Gouges' Verbindung zwischen der Vaterschaftserklärung und dem Recht auf Meinungsäußerung von zentraler theoretischer und politischer Relevanz.

In dem unmittelbar vorausgehenden Artikel X beruft sich de Gouges auf die Meinungsfreiheit im üblichen Sinne. De Gouges fordert auch das Recht der Frauen, in politischen Versammlungen öffentlich zu sprechen, ein Recht, das ihnen selbst in den Jahren der Französischen Revolution verweigert wurde. Die einzige Möglichkeit für Frauen, ihre Meinung öffentlich zu äußern, bestand in der Schriftform (Doormann 1993: 7). De Gouges selbst machte von dieser Möglichkeit konsequent Gebrauch, so sehr, dass sie gerade wegen ihrer politischen Ansichten, die sie 1793 in dem Manifest *Les trois urnes* zum Ausdruck brachte, verhaftet und zum Tode verurteilt wurde.

Doch neben der Forderung nach Meinungsfreiheit auch für Frauen hebt de Gouges mit dem Verweis auf die Frage der Vaterschaftsfeststellung absichtlich die geschlechtsspezifischen Hindernisse für die volle Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit der Frau hervor. Die männlichen Revolutionäre, so de Gouges, beanspruchen für sich mit beispielloser Radikalität das Recht, ihre Meinung frei zu äußern. Im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse wird jedoch nicht im Geringsten an der Kontinuität des *Ancien Régime* gerüttelt. Die traditionelle Geschlechterordnung wird in den Revolutionsjahren nicht abgeschafft, vielmehr „verschiebt sich für Frauen der ehemals mittelalterlich-paternalistische Patriarchalismus zu einem bürgerlich-eheherrlichen“ (Martinsen 2018: 255; vgl. auch Gerhard 1999: 207). Frauen bleiben nicht nur vom Recht auf freie Meinungsäußerung im üblichen Sinne des Wortes ausgeschlossen. Darüber hinaus wird ihnen auch die Möglichkeit genommen, sich offen zu einer so grundlegenden und existenziellen Frage wie der Elternschaft zu äußern. Diese Einschränkung der Meinungsfreiheit trägt zur Aufrechterhaltung einer Position der materiellen Abhängigkeit der Frauen gegenüber den Männern bei, die wiederum als wichtiges

Rechtfertigungsargument für den Ausschluss der Frauen vom Genuss der politischen Rechte diente.

Die Gegenüberstellung der beiden Aspekte des Rechts auf freie Meinungsäußerung zeigt, dass es für die Formulierung eines wirklich umfassenden und universellen Anspruchs notwendig ist, die Bedeutung der Grundrechte um Aspekte zu erweitern, die bei den gewöhnlichen Konzeptionen im Schatten stehen. Diese Erweiterung ist nur durch die Überwindung der traditionellen Trennung von öffentlich und privat möglich, denn Themen wie die Frage der Vaterschaftszuweisung können nach traditioneller Auffassung leicht der öffentlichen Diskussion entzogen und als „Privatsache“ abgetan werden. Inmitten der Diskussion um die politischen Rechte geht de Gouges dagegen auf die „privaten“ Mechanismen des Ausschlusses von Frauen aus dem öffentlichen Leben ein. Diese Mechanismen sind von zentraler politischer Relevanz, weil sie letztlich die Kriterien für den Zugang zum öffentlichen Leben bestimmen. Sie werden jedoch in der Erklärung von 1789 ausgeklammert und in den Theorien des Gesellschaftsvertrags in die vermeintlich „private“ Sphäre verdrängt. Diese Ausblendung des Themas aus der politischen Diskussion ermöglicht es, Freiheit und Gleichheit in scheinbar universellen Formulierungen zu proklamieren und gleichzeitig den Ausschluss der Frauen von bürgerlichen und politischen Rechten zu bewirken und zu verschleiern.

Eine ähnliche Argumentationslinie verfolgt de Gouges, indem sie ihrer Erklärung das Modell eines Partnerschaftsvertrags mit dem Titel *Forme du Contrat social de l'Homme et de la Femme* beifügt. Diese Vertragsvorlage regelt die familiären Beziehungen auf gleichberechtigter Basis und stellt somit eine ideale Kontinuität zwischen dem Gesellschaftsvertrag und dem Ehevertrag her. Es ist kein Zufall, dass de Gouges dieses Dokument als „Gesellschaftsvertrag“ bezeichnet und damit die von den (männlichen) kontraktualistischen Denkern verwendete Bezeichnung für das Instrument zur Regelung von politischen Beziehungen schlechthin aufgreift. In einer subversiven Geste wendet de Gouges dieses Instrument auf einen Bereich (und die Beziehungen darin) an, der traditionell aus dem Anwendungsbereich dieses gegenseitigen Vertrags zwischen Freien und Gleichen herausgefallen ist: die häusliche Sphäre. Damit dehnt de Gouges das Gründungsinstrument der politischen Gemeinschaft auf die familiären Beziehungen aus und zeigt, dass Frauen nur dann als politische Subjekte agieren können, wenn auch die privaten Beziehungen auf einem Vertrag zwischen gleich(bleibend)en Subjekten beruhen.

2.3 Ein bisher missachteter Wendepunkt in der Tradition des Gesellschaftsvertrags

Im Kontext der vertragstheoretischen Tradition ist diese Wende von zentraler Bedeutung. Zwar hält de Gouges am theoretischen Paradigma des Kontraktualismus fest. Jedoch unterscheidet sich de Gouges' Argumentation sowohl von derjenigen Rousseaus, mit dem sie theoretisch eng verbunden ist (Bergès 2018; Loche 2021: 15–19 und 29–33), als auch von

anderen klassischen Formulierungen des Gesellschaftsvertrags wie denjenigen von Hobbes, Locke und Kant.

Rousseau verurteilt in seinem *Gesellschaftsvertrag* von 1762 den Versuch, die Versklavung durch das Naturrecht zu rechtfertigen (Rousseau 2010a: 15).³ In Bezug auf die Geschlechterbeziehungen vertritt er jedoch die entgegengesetzte Position. Rousseau geht von einer „natürlichen“ Überlegenheit der Männer gegenüber Frauen aus, die deren Ausschluss aus dem öffentlichen Raum begründet (Okin 1979, 1989; Schröder 2000: 111; Orrù 2021). Indem er die Familie als natürliche Gesellschaft betrachtet, nimmt Rousseau eine Sonderstellung innerhalb der Gesellschaftsvertragstheorien ein. Andere klassische Theoretiker des Kontraktualismus, darunter Hobbes (insb. 1996: 168–177; 2017: 145–151), Locke (1967: 94, 234, 246–255) und Kant (2007: 125–128, 170–172), betrachten die Ehe als Ergebnis eines Vertrags zwischen Mann und Frau. Jedoch ist bei diesen Autoren der Ehevertrag kein Vertrag unter Gleichen. Wenn Frauen den Ehevertrag eingehen, haben sie ihre natürliche Freiheit und Gleichheit gegenüber den Männern bereits verloren, und zwar aufgrund des Gesellschaftsvertrags, an dem sie nicht beteiligt waren (vertiefend Pateman 1988: 49; Orrù 2021).

Dagegen hebt de Gouges einerseits konsequent den historischen und sozialen Ursprung von Ungleichheit und Unterordnung der versklavten Menschen und der Frauen hervor und lehnt damit deren „Natürlichkeit“ ab. Andererseits überwindet de Gouges die Trennung zwischen öffentlicher und privater Sphäre, die eine so zentrale theoretische und praktische Rolle für den Ausschluss der Frauen aus der politischen Subjektivität spielte. Der paritätische Gesellschaftsvertrag soll für de Gouges nicht nur die politischen, sondern auch die familiären Beziehungen regulieren. Dabei antizipiert sie zentrale Erkenntnisse der späteren feministischen Forschung und Kernforderungen der feministischen Bewegung, nämlich dass die Gestaltung der familiären und Geschlechterbeziehungen eine öffentliche Angelegenheit ist und in die politische Debatte gehört. De Gouges ist dabei den anderen (männlichen) Theoretikern des Gesellschaftsvertrags um beinahe zwei Jahrhunderte voraus: Noch in den 1970ern wird die Anwendung des Gesellschaftsvertrags auf die privaten Beziehungen von John Rawls, dem wichtigsten zeitgenössischen Vertreter des Kontraktualismus, abgelehnt (Rawls 2012; Okin 1989).

3 Fazit

Dieser Beitrag hat sich zum Ziel gesetzt, die Alleinstellungsmerkmale der theoretischen Positionen de Gouges' innerhalb der Tradition des Gesellschaftsvertrags sowie ihre Bedeutung für spätere Forschungszweige herauszustellen. Das Werk de Gouges' zeichnet sich erstens durch die konsistente Aufdeckung des historischen, kulturellen und konventionellen Charakters der Unterordnung von versklavten Menschen und Frauen aus. Sie formuliert

³ Andere Vertragstheoretiker*innen dagegen rechtfertigen explizit die Versklavung von Menschen, s. etwa Locke (1967: 255).

universalistische Forderungen niemals aus einem vermeintlich abstrakt-objektiven Standpunkt, sondern immer ausgehend von konkreten Situationen der Ungleichheit und Unterordnung. Dies verhilft ihren Überlegungen auch heute noch zu systematischer Bedeutung, insbesondere für die immer noch aktuelle Debatte über die Dialektik zwischen Universalismus und Partikularismus bei der Definition politischer Subjekte (Boehm 2022). Aus systematischer Sicht sollte diese Relevanz ebenso durch die theoretische Erschließung des bislang erst sehr selektiv rezipierten Werkes de Gouges' weiter erforscht werden.

Zweitens erweitert de Gouges die politische Debatte um die Thematisierung der häuslichen und familiären Machtbeziehungen und geht auf politisch relevante Aspekte ein, die bei den anderen erwähnten Vertragstheoretikern nicht thematisiert werden. Indem sie den Zusammenhang zwischen familiären Beziehungen und politischer Subjektivität inmitten des politischen Diskurses thematisiert, zerreißt de Gouges den Schleier, der die Verquickung zwischen der Unterordnung von Frauen in familiären Beziehungen und ihrem Ausschluss von politischer Partizipation verhüllt. Denn diese Verschränkung kann nur aufrechterhalten werden, wenn die Nicht-Teilnahme von Frauen nicht offen thematisiert oder in den Hintergrund des „Privaten“ verwiesen wird (Martinsen 2018: 251; Orr 2021). Ideengeschichtlich nimmt de Gouges' Version des Gesellschaftsvertrags somit eine zentrale Bedeutung ein, weil sie allein unter den Vertragstheoretiker*innen Perspektiven und Positionen antizipiert, die in der späteren politikwissenschaftlichen Forschung große Bedeutung erlangen werden, wie die Relevanz der häuslichen und familiären Machtbeziehungen für die Gestaltung der politischen Teilhabe. Ideengeschichtlich sollte daher ihre Bedeutsamkeit innerhalb der Tradition der Vertragstheorien anerkannt und ihr Werk in den Kanon dieser Tradition aufgenommen werden (s. auch Casadei 2021).

Literaturverzeichnis

- Becker, Michael/Schmidt, Johannes/Zintl, Reinhard (2017): Politische Philosophie. Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Beckstrand, Lisa (2009): *Deviant women of the French Revolution and the rise of feminism*. Madison: Fairleigh Dickinson University Press.
- Benhabib, Seyla/Nicholson, Linda (1987): Politische Philosophie und die Frauenfrage. In: Fetscher, Iring/Münkler, Herfried (Hrsg.): *Pipers Handbuch der politischen Ideen*. München, Zürich: Piper, S. 513–562.
- Bergès, Sandrine (2018): Olympe de Gouges versus Rousseau: happiness, primitive societies, and the theater. In: *Journal of the American Philosophical Association* 4, S. 433–451. <https://doi.org/10.1017/apa.2018.26>.
- Boehm, Omri (2022): *Radikaler Universalismus. Jenseits von Identität*. Berlin: Ullstein.
- Burmeister, Karl Heinz (1999): *Olympe de Gouges. Die Rechte der Frau 1791*. Bern: Stämpfli.
- Casadei, Thomas (2021): *Un classico misconosciuto*. In compagnia di Olympe de Gouges. In: Loche, Annamaria (Hrsg.): *La libert ou la mort. Il progetto politico e giuridico di Olympe de Gouges*. Modena: Mucchi, S. 109–129.
- Doormann, Lottemi (1993): „Ein Feuer brennt in mir“. *Die Lebensgeschichte der Olympe de Gouges*. Weinheim Basel: Beltz & Gelberg.

- Foucault, Michel (1990): Was ist Aufklärung? In: Erdmann, Eva/Forst, Rainer/Honneth, Axel (Hrsg.): Ethos der Moderne. Foucaults Kritik der Aufklärung. Frankfurt am Main: Campus, S. 35–54.
- Gerhard, Ute (1987): Menschenrechte auch für Frauen: Der Entwurf der Olympe de Gouges. In: Kritische Justiz 20, S. 127–149.
- Gerhard, Ute (1990): Gleichheit ohne Angleichung. Frauen im Recht. München: Beck.
- Gerhard, Ute (1999): Menschenrechte – Frauenrechte – Unrechtserfahrungen von Frauen. In: Reuter, Hans-Richard (Hrsg.): Ethik der Menschenrechte. Zum Streit um die Universalität einer Idee. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 201–235.
- Gouges, Olympe (1993): Théâtre. Bd. 1. Oeuvres complètes. Montauban: Cocagne.
- Gouges, Olympe (2018): Die Rechte der Frau und andere Texte. Ditzingen: Reclam.
- Hobbes, Thomas (1996): Leviathan. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Hobbes, Thomas (2017): Vom Bürger. Dritte Abteilung der Elemente der Philosophie. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Kant, Immanuel (2007): Die Metaphysik der Sitten. Stuttgart: Reclam.
- Le Hir, Marie-Pierre (1994): Feminism, Theater, Race. L'esclavage des noirs. In: Kadish, Doris Y./Massardier-Kenney, Françoise (Hrsg.): Translating slavery. Gender and race in French women's writing, 1783–1823. Kent: Kent State University Press, S. 65–83.
- Locke, John (1967): Zwei Abhandlungen über die Regierung. Frankfurt am Main: Europ. Verlagsanst.
- Martinsen, Franziska (2018): Die Erfindung der citoyenne. Weibliche (Staats-)Bürgerschaft und die Gleichberechtigung der Geschlechter in Olympe de Gouges' politischen Schriften. In: Campagna, Norbert/Martinsen, Franziska (Hrsg.): Staatsverständnisse in Frankreich. Baden-Baden: Nomos, S. 243–262. <https://doi.org/10.5771/9783845271835-243>.
- Nagl-Docekal, Herta (2000): Feministische Philosophie. Ergebnisse, Probleme, Perspektiven. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Okin, Susan Moller (1979): Rousseau's natural woman. In: The Journal of Politics 41, S. 393–416. <https://doi.org/10.2307/2129771>.
- Okin, Susan Moller (1989): Justice, gender, and the family. New York: Basic Books.
- Orrù, Elisa (2020): Olympe de Gouges on slavery. In: Diacronia 2, S. 95–121.
- Orrù, Elisa (2021): Ein Gesellschaftsvertrag für alle. Die Universalität der Menschenrechte nach Olympe de Gouges. In: Allgemeine Zeitschrift für Philosophie 46, S. 183–206. <https://doi.org/10.5771/0340-7969-2021-2-183>.
- Özmen, Elif (2013): Politische Philosophie zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Pateman, Carole (1988): The sexual contract. Stanford: Stanford University Press.
- Rawls, John (2012): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reuter, Martina (2019): Equality and difference in Olympe de Gouges' Les droits de la femme. A La Reine. In: Australasian Philosophical Review 3, S. 403–412. <https://doi.org/10.1080/24740500.2020.1840652>.
- Rousseau, Jean-Jacques (2010): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart: Reclam.
- Schröder, Hannelore (1995): Olympe de Gouges – Mensch und Bürgerin. Aachen: ein-Fach-Verlag.
- Schröder, Hannelore (2000): Menschenrechte für weibliche Menschen. Zur Kritik patriarchaler Unvernunft. Aachen: ein-Fach-Verlag.
- Scott, Joan Wallach (1996): Only Paradoxes to offer: french feminists and the rights of man. Cambridge: Harvard University Press.
- Smart, Annie K. (2011): Citoyennes: women and the ideal of citizenship in eighteenth-century France. Lanham: University of Delaware Press.

Lese-Empfehlungen

Gerhard, Ute (1987): Menschenrechte auch für Frauen: Der Entwurf der Olympe de Gouges. In: Kritische Justiz 20, 2, S. 127–49.

Orrù, Elisa (2021): Ein Gesellschaftsvertrag für alle. Die Universalität der Menschenrechte nach Olympe de Gouges. In: Allgemeine Zeitschrift für Philosophie 46, 2, S. 183–206.

Schröder, Hannelore (2000): Menschenrechte für weibliche Menschen. Zur Kritik patriarchaler Unvernunft. Aachen: ein-Fach-Verlag.

Dr. Elisa Orrù, Senior Researcher und Privatdozentin, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Kriminalität, Sicherheit und Recht und Philosophische Fakultät, Universität Freiburg

Das Konzept der Femizide

Güneş Koç

Zusammenfassung

Der Begriff Femizid bezeichnet ein Konzept, das den Mord an Frauen aus misogynen Gründen untersucht. Die Hintergründe der Gewalt gegenüber Frauen werden dabei in den vergeschlechtlichen Machtverhältnissen verortet. Femizide ereignen sich sowohl in der Privatsphäre als auch in der Öffentlichkeit. Motive für Femizide sind auf der Mikro-Ebene a) Besitzgier, Eifersucht und der Glaube, ein sexuelles Anrecht zu haben und b) Trennung, Scheidung und Verlust sowie auf der Makro-Ebene der Analyse c) Backlash. Bei Femiziden spielen intersektionale Aspekte und institutionalisierte Gewalt eine Rolle.

Schlüsselbegriffe

Femizid, institutionalisierte Gewalt, Backlash, Intersektionalität, Misogynie

1 Einleitung

Der Begriff Femizid wird in der politikwissenschaftlichen Forschung als historisch entwickeltes diskursives Konzept verstanden. In diesem Beitrag wird der Femiziddiskurs mit Blick auf die vielfältigen Kontexte der Gewalt gegenüber Frauen (VAW – Violence Against Women) dargestellt, wobei sich in dieser extremen Form männlicher Gewalt die Misogynie darin zeigt, dass Frauen umgebracht werden, weil sie Frauen sind. Darüber hinaus werden die Motive von Femiziden dargestellt und deren Hintergründe diskutiert.

Der Begriff Femizid wurde zuerst im frühen 19. Jahrhundert benutzt, um „den Mord an der Frau“ (Russell u.a. 2008: 3) zu bezeichnen. Radford verwendete das Konzept 1976 vor Gericht in Bezug auf misogyne Verbrechen von Männern gegenüber Frauen (Radford/Russell 1992; Russell/Van de Ven 1976). Durch die zweite Welle der feministischen Bewegung

Dieser Beitrag wurde am 05.06.2024 im Living Handbook „Politik und Geschlecht“ auf budrich.publisso.de veröffentlicht. Der Beitrag steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).



Zitationsempfehlung: Koç, Güneş (2024): Das Konzept der Femizide. In: Klapeer, Christine M./ Leinius, Johanna/Martinsen, Franziska/Mauer, Heike/Nüthen, Inga (Hrsg.): Politik und Geschlecht. Perspektiven der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung. Politik und Geschlecht, Band 34. 1. Auflage. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich. S. 255-264. <https://doi.org/10.3224/pg.2024.dkdfgk.1-g>

in den 1970er Jahren wurde das Konzept aufgegriffen und zu einem politischen Konzept weiterentwickelt (Laurent u.a. 2013: 49), indem nicht nur Femizide als solche benannt wurden, sondern auch politisch und gesellschaftlich für dieses Phänomen sensibilisiert werden sollte. Der Begriff Femizid unterscheidet sich von Begriffen wie Homizid, Umbringen, Mord oder Totschlag. Während der Begriff Homizid „Mord an Menschen“ bedeutet (Boira u.a. 2016: 3), umfasst das Konzept Femizid den Aspekt der Misogynie. Die patriarchale Kultur und das Patriarchat als Struktur legitimieren männliche Gewalt gegenüber Frauen, die auch zu Frauenmorden führt. Mittlerweile nutzen auch die Vereinten Nationen den Begriff in diesem erweiterten Sinn.

Verschiedene Autor*innen kennzeichnen mit dieser Definition unterschiedliche Formen des Mordes an Frauen als Femizid: intimer Partnermord, sogenannter Ehrenmord, Mitgiftmord, erzwungener Mord, Mord an weiblichen Kindern, vergeschlechtlichter, geschlechtsselektiver Mord an Kindern, Tod aufgrund von Genitalverstümmelung, auf Frauen gezielter Mord im Krieg, im Kontext von organisiertem Mord (Groß 2018: 92; Radford 1992: 7), homophober Mord an Lesben (Husseini 2008; Russell u.a. 2008), Hassmord an trans Frauen. Als Femizide werden in diesem Sinne nicht nur Frauenmorde bezeichnet, die von intimen Partnern (Dawson/Gartner 1998: 379), Verwandten wie Vater, Bruder oder anderen Personen aus der Verwandtschaft begangen werden, sondern auch etwa Serienmorde, die sich hauptsächlich gegen Frauen richten, Morde an Sexarbeiterinnen (Quinet 2011: 74–100), der Tod von Frauen als Konsequenz der Praktik der weiblichen Beschneidung (Widyono 2008: 10) oder in Folge von kultureller Gewalt und patriarchaler Kultur (Gazioğlu 2013).

Lateinamerikanische FeministInnen haben das Konzept der Femizide auf den Begriff Femizide ausgeweitet und benutzen diesen sowohl, um die häufige Straflosigkeit und die maskuline Prägung der Institutionen und des Staates zu benennen, als auch, um die vergeschlechtlichten Gewaltverhältnisse der Institutionen, das staatliche Verbrechen und die institutionelle Gewalt hervorzuheben (Dimitrijevic u.a. 2015: 22; Lagarde 2006; Saccomano 2015). Femizide werden auch mit dem Konzept des Genozids in Verbindung gebracht: Russell und anderen AutorInnen (Laurent u.a. 2013) bezeichnen Femizide als globale Genozide. Allerdings gibt es gegen diese Begrifflichkeit auch Einwände, etwa wenn Schröttle¹ darauf hinweist, dass das Konzept der Genozide die systematische Zerstörung einer Rasse, einer ethnischen, religiösen Gruppe oder Menschen oder Massenmord wie den Holocaust impliziert (Corradi u.a. 2016: 985).

Das Konzept des Femizids kann auf den Bereich der Öffentlichkeit sowie auf die Privatsphäre (Carrigan/Dawson 2020: 2f.) bezogen werden. In der Privatsphäre werden Femizide von intimen Partnern und innerhalb der Familie begangen (Meneghel u.a. 2017: 2f.). Femizide

1 Vgl. Schröttles Kommentar zu Russells Text mit dem Titel „International mass femicide: The most extreme form of genocide“, in der mündlichen Präsentation bei der zweiten Annual Conference on Femicide Across Europe, COST Action IS-1206, Universität Zaragoza, 18.–20. März 2015 (Corradi u.a. 2016: 988).

in der Öffentlichkeit sind Frauenmorde, die von Fremden, Verwandten, Gang-Mitgliedern oder öffentlichen Bediensteten verübt werden (Meneghel u.a. 2017: 2f.).

Das Konzept Femizide hat sich in den 1990er Jahren in der Forschung in Australien und den USA etabliert und in Europa erst später durchgesetzt (Campbell u.a. 2003). Die aktuelle Forschung zu Femiziden zeigt, dass in der soziologischen, kriminologischen und epidemiologischen Forschung das Konzept Femizide verwendet wird, um die Gründe für Morde an Frauen im Unterschied zu Morden an Männern zu verstehen. Das COST Netzwerk 'Femicide across Europe' hat in 30 europäischen Ländern von 2013 bis 2017 mit einer UN-Resolution, die am 11. Februar 2014 bei der UN-Generalversammlung aufgenommen wurde, als Katalysator für die Unterstützung der Femizid-Forschung in Europa interveniert (Campbell u.a. 2023: 93).

2 Formen des Femizids

Der intime Partnermord ist ein Femizid in der Privatsphäre. Frauen werden weltweit und historisch gesehen viel öfter als Männer von ihren Intimpartnern umgebracht. Es zeigt sich also eine starke Asymmetrie bei Homiziden von Intimpartnern (Corradi/Stöckl 2014: 602; Dobash/Dobash 2015: 25; Laurent u.a. 2013). Das Konzept der Femizide sieht den Grund hierfür darin, dass vergeschlechtlichte Machtverhältnisse und Männlichkeit -- im Sinne der Konstruktion der Machtverhältnisse als performative Männlichkeit (Butler 1990, 1993; West/Fenstermaker 1995) -- auch auf der Anwendung von Gewalt gegenüber Frauen beruhen. Eine Ausnahme stellen hierbei lateinamerikanische Länder dar, weil Frauen dort zumeist von Gangs umgebracht werden (Laurent u.a. 2013: 92). Ein klarer Zusammenhang besteht zwischen intimer Partnergewalt, intimer Partnermord und häuslicher Gewalt (Dugan u.a. 1999; Johnston/Campbell 1993).

Andere Formen von Femiziden ereignen sich sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Privatsphäre. Wenn Frauen im Namen der sogenannten Ehre oder Tradition von ihrem Intimpartner oder auch Familienmitgliedern oder Verwandten umgebracht werden, handelt es sich um Femizide in der Privatsphäre. Ugurlu und Akbas (2013) bezeichnen Femizide, die mit Referenz auf eine Auffassung von Ehre, die innerhalb eines kulturellen Kontextes und aufgrund von familiären Normen, die Frauen und ihr Verhalten, beziehungsweise ihre Sexualität kontrollieren, verübt werden, als Ehrenmord (Ugurlu/Akbas 2013: 78). Der Ehrenmord ist ein diskursives Konzept, das zwar die traditionellen Formen der Männlichkeit und die historisch von der patriarchalen Gesellschaft konstruierten kulturellen Praktiken und Diskurse erfasst, aber darüber hinaus eine individuelle Gewalttat an Frauen ist. In traditionsbedingte, organisierte Morde an Frauen sind Familien involviert (Kardam 2005: 62). Beispiel hierfür ist der Mitgiftmord, der als Frauenmord in Indien stattfindet und als traditionsbedingt verstanden werden kann. Das Motiv ist hier eine als nicht genügend betrachtete Mitgift, die von der Braut in die Ehe eingebracht wurde. In der Regel wird dabei eine weitere

Geldzahlung verlangt, die Braut wird zum Selbstmord gezwungen oder umgebracht (Wiligen/Channa 1991: 368). Kindesmord an weiblichen Säuglingen ist ebenfalls eine Art des Femizids, die in China und Indien vorkommt, wobei sich unterschiedlicher Praktiken wie Ertränken, Erwürgen, Ersticken, Aussetzen weiblicher Babys auf der Straße oder Fötizid nach einer Amniozentese bedient wird (Lee 1981: 163).

Femizide in der Öffentlichkeit sind Tötungsdelikte durch fremde Männer im Zusammenhang mit sexualisierter oder nicht sexualisierter Gewalt. In Lateinamerika sind die Täter bei Femiziden meistens Gangmitglieder und fremde Männer in der Öffentlichkeit (Prieto-Carrón 2007 u.a.: 28). Die Opfer sind Frauen aus sozial verletzlichen Milieus, meistens mit Migrationshintergrund, die in den Armenvierteln leben (Martinez 2006, in Prieto-Carrón 2007: 27). Ein Beispiel sind die Frauenmorde von Ciudad Juarez, die eine Mordserie seit mindestens Anfang der 1990er Jahre in der nordmexikanischen Grenzstadt Ciudad Juarez bezeichnen. Sowohl die geographische Lage als auch die politischen Umstände der Grenzstadt, in der viele junge Mädchen und Frauen aus vulnerablen sozialen Milieus leben, tragen zu ihrer Vulnerabilität bei. Hinzu kommen prekäre Löhne und unsichere Arbeitswege. All diese Faktoren machen die Frauen zu leichten Opfern. Auch wenn die Täter nicht gefunden wurden, wird vermutet, dass es in der Regel die kriminellen Banden sind, die die Morde verüben. (Spiller/Reveles 2013).

Eine andere Form des Femizids in der Öffentlichkeit sind Hassmorde an trans Frauen, die sich in verschiedenen Kulturen weltweit ereignen. Hier kommt es auch häufig zum sogenannten Overkilling (Übermord), wenn der Körper vielfach gewaltvoll angegriffen wird, durch zahlreiche Messerstiche getötet oder in Brand gesetzt wird (Blangiardi 2020; Schick 2018). Morde an Frauen in der Öffentlichkeit werden auch durch Hassrede motiviert, etwa innerhalb von Untergrundszenen wie den sogenannten Incels (Abk. „*involuntary celibate*“), die auch mit rechten Männlichkeitsbewegungen vernetzt sind, rassistische Ideologien der „white supremacy“ („weiße Vorherrschaft“) propagieren und anti-feministisch agieren. Auch Amoktaten gegen Frauen in der Öffentlichkeit werden durch Täter verübt, die sich mit der Incel-Hassrede identifizieren und sich selbst als „Beta-Männer“ bezeichnen (Kaiser 2020; Kimmel 2013; Manne 2018). Andere Beispiele von Femiziden existieren in muslimischen Ländern, wo Frauen bestraft und umgebracht werden, weil sie gegen Moralgesetze des islamischen Staates verstoßen haben sollen. Der Mord an Mahsa Amini im Iran am 16. September 2022 ist ein Beispiel dafür, wie direkte staatliche Gewalt gegenüber Frauen, die aus den staatlichen Moralvorschriften heraustreten, legitimiert wird und in Folge derer Femizide durch staatliche AkteurInnen verübt werden (Zeit Online 2022).

3 Internationale Studien über die Motive von Femiziden in der Privatsphäre

Studien über intime Partnerfemizide analysieren die Motive dieser Taten auf einer Makro- und einer Mikro-Ebene. Die Mikro-Ebene der Analyse zeigt a) Besitzgier, Eifersucht und der Glaube, ein sexuelles Anrecht zu haben sowie b) Trennung, Scheidung und Verlust als Motive auf. Eine zusätzliche Analyse verweist auf einer Makro-Ebene der Analyse c) auf den Backlash-Effekt. Wenn auf der Mikro-Ebene Besitzgier, Eifersucht und der angebliche Glaube, ein sexuelles Anrecht zu haben (Adams 2007; Campbell 1992; Dobash/Dobash 2015) analysiert werden, handelt es sich um eine Reaktion auf den Verlust von weiblicher Unterwerfung, Loyalität und Abhängigkeit (Hardesty 2002: 611; Sev'er 1997). Die Studien zeigen, dass Frauen, die sich trennen oder scheiden lassen, ein höheres Risiko haben, Gewalt zu erfahren, als innerhalb der Partnerschaft (Arendell 1995; Brownridge 2009).

Backlash als ein dritter Aspekt der Motive von Femiziden zeigt sich durch eine Analyse auf der Makro-Ebene. Dabei wird die zunehmende männliche Gewalt gegenüber Frauen dadurch motiviert, die verlorengelungene Macht wiederherzustellen (Reckdenwald/Parker 2010: 951–958; Whaley/Messner 2002). Die Backlash-Theorie wurde in den frühen 1970er Jahren als Diskurs populär, um männliche Gewalt gegen Frauen zu erklären. Sie legt den Fokus auf männliche Ängste, die Herrschaft über Frauen zu verlieren, und ihren Versuch, Macht über Frauen wiederherzustellen (Reckdenwald/Parker 2010: 951–958; Whaley/Messner 2002). Denn sowohl die Gewalt gegenüber Frauen als auch Femizide nehmen mit mehr Geschlechtergleichheit und einer Stärkung der Frauen in der Gesellschaft zu.

4 Patriarchat und Intersektionalität als Theorien, um Femizide zu erklären

Intime Partnergewalt, intime Partnermorde und andere Formen von Femiziden haben dieselben Wurzeln, die institutionelle, symbolische, epistemische und kulturelle Gewalt miteinschließen (Carcedo 2000; Lagarde 2008; Saccomano 2015: 7). Dies umfasst auch implizit das Patriarchat als Institution (Millet 1970; Walby 1990). Sowohl der Patriarchatsansatz als auch der Intersektionalitätsansatz bieten Perspektiven, um Femizide in der Öffentlichkeit wie auch in der Privatsphäre zu erklären. Die zweite Welle der Frauenbewegung in den 1960er und -70er Jahren erweiterte den Politikbegriff auf die Privatsphäre. Die Machtverhältnisse innerhalb der Privatsphäre wurden als patriarchale Machtverhältnisse bezeichnet und der Staat und die Institutionen wurden aufgerufen, Verantwortung für die Verhinderung von Gewalt gegenüber Frauen zu übernehmen (Dackweiler 2012; Kahlert 2005; Mauritz 2020). Männer, die Femizide begehen, bleiben als eine direkte Konsequenz der institutionellen Gewalt, die auf mehreren Ebenen wirkt, häufig straflos. Frauen erleben dagegen Diskriminierung im juristischen und gerichtlichen Bereich, der den Stimmen der Frauen

keine Glaubwürdigkeit zuspricht, und aufgrund der häufigen Straflosigkeit im staatlichen und juristischen System (Carcedo 2010: 443; Carrigan/Dawson 2020: 2f.). Hier zeigt sich die bedeutende Rolle des juristischen Systems und anderer staatlicher Institutionen, die Gewalt gegenüber Frauen zulassen (Agrast u.a. 2013; Agrast u.a. 2014). Institutionalisierte Gewalt geschieht auf mehreren Ebenen und beinhaltet die Diskriminierung innerhalb des Justizsystems, des Gerichts, wenn beispielsweise die Glaubwürdigkeit der Aussagen von Frauen angezweifelt wird (Carcedo 2010: 443; Lagarde 2006: 223f.; Saccomano 2015: 10). Beispiele dafür sind in der Türkei die gesetzlichen Strafminderungen mit Referenz auf die bestehenden Gesetze „gutes Benehmen“ (iyi hal) und „ungerechter Anreiz“ (haksiz tahrik), die zur Anwendung kommen, um in Femizidfällen die Strafen der Täter zu reduzieren (Denizli 2019, Karabel 2019).

Darüber hinaus spielen intersektionale Aspekte bei VAW und Femiziden eine Rolle, insbesondere ist ein Zusammenhang zwischen sexueller Identität, Klasse und Heteronormativität festzustellen. An den Morden an Frauen aus wirtschaftlich schwachen Strukturen in lateinamerikanischen Ländern und Morden an trans Frauen, die sich von der Heteronormativität abwenden, zeigt sich die Intersektionalität von sexueller Orientierung, Klasse und Konstruktion der Männlichkeit (Deceivers/Believers 2007). Der Intersektionalitätsansatz stellt fest, dass sich verschiedene Unterdrückungsformen überkreuzen. Die Machtverhältnisse beeinflussen einander (Collins 2004; McCall 2005) und erzeugen auch die Gründe für die Gewaltverhältnisse. Aus intersektionaler Perspektive hängen Rasse (Crenshaw 1991; Razack 1998), Klasse (Moran 2000; Taylor 2007), Geschlecht, Sexualität (Collins 2000 [1990]) und unterschiedliche Unterdrückungssysteme miteinander zusammen.

5 Fazit

Der Femiziddiskurs ist ein politischer Diskurs, der Diskriminierung, Unterdrückung von Frauen, Ungleichheit und systematische Gewalt gegenüber Frauen sichtbar macht. Das Konzept Femizid verweist damit auf die extreme Form männlicher Gewalt gegenüber Frauen (Radford 1992: 3). Der Femiziddiskurs unterstreicht die Rolle der vergeschlechtlichten Machtverhältnisse, die epistemische und symbolische (Bourdieu 2002), institutionelle (DeKeseredy 2011; Winstok 2011), strukturelle und direkte Gewalt (Sauer 2008: 55–58; Swigonski & Raheim 2011) miteinbeziehen. Das Konzept Femizid beinhaltet alle aufgezählten Aspekte der Gewalt gegenüber Frauen und zeigt, inwiefern der Femizid eine extreme Form der männlichen Gewalt gegenüber Frauen darstellt (Radford 1992: 3). Die Konzepte Gewalt gegenüber Frauen und Femizid beruhen beide auf vergeschlechtlichten Machtverhältnissen, deren gemeinsamer Nenner die Diskriminierung und Unterwerfung von Frauen sind (Dimitrijevic u.a. 2015: 23). Beides wurzelt in einer Kultur der Gewalt und Diskriminierung von Frauen sowie im patriarchalen Konzept der Minderwertigkeit und Unterwerfung von Frauen (Dimitrijevic u.a. 2015: 23). Diese Einstellungen sind durch Kultur, Einstellung und Tradition konstruiert und sind somit keine Einzelfälle (Dimitrijevic u.a. 2015: 23).

Literaturverzeichnis

- Adams, David (2007): *Why do they kill? Men who murder their intimate partners*. Nashville: Vanderbilt University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctv16755mq>.
- Agrast, Mark David/Botero, Juan Carlos/Martinez, Alejandro Ponce (Hrsg.) (2014): *The World Justice Project, rule of law index 2014*. Washington, D.C.: The World Justice Project.
- Agrast, Mark David/Botero, Juan Carlos/Martinez, Alejandro Ponce/Pratt, Christine S. (Hrsg.) (2013): *The World Justice Project, rule of law index 2012-2013*. Washington, D.C.: The World Justice Project.
- Arendell, Terry (1995): *Fathers and divorce*. Newbury Park: Sage Publications.
- Bettcher, Talia Mae (2007): *Evil deceivers and make-believers: on transphobic violence and the politics of illusion*. In: *Hypatia* 22, S. 43–65.
- Blangiardi, Omar (2020): *Gewalt gegen trans Menschen*. Trans Gender Network Switzerland (TGNS).
- Bourdieu, Pierre (2002): *Masculine domination*. Stanford: Stanford University Press.
- Brownridge, Douglas A. (2009): *Violence against women: vulnerable populations. Contemporary sociological perspectives*. New York: Routledge.
- Butler, Judith (1990): *Gender trouble*. New York: Routledge.
- Butler, Judith (1993): *Bodies that matter: on the discursive limits of "sex"*. New York: Routledge.
- Campbell, Jacquelyn C. (1992): *If I can't have you, no one can: power and control in homicide of female partners*. In: Radford, Jill/Russell, Diana E. H. (Hrsg.): *Femicide: The politics of woman killing*. Buckingham: Open University Press.
- Campbell, Jacquelyn C./Webster, Daniel/Kozioł-McLain, Jane/Block, Carolyn/Campbell, Doris/Curry, Mary Ann/Gary, Faye/Glass, Nancy/McFarlane, Judith/Sachs, Carolyn/Sharps, Phyllis/Ulrich, Yvonne/Wilt, Susan A./Manganello, Jennifer/Xu, Xiao/Schollenberger, Janet/Frye, Victoria/Laughon, Kathryn (2003): *Risk factors for femicide in abusive relationships: results from a multisite case control study*. In: *American Journal of Public Health* 93, S. 1089–1097. <https://doi.org/10.2105/AJPH.93.7.1089>.
- Carcedo, Ana (2010a): *No olvidamos ni aceptamos: femicidio en Centroamérica, 2000 - 2006*. San José, Costa Rica: Asociación Centro Feminista de Información y Acción.
- Carcedo, Ana (2010b): *Feminicidio en Costa Rica 1990–1999*. San José, Costa Rica: Organización Panamericana de la Salud.
- Carrigan, Michelle/Dawson, Myrna (2020): *Problem representations of femicide/feminicide legislation in Latin America*. In: *International Journal for Crime, Justice and Social Democracy* 9, S. 1–12.
- Corradi, Consuelo/Marcuello-Servós, Chaime/Boira, Santiago/Weil, Shalva (2016): *Theories of femicide and their significance for social research*. In: *Current Sociology* 64, S. 975–995. <https://doi.org/10.1177/0011392115622256>.
- Corradi, Consuelo/Stöckl, Heidi (2014): *Intimate partner homicide in 10 European countries: statistical data and policy development in a cross-national perspective*. In: *European Journal of Criminology* 11, S. 601–618. <https://doi.org/10.1177/1477370814539438>.
- Crenshaw, Kimberle (1991): *Mapping the margins: intersectionality, identity politics, and violence against women of color*. In: *Stanford Law Review* 43, S. 1241–1299. <https://doi.org/10.2307/1229039>.
- Dackweiler, Regina-Maria (2012): *Staatlichkeit, Gewalt und Geschlecht: Bekämpfung von (sexueller) Gewalt im sozialen Nahbereich als Staatsaufgabe*. In: *Kritische Justiz* 45, S. 70–88. <https://doi.org/10.5771/0023-4834-2012-1-70>.
- Dawson, Myrna/Gartner, Rosemary (1998): *Differences in the characteristics of intimate femicides: the role of relationship state and relationship status*. In: *Homicide Studies* 2, S. 378–399. <https://doi.org/10.1177/1088767998002004003>.
- DeKeseredy, Walter S. (2011): *Feminist contributions to understanding woman abuse: myths, controversies, and realities*. In: *Journal of Aggression and Violent Behavior* 16, S. 297–302. <https://doi.org/10.1016/j.avb.2011.04.002>.

- Denizli, Özgür (2019): 'Haksız tahrik indirimi bir erkeklik indirimidir'. Online unter <https://ozgurdenizli.com/>.
- Dimitrijevic, Milicia/Filip, Andrada/Platzer, Michael (Hrsg.) (2015): *Femicide Vol IV: a global issue that demands action*. Wien: Academic Council on the United Nations System (ACUNS) Vienna Liaison Office.
- Dobash, Rebecca/Dobash, Russell P. (2015): When men murder women. In: *Policing: A Journal of Policy and Practice* 10, S. 456–457.
- Dugan, Laura/Nagin, Daniel S./Rosenfeld, Richard (1999): Explaining the decline in intimate partner homicide: the effects of changing domesticity, women's status, and domestic violence resources. In: *Homicide Studies* 3, S. 187–214. <https://doi.org/10.1177/1088767999003003001>.
- Gazioğlu, Elif (2013): Kadın Cinayetleri: Kavramsallaştırma ve Sorunlu Yaklaşımlar. In: *Journal of Social Policy Studies* 7, S. 89–100.
- Groß, Angelika (2018): Literatur + Gewalt. Zur Darstellung der Frauenmorde in Mexiko in Roberto Bolaños 2666. In: *apropos Perspektiven auf die Romania*, S. 89–107. <https://doi.org/10.15460/apropos.1.1260>.
- Hardesty, Jennifer L. (2002): Separation assault in the context of postdivorce parenting: An integrative review of the literature. In: *Violence Against Women* 8, S. 597–625. <https://doi.org/10.1177/107780120200800505>.
- Hill Collins, Patricia (1990): *Black feminist thought: knowledge, consciousness, and the politics of empowerment*. London: Routledge.
- Hill Collins, Patricia (2004): *Black sexual politics: African Americans, gender, and the new racism*. Sociology Race & ethnicity. New York: Routledge.
- Husseini, Rana (2008): „Honor-Related Crimes in Jordan“. In: *The Jordan Times*.
- Jeffery, Roger/Jeffery, Patricia/Lyon, Andrew (1984): Female infanticide and amniocentesis. In: *Social Science & Medicine* 19, S. 1207–1212.
- Johnston, Janet R./Campbell, Linda E. G. (1993): A clinical typology of interparental violence in disputed-custody divorces. In: *American Journal of Orthopsychiatry* 63, S. 190–199. <https://doi.org/10.1037/h0079425>.
- Kahlert, Heike (2005): „Das Private ist politisch!“ Die Entgrenzung des Politischen im Kontext von Anthony Giddens' Strukturierungstheorie. In: Harders, Cilja/Kahlert, Heike/Schindler, Delia (Hrsg.): *Forschungsfeld Politik*. Wiesbaden: Springer VS, S. 57–83. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80977-3_8.
- Kaiser, Susanne (2020): *Politische Männlichkeit: wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen*. Berlin: Suhrkamp.
- Karabel, Mehmet (2019): 'İyi hal indirimi' ile nereye kadar? Ege'de Sonsöz.
- Kardam, Filiz/Alpár, Z./Yüksel, Ilknur/Ergün, Ergül/Derneği, Nüfus Bilim (2005): The dynamics of honor killings in Turkey: prospects for action. United Nations Development Program.
- Kimmel, Michael (2013): *Angry white man: american masculinity at the end of an era*. New York: Perseus Book Group.
- Lagarde, Marcela (2006): Del femicidio al feminicidio. In: *Desde el Jardín de Freud*, S. 216–225.
- Lagarde, Marcela (2008): Antropología, feminism y política: Violencia feminicida y derechos humanos de las mujeres. In: Bullen, Margaret/Díez Mintegui, María Carmen (Hrsg.): *Retos teóricos y nuevas prácticas*. San Sebastian: Ankulegi Antropologia Enkartaia, S. 209–239.
- Laurent, Claire/Platzer, Michael/Idomir, Maria (Hrsg.) (2013): *Femicide: a global issue that demands action*. Academic Council on the United Nations System (ACUNS) Vienna Liaison Office.
- Lee, Bernice J. (1981): Female infanticide in China. In: *Historical Reflections / Réflexions Historiques* 8, S. 163–177.
- Manne, Kate (2018): *Down Girl: the logic of misogyny*. New York: Oxford University Press.
- Martinez, S.: *Femicides in Honduras*. Presentation at a meeting of the Central American Women's Network. London: CAWN.

- Mauritz, Miriam (2020): Die neue Frauenbewegung der 1960er und 70er Jahre im Verhältnis zur politischen (Frauen*-) Bildung. Zwischen Selbsterfahrung, Politisierung und Emanzipation. In: Geschichte der politischen Bildung. Online unter <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/geschichte/frauenbewegung/>.
- McCall, Leslie (2005): The complexity of intersectionality. In: *Signs: Journal of Women in Culture and Society* 30, S. 1771–1800. <https://doi.org/10.1086/426800>.
- Meneghel, Stela Nazareth/Rocha da Rosa, Bruna Alexandra/Ceccon, Roger Flores/Hirakata, Vania Naomi/Danilevicz, Ian Meneghel (2017): Femicides: a study in Brazilian state capital cities and large municipalities. In: *Ciência & Saúde Coletiva* 22, S. 2963–2970. <https://doi.org/10.1590/1413-81232017229.22732015>.
- Millett, Kate (1970): *Sexual politics*. Ballantine Books.
- Moran, Leslie (2000): Homophobic violence: the hidden injuries of class. In: *Cultural Studies and the Working Class: Subject to Change*, S. 206–218.
- Mouzos, Jenny (1999): Femicide: an overview of major findings. In: *Trends and issues in crime and criminal justice* 124.
- Prieto-Carrón, Marina/Thomson, Marilyn/Macdonald, Mandy (2007): No more killings! Women respond to femicides in Central America. In: *Gender and Development* 15, S. 25–40.
- Quinet, Kenna (2011): Prostitutes as victims of serial homicide: trends and case characteristics, 1970–2009. In: *Homicide Studies* 15, S. 74–100. <https://doi.org/10.1177/1088767910397276>.
- Radford, Jill (1992): Introduction. In: Radford, Jill/Russell, Diana E. H. (Hrsg.): *Femicide: the politics of woman killing*. Buckingham: Open University Press, S. 3–12.
- Razack, Sherene (1998): *Looking white people in the eye: gender, race, and culture in the courtrooms and classrooms*. Toronto: University of Toronto Press.
- Reckdenwald, Amy/Parker, Karen F. (2010): Understanding gender-specific intimate partner homicide: a theoretical and domestic service-oriented approach. In: *Journal of Criminal Justice* 38, S. 951–958. <https://doi.org/10.1016/j.jcrimjus.2010.06.012>.
- Russel, Bryan C./Torralba, Antonio/Murpy, Kevin P./Freeman, William T. (2008): LabelMe: a database and web-based tool for image annotation. In: *International Journal of Computer Vision* 77, S. 157–173.
- Russell, Diana E. H./Ven, Nicole (Hrsg.) (1976): *Crimes against women: proceedings of the international tribunal*. Millbrae: Les Femmes Pub.
- Saccomano, Celeste (2015): The causes of femicide in Latin America. Institut Barcelona d'Estudis Internacionals (IBEI). Student Paper Series. Online unter <http://www.jstor.org/stable/resrep14204> [Zugriff: 11.07.2023].
- Sauer, Birgit (2008): Gewalt, Geschlecht, Kultur: Fallstricke aktueller Debatten um „traditionsbedingte“ Gewalt. In: Sauer, Birgit/Strasser, Birgit (Hrsg.): *Zwangsfreiheiten: Multikulturalität und Feminismus*. Historische Sozialkunde (27). Wien: Promedia Verlag, S. 49–61.
- Schick, Sibel (2018): *Transmorde sind politisch*. In: Rosa Luxemburg Stiftung.
- Sev'Er, Aysan (1997): Recent or imminent separation and intimate violence against women: a conceptual overview and some canadian examples. In: *Violence Against Women* 3, S. 566–589. <https://doi.org/10.1177/1077801297003006002>.
- Swigonski, Mary E./Raheim, Salome (2011): Feminist contributions to understanding women's lives and the social environment. In: *The Journal of Women and Social Work* 26, S. 10–21.
- Taylor, Yvette (2007): *Working-class lesbian life: classed outsiders*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Uğurlu, Nuray Sakallı/Akbaş, Gül Çiray (2013): Namus Kültürlerinde “Namus” ve “Namus Adına Kadına Şiddet”. *Sosyal Psikolojik Açıklamalar*. In: *Türk Psikoloji Yazıları* 16, S. 76–91.
- Walby, Sylvia (1990): *Theorizing patriarchy*. Oxford: Oxford University Press.
- West, Candace/Fenstermaker, Sarah (1995): Doing difference. In: *Gender and Society* 9, S. 8–37.

Whaley, Rachel Bridges/Messner, Steven F. (2002): Gender equality and gendered homicides. In: *Homicide Studies* 6, S. 188–210. <https://doi.org/10.1177/108876790200600302>.

Widyono, Monique (2008): Strengthening understanding of femicide: using research to galvanize action and accountability.

Willigen, John/Channa, V. C. (1991): Law, custom, and crimes against women: the problem of dowry death in India. In: *Human Organization* 50, S. 369–377.

Winstok, Zeev (2011): The paradigmatic cleavage on gender differences in partner violence perpetration and victimization. In: *Aggression and Violent Behavior* 16, S. 303–311. <https://doi.org/10.1016/j.avb.2011.04.004>.

Zeit Online (2022): Amnesty: Steigende Opferzahl bei systemkritischen Protesten im Iran.

(2013): Picar piedra: iniciativas ciudadanas frente a la violencia. México, D.F.: Fundación Heinrich Böll.

Hasskriminalität. In: Wikipedia.org. Online unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Hasskriminalit%C3%A4t>.

Lese-Empfehlungen

Dobash, R. Emerson/Dobash Russell P. (2015): *When men murder women*. Oxford: Oxford University Press.

Russell, Diana E. H./Harmes, Roberta A. (2001): *Femicide in global perspective*. Teachers College Press.

Saccomano, Celeste (2015): *The causes of femicide in Latin America*. Master's, in *International Relations Academic year 2014–2015, Student Paper Series 24*, Institut Barcelona EStudies Internacionales, S. 1–37.

Dr. Güneş Koç, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Hochschule Koblenz

Gendering Common Sense?

Feministische Interventionen

Henrike Bloemen

Zusammenfassung

Common Sense in Form von alltäglichen Gewissheiten über Geschlecht und Sexualität ist der Ausgangspunkt feministisch-politikwissenschaftlicher Analyse, Kritik und Dekonstruktion. So zeigt der Beitrag auf, dass Common Sense in seinen verschiedenen Facetten – als ideengeschichtliche Klammer, als hegemoniale Weltauffassung oder als politischer Kampfbegriff – unterschiedliche Funktionen in der Ausgestaltung des Verhältnisses von Politik, Geschlecht und Sexualität zukommt.

Schlüsselbegriffe

Alltagsverstand, ‚gesunder Menschenverstand‘, Hausverstand, Alltag, Hegemonie

1 Einleitung

„Auf jeden Topf passt auch ein Deckel“; „Andere Mütter haben auch schöne Töchter“.¹ Das sind weit verbreitete Sprichwörter, alltägliche Gewissheiten und Glaubenssätze – oder anders gefasst: Das ist Common Sense. Common Sense gilt als Schlüsselbegriff der Politischen Theorie, Philosophie und Ideengeschichte (vgl. Rosenfeld 2011). Zahlreiche Politiktheoretiker*innen, allerdings allen voran ‚die großen Denker‘ [sic!], haben sich am Common Sense abgearbeitet – jeweils anhand von unterschiedlichen Ausdeutungen und begrifflichen Schwerpunkten. Common Sense dient daher als „Klammer“ für einen umfassenden „Bedeutung“

¹ Für kritischen Austausch und hilfreiche Anmerkungen danke ich u.a. Sophia Rosenfeld, Gabriele Wilde, Adriana Zaharijević, den anonymen Reviewer*innen sowie den Herausgeber*innen dieses Handbuchs.



tungskomplex“ (Nehring 2010: 14). Jenseits dessen ist Common Sense in Form von Alltagsannahmen, Stereotypisierungen und Ausschlüssen auch das, was kritische Wissenschaft im Allgemeinen (vgl. Butler 1999) und feministische Politikwissenschaft im Spezifischen bearbeitet, dekonstruiert und rekonstruiert (vgl. u.a. Rosenberger/Sauer 2004). Feministische Interventionen hinsichtlich des Common Sense als Analysekategorie oder -gegenstand haben zweierlei Ziele: (1) Seine Herrschaftsförmigkeit in Form von vorherrschenden Erzählungen soll sichtbar und kritisierbar werden. (2) Mit diesen Erzählungen werden vergeschlechtlichte Macht- und Herrschaftsverhältnisse gefasst und analysierbar gemacht.

Der Beitrag widmet sich daher in einem ersten Schritt der ideengeschichtlichen Ausdeutung des Bedeutungskomplexes Common Sense als Analysekategorie. Besonders fruchtbar erscheint Common Sense als Kategorie für die Analyse des Verhältnisses von Politik, Geschlecht und Sexualität in seiner hegemonietheoretischen Ausdeutung, wie im zweiten Schritt aufgezeigt wird. Der Beitrag wirft in einem dritten Schritt schließlich einen Blick auf Common Sense als politischen Kampfbegriff. Bei allen drei Schritten wird ein Fokus auf die feministischen Interventionen gelegt.

2 Common Sense als ideengeschichtliche Klammer

Common Sense als ideengeschichtliche Klammer umfasst einen Bedeutungskomplex, der von der Antike bis in die Moderne reicht. Zentrale Bedeutungsverschiebungen sind dabei die folgenden: Aristoteles (2017 [ca. 350 B.C.]) konzeptualisiert den *koinè aisthèsis* als inneren, sechsten Sinn. Im 17. Jahrhundert versteht René Descartes (1982 [1637]) den *bon sens* als praktische „Urteilsfähigkeit“ (Jehle 2001: 681), welche nur selten ‚gut‘ oder ‚richtig‘ eingesetzt werde. In humanistischer Kritik am Cartesianismus wird der *sensus communis* (Shaftesbury 1790 [1709]) oder *senso comune* (Vico 2016 [1744]) als tugendhafter Gemeinschaftssinn rezipiert. In der schottischen Ausdeutung, u.a. durch Thomas Reid (2003 [1764]), ist Common Sense eine „intuitive Verstandeskraft“, „die ursprünglich und nicht erlernbar“ ist (Nehring 2010: 36). Immanuel Kant (2009 [1790]) beschränkt den Common Sense hingegen auf ein vorreflexives „Geschmacksurteil“ (ebd.: 156). Hannah Arendt (1982), liest Kants ästhetisches Urteilen wiederum als ein politisch-gemeinschaftliches, da jegliches Urteil in eine konkrete Gemeinschaft eingebettet ist (ebd.: 72f.). Für Arendt ist Common Sense daher der politische Sinn *par excellence* (vgl. Rosenfeld 2011: 252). In marxistisch-hegemonietheoretischer Perspektive versteht Antonio Gramsci *senso comune* als hegemoniale „Weltauffassung“ (GH: 1375), die widersprüchlich und fragmentarisch zusammengesetzt ist. Über diese „spontane [...] Philosophie“, [...] die ‚jedermann‘ [sic!] eigen ist“ (ebd.), wird die gesellschaftliche Zustimmung organisiert. Diesem „Alltagsverstand“ (Riechers 1976) liegt auch ein gesellschaftskritischer „Kern“ (GH: 1379) – *buon senso* – zugrunde, den es Gramsci zufolge auszuarbeiten gilt.

Diesem kurzen Ritt durch die ideengeschichtlichen Bedeutungsverschiebungen des Common Sense sind feministische Interventionen entgegenzustellen, die den Common Sense als zentrales Element zur Analyse des Verhältnisses von Politik und Geschlecht in den Blick nehmen. Eine der wenigen feministischen Stimmen, die sich diesem Thema zuwendet, ist Olympe de Gouges (1732 [1979], 1792 [1979]). De Gouges macht sich die vorherrschende Assoziation des *bon sens* mit dem Heimeligen, dem Alltäglichen und dem Instinktiven (vgl. Rosenfeld 2011: 189) als weibliche Zuschreibungen zu eigen und affirmiert mit dem „Schutzengel namens *bon sens*“ (vgl. ebd.: 190, Ü. H.B.) die Geschlechterdifferenz. So nutzt sie den *bon sens* zum einen als Möglichkeit, *als Frau* Wort und Schrift zu ergreifen. Zum anderen versteht sie den *bon sens* als besondere *weibliche* Qualität, die die aktive politische Mitbestimmung von Frauen *als Frauen* ermögliche. Sie kehrt die ihr zugeschriebenen ‚Mangel an Raffinesse‘ sowie die ‚Nähe zur Natur‘ ins Positive um und betont, dass diese Zuschreibungen besondere politische Fähigkeiten für Frauen mitbringen (vgl. ebd.).

Aktuellere feministische Interventionen in die patriarchale Ideengeschichte kritisieren durch die Konzeptualisierungen „by men, for men, and about men“ (Moller Okin 1992 [1979]: 10) – und es ist u.a. zu ergänzen *white men* – den Ausschluss von Frauen (u.a. Benhabib/Nicholson 1987; Rosenzweig 2005) und intervenieren kritisch in die einzelnen Debatten um den Common Sense bspw. anhand der Feministischen Vernunftkritik (u.a. Lloyd 1985; Ostner 1992). Anhand feministischer Interventionen kann aufgedeckt werden, dass Common Sense in seinen verschiedenen ideengeschichtlichen Ausdeutungen als Legitimation dient, all jene auszuschließen, die von der Positionierung des *weißen* mittelständischen Mannes abweichen. Eine umfassende (queer-)feministische, rassismuskritische Intervention sowie geschlechter- und sexualitätstheoretische Re-Lektüre des Bedeutungskomplexes Common Sense steht allerdings noch aus.

3 Common Sense als hegemoniale Weltauffassung

Als besonders interessant für feministische Interventionen stellen sich Gramscis hegemonietheoretische Ausdeutungen des Common Sense – in seiner Bedeutung des Alltagsverstandes – als Weltauffassung dar. Das Herzstück dieser Ausdeutung umfasst die Analyse von Geschlechterverhältnissen als Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Feministische Theorie im Anschluss an Gramsci hebt die Rolle des Common Sense für die Organisation des gesellschaftlichen Konsenses in Form der Zustimmung zu intersektional verwobenen Macht- und Herrschaftsverhältnissen hervor. Margaret Ledwith (2009: 695) fasst dies wie folgt zusammen:

„Gramsci provided feminism with the tools with which to make sense of the personal as political through the concept of hegemony and [... gender and sexual specific] forms of coercion and consent“

Feministische Interventionen im Anschluss an Gramsci heben den Common Sense aus einer orthodox-marxistischen Lesart und betten ihn in feministische Perspektiven ein (Haug 1990, 1994; Pflücke 2021). In diesem Zusammenhang entsteht die emanzipatorische Methode der Erinnerungsarbeit (ebd.), deren Ausgangspunkt frauenbewegte Praxis bildet. Durch den Rückgriff auf den Common Sense und seinen gesellschaftskritischen Kern kann die Inkohärenz der eigenen Person durch die widersprüchliche Vergesellschaftung erkannt werden. Frigga Haug problematisiert mit dieser Methode, dass Frauen nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse erkennen, die sie handlungsunfähig werden lassen (vgl. ebd.). Ziel ist es somit die Verstrickung der vermeintlich individuellen Erfahrungen des Alltagslebens *als Frau* in gesellschaftliche Verhältnisse aufzuzeigen, um Unbewusstes bewusst werden zu lassen und damit die „eigene Teilhabe an Herrschaft und Unterdrückung zu entschlüsseln“ (Haug 1990: 7). Common Sense ist für feministische Praxis auch in Fragen zur Herausbildung eines feministischen Bewusstseins (vgl. Ledwith 2009) sowie für kollektive feministische „Willensbildung“ (Zauner/Protte 2021; vgl. Ludwig 1998) zentral.

Eine wichtige Rolle spielt Common Sense als Weltauffassung auch in der feministischen Staats- (u.a. Ludwig/Sauer/Wöhl 2009; Ludwig 2007, 2015) sowie der hegemonietheoretischen (Zivil-)Gesellschaftsforschung (u.a. Wilde 2014; Castro Varela/Dhawan/Engel 2016). In einer subjekttheoretischen Erweiterung des Hegemoniekonzeptes (Habermann 2008; Ludwig 2011) wird die Bedeutung des Common Sense für das Verhältnis von Politik, Geschlecht und Sexualität besonders deutlich: So schreibt Gundula Ludwig (2011: 72 f.) dem Common Sense eine Scharnierfunktion zwischen Hegemonie und Subjektwerdung zu. Über die Analyse des Common Sense kann herausgearbeitet werden, wie sich ideologische Weltauffassungen als Denk-, Fühl- und Handlungsweisen der Subjekte – auch durch ihre Selbsttätigkeit – materialisieren (vgl. ebd.). Dies geschieht innerhalb der „heteronormativen Hegemonie“ (ebd.), im „Modus der Normalisierung“ (ebd.: 74):

„Subjekte orientieren sich an hegemonialen Deutungsmustern bezüglich ‚normaler‘ weiblicher oder männlicher Verhaltensweisen (von der Art zu sprechen bis zu Kleidungspraktiken), Körperpraktiken (vom Gang bis zum Rasieren der Beine) und Lebensführungen (von der Berufswahl bis zur Häufigkeit von ‚One-Night-Stands‘)“ (ebd.: 202).

Im Common Sense übersetzen die Subjekte also „hegemoniale Vorstellungen zur weiblichen und männlichen Normalität in handlungsleitendes (Alltags-)Wissen [...] über das, was ‚normale‘ Frauen und Männer sind, tun, denken und fühlen“ (ebd.).

Kritische Perspektiven auf den Common Sense finden sich auch in den Cultural Studies (u.a. Hall & O’Shea 2013; Hall 2018; McRobbie 2008), die Common Sense als hegemoniestabilisierendes „Wissen von Differenz“ (Hall 2018: 89) problematisieren. Aufgegriffen wird Common Sense „as ideology and hegemony“ von Sara Ahmed (2021), um in kritischer Erweiterung zu analysieren,

„[h]ow a sense of reality is shared over time [...] and what we learn from those moments when that sense of reality is disrupted. I will explore how some of us, or some of our actions, come to disrupt other people’s sense of shared reality” (ebd.: o. S.).

Mit Ahmed kann aus queerer, feministischer und rassismuskritischer Perspektive der *weiße* Euro- und Androzentrismus als westlicher Common Sense kritisiert werden, der als hegemonale Weltauffassung erscheint: So kann Common Sense als alltäglicher cis-Sexismus (vgl. Dembroff 2020); sowie als alltäglicher Rassismus (vgl. Bannerji 2020; vgl. Shotwell 2011) entlarvt werden. Weiterhin kann der *weiße* bürgerlich-liberale Feminismus als Common Sense kritisiert werden, da Geschlechterverhältnisse entgegen weiteren Aushandlungen im Konsens festgeschrieben werden (vgl. McRobbie 2008). Dem entgegnet Pamela L. Geller (2017: 67): „Common sense then demands to be queried, or queered“. Das Infragestellen von Binaritäten und Kategorisierungen – Strategien eines „queering commons sense“ (ebd.) – dienen dazu, den Common Sense „about sex, gender, and sexuality“ (ebd.) anzuzweifeln, die Konzepte voneinander zu entkoppeln und ihr Gewordensein aufzudecken. Queering ist damit eine dekonstruktive Praxis: Eine kritische Reflexion über das Konventionelle und das vermeintlich Offensichtliche, eine Erforschung des Unbekannten sowie ein Erschüttern des Status quos (vgl. Sullivan 2003: 50, zit. n. Geller 2017: 68). So ist es das Ziel, Möglichkeiten der Veränderung aufzuzeigen, um bspw. „black“ sowie „butch-femme common sense“ als alternative Weltauffassungen zum „white bourgeoisie“ Common Sense (Keeling 2007: 22) sichtbar zu machen.

4 Common Sense als politischer Kampfbegriff

Common Sense spielt auch als rhetorische Figur und politischer Kampfbegriff eine Rolle. Das Anknüpfen an den Common Sense ist zentraler Bestandteil rechtsautoritärer Strategien (vgl. Mayer 2021: 41). So betitelte sich Donald Trump als Anführer eines „movement[s] for common sense“ (Crehan 2018). Als deutsches Äquivalent versteht sich die AfD „[a]ls Partei des gesunden Menschenverstandes“, die „auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger [sic!]“ (AfD Grundsatzprogramm 2016: 10) setze. So fungieren Common Sense, ‚gesunder Menschenverstand‘ oder auch Hausverstand als Allzweck-Instrumentarien zur Stärkung eigener Thesen oder zur Schwächung des Gegenübers – um sich selbst als Teil des ‚Volkes‘ zu inszenieren: Der ‚gesunde Menschenverstand‘ wird oftmals „im Sinne eines homogenen Volksempfindens“ (Huke 2019: 16) konzeptualisiert, anhand dessen ein Bezug auf eine schweigende Mehrheit stattfindet.² Als „konservativer Grundwert“ (Siri 2015: 244) dient er als Richtschnur dessen, was als ‚wahr‘ und ‚richtig‘, was in ableistischer Perspektive als ‚gesund‘ und *allgemein menschlich*, in der Abweichung oder der Abwesenheit dann wiederum als ‚krank‘ identifiziert wird – eine

² Der Rekurs auf das Volksempfinden verdeutlicht die Verstrickungen des Begriffs ‚gesunder Menschenverstand‘ mit dem Nationalsozialismus, weiterführend s. Huke 2019: 16f.

pathologisierende Abgrenzung zu all jenen, die vermeintlich nicht über diesen ‚Verstand‘ verfügen (vgl. Nassehi 2013): Die „Rapefugees“, die „Feminazis“ oder die „links-grün Versifften“ (Huke 2019: 16), die einem ‚Genderwahn‘ verfallen seien (vgl. Mauer 2021). Das Absprechen des Common Sense, des ‚gesunden Menschenverstandes‘, oder des Hausverstandes dient auch hier, wie teils auch in der Ideengeschichte, als Ausschlussmechanismus aus den vermeintlich rationalen Sphären der Politik oder der Öffentlichkeit (vgl. u.a. Bargetz/Sauer 2015; Gebhardt 2019). Entlang dieser Richtschnur wird eine „scheinbar natürliche [...] Ordnung“ (Siri 2015: 252; vgl. Ostermayer 2021: 150) vorgegeben, welche vergeschlechtlicht, rassifiziert, klassifiziert, ableisiert ist. Sie lässt nicht nur „die Einteilung der Menschheit in ‚Männer‘ und ‚Frauen‘ ganz selbstverständlich und damit verbundene Anrufungen und Anforderungen ‚nur natürlich‘“ (Mayer 2021: 41) erscheinen:

„Geschlecht eignet sich deshalb so gut für die rechtspopulistische Mobilisierung eines Common Sense, eines neuen hegemonialen Kompromisses, weil mit dem Bezug auf Geschlecht an Alltagserfahrungen angeknüpft werden kann – an die lang tradierte hierarchische Zweigeschlechtlichkeit [...]“ (Sauer 2017: 17)

So gelingt nicht nur eine Stilisierung „an der alltäglichen Praxis und Erfahrung“ (Hark/Villa 2017: 89) der *gewöhnlichen* Menschen, sondern gar „ein ‚Scharnier‘ [zu bilden], das Alltagswissen und Alltagserfahrungen [...] mit Elementen rechter und rechtsextemer Ideologien verschränkt“ (Mayer 2021: 36). In dieser Art äußert sich auch Wissenschaftsfeindlichkeit – u.a. gegenüber Feministischer Theorie und Gender Studies (vgl. Mauer 2021: 277ff.).

Dem Rückgriff auf den ‚gesunden Menschenverstand‘ oder den Hausverstand liegt eine machtvolle, herrschaftsförmige Dimension zugrunde, da auch dieser die Partikularität vermeintlich universalistischer Positionen verwischt (vgl. Huke 2019: 16). Wenn „individuelle Erfahrungen verabsolutiert werden“ geht ein prinzipiell vorhandenes „gesellschaftskritisches Potential“ verloren „und wird zum soliden Fundament einer aufklärungs- und demokratiefeindlichen Haltung“ (ebd.).

5 Fazit

In allen drei aufgeführten Facetten des Common Sense, als ideengeschichtliche Klammer, als hegemoniale Weltauffassung oder als politischer Kampfbegriff, kommt dem Konzept eine unterschiedliche Funktion in der Ausgestaltung des Verhältnisses von Politik, Geschlecht und Sexualität zu. Als *ideengeschichtliche Klammer* fragt Common Sense nach dem Gemeinsamen – sei es der Sinne, des Geschmacks oder der Gemeinschaft. Werden die einzelnen ideengeschichtlichen Ausdeutungen mit geschlechtertheoretischen Perspektiven kontrastiert, wird deutlich, dass das universell Gemeinsame nicht nur auf einem maskulinen Partikularismus beruht, ihm jedoch, wie De Gouges gezeigt hat, Weiblichkeit eingeschrieben werden kann. Als *hegemoniale Weltauffassung* steht Common Sense für eine routinisierte, „unbewusst verankerte Wissensform“ (Hall 2018: 89), hinter welcher sich verbirgt, was in

einer bestimmten Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt als normal und erstrebenswert, und somit überhaupt als lebbar (vgl. Butler 1991), gilt. So dient die Analysekategorie des Common Sense als hegemoniale Weltauffassung dazu, die alltägliche Materialisierung von Macht in Form von Geschlecht und Sexualität in Subjekten zu hinterfragen. Als *politischer Kampfbegriff* ist Common Sense ein herrschaftsförmiges Instrumentarium. Common Sense kann je nach rhetorischem Bedarf immer wieder mit neuen Bedeutungen und Sinnficherungen gefüllt werden, um die eigenen politischen Positionierungen zu stärken oder die gegnerischen zu schwächen. Alle drei aufgeführten Facetten des Common Sense zeigen auf, dass dieser nicht sonderlich *common* ist, sondern vielmehr die Universalisierung von Partikularitäten umfasst. Da Common Sense einen herrschaftsförmigen Konsens festschreibt, gilt er im Main-/Malestream als banal – *common-sensical* – jenseits dessen aber bedroht er alltäglich Leben (vgl. Butler 1999). So werden BIPoC, Frauen, Queers in doppelter Weise ausgeschlossen, durch eine Verschiebung ins Private sowie durch die Universalisierung des Partikularen. Gleichzeitig bleibt dieser doppelte Ausschluss konstitutiv für den Common Sense selbst. Hier zeigt sich also ein zweiseitiger, paradoxer Modus des Common Sense: So ist er über die Zuschreibung der Banalität als Modus der Abwertung gefasst und dient dabei zugleich als Modus des Ausschlusses aus dem Gemeinsamen.

Weiterer Forschungsbedarf, der sich hinsichtlich des Common Sense als Analysekategorie und -gegenstand ergibt, lässt sich wie folgt zusammenfassen: Common Sense ist aus einer intersektionalen Perspektive als queer-feministische, geschlechter- und sexualitätstheoretische Analysekategorie zu erarbeiten, sodass auch der Bogen zwischen Common Sense als Analysekategorie und -gegenstand geschlagen werden kann. Ein Ziel wäre es hier, die aufgeführten wissenschaftlichen Stränge die dieser Beitrag als ideengeschichtliche Klammer sowie als hegemoniale Weltauffassung anreißt, in ihrer Produktivität für die Analyse des Zusammenspiels von Politik, Geschlecht und Sexualität zusammenzuführen. Weiterhin ist aus rassismuskritischen, post- und dekolonialen Perspektiven sowie unter Einbezug von Affekttheorien, der Common Sense als Weltauffassung zu dekonstruieren.

Literaturverzeichnis

- Ahmed, Sara (2021): Common sense. Online unter <https://www.saranahmed.com/commonsense> [Zugriff: 25.06.2022].
- Arendt, Hannah (1982): Lectures on Kant's political philosophy. Chicago: University of Chicago Press.
- Aristoteles (2017): Über die Seele/De Anima. In: Corcilius, Klaus (Hrsg.): Aristoteles: Über die Seele. De Anima. Griechisch-Deutsch. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Bannerji, Himani (2020): Introducing racism: notes towards an anti-racist feminism. In: Bannerji, Himani (Hrsg.): The ideological condition: selected essays on history, race and gender. Leiden, Boston: Brill, S. 195–203. <https://doi.org/10.1163/9789004441620>.
- Bargetz, Brigitte/Sauer, Birgit (2015): Der affective turn. Das Gefühlsdispositiv und die Trennung von öffentlich und privat. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 24, S. 93–102.

- Benhabib, Seyla/Nicholson, Linda (1987): Politische Philosophie und die Frauenfrage. In: Pipers Handbuch der politischen Ideen. Band 5. Neuzeit: Vom Zeitalter des Imperialismus bis zu den neuen sozialen Bewegungen. München: Piper, S. 513–547.
- Butler, Judith (1991): Das Unbehagen der Geschlechter. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1999): A “bad writer” bites back. In: *The New York Times*.
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita/Engel, Antke (Hrsg.) (2016): Hegemony and heteronormativity: revisiting ‘the political’ in queer politics. Farnham: Ashgate. <https://doi.org/10.4324/9781315586496>.
- Crehan, Kate (2016): Gramsci’s common sense: inequality and its narratives. Durham, London: Duke University Press.
- Crehan, Kate (2018): The common sense of Donald J. Trump: a Gramscian reading of twenty-first century populist rhetoric. In: Jaramillo Torres, Angel/Sable, Marc Benjamin (Hrsg.): Trump and political philosophy: patriotism, cosmopolitanism, and civic virtue. Cham: Palgrave Macmillan, S. 275–291.
- Dembroff, Robin (2020): Cisgender commonsense and philosophy’s transgender trouble. In: *Transgender Studies Quarterly* 7, S. 399–406. <https://doi.org/10.1215/23289252-8553048>.
- Descartes, René (1982): Abhandlung über die Methode des richtigen Vernunftgebrauchs und der wissenschaftlichen Wahrheitsforschung. Stuttgart: Reclam.
- Gebhardt, Mareike (2019): The populist moment: affective orders, protest, and politics of belonging. In: *Distinktion: Journal of Social Theory* 22, S. 129–151. <https://doi.org/10.1080/1600910X.2019.1653346>.
- Geller, Pamela L. (2017): The bioarchaeology of socio-sexual lives: queering common sense about sex, gender, and sexuality. Basel: Springer International Publishing. <https://doi.org/10.1007/978-3-319-40995-5>.
- Gouges, Olympe (1732): Le bon sens français ou l’apologie des vrais nobles. In: Wolters, Margarete/Sutor, Clara (Hrsg.): Politische Schriften in Auswahl. Hamburger historische Studien (8). Hamburg: Verlag Helmut Buske.
- Gouges, Olympe (1792): Le bon sens français. In: Wolters, Margarete/Sutor, Clara (Hrsg.): Politische Schriften in Auswahl. Hamburger historische Studien (8). Hamburg: Verlag Helmut Buske.
- Gramsci, Antonio (2002): Gefängnishefte. In: Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Kritische Gesamtausgabe. Bd. 1-10. Hamburg: Argument Verlag [Zit. als GH.].
- Habermann, Friederike (2008): Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Feminist and critical political economy. Baden-Baden: Nomos.
- Hall, Stuart (2018): Das verhängnisvolle Dreieck. Rasse, Ethnie, Nation. Berlin: Suhrkamp.
- Hall, Stuart/O’Shea, Alan (2013): Common-sense neoliberalism. In: *Soundings* 55, S. 9–25. <https://doi.org/10.3898/136266213809450194>.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2017): Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart. Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.1515/9783839436530>.
- Haug, Frigga (1990): Erinnerungsarbeit. Hamburg: Argument-Verlag.
- Haug, Frigga (1994): Alltagsforschung als zivilgesellschaftliches Projekt. In: *Das Argument* 206 36, S. 639–659.
- Huke, Nikolai (2019): Feindbild Identitätspolitik und konservativer Rollback. Moralpaniken, Volksempfinden und political correctness. In: *Politikum* 4, S. 14–23.
- Jehle, Peter (2001): Gesunder Menschenverstand. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hrsg.): Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus. Hamburg: Argument-Verlag, S. 680–693.
- Kant, Immanuel (2009): Kritik der Urteilskraft. Beilage: Erste Einleitung in die Kritik der Urteilskraft. Hamburg: Meiner.
- Keeling, Kara (2007): The witch’s flight: the cinematic, the Black femme, and the image of common sense. Durham: Duke University Press.

- Ledwith, Margaret (2009): Antonio Gramsci and feminism: the elusive nature of power. In: *Educational Philosophy and Theory* 41, S. 684–697. <https://doi.org/10.1111/j.1469-5812.2008.00499.x>.
- Lloyd, Genevieve (1985): *Das Patriarchat der Vernunft. „Männlich“ und „weiblich“ in der westlichen Philosophie*. Bielefeld: Daedalus-Verlag.
- Ludwig, Isolde (1998): *Jenseits von Traditionalisten und Modernisierern: klassentheoretische, feministische und pluralistische Bildungskonzepte im Gewerkschaftsdiskurs*. Schriftenreihe Hans Böckler Stiftung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ludwig, Gundula (2007): Gramscis Hegemonietheorie und die staatliche Produktion von vergeschlechtlichten Subjekten. In: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaft* 49, S. 196–205.
- Ludwig, Gundula (2011): *Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie. Politik der Geschlechterverhältnisse (46)*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Ludwig, Gundula (2015): *Geschlecht, Macht, Staat. Feministische staatstheoretische Interventionen*. Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hrsg.) (2009): *Staat und Geschlecht: Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Staatsverständnisse (28)*. Baden-Baden: Nomos.
- Mauer, Heike (2021): Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen. In: Kim, Seongcheol/Selk, Veith (Hrsg.): *Wie weiter mit der Populismusforschung? Baden-Baden: Nomos*, S. 271–292. <https://doi.org/10.5771/9783748922773-271>.
- Mayer, Stefanie (2021): Anti-Gender-Diskurse – vom ›gesunden Menschenverstand‹ zur ›Politik mit der Angst‹. In: Strube, Sonja A./Perintfalvi, Rita/Hemet, Raphaela/Metze, Miriam/Sahbaz, Cicek (Hrsg.): *Anti-Genderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus: Mobilisierung – Vernetzung – Transformation*. Bielefeld: transcript, S. 35–50. <https://doi.org/10.1515/9783839453155-003>.
- McRobbie, Angela (2009): *The aftermath of feminism: gender, culture and social change*. Thousand Oaks, CA: Sage Publications Ltd.
- Nassehi, Armin (2013): Eine Kritik des gesunden Menschenverstandes. Oder: Krankheit als Chance. In: Nassehi, Armin (Hrsg.): *Kursbuch 175. Gefährdete Gesundheit*. Hamburg: Murmann, S. 52–67.
- Nehring, Robert (2010): *Kritik des Common Sense. Gesunder Menschenverstand, reflektierende Urteilskraft und Gemeinsinn – der Sensus communis bei Kant. Erfahrung und Denken (100)*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Okin, Susan Moller (1992): *Women in western political thought*. Princeton: Princeton University Press. <https://doi.org/10.2307/j.ctt24hq74>.
- Ostermayer, Carla (2021): Eine gesellschaftstheoretische Perspektive auf den Anstieg von Antifeminismus in Deutschland. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 30, S. 149–156. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v30i2.12>.
- Ostner, Ilona (1992): *Feministische Vernunftkritik: Ansätze und Traditionen*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Pflücke, Virginia Kimey (2020): Das ‚halbgeusste Wissen‘ über uns selbst. Der ideologische Alltagsverstand und die Methode der Erinnerungsarbeit. In: Beyer, Heiko/Schauer, Alexandra (Hrsg.): *Die Rückkehr der Ideologie. Zur Gegenwart eines Schlüsselbegriffs*. Frankfurt am Main: Campus, S. 163–294.
- Reid, Thomas (2003): *An inquiry into the human mind, on the principles of common sense*. University Park: Pennsylvania State University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9781139136600>.
- Riechers, Christian (1967): *Philosophie der Praxis. Eine Auswahl*. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.
- Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (2004): Einleitung: Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven. In: Rosenberger, Sieglinde K./Sauer, Birgit (Hrsg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht. Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven*. Wien: WUV, S. 9–21.
- Rosenfeld, Sophia A. (2011): *Common sense: a political history*. Cambridge, London: Harvard University Press.

- Rosenzweig, Beate (2005): Bewusste Traditionsbrüche oder Vervollständigungen des Kanons. Feministische Perspektiven auf die politische Ideengeschichte. In: Politische Vierteljahresschrift 46, S. 697–710. <https://doi.org/10.1007/s11615-005-0314-x>.
- Sauer, Birgit (2017): Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. In: Politische Vierteljahresschrift 58, S. 3–22.
- Shaftesbury, Anthony Ashley Cooper (1790): Characteristics of men, manners, opinions, times. In three volumes. Basil: J.J.Tourneisen.
- Shotwell, Alexis (2011): Knowing otherwise: race, gender, and implicit understanding. University Park: Pennsylvania State University Press.
- Siri, Jasmin (2015): Rechter Protest? Zur Paradoxie konservativer Protestbewegungen. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.): (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript Verlag, S. 239–256.
- Vico, Giambattista (2016): New science. In: The new science of Giambattista Vico. Ithaca: Cornell University Press. <https://doi.org/10.7591/9781501702990>.
- Wilde, Gabriele (2014): Zivilgesellschaftsforschung aus Geschlechterperspektive. Zur Ambivalenz von Begrenzung und Erweiterung eines politischen Handlungsraumes. In: Zimmer, Annette E./Simsa, Ruth/Rentzsch, Christina (Hrsg.): Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Quo vadis? Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 209–227. https://doi.org/10.1007/978-3-658-06177-7_12.
- Zauner, Katji/Protte, Magdalena (2021): Vom Alltagsverstand zur feministischen Utopie: Kollektive Willensbildung am Beispiel feministischer Schutz- und Lernräume. In: Das Argument 336 65.

Lese-Empfehlungen

- Crehan, Kate (2016): Gramsci's Common Sense. Inequality and it's Narratives. Durham, London: Duke University Press.
- Ludwig, Gundula (2011): Geschlecht regieren. Zum Verhältnis von Staat, Subjekt und heteronormativer Hegemonie. Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Rosenfeld, Sophia (2011): Common Sense. A Political History. Cambridge, London: Havard University Press.

Henrike Bloemen, M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin, Institut für Politikwissenschaft, Universität Münster

Dank

Für die produktive Zusammenarbeit mit dem Verlag Barbara Budrich möchten wir uns herzlich bedanken. Unser Dank gilt insbesondere Vivian Sper, die die Anfänge des Living Handbooks begleitet hat, und Franziska Deller für ihre großartige Unterstützung bei sämtlichen Belangen des Projekts. Wir wissen es sehr zu schätzen, dass sie, gerade auch unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie, im konstruktiven und kollegialen Austausch über die konzeptionellen, redaktionellen und technologischen Prozesse immer ansprechbar waren und Lösungen für jedes noch so komplexe Problem ermöglicht haben.

Die Herausgeber*innen

Christine M. Klapeer, Johanna Leinius, Franziska Martinsen, Heike Mauer, Inga Nüthen



Gundula Ludwig

Geschlecht, Macht, Staat

**Feministische staatstheoretische
Interventionen**

2., überarbeitete Auflage

Politik und Geschlecht – kompakt, Band 2

2023 • 186 S. • kart. • 19,90 € (D) • 20,50 € (A)

ISBN 978-3-8474-2496-3 • eISBN 978-3-8474-1640-1

Ziel feministischer Staatstheorie ist es, die Vergeschlechtlichung des Staates sichtbar zu machen. Auf diese Weise soll aufgezeigt werden, wie der moderne westliche Staat dazu beiträgt, geschlechtliche Ausbeutungs-, Gewalt- und Ungleichheitsverhältnisse zu ermöglichen und zu legitimieren. Die Autorin stellt dazu frühe Ansätze feministischer Staatstheorie ebenso vor wie neuere queer-feministische und intersektionale Konzepte. Dabei werden sowohl Theoretisierungen des Verhältnisses von Staat und Geschlecht als auch zentrale Themenfelder feministischer Staatstheorie vorgestellt und diskutiert. Für die Neuauflage wurde das Werk umfassend überarbeitet.

Was bedeutet politikwissenschaftliche Geschlechterforschung beziehungsweise feministische Politikwissenschaft? Das Buch bietet einen einführenden Einblick in unterschiedliche politikwissenschaftliche (Forschungs-)Perspektiven auf das Verhältnis von Politik und Geschlecht – insbesondere auch unter Miteinbeziehung queerer und postkolonialer Ansätze. Welche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Perspektivierung im Hinblick auf Methoden und Ideengeschichte, welche Kontroversen und offenen Fragen folgen daraus? Die einzelnen Beiträge fassen den aktuellen Forschungsstand zusammen, bieten eine Kontextualisierung in breitere politikwissenschaftliche Debatten und geben durch Lese-Empfehlungen Ansätze für die tiefere Auseinandersetzung. Das Buch ist somit eine perfekte Anlaufstelle für einen ersten kompakten Überblick zum Themenfeld Politik und Geschlecht.

ISBN 978-3-8474-2704-9
WWW.BUDRICH.DE

Erscheint in der Reihe der Sektion
Politik und Geschlecht



**SEKTION POLITIK
UND GESCHLECHT**
in der Deutschen Vereinigung
für Politikwissenschaft